

DEUTSCHE ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE

10

8. JAHRGANG 1960

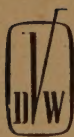


VEB DEUTSCHER VERLAG DER WISSENSCHAFTEN

DEUTSCHE ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE

10

8. JAHRGANG 1960



VEB DEUTSCHER VERLAG DER WISSENSCHAFTEN
BERLIN

Redaktionskollegium: Wolfgang Eichhorn (Chefredakteur),
Rolf Kirchhoff, Alfred Kosing (stellv. Chefredakteure)

Dieter Bergner, Hans Beyer, Rudolf Gehrke, Rudolf Herold,
Matthäus Klein, Helmut Korch, Hermann Ley, Georg Mende,
Günter Söder, Hermann Scheler, Klaus Zweiling

Redaktionsschluß: 1. August 1960

Redaktion: Berlin W 8, Niederwallstraße 39, Telefon 2001 51

Copyright 1960 by VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin W 8, Niederwallstraße 39
Telefon 2001 51

Veröffentlicht unter der Lizenznummer 54 30 der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik,
Ministerium für Kultur, Hauptverwaltung Verlagswesen

Die Zeitschrift erscheint zwölfmal im Jahr zum Preis von 2,50 DM pro Heft · Alle Rechte vorbehalten
Bezugsmöglichkeiten: Im Gebiet der DDR einschließlich des demokratischen Sektors von Groß-Berlin ist
die Zeitschrift durch den Buchhandel oder die Post, Abteilung Postzeitungsvertrieb, zu beziehen,
im Gebiet der Deutschen Bundesrepublik und der Westsektoren von Berlin ist die Zeitschrift durch den
Buchhandel, die Deutsche Bundespost oder direkt über die Firma „Helios-Literatur-Vertriebs-GmbH“,
Berlin-Borsigwalde, Eichborndamm 141-167, zu beziehen.

Im Ausland sind Bestellungen an den Buchhandel oder an die Firma
„Deutscher Buch-Export und -Import GmbH“, Leipzig C 1, Leninstraße 16, zu richten.
Anfragen werden direkt an den VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin W 8,
Niederwallstraße 39, erbeten.

Satz, Druck und Bindung: IV/2/14 · VEB Werkdruck Gräfenhainichen · 290

INHALT

	Seite
<i>G. Heyden</i> und <i>A. Pietschmann</i> : Der Grundwiderspruch in Deutschland und die Rolle der DDR bei seiner Lösung	1153
<i>H. Reinhold</i> : Zur Politik der friedlichen Koexistenz unter den gegenwärtigen Bedingungen	1175
<i>I. L. Charapinski</i> : Moral und Politik	1194
<i>H. Ley</i> : NATO-Unfreiheit in rechtssozialdemokratischer Mißgestalt	1211
<i>W. Strauß</i> : Der Antagonismus zwischen Arbeiterklasse und bürgerlichem Staat und der moderne Reformismus	1228
<i>G. Huth</i> und <i>W. Butter</i> : Die westdeutsche bürgerliche Soziologie und der Adenauer-Staat (1. Teil)	1249
<i>G. Klaus</i> : Das Verhältnis von Kausalität und Teleologie in kybernetischer Sicht	1266

REZENSIONEN

<i>F. Staufienbiel</i> : H. Koch: Kultur in den Kämpfen unserer Tage	1278
<i>H. Kintzel</i> : W. Eichhorn: Über die Widersprüche beim Aufbau des Sozialismus	1283
<i>W. Schuffenhauer</i> : W. Schilling: Feuerbach und die Religion	1286

Der Grundwiderspruch in Deutschland und die Rolle der DDR bei seiner Lösung

Von G. HEYDEN und A. PIETSCHMANN (Berlin)

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands hat auf dem V. Parteitag und auf den Tagungen ihres Zentralkomitees die in der Moskauer Deklaration der Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder gegebene Einschätzung des Charakters unserer Epoche und der realen Möglichkeit, einen dritten Weltkrieg zu verhindern, schöpferisch auf die Lage in Deutschland angewandt. Mit dem Siebenjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik, dem Deutschlandplan des Volkes sowie der programmatischen Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, hat sie den Weg ausgearbeitet, der zur *friedlichen* Lösung der sozialen und nationalen Probleme in Deutschland führt.

In Deutschland hat sich im Verlaufe der Entwicklung nach dem zweiten Weltkrieg eine besondere Lage herausgebildet. Diese Lage ist dadurch gekennzeichnet, „daß die in der Welt wirkenden beiden Hauptkräfte, die sozialistischen Staaten mit der Sowjetunion an der Spitze und die imperialistischen Staaten mit den USA an der Spitze unmittelbar und gleichzeitig in Deutschland wirken. Alle unsere inneren Auseinandersetzungen treffen auf die Interessen der beiden Hauptkräfte in der Welt. Diese besondere Lage bringt es aber auch mit sich, daß wir ein lebenswichtiges Interesse daran haben müssen, daß die friedliche Koexistenz der Staaten verschiedener gesellschaftlicher Systeme gesichert, daß die allgemeine und vollständige Abrüstung in der Welt durchgeführt wird“.¹ Diese besondere Lage ist auch der Grund dafür, daß wir die sozialen und nationalen Probleme in ganz Deutschland, die mit der Existenz und Entwicklung des Grundwiderspruchs in Deutschland zusammenhängen, nur dann richtig verstehen können, wenn wir ihre Beziehungen und Verknüpfungen mit den weltweiten Gegensätzen zwischen Kapitalismus und Sozialismus, zwischen Krieg und Frieden nicht aus dem Auge verlieren. Der gegenwärtige Grundwiderspruch in Deutschland ist der Widerspruch zwischen den herrschenden aggressiven militaristischen und imperialistischen Kräften in Westdeutschland und den Friedenskräften in ganz Deutschland. Das Grundproblem der Deutschlandpolitik besteht gegenwärtig in der Lösung dieses Widerspruchs.

Die beiden Hauptkräfte in der Welt haben in bezug auf die Deutschlandfrage völlig entgegengesetzte Interessen und Standpunkte. Die USA-Imperialisten haben Westdeutschland in ihren Satellitenstaat und durch die NATO in einen Haupt-

¹ Programmatische Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, W. Ulbricht, vor der Volkskammer am 4. Okt. 1960. Berlin 1960. S. 19

kriegs-herd in der Welt verwandelt; sie sind erklärte Feinde der friedlichen Lösung der deutschen Frage. Die sozialistischen Länder mit der Sowjetunion an der Spitze haben dagegen, getreu den Prinzipien des Potsdamer Abkommens, stets die demokratischen Kräfte des deutschen Volkes unterstützt. Sie unterhalten mit dem ersten deutschen Friedensstaat, dem einzig rechtmäßigen Staat in Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik, auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des proletarischen Internationalismus wahrhaft freundschaftliche Beziehungen. Durch ihre Unterstützung des sozialistischen Aufbaus in der Deutschen Demokratischen Republik, durch ihren Kampf für den Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten und die Schaffung einer entmilitarisierten Freien Stadt Westberlin stehen sie fest an der Seite der friedliebenden Kräfte des deutschen Volkes bei der Lösung der deutschen Frage auf friedlichem Wege. Es besteht also eine enge Wechselwirkung zwischen dem Grundwiderspruch in Deutschland und den beiden Hauptkräften in der Welt. Diese Wechselwirkung besteht auch darum, weil die Deutsche Demokratische Republik ein fester Bestandteil des sozialistischen Weltlagers und Westdeutschland fest an das imperialistische System gekettet ist. Wir werden bei der Behandlung des gegenwärtigen Grundwiderspruchs in Deutschland auf diese Zusammenhänge immer wieder eingehen müssen.

I

Der gegenwärtige Grundwiderspruch in Deutschland und das Wesen der nationalen Frage

Für den praktisch-politischen Kampf der friedliebenden Kräfte in Deutschland ist das richtige Verständnis des Grundwiderspruchs in Deutschland und der mit ihm verbundenen Probleme äußerst wichtig, weil nur durch das Erfassen des Wesentlichen in der deutschen Frage oberflächliche, einseitige, dogmatische und opportunistische Einschätzungen und Handlungen vermieden und eine dem gesellschaftlichen Fortschritt entsprechende Politik in Deutschland ausgearbeitet und durchgeführt werden kann. Nur von hier aus ist es auch möglich, all die Phrasen der militaristischen und revanchistischen Propaganda der Bonner Regierung von „Wiedervereinigung durch freie Wahlen“, Abschluß eines Friedensvertrages mit „einer deutschen Regierung, die durch freie Wahlen“ ihre Legitimation erhalten hat, von „menschlichen Kontakten“ in Deutschland, von der „Befreiung“ der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik, vom „Provisorium“ der Grenzen der Bundesrepublik und der Endgültigkeit ihres Systems als Mittel der psychologischen Kriegführung zu entlarven.

Der Schlüssel zum Verständnis des gegenwärtigen Grundwiderspruchs in Deutschland und der Rolle der Deutschen Demokratischen Republik bei seiner Lösung ist der dialektische Materialismus, insbesondere die dialektisch-materialistische Lehre vom Widerspruch. Die Kenntnis und Anwendung dieser Lehre ermöglicht uns, tief in das Wesen des gegenwärtig das Schicksal der deutschen Nation bestimmenden Prozesses einzudringen, seine Triebkräfte zu erkennen sowie die Methoden der Politik herauszufinden, die zur friedlichen Lösung des Grundwiderspruchs führen.

Die historischen Wurzeln des Grundwiderspruchs in Deutschland reichen weit in die Geschichte zurück. Vom Verrat der bürgerlichen Revolution 1848 durch die deutsche Bourgeoisie über die Schaffung der staatlichen Einheit der deutschen Nation durch die Blut- und Eisenpolitik Bismarcks entstand und entwickelte sich der Widerspruch zwischen den demokratischen und friedliebenden Interessen des deutschen Volkes und den Interessen einer kleinen Gruppe von Junkern, Großkapitalisten und Militaristen. Aber erst als der Kapitalismus in sein letztes Stadium, in den Imperialismus eintrat, wurde dieser Widerspruch zum bestimmenden Faktor des gesellschaftlichen Lebens in Deutschland. Er durchdrang und beeinflusste von nun an alle Sphären des gesellschaftlichen Lebens. Der deutsche Imperialismus, der wie jeder andere Imperialismus Reaktion auf der ganzen Linie ist (Lenin), war von Anbeginn an nicht nur die Negation der Lebensinteressen des deutschen Volkes, sondern durch sein raubgieriges, aggressives und besonders reaktionäres Wesen bedrohte er zugleich auch die Existenz der deutschen Nation. Seine Bändigung und Vernichtung ist seit der Jahrhundertwende die Lebensfrage der deutschen Nation. Das von Lenin entdeckte Gesetz von der Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung der kapitalistischen Länder im Imperialismus führte dazu, daß die Entwicklung eines kapitalistischen Landes im Vergleich zu anderen *sprunghaft* vor sich geht, ein Land, das andere schnell vom Weltmarkt verdrängt. Das veränderte Kräfteverhältnis zwischen den kapitalistischen Großmächten entsprach nicht mehr der vorhandenen Aufteilung der Welt, der Kolonien, Einflußsphären, Rohstoffquellen und Absatzmärkte für Waren und Kapital. Der Krieg um die Neuaufteilung der bereits aufgeteilten Welt war das *unvermeidliche* Ergebnis dieser Entwicklung in der Epoche des Imperialismus, als die friedliebenden Kräfte in der Welt noch schwach organisiert waren, als sie noch nicht über einen Staat verfügten, als es noch kein sozialistisches Land als Basis des Friedenskampfes gab.

Der Übergang zum Imperialismus führte in Deutschland zu einer verstärkten Militarisierung des gesamten öffentlichen Lebens. Der deutsche Imperialismus, der schon allein auf Grund seines „junkerlich-bourgeois“ Charakters alle reaktionären Züge des preußisch-deutschen Militarismus in sich aufgenommen hatte, war bei der Aufteilung der Welt zu spät gekommen und hatte gegenüber anderen imperialistischen Großmächten nur einen verhältnismäßig kleinen Anteil geschluckt. Die deutschen Imperialisten dachten gar nicht daran, sich mit diesem Zustand abzufinden, zumal das ökonomische Gewicht des deutschen Imperialismus größer geworden war als das Frankreichs oder Englands. Die Orientierung auf den Aggressionskrieg, der zur Neuaufteilung der Welt, entsprechend dem neuen Kräfteverhältnis zwischen den imperialistischen Ländern vorbereitet wurde, mußte dazu führen, daß der Militarismus im gesamten staatlichen Leben beherrschenden Einfluß gewann und der Widerspruch zwischen den friedliebenden und aggressiven Kräften sich verschärfte. Die Verschärfung dieses Widerspruches zeigte sich *ökonomisch* in einer überaus starken Konzentration und Zentralisation des Kapitals in den Händen der Finanzoligarchie, in der verstärkten Ausbeutung der Arbeiter, Bauern und in der Ruinierung des städtischen Kleinbürgertums durch die Monopole und Junker, in der Abwälzung der gewaltigen Rüstungslasten auf das Volk, in den zahlreichen Kämpfen der Arbeiterklasse um Verbesserung ihrer materiellen Lage. *Politisch* zeigte sich das im Bündnis der Junker und Monopolisten bei der Ausübung der staatlichen Macht, im Terror gegen die sozialistische Ar-

beiterbewegung und ihre Verbündeten und jede andere demokratische Bewegung, im opfervollen, heldenhaften Kampf der Arbeiterbewegung an der Spitze der friedliebenden Kräfte für demokratische Rechte und Freiheiten gegen Militarismus und Krieg. *Ideologisch* zeigte sich das in einer wüsten chauvinistischen Verhetzung des Volkes mit allen Mitteln des Staates, der Presse und der reaktionären Organisationen, im Kampf der Arbeiterbewegung für die Verbreitung der Ideen des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus.

Die imperialistischen und militaristischen Kräfte hatten alle entscheidenden Positionen der Macht in ihren Händen. Ihre Politik der Unterdrückung jeder demokratischen und sozialistischen Bewegung im Innern und der Aggression nach außen, die angeblich zur Blüte und Weltgeltung der deutschen Nation führen sollte, mußte ganz zwangsläufig aus der inneren und äußeren Situation des deutschen Imperialismus heraus zur nationalen Katastrophe führen.

Das auf die Spitze getriebene System des Militarismus mußte seine unausbleiblichen Früchte tragen. Wie diese aussehen würden, darauf wies Friedrich Engels schon im Dezember 1887 hin. Für die reaktionären Kräfte war zur Durchsetzung ihrer aggressiven Außenpolitik kein anderer Krieg mehr möglich, „als ein Weltkrieg, und zwar ein Weltkrieg von einer bisher nie geahnten Ausdehnung und Heftigkeit. Acht bis zehn Millionen Soldaten werden sich untereinander abwürgen und dabei ganz Europa so kahl fressen, wie noch nie ein Heuschreckenschwarm. Die Verwüstungen des Dreißigjährigen Kriegs zusammengedrängt in drei bis vier Jahre und über den ganzen Kontinent verbreitet; Hungersnot, Seuchen, allgemeine, durch akute Not hervorgerufene Verwilderung der Heere wie der Volksmassen; rettungslose Verwirrung unsres künstlichen Getriebes in Handel, Industrie und Kredit, endend im allgemeinen Bankrott; ...“²

Vor dieser Perspektive stand das deutsche Volk, wenn es die reaktionären Kräfte gewähren ließ. Ohne Volkskampf gegen Militarismus und imperialistischen Krieg, für Frieden und Demokratie, konnte es dieser Perspektive nicht entkommen. Aus diesem Grund wurde die das weitere Schicksal der deutschen Nation bestimmende Frage: die Vernichtung des Imperialismus und Militarismus. *Sie wurde zur Lebensfrage der deutschen Nation.* Die imperialistische Eroberungspolitik, sagte W. Ulbricht, „entsprach weder der Lage Deutschlands mitten in Europa, noch den geschichtlichen Entwicklungsbedingungen und war deshalb gegen die nationalen Entwicklungsbedingungen des deutschen Volkes gerichtet. Nachdem die imperialistischen Mächte die Welt unter sich aufgeteilt hatten, erforderte es das nationale Lebensinteresse des deutschen Volkes, die Wissenschaft und Technik so zu entwickeln, die Fähigkeiten des Volkes so zur Entfaltung zu bringen, daß Deutschland dank seines wissenschaftlichen und kulturellen Hochstandes und seiner friedlichen Handelsbeziehungen mit anderen Völkern Ansehen und Einfluß in der Welt gewann. Deutschland auf diesem Wege der nationalen, sozialen und kulturellen Umwälzung zu führen, das war die geschichtliche Aufgabe der Arbeiterklasse, und ihr Bannerträger war Karl Liebknecht.“³

Unter diesen Bedingungen wurde der Widerspruch zwischen den friedliebenden Kräften des deutschen Volkes und den imperialistischen Interessen einer kleinen

² F. Engels: Einleitung von Engels zu Sigmund Borkheims Schrift: Zur Erinnerung für die deutschen Mordpatrioten 1806/1807. In: F. Engels: Über die Gewaltstheorie. Berlin 1946. S. 87

³ W. Ulbricht: Die Novemberrevolution und der nationale Kampf gegen den deutschen Imperialismus. In: Neues Deutschland. 10. November 1958

Gruppe von Monopolisten, Junkern und Militaristen zum Grundwiderspruch in Deutschland.

Seit nunmehr sechzig Jahren bestimmt der Kampf der beiden Seiten des Grundwiderspruchs die Geschichte des deutschen Volkes. Das Wesen und der Charakter des Grundwiderspruchs sind während dieser Zeit unverändert, gleich geblieben, obwohl nach dem zweiten Weltkrieg durch die Gründung und Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik eine *qualitative* Veränderung in den Beziehungen der beiden Seiten des Grundwiderspruchs erfolgt ist, die dazu geführt hat, daß erstmals in der geschichtlichen Entwicklung des Grundwiderspruchs in Deutschland seine progressive Seite zur bestimmenden geworden ist und im Zusammenhang mit der Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten des Friedens und des Sozialismus die reale Möglichkeit besteht, ihn auf friedlichem Wege zu lösen. Die reaktionären Kräfte des Krieges haben aufgehört, der Politik in Deutschland ihren Stempel aufzudrücken.

Im Verlaufe der Entwicklung des Grundwiderspruchs sind einzelne Seiten oder Momente neu hinzugetreten oder andere weggefallen, wie beispielsweise die nationale Unterdrückung anderer Völker (Polen, Dänen, Sorben, Kolonialvölker), nationale Unterdrückung des deutschen Volkes (Versailler Vertrag, Besetzung des Rheinlandes), die Spaltung Deutschlands, nationale Unterdrückung Westdeutschlands durch den USA-Imperialismus, Existenz zweier gesellschaftlicher Systeme und Staaten in Deutschland. Das Wesen des Grundwiderspruchs ist während dieser Zeit dasselbe geblieben und wird so lange erhalten bleiben, bis die friedliebenden Kräfte den Imperialismus und Militarismus gebändigt haben. Das ist ein unumstößliches Gesetz der gesellschaftlichen Entwicklung.

Welche gesellschaftliche Kraft besitzt nun alle Voraussetzungen, um das deutsche Volk im Kampf um die Lösung des Grundwiderspruchs zu einen, um sich zu scharen und zu führen? Unter den gesellschaftlichen Entwicklungsbedingungen in Deutschland kann das nur die ganze deutsche Arbeiterklasse sein. Sie trägt die Hauptverantwortung für das Schicksal der deutschen Nation. Mit der Herausbildung und Entwicklung des Widerspruchs zwischen den friedliebenden demokratischen Kräften des deutschen Volkes und den reaktionären militaristischen Kräften wurde sie zur Führerin der Nation berufen.

Im Unterschied zu allen anderen sozialen Klassen und Schichten, die ebenfalls an der Lösung der nationalen Lebensfrage des deutschen Volkes interessiert sind, ist die Arbeiterklasse die fortschrittlichste soziale Kraft, die mit der modernen Großproduktion verbunden und am besten organisiert ist. Durch machtvollen Kämpfe gegen die drohende Gefahr der nationalen Katastrophe in der Geschichte des imperialistischen Deutschlands ist sie gestählt und besitzt eine marxistisch-leninistische Partei, die aus der wissenschaftlichen Einsicht in die gesetzmäßige Entwicklung imstande ist, das deutsche Volk in eine friedliche und glückliche Zukunft zu führen. Die Arbeiterklasse ist auch rein zahlenmäßig in Deutschland die stärkste soziale Kraft. Sie ist der entschiedenste Vorkämpfer für die Demokratie, weil die Demokratie die Voraussetzung für den Kampf um den Sozialismus ist. Die Arbeiterklasse ist die Kraft, die konsequent für die Beseitigung des Grundwiderspruchs des Kapitalismus eintritt, der die tiefe ökonomische Wurzel der Ausbeutung, des Krieges ist. Die Arbeiterklasse ist an der Erhaltung und Festigung des Friedens am meisten interessiert, denn die Lasten der Kriegsvorbereitung und des Krieges hat vor allem sie zu tragen. Aus all diesen Gründen ist die Ar-

beiterklasse die konsequenteste Kraft im nationalen Kampf. Sie ist von der Geschichte zur Führung der Nation berufen.

Wenn die friedliebenden Kräfte in Deutschland zwei nationale Katastrophen, in die der deutsche Imperialismus und Militarismus das Volk geführt hat, nicht verhindern konnten, so vor allem deswegen, weil sich die rechten sozialdemokratischen Führer bei allen das Schicksal der deutschen Nation entscheidenden Fragen auf die Seite der reaktionären Kräfte gestellt haben, weil sie besonders durch die Verhinderung der Aktionseinheit der deutschen Arbeiterklasse dieser es unmöglich machten, ihre nationale Mission zu erfüllen. Der antisozialistischen und antinationalen Politik der rechten sozialdemokratischen Führer ist es zuzuschreiben, daß auch heute noch der deutsche Imperialismus und Militarismus die Existenz der deutschen Nation bedroht. Sie tragen deshalb eine große historische Schuld vor der deutschen Nation.

Bis zum Ende des zweiten Weltkrieges ist es dem deutschen Volke nicht gelungen, aus eigener Kraft, unter Führung der Arbeiterklasse, seine nationale Lebensfrage zu lösen. Aber nach der Zerschlagung des räuberischen deutschen Imperialismus und Militarismus durch den heroischen Kampf der sowjetischen Armeen und ihrer Verbündeten im zweiten Weltkrieg, bestanden in ganz Deutschland günstige Bedingungen, den schon seit Jahrzehnten bestehenden grundlegenden Widerspruch zwischen den imperialistischen Interessen der herrschenden Klasse und den friedliebenden Interessen des deutschen Volkes zu lösen. Um diese Möglichkeit in Wirklichkeit zu verwandeln, mußte vor allem die Spaltung der Arbeiterklasse überwunden werden, die *wichtigste Voraussetzung* für die Sammlung aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte. Die dem deutschen Volke gegebene Möglichkeit der Überwindung des Grundwiderspruchs war nur durch die einheitliche Aktion aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte unter Führung der Arbeiterklasse zu verwirklichen. Damit diese Kräfte eine richtige Orientierung in ihrem Kampf und eine Plattform für ihre Sammlung erhielten, bedurfte es eines klaren Programms für den Wiederaufstieg unserer Nation. Dieses Programm legte die KPD am 11. Juni 1945 der Öffentlichkeit vor. Gestützt auf die reichen Erfahrungen des Kampfes der deutschen und internationalen Arbeiterklasse gegen Faschismus, Militarismus und Krieg gab sie mit dem „Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945“ die grundlegende politische Orientierung im Kampf für die Errichtung einer antifaschistisch-demokratischen Republik. Der im Aufruf gewiesene Weg zur Wiedergeburt der deutschen Nation war die konsequente Fortsetzung der nationalen Politik der KPD, wie sie in Brüssel (1935) und Bern (1939) beschlossen und wie sie auch in den Grundsätzen einer deutschen Politik vom „Nationalkomitee Freies Deutschland“ während des zweiten Weltkrieges proklamiert wurde.

Als Walter Ulbricht am 26. Juni 1945 das von der KPD veröffentlichte Programm des Kampfes um die antifaschistisch-demokratische Ordnung erläuterte, hob er hervor, daß nur die Erfüllung dieses Programms, das voll und ganz den Prinzipien des Potsdamer Abkommens entsprach, eine demokratische und friedliche Entwicklung ganz Deutschlands verbürgt und die nationale Einheit wahren kann.⁴

⁴ Vgl.: W. Ulbricht: Die Entwicklung des volksdemokratischen deutschen Staates 1945–1958. Berlin 1958 S. 28

Aber nur im Osten Deutschlands, in der heutigen Deutschen Demokratischen Republik, gelang es den antifaschistisch-demokratischen Kräften unter Führung der einheitlich handelnden Arbeiterklasse mit ihrer marxistisch-leninistischen Partei an der Spitze, die objektiven Erfordernisse der gesellschaftlichen Entwicklung in Deutschland zu verwirklichen. Diese bestanden darin, nach zwei großen nationalen Katastrophen, in die das deutsche Volk durch die herrschenden militaristischen und imperialistischen Kräfte geführt wurde, den Imperialismus und Militarismus mit der Wurzel auszurotten und einen friedliebenden demokratischen Staat zu schaffen, damit niemals mehr von Deutschland die Gefahr eines dritten Weltkrieges ausgeht.

Der deutsche Imperialismus hatte vor aller Welt demonstriert, daß er unfähig ist, dem deutschen Volk eine Perspektive in Glück und Wohlstand zu geben und daß durch räuberische Aggressionen keine Weltgeltung der deutschen Nation zu erreichen ist. Unfähig, die Geschicke der deutschen Nation vorwärts zu führen, ist der deutsche Imperialismus von der Geschichte zum Untergang verurteilt.

Die demokratischen Kräfte des deutschen Volkes haben unter Führung der Arbeiterklasse bisher nur auf dem Gebiet der heutigen Deutschen Demokratischen Republik, mit Unterstützung der sowjetischen Besatzungsmacht, ihre historische Mission erfüllt.

Im Westen Deutschlands haben die alten Verderber der deutschen Nation, gemeinsam mit den imperialistischen Besatzungsmächten und unterstützt durch den Verrat der rechten Führer der SPD und des DGB, die auch nach 1945 die Aktions-einheit der Arbeiterklasse und damit die wichtigste Voraussetzung für die Sammlung aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte verhindert haben und die im Juni 1960 offen auf die Seite des deutschen Militarismus übergingen, die Möglichkeit erhalten, ihre ökonomischen, politischen, ideologischen und vor allem militärischen Positionen zu restaurieren und zu erweitern. Sie haben Westdeutschland zum Atomkriegsherd in Europa gemacht und sind nach den Worten des Bonner Kriegsministers Strauß dabei, bis 1961 „Westdeutschland zur profiliertesten Militär- und Wirtschaftsmacht Europas“ zu machen, „die bestimmenden Einfluß haben wird“.⁵

Die Atomkriegspolitik, die immer mehr in alle Sphären des gesellschaftlichen Lebens Westdeutschlands eindringt, muß zur Verschärfung aller Widersprüche führen. *Ökonomisch* zeigt sich dies im Übergang zur umfassenden Rüstungsproduktion, in den Preissteigerungen, Mieterhöhungen, Abbau der Krankenversicherung, in der Ruinierung der kleinen Bauern und des Handwerks, wie in den zahlreichen Streiks der Arbeiter und Angestellten um Erhöhung ihrer Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit. Dies zeigt sich *politisch* in der Unterordnung des Staates unter die Interessen einer kleinen Monopolgruppe, im Übergang zu klerikal-faschistischen Herrschaftsmethoden, im Verbot der KPD und anderer demokratischer Organisationen, in der Verfolgung der Friedenskämpfer, Gleichschaltung der SPD und des DGB mit der CDU, Notstandsgesetzgebung, in der Verhinderung des Selbstbestimmungsrechtes der westdeutschen Bevölkerung, in den aggressiven Gebietsforderungen an andere Staaten, wie im Kampf der KPD um ihre Legalität, im Kampf der Arbeiterklasse für eine Wende der Politik, im Kampf der Arbeiter, Bauern, Handwerker, Intellektuellen und Teilen der Bourgeoisie gegen

⁵ Vgl.: Brief Walter Ulbrichts an Konrad Adenauer. In: Neues Deutschland. 27. Januar 1960

Militarismus, Faschismus und Atomtod. *Ideologisch* zeigt sich das in der psychologischen Kriegführung, deren wichtigste Momente die antinationale und antikomunistische sowie revanchistische Propaganda sind, wie im Kampf der friedliebenden Kräfte für die Verbreitung der Ideen des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus.

Angesichts dieser unterschiedlichen Entwicklung im Westen und Osten unseres Vaterlandes, angesichts der Tatsache, daß die historischen Gesetzmäßigkeiten nur in einem Teil Deutschlands durchgesetzt wurden, besteht das Wesen der nationalen Frage gegenwärtig darin, „den Grundwiderspruch in Deutschland zu überwinden, den Widerspruch zwischen den imperialistischen Interessen der herrschenden Kreise Westdeutschlands und den Friedensinteressen des deutschen Volkes“.⁶ Was zeigt denn die gesamte Nachkriegsentwicklung Westdeutschlands? Sie zeigt uns, daß in dem Maße, wie die imperialistischen und militaristischen Kräfte ihre Positionen festigten und entwickelten, sich die von ihnen ausgehende Gefährdung des Friedens erhöhte. Sie zeigt uns, daß die reaktionären Kräfte, nachdem sie nicht mehr in der Lage waren, über ganz Deutschland zu herrschen, dazu übergingen, Deutschland zu spalten und den Bonner Separatstaat zu schaffen.

Der Grundwiderspruch in Deutschland ist folglich nicht das Ergebnis der Herauslösung eines Teiles Deutschlands (der Westzonen) aus dem einheitlichen Nationalverband durch die herrschenden Kreise Westdeutschlands. Er durchdringt deshalb heute alle Gebiete des gesellschaftlichen Lebens in ganz Deutschland, weil im Westen Deutschlands die schon seit Jahrzehnten vor dem deutschen Volk stehende Aufgabe der Vernichtung des Imperialismus und Militarismus durch den Kampf der Volksmassen, insbesondere durch die einheitliche Aktion der Arbeiterklasse noch nicht vollzogen worden ist. Der Grundwiderspruch in Deutschland hat demnach seine Ursachen nicht in der Spaltung Deutschlands, sondern die Spaltung Deutschlands hat ihre Ursache im Grundwiderspruch selbst. Sie ist eine der sichtbarsten *Erscheinungen* des Grundwiderspruchs, aber nicht sein Wesen. Sie ist ein Moment, eine Seite des Grundwiderspruchs, die im Verlaufe seiner eigenen Dialektik neu hinzugetreten ist. Damit ist auch gesagt, daß das Wesen der nationalen Frage in Deutschland nicht schlechthin identisch ist mit der Spaltung und ihrer Überwindung. Ohne den Grundwiderspruch gäbe es keine Spaltung Deutschlands. Nur über die Lösung des Grundwiderspruchs ist der Weg zur Überwindung der Spaltung Deutschlands frei. *Darin besteht gegenwärtig das Wesen der nationalen Frage in Deutschland.*

Beim richtigen Verständnis des Wesens der nationalen Frage in Deutschland kann man ermessen, welchen Sinn z. B. die vom amerikanischen Außenminister Hierter in einer Rede am 4. April 1960 vorgetragene Behauptung hat, die Spaltung Deutschlands sei die Hauptgefahr für den Frieden. Und im Godesberger Kapitulationsprogramm der SPD heißt es auf gleichem Niveau: „Die Spaltung Deutschlands bedroht den Frieden.“⁷ Auch in der Deutschen Demokratischen Republik hört man hier und da in Diskussionen noch die Meinung, die Spaltung Deutschlands sei die Ursache für die gegenwärtigen Widersprüche in Deutschland. Eine solche Meinung ist aber oberflächlich. Sie bleibt bei einer Erscheinung unserer nationalen Frage stehen und gibt, da sie das Wesen der nationalen Frage nicht

⁶ W. Ulbricht: Vom kulturreichen Leben der Menschen. In: Sonntag. 15. Mai 1960

⁷ Vorwärts. 20. November 1959

beachtet, auch die Erscheinung verkehrt wieder, losgelöst vom Wesen. Das ist aber vom Standpunkt der Dialektik unzulässig. Eine wissenschaftliche Betrachtung der nationalen Frage und des Grundwiderspruchs in Deutschland muß bis zum Wesen des Problems, bis zu seinen materiell-ökonomischen Wurzeln vordringen. Mit einer solchen dialektisch-materialistischen Analyse werden wir feststellen, daß der Grundwiderspruch in Deutschland seine Wurzel nicht in der Spaltung, sondern im Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privaten Aneignung der Produkte in Westdeutschland hat. Die Bedrohung des Friedens wurzelt in der Ökonomik des Imperialismus und erscheint als Militarismus. Die Monopolkapitalisten haben einzig und allein aus egoistischen Klasseninteressen heraus, aus purer Furcht vor Demokratie und Sozialismus, Deutschland gespalten und den westdeutschen Separatstaat geschaffen, dessen Armee ihnen den „verlorenen Krieg zurückgewinnen“ soll, selbst auf die Gefahr hin, die deutsche Nation zu vernichten. Wieder einmal haben sie ihre eigenen egoistischen Klasseninteressen vor die Interessen der Nation gestellt.

Angesichts der ungeheuerlichen Bedrohung des deutschen Volkes durch den Militarismus und Revanchismus ist die Forderung nach Wiedervereinigung ohne Orientierung auf die Bändigung des Militarismus, als die wichtigste Voraussetzung für die Wiedervereinigung, Desorientierung, weil sie von der entscheidenden Frage auf eine abgeleitete, von der Ursache auf die Folge ablenkt. Es ist unmöglich, die Folgen einer bestimmten Entwicklung aufzuheben, ohne die sie bedingenden Ursachen zu beseitigen. *Aus diesem Grunde ist nicht die sofortige Wiedervereinigung der Hauptinhalt der nationalen Frage in Deutschland, sondern die Sicherung des Friedens durch Bändigung der unbelehrbaren Militaristen und Revanchisten.* Diejenigen, die die Meinung vertreten, die Wiedervereinigung könne durch einen Friedensvertrag vollendet oder durch einen Beschluß der Gipfelkonferenz herbeigeführt werden, haben nicht begriffen, daß die Lösung des Grundwiderspruchs in erster Linie nur Ergebnis des Kampfes des deutschen Volkes sein kann und zum anderen, daß infolge der atomaren Aufrüstung Westdeutschlands der Weg zur Wiedervereinigung langwierig ist und nur über die Bändigung des Militarismus, auf der Grundlage eines nationalen Kompromisses, der für alle demokratischen und friedliebenden Kräfte annehmbar ist, verwirklicht werden kann. Ohne diese Orientierung auf das Wesen der nationalen Frage bleibt jede Forderung nach Wiedervereinigung hohle Phrase, die nur die aggressiven Absichten der Bonner Revanchisten nach Einverleibung der Deutschen Demokratischen Republik in die NATO und nach Ausdehnung ihres klerikal-militaristischen Regimes vorerst bis an die Oder verdeckt. Wer es also wirklich ehrlich mit dem Kampf um die Einheit Deutschlands meint, der muß an der Seite der friedliebenden demokratischen Kräfte für die Bändigung des Imperialismus und Militarismus, d. h., für die Lösung des Grundwiderspruchs kämpfen, weil er damit die Voraussetzungen schaffen hilft, um zu einer Verständigung beider deutschen Staaten, zu einer Konföderation und schließlich auf diesem Wege zum friedliebenden demokratischen und einheitlichen Deutschland zu kommen. *Wie der Deutschlandplan des Volkes zeigt, ist dies der einzige noch vorhandene Weg zur friedlichen Wiedervereinigung.*

Die Tatsache, daß auch in der nationalen Frage Wesen und Erscheinung nicht zusammenfallen, ist für die Bewußtseinsbildung der friedliebenden Kräfte, für ihre Mobilisierung gegen den Militarismus von großer Bedeutung. Die Erkenntnis

des Wesens der nationalen Frage erfolgt nicht spontan durch die unmittelbare Teilnahme an dieser oder jener demokratischen Bewegung. Das Wesen ist *nicht unmittelbar*, sondern nur vermittels der Sinne durch das Denken zu erfassen. Da es nur vermittelt auf den Menschen wirkt, macht es auch einen anderen Eindruck als die auf seine Sinne unmittelbar einwirkenden Tatsachen. Auf den sogenannten gesunden Menschenverstand wirkt das Unmittelbare bedeutend stärker als das Mittelbare. Die klerikal-militaristische Propaganda knüpft gerade an dieses Unmittelbare in der nationalen Frage, wie es die Spaltung ist, an, um ihr wirkliches Wesen zu verschleiern. Wir müssen aber anders vorgehen, weil wir das Grundproblem lösen wollen. Wir müssen die Erfahrungen der Massen bei der Teilnahme an dieser oder jener demokratischen Bewegung durch die Vermittlung wissenschaftlicher Erkenntnisse bewußt machen, damit die Massen die wirklichen Zusammenhänge begreifen. Im Deutschlandplan des Volkes ist von der SED das Wesen der nationalen Frage klar herausgearbeitet und gezeigt worden, auf welchem Wege die Wiedervereinigung Deutschlands zu einem friedliebenden, demokratischen Staat erfolgen kann und muß. Er ist somit als das bedeutsamste politische Dokument des nationalen Kampfes gleichzeitig das wissenschaftliche Dokument für die Aufklärung der friedliebenden Kräfte über die nationale Frage in Deutschland und muß daher im Mittelpunkt der ideologischen Arbeit stehen.

II

Zur Dialektik der zwei Seiten des Grundwiderspruchs

Wie jeder Widerspruch der objektiven Realität, enthält auch der Grundwiderspruch in Deutschland gegensätzlich, einander ausschließende Seiten, die sich zugleich bedingen und wechselseitig aufeinander einwirken. Darum müssen wir bei der Analyse des Grundwiderspruchs erstens vom Zusammenhang seiner Seiten, von ihrer Verbindung und gegenseitigen Einwirkung ausgehen. Jede andere Verfahrensweise, die nur eine der gegensätzlichen Seiten beachtet, wegen eines Teiles das Ganze nicht sieht, ist metaphysisch, einseitig, subjektivistisch und muß folglich auch zu politisch falschen Schlußfolgerungen führen.

Zweitens müssen wir bei der Analyse des Grundwiderspruchs auch jede einzelne Seite verstehen, d. h., wir müssen die besondere Lage jeder Seite begreifen, denn jede Seite des Grundwiderspruchs verkörpert eine bestimmte Tendenz, das Neue oder das Alte, den gesellschaftlichen Fortschritt oder die finsterste Reaktion. Wenn wir so an die Frage herangehen, werden wir auch das Kräfteverhältnis zwischen beiden Seiten des Grundwiderspruchs und damit seine hauptsächliche Seite richtig bestimmen können.

Drittens müssen wir beachten, daß gegensätzliche Seiten, die in einem inneren Widerspruch eine dialektische Einheit bilden, nicht ohne Kampf existieren können. Der Kampf gegensätzlicher Seiten eines Widerspruchs ist die Haupttriebkraft für die Entwicklung eines Prozesses und führt ihn auch zu seiner Lösung. Das Schicksal der deutschen Nation hängt nicht vom lieben Gott oder von frommen Wünschen für die Wiedervereinigung ab, sondern von der Entwicklung des Grundwiderspruchs durch den Kampf seiner beiden gegensätzlichen Seiten. Darum müssen wir bei der Analyse des Grundwiderspruchs beachten, welches die konkreten

Kampfmaßnahmen sind, die von jeder Seite auf Grund ihrer objektiven Lage angewandt werden. *Ohne Kampf um die Entfaltung und Lösung des Grundwiderspruchs gibt es keine Entwicklung der deutschen Nation. Wenn die friedliebenden demokratischen Kräfte des deutschen Volkes die lebendige Zukunft der deutschen Nation wollen, dann müssen sie auch alle Kraft für die Lösung des Grundwiderspruchs aufwenden, weil die Bändigung des deutschen Imperialismus und Militarismus die Lebensfrage der deutschen Nation ist.*

Viertens müssen wir den Charakter des Grundwiderspruchs beachten, weil die Strategie und Taktik davon weitgehendst bestimmt wird. Wie wir bereits gezeigt haben, gibt es zwischen den grundlegenden Interessen beider Seiten des Grundwiderspruchs keine Gemeinsamkeiten. Darum ist dieser Widerspruch unversöhnlich, antagonistisch. „Als *antagonistisch* bezeichnet man die Widersprüche zwischen sozialen Gruppen oder Klassen, deren grundlegende Interessen unversöhnlich sind.“⁸

Dies alles gilt es zu beachten, wenn wir die Beziehungen der beiden Seiten des Grundwiderspruchs verstehen wollen, wenn wir bei seiner Analyse keinerlei opportunistisch-revisionistische Entstellungen, aber auch keine dogmatischen Fehler und Erscheinungen der Oberflächlichkeit dulden wollen. Oberflächlichkeit und Einseitigkeit sind immer auch ernste Hindernisse für eine wirksame ideologische Arbeit im Kampf um die Lösung des Grundwiderspruchs. Einseitigkeit und Subjektivismus bestehen in diesem Zusammenhang nicht nur darin, daß die Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik und die Militarisierung Westdeutschlands voneinander isoliert und nicht in ihrer Wechselwirkung behandelt werden, daß z. B. nicht die nationale Bedeutung jeder in der Deutschen Demokratischen Republik zu lösenden Aufgabe gesehen wird, sondern auch in der Einengung der progressiven Seite des Grundwiderspruchs auf die Deutsche Demokratische Republik. *Die Trennungslinie zwischen den zwei Seiten des Grundwiderspruchs ist keineswegs identisch mit der Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten.* Die progressive Seite des Grundwiderspruchs umfaßt die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik und alle friedliebenden Menschen in Westdeutschland, die reaktionäre Seite die Kräfte des Militarismus und Revanchismus. Das heißt, die Trennungslinie zwischen den beiden Seiten des Grundwiderspruchs geht durch Westdeutschland und Westberlin. Die Arbeiter, Bauern, die Angehörigen der Intelligenz, die Handwerker und Gewerbetreibenden und selbst Teile der Bourgeoisie haben, was die Erhaltung des Friedens und die Schaffung demokratischer Verhältnisse in Westdeutschland anbelangt, in ganz

⁸ Grundlagen des Marxismus-Leninismus. Lehrbuch. Berlin 1960. S. 90

In diesem Zusammenhang sei auf die Definition des antagonistischen Widerspruchs bei Kurt Rödel hingewiesen. Es heißt: „Der Marxismus versteht unter einem antagonistischen Widerspruch eine spezifische Form des Widerspruchs, der Beziehungen der Ausbeutung und Unterdrückung zum Ausdruck bringt.“ (Siehe: K. Rödel: Der Grundwiderspruch in Deutschland und die Politik der SED zu seiner Lösung. In: DZfPh. Heft 6/1960. S. 659.) U. E. ist diese Definition zu eng gefaßt. Sie ist nicht anwendbar auf den Grundwiderspruch in Deutschland, der sich doch ganz offensichtlich nicht auf Ausbeutung und Unterdrückung reduzieren läßt, aber unbestreitbar antagonistischen Charakter trägt. Darum ist die oben zitierte Definition wie auch die in „Wissenschaftliche Weltanschauung“ (Teil I, Heft 4, S. 24) angeführte, präziser. Sie trifft das Allgemeine aller Arten antagonistischer Widersprüche, was man von Rödel's Definition nicht sagen kann, da sie einen so wichtigen antagonistischen Widerspruch wie den gegenwärtigen Grundwiderspruch in Deutschland ausschließt.

Deutschland objektiv dieselben Interessen. Sie stehen demselben Feind gegenüber, der gegenwärtig die physische Existenz der Nation bedroht.

Die heutigen Revisionisten verschließen vor der Aggressivität des Imperialismus die Augen und versuchen, den werktätigen Massen einzureden, daß sich der Imperialismus seit der Zeit, als Lenin ihn wissenschaftlich analysierte, grundsätzlich gewandelt und das Streben nach fremdem Gut verloren habe. Die rechten sozialdemokratischen Führer, genauso wie die revanchistischen Politiker der Adenauer-CDU, scheuen seit Jahren keine Mühe, bei den Werktätigen die Illusion zu wecken, daß der Monopolkapitalismus mit all seinen Konflikten und Krisen verschwunden und eine neue Gesellschaft entstanden bzw. in Entwicklung sei: die „freie oder soziale Marktwirtschaft“ wie die einen, eine Art „Volkskapitalismus“ wie andere behaupten. Auf diese Weise wird die ökonomische Ursache des Grundwiderspruchs und damit seine Existenz überhaupt geleugnet.

In ihren demagogischen Phrasen postulieren sie den „Widerspruch zwischen Furcht und Hoffnung“ als gegenwärtigen Grundwiderspruch, unterstellen dann, die Furcht westdeutscher Bevölkerungskreise vor einem neuen Chaos wäre primär durch die Politik der sozialistischen Länder, wie der Kommunisten überhaupt, bedingt und erklären so den Kommunismus zum Hauptfeind. Damit befinden sie sich voll und ganz im Fahrwasser des Imperialismus, dessen klerikal-militaristische Ideologen die tiefen sozialen Gegensätze in Deutschland umfälschen in den angeblich bestimmenden Widerspruch zwischen der bürgerlich-religiösen und materialistisch-atheistischen Weltanschauung und den Kampf gegen den Kommunismus zur modernen Form der „Heidenbekämpfung“ erklären. Der 30. Juni 1960, an dem sich die SPD-Vertreter im Bundestag offen für den antikommunistischen Kriegskurs der Imperialisten und Militaristen Westdeutschlands aussprachen, legt dafür unmißverständlich und deutlich praktisches Zeugnis ab. Das Ungeheuerliche dieses Verrats wird besonders deutlich, wenn man die Rolle der aggressiven imperialistischen und militaristischen Kräfte in Westdeutschland betrachtet.

Diese sind nicht einfach eine Gruppe von Menschen, die sich durch grundlegend andere Interessen von den Friedenskräften unterscheiden. Sie sind eine gut organisierte Kraft, die sich auf die ökonomische Macht solcher Monopole wie IG-Farben, Siemens, AEG u. a. stützt und die gegenwärtig das wirtschaftliche Leben in Westdeutschland kontrolliert. Sie verfügt über den klerikal-militaristischen Staat, besitzt in der CDU ihren politischen Führungsstab und ist mit dem politischen Klerikalismus verflochten. Auf Grund ihrer ökonomischen und politischen Machtstellung hat diese Gruppe alle Mittel zur ideologischen Beeinflussung der Massen in den Händen und nutzt sie auch systematisch für die Verhetzung der westdeutschen Bevölkerung, für die psychologische Kriegsführung aus. Sie haben sich in Gestalt der westdeutschen NATO-Armee ein Instrument zur Unterdrückung der friedliebenden demokratischen Kräfte in Westdeutschland und zur Realisierung ihrer aggressiven Pläne gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik, den anderen sozialistischen Ländern sowie gegenüber ihren kapitalistischen „Freunden“ geschaffen. Sie sind dabei, diese Armee mit Atom- und Wasserstoffwaffen auszurüsten. In der sogenannten „Denkschrift der Generäle“, die voll und ganz von Adenauer unterstützt wurde, kam dies ganz offen zum Ausdruck. Diese Denkschrift wie auch viele andere Tatsachen der letzten Zeit zeugen davon, „daß die Kriegsvorbereitungen der Regierung der Deutschen Bundesrepublik in eine neue,

gefährliche Phase eingetreten sind, deren charakteristische Besonderheiten in dem Streben bestehen, um jeden Preis Massenvernichtungswaffen zu erhalten und unter der westdeutschen Bevölkerung in verstärktem Maße revanchistische Stimmungen zu entfachen, um sie ideologisch auf militärische Abenteuer vorzubereiten“.⁹

Genauso wie für die anderen imperialistischen Länder ist auch für die heutige Entwicklung des Kapitalismus in Westdeutschland nicht mehr das Monopol schlechthin, sondern der staatsmonopolistische Kapitalismus das wichtigste Merkmal seiner Entwicklung. Eine kleine Monopolgruppe hat sich den Bonner klerikal-militaristischen Obrigkeitsstaat vollkommen untergeordnet und nutzt ihn zur Festigung ihrer ökonomischen und politischen Macht aus. Die Brandt, Wehner, Erler u. a. Mitglieder der Kriegerfraktion in der SPD besorgen die Geschäfte dieser Monopolgruppe in der Arbeiter- und Friedensbewegung Westdeutschlands und Westberlins. Der staatsmonopolistische Charakter des westdeutschen Imperialismus, dessen Hauptzüge in dem verstärkten Druck einiger Monopole auf das ganze Volk und in der umfassenden Militarisierung des gesamten gesellschaftlichen Lebens bestehen, hat den aggressiven Charakter der reaktionären Seite des Grundwiderspruchs noch mehr verschärft. Den Hauptschlag im Kampf gegen die progressive Seite führen die reaktionären Kräfte gegen den wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau in der Deutschen Demokratischen Republik. Mit allen Mitteln versuchen sie, deren internationale Autorität zu mindern und ihre Anerkennung durch nichtsozialistische Länder zu verhindern. Sie wollen den innerdeutschen Handel unterbinden, weil sie glauben, damit die Erfüllung der ökonomischen Hauptaufgabe und des Siebenjahrplanes zumindest verzögern zu können. Sie unterhalten ein weitverbreitetes Spionage- und Agentennetz für Diversion, Sabotage und Abwerbung. Sie wollen die Kontakte der friedliebenden Kräfte aus beiden deutschen Staaten unmöglich machen, indem sie die „Macht-das-Tor-zu-Politik“ praktizieren, DDR-Bürger in ihrem Herrschaftsbereich wegen ihrer Bemühungen um die Erhaltung des Friedens in die Gefängnisse werfen, westdeutsche Friedenskräfte verleumdern, ökonomisch erpressen und verhaften. Sie überschütten die friedliebenden Menschen mit ihren Rundfunk- und Fernsehprogrammen, durch die Presse, den Film und die militaristische Massensliteratur mit einer wahren Schlamm-Flut antinationaler, antikommunistischer und revanchistischer Propaganda. Ihre Krönung findet die Gesamtheit der Methoden des Kampfes gegen die progressiven Kräfte Westdeutschlands in der Notstandsgesetzgebung. Das aggressive Wesen des deutschen Imperialismus und Militarismus hat sich keinesfalls geändert.

Es wäre jedoch falsch und dogmatisch, bei der Analyse des gegenwärtigen Grundwiderspruchs in Deutschland nur diese Seite zu betrachten. Die materialistische Dialektik verpflichtet uns, die Veränderungen im Verhältnis der zwei Seiten des Grundwiderspruchs zu analysieren, das Neue in der Entwicklung des Grundwiderspruchs hervorzuheben. Die wichtigste Besonderheit in der Nachkriegsentwicklung Deutschlands, in der sich zugleich das Neue im Grundwiderspruch offenbart, ist die Stärkung der fortschrittlichen und die Schwächung der reaktionären Seite durch die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik

⁹ Gemeinsame Erklärung der Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik, der Volksrepublik Polen, der UdSSR und der ČSSR vom 10. Oktober 1960. In: Neues Deutschland 11. Oktober 1960

und den sozialistischen Aufbau in der Deutschen Demokratischen Republik, der sich unter dem Einfluß der Erfolge des Sozialismus im Wettbewerb zwischen den zwei sozialen Systemen im Weltmaßstab vollzog und vollzieht. Diese Entwicklung zeigt, daß die reaktionären militaristischen und revanchistischen Kräfte bereits nicht mehr fähig waren, die Veränderung des Kräfteverhältnisses in Deutschland zugunsten der Kräfte des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus aufzuhalten.

Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik war der sichtbarste Ausdruck dafür, daß in einem Teil Deutschlands der Grundwiderspruch überwunden wurde. Im jahrzehntelangen Kampf der Friedenskräfte Deutschlands war das der bisher größte Sieg. Darum sind wir der Meinung, daß Kurt Rödel grundsätzlich am Neuen in der Entwicklung des Grundwiderspruchs vorbeigeht, wenn er heute noch nach den zwei Seiten des Grundwiderspruchs in der Deutschen Demokratischen Republik sucht. Kann denn wirklich unbemerkt geblieben sein, daß der Imperialismus und Militarismus im Osten Deutschlands mit Stumpf und Stiel ausgerottet ist?¹⁰

Die Deutsche Demokratische Republik ist die feste staatliche Basis der progressiven Seite des Grundwiderspruchs und von ihrer Entwicklung wird in *erster Linie* der Ausgang des Kampfes zwischen den zwei Seiten des Grundwiderspruchs bestimmt. Im Beschluß des V. Parteitages der SED heißt es: „Die friedliebenden Kräfte des deutschen Volkes haben — auch wenn sich noch nicht alle dessen bewußt sind — ihre Basis in der Deutschen Demokratischen Republik. Hier sind feste Grundlagen für eine konsequente Friedenspolitik geschaffen. Es wurde die Vereinbarung der drei Mächte über die Liquidierung des Faschismus und die Durchführung von Maßnahmen, die eine friedliche, demokratische Entwicklung in Deutschland garantieren, konsequent verwirklicht.

Die Auseinandersetzung zwischen den friedliebenden Kräften und den imperialistischen und militaristischen Kräften tritt auf staatlicher Ebene als Auseinandersetzung der beiden deutschen Staaten in Erscheinung. Die Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik erhöht entscheidend die Stoßkraft und Erfolgsaussichten der friedliebenden Kräfte des ganzen deutschen Volkes und ist daher zu einer nationalen Aufgabe aller Deutschen geworden, die den Frieden erstreben. Diese Erkenntnis auch jenen um den Frieden ringenden Menschen in Westdeutschland bewußt zu machen, die diese Zusammenhänge heute noch nicht erkennen, ist eine vordringliche Aufgabe unserer Politik und der friedliebenden, demokratischen und nationalgesinnten Kräfte in ganz Deutschland.“¹¹

Die Veränderungen, die sich bisher im Kräfteverhältnis zwischen den zwei Seiten des Grundwiderspruchs in Deutschland vollzogen haben, sind nicht nur von quantitativer, sondern auch von grundlegend qualitativer Bedeutung. Durch sie wurde die progressive Seite, wurden die Friedenskräfte zur hauptsächlichen, zur bestimmenden Seite des Grundwiderspruchs, die dem Verlauf des Kampfes, der gesamten Entwicklung in Deutschland immer mehr ihren Stempel aufdrückt. *Durch diese qualitative Veränderung, durch das neue Kräfteverhältnis, besteht*

¹⁰ Siehe: K. Rödel: Der Grundwiderspruch in Deutschland und die Politik der SED zu seiner Lösung. In: DZfPh. Nr. 6/1960. S. 666/667

¹¹ Beschluß des V. Parteitages der SED. Über den Kampf um den Frieden, für den Sieg des Sozialismus für die nationale Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender, demokratischer Staat. Berlin 1958. S. 80/81

heute die reale Möglichkeit, den Grundwiderspruch in Deutschland friedlich zu lösen.

Auf dem V. Parteitag der SED sagte Walter Ulbricht: „Unter den Bedingungen der Existenz des sozialistischen Weltsystems und der Weltfriedensbewegung gibt es keine verhängnisvolle Unvermeidbarkeit der Kriege mehr. Heute existieren mächtige gesellschaftliche und politische Kräfte, die über ernsthafte Mittel verfügen, um die Entfesselung eines Krieges durch die Imperialisten zu verhindern. Deshalb kann durch einen Kompromiß, d. h., durch einen Nichtangriffspakt, die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone bzw. einer Zone der verminderten Rüstung sowie durch die Bildung einer Konföderation beider deutscher Staaten ein friedlicher Weg zur Lösung des Grundwiderspruchs in Deutschland gefunden werden.“¹²

Eine weitere Besonderheit der gegenwärtigen Entwicklungsphase des Grundwiderspruchs besteht darin, daß die soziale Basis der Herrschaft des Monopolkapitals enger geworden ist und in Westdeutschland immer enger wird und damit die allgemein-demokratischen, gegen das aggressive Großkapital gerichteten Bewegungen wachsen. Das ist eine unumgängliche Folge des Wachstums des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Westdeutschland. Einige wenige Monopole plündern mit Hilfe des klerikal-militaristischen westdeutschen Staates die ganze Gesellschaft aus, indem sie die Arbeiterklasse, die werktätigen Bauern, die Handwerker, die Angestellten und die Intelligenz schamlos ausbeuten und indem sie sich durch die Umverteilung des Nationaleinkommens vermittels des Staatshaushalts auch einen Teil des Mehrwertes der anderen Kapitalisten aneignen. Die gesamte Innen- und Außenpolitik wird dem Profitstreben weniger Monopole untergeordnet. Das ist aber nur möglich, indem die demokratischen Rechte aller Bevölkerungsschichten eingeengt und Schritt für Schritt beseitigt werden, was wiederum zur Folge hat, daß die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes immer mehr in Gegensatz zu dem kleinen Häuflein der Militaristen und Revanchisten gerät. Wenn die herrschenden Kreise Westdeutschlands heute ihre Armee mit Atom- und Wasserstoffwaffen ausrüsten, dann heißt das, sie haben die physische Vernichtung der Nation einkalkuliert. Das wird auch mit beispiellosem Zynismus in der sogenannten Denkschrift des Bonner Generalstabs zum Ausdruck gebracht. Unter diesen Bedingungen vereinen sich objektiv die Interessen aller Klassen und Gesellschaftsschichten gegen die Interessen einer kleinen Gruppe von unbelehrbaren Leuten, die den Atomkrieg als Mittel ihrer abenteuerlichen Politik benutzen wollen. Auf dieser Gemeinsamkeit der Interessen an der Erhaltung des Friedens bei fast allen Deutschen fußt die Politik der SED und KPD zur Sammlung aller friedliebenden Kräfte für die Lösung des Grundwiderspruchs.

Eine weitere Besonderheit des gegenwärtigen Grundwiderspruchs besteht in der Spaltung Deutschlands und der Verwandlung Westdeutschlands in einen Satelliten der USA, in ihren wichtigsten überseeischen militärischen Stützpunkt. Die Spaltung Deutschlands ist eine Erscheinung des Grundwiderspruchs, ein Ausdruck dafür, daß es den reaktionären Kräften noch einmal gelungen ist, in einem Teil Deutschlands ihre Macht zu behaupten und daß die demokratischen und friedliebenden Kräfte noch nicht in der Lage waren, in ganz Deutschland die reak-

¹² Protokoll des V. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Berlin 1959. Bd. I. S. 43

tionären Kräfte zu schlagen. Die reaktionären Kräfte konnten trotz ihrer vernichtenden Niederlage im zweiten Weltkrieg noch einmal für eine gewisse Zeit den gesellschaftlichen Fortschritt in einem Teil Deutschlands aufhalten. Das gelang ihnen vor allem darum, weil die imperialistischen Besatzungsmächte alles taten, um die demokratischen Kräfte an der Erfüllung ihrer historischen Aufgabe zu hindern und weil die rechten Führer der SPD und des DGB durch ihre Spalterpolitik die Hauptkraft im nationalen Kampf, die deutsche Arbeiterklasse, nicht in ganz Deutschland zur einheitlichen Aktion kommen ließen.

Die rechten Führer der SPD und des DGB tarnen ihren Übergang auf die Position des Militarismus mit einer wüsten antikommunistischen Hetze. Als Sprecher der Kriegsfraktion der SPD ist Wehner am 30. Juni 1960 offen für den Vorrang der NATO-Interessen und der Interessen des Bündnisses der USA mit Westdeutschland vor den nationalen Interessen des deutschen Volkes und der Wiedervereinigung eingetreten. Mit ihrem offenen Übergang in das Lager der militaristisch-revanchistischen Kräfte haben die rechten Führer der SPD vor aller Welt gezeigt, daß sie mit den Interessen der deutschen Arbeiter nichts gemeinsam haben. Im offenen Brief des Zentralkomitees der SED an die Mitglieder, Funktionäre und Freunde der SPD sowie auf dem 9. Plenum des ZK der SED wurden aus der Kapitulation der rechten SPD-Führer entsprechende Schlußfolgerungen für die Entwicklung einer breiten nationalen Einheitsfront gezogen und nachgewiesen, daß die Lösung des Grundwiderspruchs in Deutschland ohne Veränderung des Kräfteverhältnisses in Westdeutschland zugunsten der Arbeiterklasse und des Fortschritts nicht möglich ist. „Dazu ist notwendig, der Kampf um die Legalität der KPD, die Ausschaltung der Renegaten und politischen Hochstapler aus der Arbeiterbewegung und die Einigung aller Kräfte gegen Adenauer und den Militarismus.“¹³

Schließlich besteht eine Besonderheit des gegenwärtigen Grundwiderspruchs darin, daß seine progressive Seite im Potsdamer Abkommen eine völkerrechtliche Grundlage und Legitimität für ihren Kampf besitzt. Im Potsdamer Abkommen wurden die Lehren aus der deutschen Geschichte gezogen. Nachdem von deutschem Boden zwei Weltkriege ausgingen, die das deutsche Volk zweimal in die nationale Katastrophe führten, mußte der Imperialismus und Militarismus ein für allemal aus dem Leben Deutschlands ausgeschaltet werden. Nur durch die Gestaltung seines Lebens auf friedlicher und demokratischer Grundlage konnte das deutsche Volk einen geachteten Platz im Kreis der friedliebenden Völker erringen. Das Potsdamer Abkommen verpflichtete die Besatzungsmächte, dem deutschen Volk bei der Schaffung einer demokratischen Ordnung behilflich zu sein und das Wiederaufleben des Militarismus und Faschismus zu verhindern. Im Potsdamer Abkommen wird ausdrücklich die Ausrottung des deutschen Militarismus und Faschismus gefordert, damit das deutsche Volk die Möglichkeit erhält, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage aufzubauen. Es gäbe heute keine Deutschlandfrage, keine Bedrohung des Friedens durch den klerikal-militaristischen Bonner Obrigkeitsstaat, wenn die Forderungen des Potsdamer Abkommens auch in Westdeutschland erfüllt worden wären. Wir müssen demzufolge nach wie vor die Erfüllung des Potsdamer Abkommens für Westdeutschland

¹³ Hermann Matern: Zur Politik und Taktik im Kampf um die Einheit. In: Neues Deutschland. 31. Juli 1960

verlangen. Das deutsche Volk ist völkerrechtlich zur Erfüllung dieses Abkommens geradezu verpflichtet und kann auch von den westlichen Siegermächten verlangen, bei der Schaffung einer friedliebenden parlamentarisch-demokratischen Ordnung in Westdeutschland aktiv unterstützt zu werden.

III

Die nationale Bedeutung der sozialistischen Umwälzung in der DDR

Der planmäßige Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik wurde durch die objektive Entwicklung der zwei Seiten des Grundwiderspruchs auf die Tagesordnung gesetzt. Nachdem die demokratischen Kräfte im Osten Deutschlands die antifaschistisch-demokratische Revolution beendet hatten und die reaktionären imperialistischen und militaristischen Kräfte Deutschlands durch die Bildung des Bonner Separatstaates und seine Verwandlung in einen klerikal-militaristischen Obrigkeitsstaat das Rad der Geschichte in Deutschland aufhalten und die fortschrittliche Entwicklung im Osten Deutschlands rückgängig machen wollten, verlangte die Stärkung der Friedenskräfte mit zwingender Notwendigkeit den Übergang zum Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik.

Mit dem Aufbau des Sozialismus erbringt die Deutsche Demokratische Republik den praktischen Beweis, daß das deutsche Volk in Frieden, Wohlstand und Glück leben kann, wenn es den Imperialismus und Militarismus beseitigt, auf revanchistische Forderungen verzichtet, seine Geschicke in die eigenen Hände nimmt und seine Anstrengungen auf die Schaffung materieller und geistiger Güter konzentriert. *Darin besteht die große nationale Bedeutung der sozialistischen Revolution in der Deutschen Demokratischen Republik.* Sie ist das wichtigste Glied in der Lösung der nationalen Frage. Indem wir die ökonomische Hauptaufgabe erfüllen und durch die Erfüllung des Siebenjahrplanes den Sieg des Sozialismus herbeiführen, erhält die Friedenspolitik der Deutschen Demokratischen Republik eine noch festere Basis und die westdeutschen Arbeiter und alle Friedenskräfte erhalten die beste Unterstützung für ihren Kampf gegen den Militarismus und Imperialismus; indem wir die brüderliche Zusammenarbeit mit den Ländern des sozialistischen Weltsystems, insbesondere mit der Sowjetunion entwickeln, liefern wir unseren Beitrag zur Stärkung der Positionen des sozialistischen Lagers im weltweiten Kampf um die Erhaltung des Friedens; indem wir die wirtschaftlichen Beziehungen mit den jungen antiimperialistischen Nationalstaaten entwickeln, leisten wir einen bedeutsamen Beitrag zur Politik der friedlichen Koexistenz; indem wir den Sozialismus in einem schon früher hoch industrialisierten Land zum Siege führen, geben wir den Werktätigen der kapitalistischen Länder ein Beispiel für ihren Kampf um Frieden und sozialen Fortschritt.

Es muß also besonders betont werden, daß der wichtigste Beitrag der Deutschen Demokratischen Republik im Kampf um die Lösung des Grundwiderspruchs die Erfüllung der ökonomischen Hauptaufgabe und des Siebenjahrplanes ist. Von der Erfüllung unserer ökonomischen Aufgaben hängt die Entwicklung des politischen, sozialen und geistigen Lebens in der Deutschen Demokratischen Republik wie auch die Mobilisierung der friedliebenden Kräfte Westdeutschlands gegen Imperialismus und Militarismus für eine parlamentarisch-demokratische Ord-

nung entscheidend ab. Es ist dies der wichtigste Beitrag, um ein solches Übergewicht der progressiven Seite des Grundwiderspruchs zu schaffen, daß die notwendige Wende der Politik in Westdeutschland herbeigeführt werden kann. Darin besteht der tiefe politische Sinn unserer ökonomischen Aufgaben. W. Ulbricht sagte: *„Die Erhöhung der politischen, ökonomischen und sozialen Anziehungskraft unserer Republik ist eine objektive Notwendigkeit im Kampf gegen den deutschen Imperialismus.“*¹⁴

Aus all diesen Gründen ist es unrichtig und zeugt vom Unverständnis der Rolle der Deutschen Demokratischen Republik für die Lösung des Grundwiderspruchs, wenn der Aufbau und der Sieg des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik außerhalb der Entwicklung des Grundwiderspruchs in Deutschland betrachtet wird. Die Deutsche Demokratische Republik ist die entscheidende Kraft der progressiven Seite des Grundwiderspruchs und als solche der Retter des deutschen Volkes vor einem dritten Weltkrieg. Wegen eines Teiles wird oft das Ganze der nationalen Frage nicht gesehen. Walter Ulbricht sagte deshalb in seinem Referat auf der 4. Tagung des Zentralkomitees der SED: „In den Beschlüssen des V. Parteitages steht der Kampf um die Lösung der nationalen Frage des deutschen Volkes, d. h. die Überwindung des deutschen Militarismus und Imperialismus und die Neugeburt Deutschlands als friedliebender, demokratischer Staat, in Verbindung mit der sozialistischen Entwicklung und Umgestaltung in der Deutschen Demokratischen Republik.“

Beide Fragen stehen insofern in Zusammenhang als der Sozialismus dauerhafter Frieden ist. Die sozialistische Umgestaltung in der Deutschen Demokratischen Republik schafft also die Bedingungen für eine erfolgreiche Friedenspolitik.

In dem Maße, wie die Deutsche Demokratische Republik durch die sozialistische Entwicklung und die Erhöhung der Lebenshaltung des Volkes die Überlegenheit über die westdeutsche militaristisch-klerikale Staatsordnung beweist, um so stärker wird der Einfluß der friedliebenden demokratischen Kräfte in Westdeutschland werden, und um so mehr besteht Aussicht, zu einer Konföderation der beiden deutschen Staaten und auf diesem Wege zur Einheit Deutschlands zu kommen.“¹⁵

Wenn also der Sieg des Sozialismus in der DDR für die Entwicklung der progressiven Seiten des Grundwiderspruchs in der Praxis solche entscheidende Bedeutung hat, dann darf in der theoretisch-ideologischen Arbeit die Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik nicht von der Entwicklung des Grundwiderspruchs getrennt werden. Was in der objektiven Realität unseres gesellschaftlichen Lebens eine dialektische Einheit ist, darf in der Widerspiegelung, in der wissenschaftlichen Arbeit nicht metaphysisch getrennt werden. Zum anderen folgt daraus, daß jede Verzögerung bei der sozialistischen Umgestaltung des gesellschaftlichen Lebens, vor allem bei der Erfüllung der ökonomischen Aufgaben Hemmnisse auf dem Wege zur Lösung der nationalen Frage sind. Auf diese Weise läßt sich das Kräfteverhältnis zwischen beiden Seiten des Grundwiderspruchs nicht in der durch die objektive Entwicklung gegebenen Zeit zugunsten der friedliebenden Kräfte im erforderlichen Maße weiter verändern. Den

¹⁴ Protokoll des V. Parteitages, Bd. I. S. 50

¹⁵ W. Ulbricht: Über die Dialektik unseres sozialistischen Aufbaus, Berlin 1959. S. 97

reaktionären aggressiven Kräften wird dadurch die Möglichkeit geboten, sich zu entfalten und die notwendige Wende der Politik in Westdeutschland hinauszuzögern. Wenn wir die Bedeutung des sozialistischen Aufbaus in der Deutschen Demokratischen Republik für die Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen den beiden Seiten des Grundwiderspruchs stark hervorheben, so bedeutet das nicht, daß wir, um den Grundwiderspruch lösen zu können, unmittelbar für die Veränderung der ökonomischen und staatlichen Ordnung im Sinne der Errichtung des Sozialismus in Westdeutschland kämpfen müßten.

Es geht bei der Lösung des Grundwiderspruchs nicht um die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung Westdeutschlands und schon gar nicht um die Vereinigung der beiden gesellschaftlichen Systeme. Es geht weder darum, das sozialistische System der Deutschen Demokratischen Republik auf Westdeutschland zu übertragen, noch das kapitalistische System auf die Deutsche Demokratische Republik zu übertragen. Aus diesem Grunde ist die von der CDU verbreitete Losung „Lieber tot als rot“ oder die in der Bonner Generaldenkschrift aufgestellte Behauptung, Westdeutschland müsse vor dem Bolschewismus geschützt werden, eine einzige Demagogie, darauf angelegt, die Menschen in die Irre zu führen. Westdeutschland und der Friede in Europa werden vom deutschen Militarismus bedroht, ihn muß man bändigen und vernichten. Das ist ein Problem, das die ganze deutsche Nation angeht und für dessen Lösung die Deutsche Demokratische Republik alle Kraft aufbietet und mit den erforderlichen Mitteln kämpft. Aber die gesellschaftliche Ordnung Westdeutschlands und Westberlins ist Angelegenheit der dortigen Bevölkerung. Das nationale Problem liegt nicht in der Existenz zweier Gesellschaftssysteme in Deutschland, „sondern in der Tatsache, daß der heutige westdeutsche Staat ein militaristischer Staat mit aggressiven Plänen ist, während die Deutsche Demokratische Republik ein sozialistischer Friedensstaat ist, dem jede aggressive Absicht und Handlung grundsätzlich fern liegt“.¹⁶

Selbstverständlich sind wir als Sozialisten und Kommunisten fest davon überzeugt, und die Entwicklung der Sowjetunion, der Deutschen Demokratischen Republik und der anderen volksdemokratischen Länder beweist es täglich, daß der Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus die weitaus bessere Gesellschaftsordnung ist. Wir wissen aber auch, daß man die sozialistische Gesellschaftsordnung nicht exportieren, nicht anderen Menschen aufzwingen kann. Über die Gesellschaftsordnung eines Landes muß dessen Bevölkerung selbst entscheiden, auch die Bevölkerung Westdeutschlands und Westberlins.

Wir leben in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus und wissen, daß der Sieg des Sozialismus in allen Ländern eine Gesetzmäßigkeit ist. Diese Gesetzmäßigkeit kann aber nur durch den Kampf der Volksmassen unter Führung der marxistisch-leninistischen Partei, bei entsprechenden objektiven und subjektiven Bedingungen durchgesetzt werden. „Gerade diese Erkenntnis“, heißt es im Beschluß der Parteidelegiertenkonferenz der KPD, „führt uns zu der realen Einschätzung, daß in Westdeutschland gegenwärtig keine Voraussetzung für den Kampf um den Sozialismus als Tagesaufgabe vorhanden sind. Unsere Partei sieht in der gegenwärtigen Periode Weg und Ziel ihres Kampfes darin, den Frieden zu sichern und eine parlamentarisch-demokratische Ordnung

¹⁶ Der Deutschlandplan des Volkes. In: Einheit. Heft 5/1960. S. 798

in der Bundesrepublik durchzusetzen. Im Kampf um Frieden und Demokratie, im friedlichen Wettstreit zwischen der kapitalistischen und sozialistischen Gesellschaftsordnung werden sich immer mehr Menschen in der Bundesrepublik von der Überlegenheit des Sozialismus überzeugen“.¹⁷

Indem die SED und die KPD für die Errichtung einer parlamentarisch-demokratischen Ordnung in Westdeutschland und die Beseitigung der klerikal-militaristischen Diktatur kämpfen, treten sie auch zugleich für die Zurückdrängung der Macht der Monopole in Westdeutschland ein. Als Sprecher der friedliebenden demokratischen Kräfte Westdeutschlands hat die KPD die Aufgaben im Kampf um die Erneuerung der Demokratie in Westdeutschland im Beschluß der Parteidelegiertenkonferenz formuliert.

Die Orientierung des Kampfes der friedliebenden demokratischen Kräfte in Westdeutschland auf die Schaffung einer parlamentarisch-demokratischen Ordnung, die nicht über den Rahmen der kapitalistischen Ordnung hinausgeht sowie die immer größer werdende Gefahr, die die herrschenden Kreise mit ihrer verderblichen Atomkriegspolitik heraufbeschwören, muß dazu führen, daß die soziale Basis der reaktionären Seite des Grundwiderspruchs immer enger wird. Damit ergeben sich objektiv günstige Bedingungen, die Einheit aller demokratischen und friedliebenden Kräfte in ganz Deutschland unter Führung der Arbeiterklasse zu schaffen, um auch in Westdeutschland dem gesellschaftlichen Fortschritt zum Durchbruch zu verhelfen, um den Grundwiderspruch in ganz Deutschland zu lösen. *Die Verwirklichung des im Deutschlandplan des Volkes und im Beschluß der Parteidelegiertenkonferenz der KPD gezeigten Weges zur Wende in der Politik Westdeutschlands und der Schaffung einer parlamentarisch-demokratischen Ordnung führt zur Lösung des Grundwiderspruchs in Deutschland und zur schrittweisen Annäherung beider deutschen Staaten.* Ein Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten würde hierfür günstige Bedingungen schaffen. Seine Verwirklichung würde uns der Wiedervereinigung ein großes Stück näherbringen.

Auf der Grundlage eines nationalen Kompromisses, der nicht nur für die Arbeiter, sondern auch für die anderen Klassen und Schichten annehmbar ist, kann der Grundwiderspruch in Deutschland friedlich gelöst und die Annäherung der beiden deutschen Staaten herbeigeführt werden. In einer Konföderation der beiden deutschen Staaten, die auf die Anwendung von Gewalt verzichten, soll dann jedes Gesellschaftssystem im friedlichen Wettbewerb zeigen, was es den Menschen zu geben vermag. Wir sind davon überzeugt, daß sich auch die Bevölkerung Westdeutschlands für die bessere Ordnung, für den Sozialismus entscheiden wird. Die Arbeiterklasse jedenfalls hat in einer parlamentarisch-demokratischen Ordnung, in der ihre marxistisch-leninistische Partei legal existieren kann, bessere Bedingungen für den Kampf um ihr Endziel. Sie kann den Kampf um das Endziel aber nicht auf die Tagesordnung setzen, bevor das Nahziel nicht erreicht worden ist. Der Kampf um die Demokratie ist eine wesentliche Etappe in der gesellschaftlichen Entwicklung, die man nicht überspringen kann. *Aus diesem Grunde entspricht der Kampf um die Lösung des Grundwiderspruchs in Deutschland und die Errichtung einer parlamentarisch-demokratischen Ordnung in Westdeutschland dem allgemeinen Gesetz der Epoche, das im Übergang vom*

¹⁷ Die Lage in der Bundesrepublik und der Kampf für Frieden, Demokratie und sozialen Wohlstand. Beschluß der Parteidelegiertenkonferenz der KPD. In: Einheit. Heft 4/1960. Beilage

Kapitalismus zum Sozialismus besteht. Daraus folgt, daß jeder deutsche Sozialist und Kommunist am wirkungsvollsten seinen Beitrag für den Kampf um den Sieg des Sozialismus leistet, wenn er gegenwärtig seine ganze Kraft für die Lösung des Grundwiderspruchs in Deutschland einsetzt.

Der von der SED vorgeschlagene nationale Kompromiß ist kein passiver Akt seitens der sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik, bedeutet keine Aufgabe ihrer sozialistischen Positionen. Er ist ein aktiver Akt, weil er sich auf die Durchsetzung des gesellschaftlichen Fortschritts in Westdeutschland orientiert, der gegenwärtig in der Ablösung des klerikal-militaristischen Systems durch eine parlamentarisch-demokratische Ordnung besteht.

Aus dem bisher Gesagten ergibt sich, daß, da der Imperialismus und Militarismus auch heute noch in einem Teil Deutschlands die Herrschaft ausübt, nach wie vor die Existenz und Entfaltung des Grundwiderspruchs, des Gegensatzes zwischen den aggressiven imperialistischen und militaristischen Kräften der herrschenden Klasse in Westdeutschland und den Friedensinteressen der ganzen Nation die Drehachse des politischen Kampfes, die Triebkraft der Entwicklung in Deutschland ist. Die Generallinie der SED, die vom V. Parteitag festgelegt wurde, und mit der ökonomischen Hauptaufgabe, dem Siebenjahrplan, und dem Deutschlandplan des Volkes ihre konkrete Gestalt erhielt bzw. Weiterentwicklung erfuhr, wird im Kampf zwischen den zwei Seiten des Grundwiderspruchs realisiert. Von der reaktionären Seite des Grundwiderspruchs geht die Gefährdung des Friedens, die Negation der Demokratie in Westdeutschland, gehen alle Gebrechen in Deutschland aus. Seine Überwindung durch die friedliebenden Kräfte mit der Arbeiterklasse an der Spitze, ist eine Aufgabe von wahrhaft nationaler Bedeutung und würde den Hauptkriegsherd im Herzen Europas beseitigen.

Schon allein daran, daß das grundlegende Wesen des Kampfes in Deutschland seit rund 60 Jahren das gleiche geblieben ist, kann man erkennen, daß diejenigen, die die nationale Politik der SED mit der Politik der friedlichen Koexistenz identifizieren oder wesentlich darauf reduzieren, einen ernsthaften dogmatischen Fehler begehen. Der Kampf um die Lösung der nationalen Lebensfrage des deutschen Volkes wurde schon zu einer Zeit geführt, als noch gar keine zwei deutschen Staaten mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Systemen existierten und somit das Problem ihres Koexistierens überhaupt nicht da war. Und heute, wo zwei deutsche Staaten existieren, geht es nicht einfach um das Nebeneinander, um friedliche Koexistenz, weil es nicht einfach um die beiden deutschen Staaten mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Systemen geht. In Deutschland geht der Kampf der friedliebenden demokratischen Kräfte um viel mehr als um friedliche Koexistenz. Wir wollen durch die Bändigung und Vernichtung des deutschen Militarismus in einer Konföderation beider deutscher Staaten durch friedlichen Wettbewerb der beiden Systeme zur Wiedervereinigung auf *friedlichem* Wege kommen. Das Wesen der Politik der SED, das zu diesem Ziel hinführt, ist ein anderes, besitzt eine andere Qualität als das der friedlichen Koexistenz, obwohl alle Züge der Politik der friedlichen Koexistenz in ihr enthalten sind.

Es gibt in der nationalen Politik unserer Partei nichts, was den Prinzipien der friedlichen Koexistenz widerspräche. Darum ist es falsch, wenn behauptet wird, unsere nationale Politik hätte überhaupt nichts mit der friedlichen Koexistenz zu tun. Das ZK der SED hat das Prinzip der friedlichen Koexistenz schöpferisch auf die konkreten Bedingungen innerhalb der deutschen Nation angewandt,

d. h. auf Bedingungen, die sich *qualitativ* von den Bedingungen zwischen, sagen wir, der DDR und England oder Schweden unterscheiden. Wer daher unsere nationale Politik mit der Politik der friedlichen Koexistenz gleichsetzt oder wesentlich auf sie reduziert, nimmt ihr ihren eigenen Kern, ihr eigenes Wesen und lenkt damit vom Wesen der nationalen Frage in Deutschland ab. In den Dokumenten und Beschlüssen der SED ist klar herausgearbeitet, daß es in Deutschland um die Bändigung und Vernichtung des Militarismus geht. Auch wenn wir diese nationale Aufgabe gelöst haben, geht es nicht einfach um Koexistenz zwischen den beiden deutschen Staaten. *Wir sind eine deutsche Nation*. Der von der SED benutzte Begriff *Konföderation* erfaßt das Wesen des friedlichen Nebeneinanderbestehens der beiden deutschen Staaten präzise, weil er zugleich beinhaltet, daß solche Bedingungen geschaffen werden, die zur friedlichen Überwindung des Nebeneinanderbestehens, zur Herstellung eines demokratischen und einheitlichen deutschen Staates führen. Das sind Bedingungen, die in den Beziehungen zwischen der DDR und England nicht entstehen werden. Diesen Prozeß der Wiedervereinigung kann der Begriff Koexistenz nicht erfassen und darum kann er auch nicht zur Charakterisierung der nationalen Politik der SED und der Regierung der DDR benutzt werden. Aus diesem Grunde gehen u. a. die von Kurt Rödel¹⁸ und von Roland Bauer¹⁹ entwickelten Gedanken zur Politik der friedlichen Koexistenz in Deutschland u. E. am Wesen der nationalen Frage vorbei.

*

*

*

Es gibt in Deutschland nur eine Partei, die einen Plan zur Lösung der Lebensfrage der deutschen Nation besitzt, das ist die marxistisch-leninistische Partei, das ist der Deutschlandplan des Volkes. Es gibt in Deutschland nur eine Kraft, die in der Lage ist, alle demokratischen und friedliebenden Menschen zur Realisierung dieses Planes zu einen, das ist die einheitlich handelnde Arbeiterklasse unter Führung ihrer revolutionären Partei. Hier liegt die große Hoffnung des deutschen Volkes, hier ist der Garant seines Sieges.

¹⁸ Siehe: K. Rödel: Der Grundwiderspruch in Deutschland und die Politik der SED zu seiner Lösung. In: DZfPh. Heft 6/1960. S. 670/671

¹⁹ Siehe: R. Bauer: Koexistenz in der Welt- und in der Deutschlandpolitik (Thesen über Koexistenz, Frieden und Sozialismus). In: Theorie und Praxis. Heft 1/1960

Zur Politik der friedlichen Koexistenz unter den gegenwärtigen Bedingungen

Von HANS REINHOLD (Berlin)

Mit den amerikanischen Luftprovokationen gegen die UdSSR und dem damit verbundenen Nichtstattfinden der Pariser Gipfelkonferenz, verursacht durch die militaristische Clique im Pentagon, glauben einige Menschen „überzeugende Argumente“ dafür erhalten zu haben, daß eine friedliche Koexistenz zwischen Staaten mit entgegengesetzten sozial-ökonomischen Ordnungen doch nicht möglich sei. Demzufolge würde jede Orientierung der Völker auf den Frieden nur „gefährliche Illusionen“ wecken und dem Imperialismus seine „ungestörte Kriegsvorbereitung ermöglichen“. Der Zweifel an der Vermeidbarkeit des Krieges unter den gegenwärtigen Bedingungen ist äußerst gefährlich. Er ist eine tatsächliche Begünstigung des Imperialismus und damit des Krieges, weil er der imperialistischen Propaganda entgegenkommt und hilft, die Völker dem Fatalismus zu überlassen. Außerdem täuschen sich die Vertreter derartiger Auffassungen. Auch die Geschichte der allerjüngsten Vergangenheit gibt nicht ihnen, sondern den Verfechtern des Leninschen Prinzips der friedlichen Koexistenz recht. Indem sie sich immer wieder auf das aggressive Wesen des Imperialismus berufen, übergehen die Vertreter derartiger Auffassungen einfach die gewaltigen Veränderungen, die sich im Kräfteverhältnis der Welt vollzogen haben. Sie mißachten die aktive Rolle der Idee und übersehen, daß der Marxismus nicht einen mechanischen Determinismus vertritt, für den das objektive gesellschaftliche Gesetz alles und der bewußt-handelnde Mensch nichts ist. Die schöpferische Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus, im besonderen über Krieg und Frieden durch den XX. Parteitag der KPdSU und die Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau 1957, wird von ihnen nicht genügend beachtet.

N. S. Chruschtschow erklärte auf dem XX. Parteitag der KPdSU: „Der Krieg ist nicht nur eine ökonomische Erscheinung. Bei der Frage, ob der Krieg sein wird oder nicht, haben das Verhältnis der Klassenkräfte, der politischen Kräfte, die Organisiertheit und der bewußte Wille der Menschen eine große Bedeutung. Mehr noch. Unter bestimmten Bedingungen kann der Kampf der fortschrittlichen gesellschaftlichen und politischen Kräfte in dieser Frage eine entscheidende Rolle spielen.“¹ Und nach der Darstellung des neuen Kräfteverhältnisses in der Welt heißt es weiter: „Die Leninsche These, daß die ökonomische Grundlage für die Entstehung von Kriegen erhalten bleibt, solange der Imperialismus existiert, behält natürlich unter diesen Bedingungen (dem neuen Kräfteverhältnis

¹ N. S. Chruschtschow: Bericht des ZK der KPdSU auf dem XX. Parteitag. In: Presse d. SU. Nr. 21/22. v. 17. Februar 1956. S. 499

in der Welt. H. R.) ihre Gültigkeit. Eben deshalb ist für uns höchste Wachsamkeit geboten. Aber eine verhängnisvolle Unvermeidbarkeit der Kriege gibt es nicht. Heute existieren mächtige gesellschaftliche und politische Kräfte, die über bedeutende Mittel verfügen, um die Entfesselung eines Krieges durch die Imperialisten nicht zuzulassen, und falls sie doch versuchen sollten, einen Krieg zu beginnen, so werden diese Kräfte den Aggressoren eine vernichtende Abfuhr erteilen und ihre abenteuerlichen Pläne zum Scheitern bringen.“²

In der Erklärung der Moskauer Beratung heißt es: „Gegenwärtig sind die Kräfte des Friedens dermaßen gewachsen, daß die reale Möglichkeit besteht, einen Krieg zu verhüten... Die Sache des Friedens verteidigen starke Kräfte unserer Zeit: das unbesiegbare Lager der sozialistischen Staaten mit der Sowjetunion an der Spitze; die friedliebenden Staaten Asiens und Afrikas, die eine antiimperialistische Position einnehmen und zusammen mit den sozialistischen Ländern die ausgedehnte Friedenszone bilden; die internationale Arbeiterklasse und vor allem ihre Vorhut, die kommunistischen Parteien; die Befreiungsbewegung der Völker der Kolonien und Halbkolonien; die Massenbewegung der Völker für den Frieden; der entschlossene Widerstand, den die Völker derjenigen Länder Europas, die ihre Neutralität erklärt haben, sowie die Völker Lateinamerikas und die Volksmassen der imperialistischen Länder selbst gegen jene Pläne leisten, einen neuen Krieg zu entfesseln. Die Vereinigung dieser machtvollen Kräfte kann den Ausbruch eines Krieges verhüten.“³ Seit dem XX. Parteitag und der Beratung sind drei Jahre vergangen. Die Geschichte dieser Zeit hat die neuen Erkenntnisse glänzend bestätigt.

Im Kommuniqué über eine Zusammenkunft der Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien in Bukarest am 24. Juni 1960 heißt es dazu: „Die Teilnehmer der Beratung stellen einmütig fest, daß der gesamte Verlauf der internationalen Ereignisse und die Entwicklung der Länder des sozialistischen Weltsystems voll und ganz die Richtigkeit der marxistisch-leninistischen Prinzipien der Deklaration und des Friedensmanifestes, die von den kommunistischen und Arbeiterparteien im November 1957 in Moskau angenommen wurden, bestätigt haben.“⁴

Die Überlegenheit der Kräfte und der Mächte, die mit äußerster Konsequenz die Politik der friedlichen Koexistenz betreiben, hat sich neuerlich als unübersteigbare Schranke für die Organisatoren des Krieges erwiesen. Die neue Situation in den Beziehungen zwischen den USA und der UdSSR, die durch die provokatorische Handlungsweise der USA eingetreten ist, vermag bestenfalls mit solch fehlerhaften Auffassungen über das Wesen der Politik der friedlichen Koexistenz aufzuräumen, wie sie diejenigen vertreten, die meinen, daß sich die Politik der friedlichen Koexistenz in Gesprächen und persönlichen Kontakten der Regierungschefs erschöpft; die vergessen, daß ganze Klassen, daß die Völker hierbei in Aktion treten müssen; die nicht begreifen, daß friedliche Koexistenz Kampf, härtester Klassenkampf ist, der den Zusammenschluß und die einheitliche Aktion aller, die am Frieden zutiefst interessiert sind, erfordert. Im Friedensmanifest der kommunistischen und Arbeiterparteien wird dazu erklärt: „Der Friede kann nur erhalten werden, wenn alle, denen er teuer ist, ihre Bemühungen vereinen, ihre Wachsamkeit

² Ebenda

³ Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder. Moskau 14. bis 16. November 1957. Berlin 1958. S. 9

⁴ Siehe: Einheit. Heft 7/Juli 1960. S. 1

gegenüber den Ränken der Kriegsbrandstifter verstärken und mit voller Klarheit erkennen, daß ihre heilige Pflicht ist, den Kampf zum Schutze des immer noch bedrohten Friedens zu verstärken.“⁵

Diesem Zusammenschluß wird aber nicht dadurch gedient, daß *dogmatisch* der *Buchstabe* einer Einschätzung Lenins über den Imperialismus wiederholt wird. Denn „Dogmatismus und Sektierertum erschweren die Entwicklung der Theorie des Marxismus-Leninismus und seine schöpferische Anwendung auf die sich verändernden konkreten Verhältnisse, setzen an Stelle des Studiums der konkreten Situation Zitate und Buchstabengelehrtheit, führen zur *Loslösung der Partei von den Massen*. Eine Partei, die sich sektiererisch abgekapselt und von den breiten Massen gelöst hat, kann die Sache der Arbeiterklasse nie zum Siege führen.“⁶

Da die „Frage Krieg oder friedliche Koexistenz . . . zum Grundproblem der Weltpolitik geworden ist“⁷, darf und kann es für alle Menschen guten Willens mit den Völkern des sozialistischen Lagers an der Spitze nur eine Überzeugung geben: Der Krieg muß verhindert werden! Darin verkörpert sich der Humanismus unserer gegenwärtigen Epoche.

I. Der Charakter unserer Epoche

Wenn man das Wesen einer Erscheinung richtig bestimmen will, muß man davon ausgehen, daß es nicht etwas einmal Gegebenes, Unveränderliches, Statisches ist, sondern selbst der Veränderung, der Bewegung, der Entwicklung unterworfen ist. Das findet seine Erklärung darin, daß das Wesen einer jeden Erscheinung von der Bewegung und Entwicklung seines grundlegenden Widerspruchs bestimmt ist.⁸ Das gilt auch für den Charakter einer Periode in der gesellschaftlichen Entwicklung. Will man also den Charakter unserer Epoche bestimmen, muß man die Entwicklung des grundlegenden Widerspruchs dieser Epoche, die Bewegung seiner Seiten studieren. Als Lenin den Imperialismus analysierte, kam er zu der Erkenntnis, daß er ein weltumfassendes System bildet und daß seine inneren Widersprüche und die zwischen den imperialistischen Mächtigkeitsgruppen die internationale Entwicklung bestimmen.

Er erkannte, daß die Arbeiterklasse in das entscheidende Stadium ihres Kampfes eingetreten war. Denn aus der Entdeckung des Gesetzes der Ungleichmäßigkeit der Entwicklung des Kapitalismus in der Periode des Imperialismus folgte zwangsläufig die Notwendigkeit und Möglichkeit der Durchführung der sozialistischen Revolution in wenigen oder auch nur einem Lande.

Er charakterisierte darum diese Periode als *Epoche der imperialistischen Kriege und sozialistischen Revolutionen*.

Mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, mit der Entstehung des ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates in der Weltgeschichte, dem Sowjetstaat, erschien der Klassenwiderspruch zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie, der bisher nur als innerer Widerspruch des imperialistischen Systems existierte, auf internationaler,

⁵ Friedensmanifest der kommunistischen Arbeiterparteien. In: DZfPh. H. 6/1957. S. 646

⁶ Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder. S. 16. (Hervorhebung vom Verf.)

⁷ Ebenda: S. 9

⁸ Vgl. W. I. Lenin: Aus dem philosophischen Nachlaß. Berlin 1958. S. 51

staatlicher Ebene als-Widerspruch zwischen dem sozialistischen Sowjetstaat und den Staaten des imperialistischen Lagers. Damit wurde der Sozialismus auch in den internationalen staatlichen Beziehungen zu einem Faktor, mit dem die imperialistischen Staaten rechnen mußten. Da der Imperialismus aber auch weiterhin ein weltweites Lager bildete, während der Sozialismus noch relativ schwach war, waren die imperialistischen Staaten und ihre Politik zwar noch der dominierende Faktor in den internationalen Beziehungen, doch bestimmten sie schon nicht mehr allein den Verlauf und die Richtung der internationalen Entwicklung. Durch die Entwicklung und Festigung des sozialistischen Sowjetstaates gewann seine Politik immer mehr Einfluß in der Weltarena, errang sie Sympathie und aktive Unterstützung bei den Volksmassen aller Länder.

Auf diese Weise entwickelte sich das Kräfteverhältnis zwischen den Seiten des internationalen Grundwiderspruchs — wenn auch zunächst nur quantitativ — immer mehr zugunsten des Sozialismus. Besonders augenfällig und rasch verlief diese Entwicklung nach dem zweiten Weltkrieg. Die sozialistischen Revolutionen in einer ganzen Reihe von Ländern führte zur Bildung sozialistischer Staaten in Asien, Mittel- und Osteuropa, wodurch schließlich ein qualitativer Sprung erfolgte. Der Sozialismus wuchs über die Grenzen eines Landes hinaus und wurde zum Welt-system.

Der Imperialismus hörte auf, ein weltumfassendes System zu bilden und verlor für immer jede Möglichkeit, den Sozialismus zu liquidieren. Das Kräfteverhältnis in der Welt veränderte sich wesentlich zugunsten der Kräfte des Friedens und des Sozialismus. „Der Imperialismus hat längst aufgehört, die herrschende Macht in der Welt zu sein. Das sozialistische System ist der dominierende Faktor der internationalen Beziehungen, der den Verlauf und die Richtung der internationalen Entwicklung bestimmt. Die Positionen des Sozialismus werden immer stärker, die des Imperialismus immer schwächer.“⁹

Diese Tatsachen liegen der Einschätzung des neuen Charakters der gegenwärtigen Periode zugrunde, die als die *Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus und der Möglichkeit der Verhinderung von Kriegen* vom XX. Parteitag der KPdSU und der Beratung der Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien gekennzeichnet wurde.

In letzter Zeit wurde die Richtigkeit dieser Einschätzung von einigen „Linken“ in der internationalen Arbeiterbewegung bezweifelt und unter dogmatischer Berufung auf Lenin die Auffassung vertreten, daß auch die gegenwärtige Etappe als Epoche der Kriege und sozialistischen Revolutionen zu bestimmen sei.

Denn — so sagen sie — der Sozialismus hat sich zwar gewaltig entwickelt, er ist stärker geworden und bildet ein ganzes Weltssystem, aber hat sich dadurch das *Wesen* des Imperialismus verändert? Ist er nicht nach wie vor entsprechend seinen objektiven ökonomischen Gesetzen aggressiv, raubgierig und der Todfeind des Sozialismus? Unterdrückt er nicht nach wie vor seine und andere Völker? Oder ist es etwa vorstellbar, daß der Imperialismus, obwohl sich sein *Wesen* nicht verändert hat, keine Gewalt mehr anwenden wird?

Eine solche metaphysische Fragestellung zeugt von der Anerkennung der Kraft des Sozialismus in Worten und von der Negation der Kraft der Arbeiterklasse, von

⁹ Entschließung der 9. Tagung des ZK der SED. In: Neues Deutschland. Nr. 202. 24. Juli 1960. S. 1

einer Unterschätzung der Macht und Anziehungskraft des Sozialismus in der Tat.¹⁰ Sie zeugt davon, daß die Vertreter einer derartigen Auffassung die Dialektik der Entwicklung nicht begriffen haben. Natürlich hat sich das Wesen des Imperialismus nicht geändert und wird sich nicht ändern, solange seine sozial-ökonomische Basis existiert. Rechtfertigt jedoch diese Erkenntnis, daß einfach alle Veränderungen negiert werden, die sich innerhalb des „Imperialismus“ als gesellschaftliche Erscheinung durch das Wachstum des Sozialismus vollzogen haben? Eine solche Negation widerspricht sowohl der marxistischen Theorie wie auch der Wirklichkeit.

Die Seiten eines objektiven Widerspruchs existieren als Einheit, als sich durchdringende, wechselseitig bedingende und ineinander verwandelbare Gegensätze. Verändert und entwickelt sich eine der gegensätzlichen Seiten des Widerspruchs, muß das zwangsläufig auch eine Veränderung der anderen Seite nach sich ziehen. Diese Veränderung kann unter bestimmten Bedingungen soweit gehen, daß die Funktion der einen Seite an die andere übergeht. Lenin schrieb dazu:

„Dialektik ist die Lehre, wie die Gegensätze identisch sein können und zu sein pflegen (wie sie es werden) — unter welchen Bedingungen sie identisch sind, indem sie sich ineinander verwandeln — warum der menschliche Verstand diese Gegensätze nicht als tote, erstarrte, sondern als lebendige, bedingte, bewegliche, sich ineinander verwandelnde auffassen soll.“¹¹

Mao Tse-tung, der diesen Leninschen Satz interpretiert, schreibt in seiner Arbeit „Über den Widerspruch“: „Aber genügt es, zu sagen, daß die Existenz der beiden Seiten des Widerspruchs wechselseitig bedingt ist, daß zwischen ihnen Identität besteht und daß sie deshalb in einem miteinander existieren?“

Nein, das genügt nicht... noch wichtiger ist der Umstand, daß die Gegensätze sich einander verwandeln. Das bedeutet, daß jede der beiden Seiten sich unter bestimmten Bedingungen in ihr Gegenteil verwandelt, die Stellung bezieht, die die ihr entgegenstehende Seite einnimmt.“¹²

Aus diesen Darlegungen sollten diejenigen, die die Kraft und die Rolle des sozialistischen Lagers unterschätzen, lernen, daß der Imperialismus seine dominierende Rolle in der Gestaltung der internationalen Beziehungen und in der Bestimmung der Richtung ihrer Entwicklung nicht ewig innehaben konnte, daß sie kraft der objektiven Gesetze auf die Seite des Sozialismus übergehen mußte. Die Beziehungen zwischen den Seiten des internationalen Grundwiderspruchs bestehen darin, daß der wachsende und erstarkende Sozialismus sowohl unmittelbar auf internationaler Ebene als auch vermittelt über die progressiven Seiten der inneren Widersprüche des Imperialismus selbst einen Einfluß auf das imperialistische System ausübt.

Gerade auf diesen Erkenntnissen beruht die vom XX. und XXI. Parteitag der KPdSU und der Moskauer Beratung gegebene Einschätzung des Charakters unserer Epoche, die Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus in den Fragen des Krieges und des Friedens.

Diese Einschätzung wurde nicht allein auf Grund des enormen Anwachsens aller Potenzen des sozialistischen Lagers, der ökonomischen, wissenschaftlich-tech-

¹⁰ Vgl. N. S. Chruschtschow: Rede auf dem III. Parteitag der Rumänischen Arbeiterpartei. In: Presse der SU. Nr. 75. 29. Juni 1960. S. 1660

¹¹ W. I. Lenin: Aus dem philosophischen Nachlaß. S. 26

¹² Mao Tse-tung: Über den Widerspruch. Berlin 1956. S. 47

nischen, militärischen, politisch-ideologischen und kulturellen, getroffen, sondern ihr liegt folgerichtig auch die Analyse der imperialistischen Seite zugrunde.

Das Wesen einer Erscheinung wird durch die ihm innewohnenden, grundlegenden Widersprüche charakterisiert. Auch der Imperialismus hat seine inneren, grundlegenden Widersprüche, die sein Wesen ausmachen. Dieses Wesen liegt begründet im Widerspruch zwischen Arbeiterklasse und imperialistischer Bourgeoisie, Kolonien und imperialistischem Mutterland und in den Widersprüchen, die zwischen den Imperialisten selbst, zwischen den imperialistischen Großmächten bestehen.

Diese Widersprüche haben sich durch das gewaltige Wachstum des Sozialismus immer mehr verschärft.

Es besteht ein direkter Zusammenhang zwischen der Tatsache, daß die Völker der sozialistischen Länder erfolgreich den Weg zum Sozialismus-Kommunismus gehen und dem wachsenden Drang der durch den Imperialismus kolonial und national unterdrückten Völker in Afrika und Südamerika sich zu befreien; zwischen der konsequenten Friedenspolitik der von ihren Völkern getragenen Regierungen der sozialistischen Staaten und dem wachsenden Druck, den die Völker der imperialistischen Länder im Kampf gegen die amerikanische Stützpunktpolitik, das Wettrüsten und die Satellitenrolle ihrer eigenen Regierungen ausüben; zwischen der Einheit und Geschlossenheit der Länder des sozialistischen Lagers und dem wachsenden Widerspruch zwischen den Partnerstaaten der imperialistischen Machtblöcke.

In dem Maße, wie sich das Kräfteverhältnis zwischen den Seiten der beiden erstgenannten, grundlegenden inneren Widersprüche des Imperialismus zugunsten der progressiven Seite — der ausgebeuteten und unterdrückten Klassen und Völker — verändert, verringern sich auch die *Möglichkeiten* des Imperialismus, die sich aus seinem Wesen ergebenden Bestrebungen zu verwirklichen. Seinem Drang, seine inneren Widersprüche durch die kriegerische Unterwerfung anderer Völker zu „lösen“, werden damit Grenzen gesetzt.

All diese Tatsachen mit der dogmatischen Behauptung zu negieren, das Wesen des Imperialismus habe sich nicht geändert, folglich könne sich auch nichts an seiner Rolle in den internationalen Beziehungen geändert haben, bedeutet, den Imperialismus zu überschätzen und die logische Kehrseite ist die Unterschätzung der Kraft des Sozialismus in der Praxis der internationalen Politik.

Die Idee des Friedens ist nicht neu, sie ist so alt wie die Sehnsucht der Völker, ohne die Geißel des Krieges leben zu wollen. Aber heute ist der Friede im Gegensatz zur historischen Entwicklung nicht mehr machtlos, seine Idee nicht mehr utopisch. Durch die Klassiker des Marxismus-Leninismus von der Utopie zur Wissenschaft geführt, erhielt die Idee des Friedens in dem sozialistischen Weltsystem ihre unzerstörbare reale Basis.

Ob es heute von den Millionen, die den Frieden ersehnen, erkannt wird oder nicht, sie besitzen in den sozialistischen Staaten den Sachwalter ihres Wunsches und Wollens. Das müssen heute selbst so einflußreiche bürgerliche Politiker wie der Sozialdemokrat Prof. Baade bestätigen, wenn er schreibt:

„Wenn Chruschtschow der Exponent der Politik der Koexistenz im kommunistischen Block ist . . ., so ist er nicht der ‚Todfeind‘ aller Menschen, die für sich

und ihre Kinder und Enkel ein Überleben wollen, sondern könnte ihr wichtigster Verbündeter im Kampf gegen den Weltuntergang sein.“¹³

Daß die Sowjetunion und darüber hinaus alle sozialistischen Staaten der „wichtigste Verbündete“ aller friedliebenden Menschen sind, ist kein Zufall. Der Friede ist nicht nur einfach das erklärte programmatische Ziel des Sozialismus und damit der Außenpolitik aller sozialistischen Staaten, sondern der Friede ist untrennbar mit dem Wesen des Sozialismus verbunden.

Im Gegensatz zur Ökonomie des Imperialismus, aus der gesetzmäßig die Tendenz zum Kriege folgt, hat der Sozialismus den Frieden sowohl objektiv zur Voraussetzung als auch zum Ergebnis seiner Entwicklung. Der Krieg ist zur Erreichung der Ziele der sozialistischen Staaten, ihren Völkern ein Leben in Wohlstand und Frieden zu schaffen, nicht notwendig, und es widerspricht auch dem Wesen der sozialistischen Weltanschauung, ihrem humanistischen Charakter, mit seiner Hilfe die Ideale der internationalen Arbeiterklasse und der gesamten Menschheit, in Glück und Frieden zu leben, zu verwirklichen.

Im Sozialismus sind durch die Vergesellschaftung der entscheidenden Produktionsmittel die sozial-ökonomischen Wurzeln des Krieges beseitigt.¹⁴

Sozialismus bedeutet die Herrschaft der Werktätigen unter der Führung der Arbeiterklasse. Das Wesen der Werktätigen war aber jederzeit das Schaffen, das Aufbauen und nicht das Zerstören. Sie waren diejenigen, deren physische Existenz im Kriege in erster Linie aufs Spiel gesetzt war. Es ist unbegreiflich, warum sich das Wesen ihrer Tätigkeit und ihre Einstellung zum Krieg, nachdem sie selbst den Staat repräsentieren, geändert haben sollte.

Der Friede macht alle unproduktiven Ausgaben für das Wettrüsten überflüssig. Nur unter seinen Bedingungen wird eine ungehemmte Entwicklung der Wissenschaft und Technik und die Einführung aller ihrer modernsten Errungenschaften in die Produktion und ihre Anwendung für die unmittelbaren Bedürfnisse des Volkes möglich.

Die regierende Arbeiterklasse und ihre Verbündeten können auch nicht die Eroberung und Unterdrückung anderer Länder und Völker wollen, denn damit würden sie die Unterdrückung und Versklavung der Arbeiter und Bauern anderer Länder, das heißt ihrer Klassenbrüder, wollen. Nicht nur, daß das mit dem Prinzip des proletarischen Internationalismus unvereinbar wäre — es wäre unmöglich, weil in dem gleichen Maße, wie die Exploitation des Menschen durch den Menschen in der sozialistischen Gesellschaft aufgehoben wird, zwangsläufig die Exploitation der einen Nation durch die andere aufgehoben wird.¹⁵

Um wieviel mehr muß der Krieg dem fernsten und erhabensten Ziel des Sozialismus, *alle Menschen von Ausbeutung und Krieg befreit und in Wohlstand und Frieden leben zu sehen, entgegenstehen.*

¹³ F. Baade: Jetzt erst recht Koexistenz. In: Die Welt. Nr. 124. S. 17

¹⁴ „... im Gegensatz zur alten Gesellschaft mit ihrem ökonomischen Elend und ihrem politischen Wahnwitz“ entsteht „eine neue Gesellschaft... deren internationales Prinzip der Friede sein wird, weil bei jeder Nation dasselbe Prinzip herrscht — die Arbeit!“ (K. Marx: Ausgew. Schriften in zwei Bänden. Bd. I. Berlin 1960. S. 462.) „Dem Wesen der sozialistischen Gesellschaftsordnung entspricht zutiefst der Friede. In ihr gibt es — im Gegensatz zum Imperialismus — keinerlei Elemente, aus denen heraus der Krieg notwendig würde.“ (Thesen der KPdSU zum 40. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Berlin 1957. S. 89)

¹⁵ Vgl.: Karl Marx/F. Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. In: K. Marx/F. Engels: Ausgew. Schriften in zwei Bänden. Bd. I. S. 40

Es wäre schon immer paradox gewesen, aber heute, angesichts der Massenvernichtungsmittel um vieles mehr. Es wäre eine Verhöhnung der Volksmassen, wollte der Sozialismus die Völker dazu auffordern, sich im verheerendsten Krieg der Geschichte zu opfern, weil danach der Friede und Wohlstand gesichert seien. Es wäre der „Friede“ eines Atomfriedhofes, ganz zu schweigen von einem Wohlstand.

Weiter muß man sich fragen, ob es möglich und notwendig ist, anderen Völkern gewaltsam sozialistische Verhältnisse aufzuzwingen.

Die sozialistische Revolution löst den herangereiften ökonomischen Grundwiderspruch des Kapitalismus, den Widerspruch zwischen den in höchstem Grade gesellschaftlichen Produktivkräften und den ihnen zur Fessel gewordenen kapitalistischen Produktionsverhältnissen. Dieser objektiv existierende Widerspruch erfährt seine Lösung mit Überwindung der Bourgeoisie als Klasse durch die Diktatur des Proletariats. Der Kapitalismus findet seinen Totengräber in dem von ihm selbst massenhaft erzeugten Proletariat. Daraus folgt, daß es die heute existierenden sozialistischen Länder gar nicht nötig haben, etwas in die kapitalistische Gesellschaftsordnung hineinzutragen, was in der Tendenz und Potenz dieser Gesellschaft innewohnt.

Es ist aber nicht nur nicht nötig, es ist auch unmöglich, die sozialistischen Verhältnisse zu exportieren. Die objektive Dialektik der Entwicklung in Natur und Gesellschaft schließt in der Regel die Lösung innerer Widersprüche durch äußere Kräfte aus. Äußere Kräfte — und die sozialistischen Staaten stellen im Verhältnis zu den Klassenkräften eines gegebenen kapitalistischen Landes äußere Kräfte dar — können gegebenenfalls zur günstigen oder ungünstigen Bedingung eines inneren Prozesses, niemals aber zu Kräften der Lösung eines inneren Widerspruchs werden.

Diese Erkenntnisse, die so alt wie der Marxismus sind, bestimmten die Klassiker des Marxismus-Leninismus, wiederholt vor linksradikalen, abenteuerlichen Versuchen, die Revolution exportieren zu wollen, zu warnen.

Engels schrieb: „Die Kommunisten wissen zu gut, daß alle Verschwörungen nicht nur nutzlos, sondern sogar schädlich sind. Sie wissen zu gut, daß Revolutionen nicht absichtlich und willkürlich gemacht werden, sondern daß sie überall und zu jeder Zeit die notwendige Folge von Umständen waren, welche von dem Willen und der Leitung einzelner Parteien und ganzer Klassen durchaus unabhängig sind.“¹⁶

Und bei Lenin lesen wir: „Es gibt Leute, die da glauben, eine Revolution könne in einem fremden Land auf Bestellung, nach Übereinkunft entstehen. Diese Leute sind entweder Toren oder Provokateure. In den letzten zwölf Jahren haben wir zwei Revolutionen durchgemacht. Wir wissen, daß sie weder auf Bestellung noch nach Vereinbarung gemacht werden können, daß sie dann ausbrechen, wenn Millionen und aber Millionen Menschen zu dem Schluß kommen, man könne so nicht mehr weiterleben.“¹⁷

¹⁶ F. Engels: Grundsätze des Kommunismus. In: K. Marx / F. Engels: Werke. Bd. 4. Berlin 1959.

¹⁷ W. I. Lenin: Werke. Bd. 27. S. 441 (russ.).

II. Die Leninsche Politik der friedlichen Koexistenz und der Klassenkampf

Dem objektiven Wesen des Sozialismus gemäß entwickeln und verwirklichen die sozialistischen Regierungen von der Existenz des ersten sozialistischen Staates an eine Politik gegenüber den nichtsozialistischen Staaten, die wir mit der Politik der friedlichen Koexistenz bezeichnen. Die Politik der friedlichen Koexistenz geht von der Notwendigkeit und Gesetzmäßigkeit des Nebeneinanderbestehens von Staaten mit entgegengesetzten sozialökonomischen Ordnungen aus, von den objektiven Gesetzmäßigkeiten, denen diese gegensätzlichen Gesellschaftsordnungen in ihrer Entwicklung unterworfen sind; d. h. davon, daß die Idee des Sozialismus zu ihrem Siege des Krieges nicht bedarf und daß die Verhinderung der Kriege allen Völkern im gleichen Maße zum Vorteil gereichen würde. Dank der Entwicklung nach dem zweiten Weltkrieg kann sie heute davon ausgehen, daß imperialistische Kriege nicht mehr unvermeidlich sind. Schließlich *muß* sie heute davon ausgehen, daß eine militärische Auseinandersetzung zwischen den beiden Weltsystemen angesichts der Existenz von Kernwaffen zwar zum endgültigen Untergang der imperialistischen Aggressoren führe, aber gleichzeitig zur Katastrophe für ganze Völker werden müßte. Darum ist die Politik der friedlichen Koexistenz die Alternative zur imperialistischen Atomkriegspolitik.

„Ihrer einfachsten Leseart nach“, schrieb N. S. Chruschtschow in der amerikanischen Zeitschrift „Foreign Affairs“, „bedeutet sie den Verzicht auf den Krieg als Mittel zur Lösung strittiger Fragen. Damit ist der Begriff friedliche Koexistenz jedoch keineswegs erschöpft. Außer der Verpflichtung, nicht anzugreifen, setzt er auch die Verpflichtung aller Staaten voraus, eines anderen territoriale Integrität und Souveränität in keiner Form und unter keinem Vorwand zu verletzen. Das Prinzip der friedlichen Koexistenz bedeutet, daß man darauf verzichtet, sich in die inneren Angelegenheiten anderer Länder mit dem Ziel einer Änderung ihrer Staatsordnung oder ihrer Lebensweise oder aus irgendwelchen anderen Motiven einzumischen. Die Doktrin der friedlichen Koexistenz schließt ferner ein, daß die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Ländern auf der Grundlage völliger Gleichheit und gegenseitigen Nutzens beruhen müssen.“¹⁸

Diese heute von den sozialistischen Staaten und von einer ganzen Reihe anti-imperialistischer und neutraler Staaten in ihrer Außenpolitik beachteten Prinzipien spiegeln keine spezifischen kommunistischen Interessen wider, sondern stellen historisch herausgebildete allgemeine Normen des Völkerrechts dar, die sich als geeignet erwiesen haben, ein friedliches Zusammenleben der Staaten zu gewährleisten.

Es gibt nun Auffassungen, wonach die Anerkennung und Praktizierung dieser Normen durch die sozialistischen Staaten eine Absage an den Klassenkampf bedeute, eine Verneinung der aktiven Solidarität mit der kämpfenden internationalen Arbeiterklasse und den um ihre Befreiung ringenden Völkern der kolonialen und halbkolonialen Staaten. Besteht Grund für eine solche Annahme?

Wie die Geschichte der Sowjetunion und die allerjüngste Geschichte beweisen, stießen und stoßen die sozialistischen Staaten bereits bei der Verwirklichung dieser Normen, d. h. beim Kampf um den Frieden auf den heftigsten Widerstand

¹⁸ N. S. Chruschtschow: Über friedliche Koexistenz. In: Neues Deutschland. Nr. 247. 8. September 1959. S. 4

der Imperialisten der USA, Westdeutschlands und anderer Mächte. Diese imperialistischen Mächte verlangen zwar von anderen die Anerkennung der Souveränität und der territorialen Integrität ihrer Staaten, eine Nichteinmischung in ihre inneren Angelegenheiten, einen Verzicht auf einen Angriff gegen ihre Staaten. Für sich selbst aber nehmen diese Mächte das Recht in Anspruch, diese Normen nach Maßgabe ihrer Interessen zu verletzen, wann und wo sie wollen. Das offenbarte sich z. B. beim Überfall auf Ägypten, das beweist sich in Algerien, das zeigte sich bei der U-2-Provokation zum Zwecke der Torpedierung der Gipfelkonferenz und bestätigt sich neuerlich im Kongo und gegenüber Kuba. In diesen Tatsachen kommt das unveränderte imperialistische Wesen zum Ausdruck und zugleich der aus Angst vor dem Progreß des Sozialismus geborene Versuch, die Periode der Entspannung und der friedlichen Koexistenz zu beenden. Analysieren wir jüngste Fälle, in denen der Imperialismus versuchte, der Politik der friedlichen Koexistenz Schach zu bieten und seinen Anspruch darauf geltend zu machen, auch weiterhin den Gang der Weltgeschichte nach seinen Interessen zu bestimmen und zu gestalten. In der Tat sind diese historischen Ereignisse Siege der Politik der friedlichen Koexistenz.

Unter dem Druck der Kräfte des Sozialismus, der kolonialen und nationalen Befreiungsbewegung und aller Kräfte des Friedens mußten die imperialistischen Mächte ihre schmutzigen Kriege in Vietnam und Korea sowie die unrühmliche Suez-Aggression einstellen. Die Ausweitung von lokalen Konflikten zum Weltkrieg wurde unterbunden. Die Möglichkeit der Verhinderung von Kriegen war durch die Praxis bestätigt worden. Unter dem Eindruck dieser Entwicklung, kraft des Willens der Völker in Frieden leben zu wollen, sahen sich die Regierungen der USA, Englands und Frankreichs gezwungen, die Positionen des kalten Krieges abzubauen und einer Politik der friedlichen Koexistenz Raum zu geben. Es kann nicht daran gezweifelt werden, daß auf den Entschluß der genannten Regierungen die Tatsache einigen Einfluß genommen hat, daß die Sowjetunion die führende Rolle in der Produktion modernster Waffen eingenommen und ihren Vorsprung darin enorm ausgebaut hat. Dazu erklärte das Mitglied des Präsidiums des ZK der KPdSU, Kuusinen:

„Für den Krieg geschaffen, beginnt die neue Waffe Druck zugunsten des Friedens auszuüben.“¹⁹

Es kam zu Begegnungen Macmillans mit N. S. Chruschtschow und zu Besuchen des sowjetischen Ministerpräsidenten in den USA und Frankreich. Die Tatsache, daß die Kräfte des Sozialismus und des Friedens zu den bestimmenden in der gesellschaftlichen Entwicklung der Welt geworden sind, erhielt schließlich ihre völkerrechtliche Sanktion, als im November 1959 die UNO den sowjetischen Vorschlag auf allgemeine und vollständige Abrüstung zum Beschluß der Völker erhoben. In der gleichen Zeit kam es zur Vereinbarung, ein neues Gipfeltreffen durchzuführen, auf der die brennendsten, international strittigen Probleme einer Lösung entgegengeführt werden sollten: Das Abschließen eines Friedensvertrages mit Deutschland, das Westberlinproblem und die Frage der Abrüstung. Die Politik der friedlichen Koexistenz errang einen neuen Sieg, die imperialistische Politik der Stärke, des Wettrüstens und des Krieges erlitt eine entscheidende Niederlage und hatte zunächst in den bedeutendsten imperialistischen Ländern

¹⁹ O. Kuusinen: Im 20. Jahrhundert werden Lenins Ideen Wirklichkeit. In: Neues Deutschland. 24. April 1960. S. 5

an Einfluß eingebüßt. Die Notierungen der Papiere der Rüstungsindustrie erreichten in dieser Zeit das seit langem tiefste Niveau.

Kein Wunder, wenn die extremsten Kreise des Krieges in den imperialistischen Ländern mit allen Mitteln versuchten, aus ihrer defensiven Stellung herauszukommen.

In Analogie zu dem Versuch der internationalen imperialistischen Reaktion im Jahre 1956, die Offensive der sozialistischen Politik der friedlichen Koexistenz zu stoppen, sie ihrer Erfolge zu berauben und selbst zur Offensive überzugehen, indem sie den faschistischen Putsch in Ungarn organisierte, der dann in schmutziger Weise den Völkern als „Befreiungsversuch“ eines kommunistisch „unterdrückten Volkes“ serviert wurde, organisierten die gleichen Kräfte auch diesmal ihren „Coup“.

Alles auf eine Karte setzend, wollten sie diesmal die führende sozialistische Macht selbst provozieren.

Sie hatten es so eingefädelt, daß es nach ihrer Meinung nur die Alternative geben sollte: Krieg oder Demütigung der UdSSR vor aller Welt, die ihrer imperialistischen Politik der Völkervergewaltigung Tür und Tor geöffnet hätte. Eingedenk ihrer Verantwortung gegenüber allen Völkern für die Erhaltung des Weltfriedens zwang die Sowjetregierung die amerikanischen Provokateure und Aggressoren am Vorabend der Gipfelkonferenz, Farbe zu bekennen. Eisenhower mußte vor der Weltöffentlichkeit bestätigen, daß es die Regierungspolitik der USA sei, bewußt die territoriale Integrität und Souveränität der Staaten zu verletzen, d. h., die durch die UNO-Charta anerkannten Normen der friedlichen Koexistenz zu brechen. N. S. Chruschtschow nahm auf der vorbereitenden Konferenz des Gipfeltreffens die Weigerung der Regierung der USA, sich von dieser Gangster-Politik zu trennen und sie zu verurteilen, zum Anlaß, um die ganze Kette von aggressiven verschwörerischen Maßnahmen gegen den Weltfrieden und gegen die Sowjetunion im besonderen aufzudecken.

Die aggressive Politik des militaristischen Klüngels in Washington war vor den Völkern derart demaskiert, daß selbst Politiker der amerikanischen Bourgeoisie das Verhalten der UdSSR akzeptieren mußten, z. B. Stevenson, Kennedy, Symington, Meyer, Lippman u. a.

In die Schranken gewiesen wurden auch die Interventionsabsichten der USA-Imperialisten gegen Kuba. Konnte die USA-Regierung in offener Wahrnehmung der Interessen der United-Fruit, durch eine gedungene Bande von ehrlosen Offizieren noch die guatemaltekeische Unabhängigkeit beseitigen und den nationalen Befreiungskrieg Guatemalas im Blut ersticken, so behauptet Kuba bis zur Stunde den Sieg seiner Revolution und wird ihn sichern. Keine amerikanischen Brandbomben auf Zuckerrohrplantagen, keine durch die amerikanische Politik gedungene Mörder- und Attentäterbande, kein wirtschaftlicher Boykott der USA-Regierung gegen den kubanischen Zuckerexport vermochte in diesem Land das Rad der Geschichte zurückzudrehen.

Zwei Tatsachen sind neben dem einheitlichen Willen und der entscheidenden Tat des kubanischen Volkes von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Die Sowjetunion und andere sozialistische Länder, vor allem die DDR, haben sich bereit gefunden, den größten Teil der Zuckerproduktion, der bisher von den USA aufgekauft wurde, abzunehmen und die Importwünsche dieses Landes weitgehend zu befriedigen.

Und zweitens hat die UdSSR sich auf Bitten der Regierung Kubas bereit erklärt, nötigenfalls die Unabhängigkeit des kubanischen Volkes und die Unverletzlichkeit seines Territoriums mit Waffengewalt schützen zu helfen.

Was lehren diese Ereignisse aus der jüngsten Geschichte?

Sie lehren, daß die Verwirklichung der allgemeinen Prinzipien und Normen der Politik der friedlichen Koexistenz, d. h. die Herbeiführung eines Zustandes wirklich friedlicher Koexistenz und die Aufrechterhaltung und Sicherung solch friedlicher Verhältnisse zwischen den Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung Kampf voraussetzt, Kampf gegen jene Klassenkräfte, denen der Krieg wesenseigen ist und die darum dem Frieden in seiner heute einzig möglichen Erscheinungsform, der friedlichen Koexistenz, härtesten Widerstand entgegenzusetzen.

Daraus folgt, daß der Kampf um den Frieden, um friedliche Koexistenz, Klassenkampf ist. Er richtet sich *gegen* das Klasseninteresse *einer* einzigen Klasse, eben das der aggressiven Kreise der imperialistischen Bourgeoisie.

Die Praxis der Politik der friedlichen Koexistenz ist ein vielgestaltiges, kompliziertes Ringen, diplomatischer, politischer, ideologischer und ökonomischer Kampf um die Realisierung und Aufrechterhaltung der Normen der friedlichen Zusammenarbeit. Wie die geschichtlichen Tatsachen beweisen, ist sie keine Verzichtleistung auf die Unterstützung und aktive Solidarität für die revolutionäre Bewegung der antiimperialistischen Kräfte der nationalen Befreiung und erst recht nicht für die internationale sozialistische Arbeiterbewegung, sondern sie hat eine solche Unterstützung zur Voraussetzung.

Die von der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern gewährte umfangreiche wirtschaftliche Hilfe an ehemals koloniale oder halbkoloniale Länder oder solche, die im Kampf um ihre Befreiung stehen, ist selbstlose Hilfe insofern, als an sie keine politischen und militärischen Bedingungen geknüpft sind. Diese sozialistische Hilfe wird solchen Ländern wie Indien, der VAR, Guinea, Irak, Kuba u. a. Ländern mit Regierungen bürgerlich-demokratischen, antiimperialistischen Charakters gewährt. Sie wird ohne politische Bedingungen gewährt. Sie führt zur Stärkung der nationalen, antiimperialistischen Kräfte, da sie in der Mehrzahl zwar die politische Unabhängigkeit von den imperialistischen Metropolen erkämpft haben, aber wirtschaftlich vom Imperialismus noch abhängig sind. In dem Maße, wie die im Rahmen der Politik der friedlichen Koexistenz gewährte Wirtschaftshilfe der sozialistischen Länder die progressiven Kräfte der nationalen Befreiung stärkt, wirkt sie vermittelt auf die Entwicklung des dem Imperialismus innewohnenden Widerspruchs zwischen Kolonien und imperialistischen Mutterländern ein, trägt sie zur Zuspitzung dieses Widerspruchs bei. Das findet seinen Ausdruck darin, daß die jungen antiimperialistischen Republiken gefestigt werden und neue, noch kolonial beherrschte Völker ihren Anspruch auf Selbständigkeit mit allen Mitteln und Erfolg erheben. Diesen Prozeß erleben wir gegenwärtig in Afrika. Die Tatsache, daß die Reserven — das Hinterland — des Imperialismus schrumpfen, ihm verloren gehen, muß den Imperialismus weiter schwächen und die Kräfte des Friedens und des Antiimperialismus verstärken; muß dazu führen, daß sich auch die Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten verschärfen.

In ihrem Bemühen, zumindest die Völker der eigenen Länder von einer Bejahung der Politik der friedlichen Koexistenz zurückzuhalten, suchen die Imperia-

listen und ihre Apologeten, diese Politik zu entstellen, zu verleumden und sie so hinzustellen, als wäre sie nicht die einzige Möglichkeit der Sicherung des Friedens. Sie behaupten, wie das z. B. Nixon während seines Aufenthaltes Anfang August 1959 in Moskau getan hat, daß die Idee der friedlichen Koexistenz vollkommen unzureichend und negativ sei, weil durch sie die Welt in zwei feindliche Lager geteilt, durch eine Mauer des Hasses und der Furcht getrennt werde.

Im Gegensatz dazu betonte N. S. Chruschtschow, daß die Koexistenz von Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen nicht bedeute, „daß sie sich nur durch einen hohen Zaun voneinander abgrenzen und die gegenseitige Verpflichtung übernehmen, keine Steine über den Zaun zu schleudern und den anderen nicht mit Schmutz zu bewerfen. Nein, die friedliche Koexistenz ist nicht nur einfach ein Zusammenleben Seite an Seite ohne Krieg, aber bei drohender ständiger Gefahr, daß er in Zukunft doch ausbrechen kann. Die friedliche Koexistenz kann und muß in den friedlichen Wettbewerb um die beste Befriedigung aller Bedürfnisse des Menschen einmünden... Wir sind und werden immer für einen Wettbewerb sein, der dazu beiträgt, den Wohlstand der Völker auf ein höheres Niveau zu heben.“²⁰

Dieser von der Seite des Sozialismus den imperialistischen Staaten ehrlich angetragene friedliche Wettbewerb auf ökonomischem, wissenschaftlich-technischem und kulturellem Gebiet ist integrierender Bestandteil der Leninschen Politik der friedlichen Koexistenz. Er ist die Alternative zum imperialistischen Versuch, die sozialistische Seite zum Wettrüsten, zur Verausgabung ungeheurer Mittel und kostbarer Kräfte für unproduktive Zwecke zu zwingen, die keines der gesunden Bedürfnisse der Völker befriedigen können.

Dieser friedliche Wettbewerb ist eine Herausforderung an das kapitalistische System, unter Beweis zu stellen, inwieweit es die Bedürfnisse der Völker zu befriedigen vermag. Abgesehen davon, daß es den Völkern beider Systeme zum unmittelbar materiellen Vorteil gereichen würde, wenn sich dieser Wettbewerb an Stelle des Wettrüstens voll entfaltet, sind die *mittelbaren* Folgen von weitragender Bedeutung für den Gang der gesellschaftlichen Entwicklung in den imperialistischen Ländern und der ganzen Welt.

Die Überlegenheit des Sozialismus, die heute auf vielen Gebieten der Wissenschaft und Technik, der Wirtschaft und in Hinsicht auf die Befriedigung der kulturellen Bedürfnisse erreicht ist, muß die Revolution in den Köpfen, in der Ideologie der Mehrheit aller Völker beschleunigen.

Lange konnte die imperialistische Propaganda die Friedenspolitik der Sowjetunion, als sie noch ein isoliertes Land war und ihre Hauptkraft auf die Schaffung einer eigenen Schwerindustrie richtete, in den Augen der Völker der Welt verhöhnern und entstellen, weil die Kommunisten dieses ersten sozialistischen Landes, wie N. S. Chruschtschow sagte, „in jener Zeit von den großen Möglichkeiten, die der Kommunismus vor den Menschen eröffnet“, zwar sprechen konnten, aber „selbst faktisch in zerrissenen Hosen, barfuß und hungrig“ umhergingen. Den Völkern wurde und wird heute noch versucht, weiszumachen, sie hätten sich zu entscheiden zwischen „diesem Frieden“, dem „hungrigen Frieden“, dem „barfußigen“ in „zerrissenen Hosen“ und der „bürgerlichen Zivilisation“. Die Entwicklung in allen sozialistischen Ländern straft diese Behauptung Lügen.

²⁰ N. S. Chruschtschow: Über friedliche Koexistenz. In: Neues Deutschland. Nr. 247. 8. September 1959. S. 4

„Heute“, schreibt Chruschtschow weiter, „ist die Sowjetunion ein Land, wo die kommunistische Gesellschaft aufgebaut wird, sie hat die Möglichkeit, allen Völkern den Kommunismus *nicht nur als die fortschrittlichste Lehre zu demonstrieren, sondern auch die materiellen und geistigen Reichtümer*, die den Sowjetmenschen durch den Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung zuteil werden.“²¹ So wird z. B. in nicht mehr ferner Zeit die Sowjetunion das Land mit dem höchsten Lebensstandard der Werktätigen, mit dem kürzesten Arbeitstag sein und ihre Bevölkerung wird von jeglicher Steuerzahlung befreit.

Die Erfolge der anderen sozialistischen Länder bei der Erfüllung ihrer Pläne in den nächsten 10 bis 15 Jahren in Rechnung stellend, machte der XXI. Parteitag der KPdSU die Voraussage, daß dann, wenn die sozialistischen Länder gemeinsam mehr als die Hälfte der Industrieproduktion der ganzen Welt erzeugen, die Kraft und der Einfluß der Kräfte des Sozialismus, des Friedens und der nationalen Befreiungsbewegung so groß sein werden, daß reale Möglichkeiten bestehen, den Weltkrieg gänzlich und für immer aus dem Leben der Gesellschaft zu verbannen.

Welche Überlegungen liegen dieser Prognose zugrunde?

Natürlich in erster Linie die, daß dann, wenn das Weltsystem, dessen Wesen der Friede ist, die absolute Übermacht über das imperialistische System hat, der Friede als endgültig gesichert betrachtet werden darf.

Aber es gibt noch andere begründete Überlegungen. Unter den Bedingungen der friedlichen Koexistenz erreicht der Sozialismus rascher seine Überlegenheit über den Kapitalismus. Entsprechend dem Gesetz der Durchdringung der Gegensätze muß dieser Prozeß notwendig zur weiteren Einengung der Möglichkeiten des Imperialismus führen. Folgerichtig muß der dem Imperialismus innewohnende Widerspruch zwischen Bourgeoisie und Proletariat eine weitere Zuspitzung erfahren. Das heißt, die Kräfte des Proletariats und seiner Verbündeten in den imperialistischen Ländern werden stärker werden. Unter dem Einfluß des mächtigen sozialistischen Lagers, angesichts der Tatsache der durch die Praxis allseitig bestätigten humanistischen Idee des Sozialismus-Kommunismus, des kommunistischen Wohlstandes und des Friedens, werden die revolutionären Kräfte in der Arbeiterbewegung der imperialistischen Länder den Sieg über die verräterischen rechten sozialdemokratischen Führer davontragen. Als ungespaltene, einheitliche Kraft wird die Arbeiterklasse es den imperialistischen Regierungen unmöglich machen, entgegen dem Willen der Völker ihrer Länder Kriege vom Zaune zu brechen.

Es werden Voraussetzungen entstehen, daß die Arbeiterklasse auch in diesen Ländern ihrer historischen Mission gerecht werden kann und der Herrschaft eines Systems, das den Völkern nur Ausbeutung und Krieg brachte und bringen kann, ein Ende setzt. Von bürgerlichen Ideologen, und sogar von einem solch eifrigen Verfechter des Imperialismus wie J. Hommes wird diese Perspektive und das Schicksal des kapitalistischen Systems, das es unter den Bedingungen der friedlichen Koexistenz erleiden muß, erkannt. Er schrieb: „Diese Auseinandersetzung (die mit der Koexistenz einsetzt, d. V.) wird deshalb für uns so schwierig sein, weil jene westliche Daseinsform, die wir gegen den Osten zu verteidigen hätten, bei uns selbst in raschem Zerfall begriffen ist, wir daher in der kommenden Auseinander-

²¹ Neues Deutschland. 13. August 1960. S. 5 (Hervorhebung von mir. H. R.)

setzung, aufs Innere gesehen, von vornherein in einer sehr schwachen Position sind... Liegt in der Erkenntnis dieser sozialistischen Entwicklung des Westens selbst der Grund für die scheinbare Geduld, mit der der Osten die Koexistenz vorschlägt? Es ist so! Wenn die westliche Entwicklung ungehindert so weiterläuft, dann braucht der Osten nur für Koexistenz zu sorgen, damit ihm die Dinge entgegenreifen.“²²

Selbst ein solcher Apologet des Imperialismus wie J. Hommes muß also zugeben, daß der Friede, die friedliche Koexistenz zwischen den Ländern mit entgegengesetzten sozial-ökonomischen Ordnungen, die *günstigsten Bedingungen* für die Entwicklung und den Sieg der sozialistischen Revolutionen und die nationale Befreiungsbewegung in anderen Ländern schafft. Sie trägt zur Verschärfung aller Widersprüche bei, weil sie die progressiven Seiten der Widersprüche im Imperialismus stärken hilft. Während die Politik der friedlichen Koexistenz unmittelbar auf die Lösung der Hauptaufgabe der Menschheit, auf die Erhaltung des Friedens gerichtet ist, wirkt sie *vermittelt* auf die Lösung des Grundwiderspruchs unserer Epoche, auf die Lösung des Widerspruchs zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Auch aus diesem Grunde ist die Politik der friedlichen Koexistenz eine Form des Klassenkampfes.

Ungeachtet dessen, daß die Geschichte die Richtigkeit der Leninschen Politik der friedlichen Koexistenz durch den Erfolg in Gestalt des ständigen Wachstums der Kräfte des Sozialismus, des Friedens und der nationalen Befreiung bestätigt, existieren Auffassungen, wonach es angeblich eine *Leninsche* Politik der friedlichen Koexistenz gar nicht gäbe, daß Lenin vielmehr in Übereinstimmung mit seiner Einschätzung des Charakters des Imperialismus die Notwendigkeit des Krieges gegen den Imperialismus vertreten habe.

Lenin ist von der Existenz des ersten sozialistischen Staates an für ein friedliches Nebeneinanderleben des sozialistischen Staates mit den kapitalistischen Staaten eingetreten und hat den Marxismus-Leninismus theoretisch und praktisch um das Prinzip der friedlichen Koexistenz von Staaten mit gegensätzlicher gesellschaftlicher Ordnung bereichert.

Wir wären aber schlechte Marxisten, wollten wir annehmen, die *konkrete* Gestalt dieser Politik müßte heute die gleiche sein wie zu Lenins Zeiten. Wie oben festgestellt, konnte der junge Sowjetstaat vorerst noch nicht bestimmenden Einfluß auf die internationalen Beziehungen ausüben, während der Imperialismus hingegen noch immer seine Positionen in diesen behauptete. In der Einschätzung dieses Kräfteverhältnisses mußte Lenin zu dem Schluß kommen, daß die friedliche Koexistenz nicht von Dauer sein konnte. Aber nicht deshalb, weil der junge sozialistische Staat sie nicht ertragen hätte, sondern weil der Imperialismus unter für ihn günstigen Bedingungen den Angriff auf den Sowjetstaat wiederholen würde.

Für Lenin war darum der Kampf um die friedliche Koexistenz ein Kampf um eine möglichst lange Atempause.

Seine praktische Grundlegung erhielt diese Politik im historischen Dekret über den Frieden. Aber auch als die Imperialisten den Frieden verweigert, den Sowjetstaat überfallen und boykottiert hatten, trat Lenin für Kompromisse mit den imperialistischen Ländern ein, die die grundlegenden Prinzipien des So-

²² J. Hommes: Koexistenz — philosophisch betrachtet. In: Das Parlament. 38/1956 (Beilage). S. 609

zialismus und des proletarischen Internationalismus nicht verletzten und geeignet waren, den Frieden zu stärken. Zugleich mußte er angesichts des damals drohenden unvermeidlichen Überfalls des Imperialismus auch alle Kräfte auf die ökonomische und militärische Stärkung des Landes orientieren, um den einzigen sozialistischen Staat verteidigungsbereit zu machen und zu erhalten.“

Wie recht Lenin mit dieser Orientierung hatte, bewies letzten Endes die Geschichte, bewies der faschistische Überfall auf die Sowjetunion 1941. Die Leninsche Politik der friedlichen Koexistenz in der Periode vor dem zweiten Weltkrieg lehrt, daß mit der Herausbildung des ersten sozialistischen Staates der Klassenkampf auf neuer, auf internationaler und staatlicher Ebene geführt werden muß, aber daß er auf dieser Ebene in vielfältigen Formen in Erscheinung treten kann, daß die ihm adäquate Form der friedliche ökonomische Wettbewerb ist und daß die militärische Auseinandersetzung zwischen den beiden Systemen niemals die von sozialistischen Staaten gewählte, sondern höchstens die ihnen vom Imperialismus aufgezwungene Form des Klassenkampfes sein kann.

Die Politik der friedlichen Koexistenz erhält angesichts der Gefahr eines Atomkrieges durch die Geschichte ihre neuerliche Bestätigung als einzige Alternative zur Kriegspolitik, diesmal der Atomkriegspolitik des Imperialismus. Die Politik der friedlichen Koexistenz unserer Tage ist im Vergleich zur Leninschen Außenpolitik also nicht eine wesentlich andere Politik; sie ist dem Wesen nach Leninsche Politik der friedlichen Koexistenz. Was sich geändert hat, sind die Bedingungen unter denen sie realisiert wird. Die Gefahr des atomaren Weltkrieges lehrt die Menschheit, daß der Krieg unbedingt verhindert werden muß; das neue Kräfteverhältnis in der Welt lehrt, daß er verhindert werden kann.

III. Die Einheit aller Friedenskräfte — Unterpfand der Verhinderung des Krieges

Wie bereits festgestellt, folgt aus der Tatsache, daß die Politik der friedlichen Koexistenz Form und Aufgabe des Klassenkampfes des Proletariats ist, keinesfalls, daß das Ziel dieser Politik, das friedliche Nebeneinanderbestehen der beiden Weltsysteme — der Friede, enges Klasseninteresse des Proletariats oder spezielles Interesse der Kommunisten sei. Beim Frieden handelt es sich um das weiteste und allgemeinste Interesse aller Menschen, mit Ausnahme derer, die am Kriege profitieren, die glauben, durch den Krieg gegen das sozialistische Lager ihren unvermeidbaren Untergang aufhalten zu können und darum auf den Krieg ernsthaft Kurs nehmen.

Als im Jahre 1922 auf der Konferenz in Genua die Sowjetregierung der Welt den Vorschlag auf allgemeine und vollständige Abrüstung unterbreitete, vermochten die imperialistischen Staaten diese Initiative der Sowjetregierung als „völlig absurd“ und indiskutabel vom Tisch zu fegen.

1959 müssen die gleichen Imperialisten wider ihre eigenen Interessen unter dem Druck der Völker den gleichen sowjetischen Vorschlag durch ihre Stimme mit zum Beschluß der UNO erheben. Daraus erhellt schlaglichtartig das Neue in den gegenwärtigen Bedingungen des Kampfes um den Frieden, nämlich: Die *Möglichkeiten* des Imperialismus, sein Wesen zu verwirklichen, sind heute unvergleichlich geringer als vor 20 oder 30 Jahren. Und das hat eben seine Ursachen in der objektiven Dialektik zwischen den Seiten des Grundwiderspruchs unserer

Epöche und allen Widersprüchen, die dem Imperialismus wesenseigen sind; in der Tatsache, daß der Sozialismus durch sein Erstarken und Anwachsen zum Welt-system auf die Entwicklung des internationalen Grundwiderspruchs direkten und auf die inneren Widersprüche des Imperialismus mittelbaren Einfluß nimmt. Aber auch der Imperialismus trägt zur Entwicklung der genannten Widersprüche bei. Seine Politik führt zwangsläufig dazu, alle Widersprüche in der Welt zu verschärfen. Seine gegen das sozialistische Lager gerichtete Politik „am Rande des Krieges“; seine Politik des Wettrüstens und der verschärften Ausbeutung der eigenen Völker; die Politik der offenen und getarnten Interventionen gegen die Völker der ehemals kolonialen und halbkolonialen Länder und des verschärften Drucks auf die ihm noch verbliebenen Kolonien, muß die davon bedrohten Kräfte des Sozialismus, des Friedens, der Demokratie und die Kräfte der antiimperialistischen nationalen Befreiungsbewegung zum Widerstand und zu Maßnahmen ihrer Stärkung und Sicherheit herausfordern. Da heute durch die Politik der Atomkriegsvorbereitung gegen das sozialistische Lager nicht nur dieses, sondern *alle* Völker in gleichem Maße bedroht sind, wurde der Widerspruch, den der Imperialismus damit zwischen sich und all denen aufreißt, die den Krieg nicht wollen, zum dominierenden. Über diesen Widerspruch müssen alle die Widersprüche „verblassen“, die diejenigen bisher voneinander trennte, die jetzt in gleichem Maße vom Imperialismus und der Politik des Atomkrieges bedroht sind. Angesichts der Gefahr des Atomkrieges gibt es zwischen den einzelnen relativ selbständigen und unterschiedliche Ziele erstrebenden antiimperialistischen Bewegungen keine objektiven Hindernisse. Das erkennen die Völker immer mehr. Das sozialistische System als der unversöhnlichste Gegner und Kämpfer gegen Imperialismus und Krieg wurde so zum Kristallisationspunkt des Friedens und die Politik der friedlichen Koexistenz zur Plattform aller Gegner des Imperialismus und des Krieges. Folglich stehen sich heute in der Weltarena objektiv die Kräfte des Sozialismus, des Friedens, der Demokratie und der nationalen Befreiung einerseits und die des Imperialismus und des Krieges andererseits gegenüber. Zwischen imperialistischem Krieg und dauerhaftem Frieden geht der Kampf, dessen Ausgang die Zukunft der Menschheit entscheidet. Unter diesen Umständen ist der Kampf um die Erhaltung und Sicherung des Friedens kein enges kommunistisches Klasseninteresse. Eine entgegengesetzte Auffassung hätte folgenschwere Auswirkungen auf die Einheit der Kräfte des Friedens. Der Friedenskampf beweist sich als allgemein-demokratischer, antiimperialistischer Kampf, als allgemeines Interesse aller Völker, das lediglich davon gekennzeichnet ist, daß es von den sozialistischen Staaten und den kommunistischen und Arbeiterparteien aller Länder am konsequentesten verwirklicht wird.

Die sozialistischen Staaten und die kommunistischen und Arbeiterparteien gehen in diesem Kampf davon aus, daß der Imperialismus, aus dessen Ökonomik sich die Tendenz, der Drang zum Kriege ergibt, den Krieg nur unter zwei Voraussetzungen beginnen kann. Erstens, wenn er glaubt, materiell, d. h., ökonomisch und militärisch-technisch dem Lager des Friedens und des Sozialismus überlegen zu sein. Zweitens, wenn er politisch-ideologisch den Verteidigern des Friedens im sozialistischen Lager und der übrigen Welt überlegen werden sollte. Das heißt, wenn er es versteht, innerhalb der Völker seiner Staaten solche Potentiale von Menschen zu schaffen, die ausreichen und bereit sind, die objektive ökonomische Tendenz zum Kriege zu verwirklichen, sich für die Interessen der Monopolbour-

geisie zu opfern und wenn er es versteht, diesen Krieg gegen das sozialistische Lager vor allen Völkern zu rechtfertigen.

Daraus folgt, daß die Frage der Erhaltung des Friedens eine Frage des Kräfteverhältnisses zwischen den Seiten des heute dominierenden internationalen Widerspruchs, zwischen den Kräften des Friedens und denen des Krieges ist und daß der Kampf um den Frieden darum ununterbrochen auf die weitere Stärkung und Sicherung der Überlegenheit der Kräfte des Friedens über die des Krieges gerichtet sein muß.

Wie im ersten Abschnitt dargelegt, hat der Friede im sozialistischen Weltsystem seine unzerstörbare Grundlage, bilden alle Potenzen des sozialistischen Lagers das Fundament der errungenen Überlegenheit der Kräfte des Friedens. In gleichem Maße wie sich diese ökonomischen, wissenschaftlich-technischen, militärischen, kulturellen und politisch-ideologischen Potenzen vergrößern, wird der Friede mächtiger und die Möglichkeiten des Imperialismus, seinen Krieg zu führen, geringer.

Jedoch darf man nicht vergessen, daß auch der Imperialismus alle Anstrengungen macht, seinerseits die Überlegenheit über die Kräfte des Friedens und des Sozialismus zu gewinnen. Während seinen Möglichkeiten auf ökonomischem, wissenschaftlich-technischem und kulturellem Gebiet durch die Spezifik der imperialistischen Produktionsverhältnisse objektiv Grenzen gesetzt sind, verlagert er seine Anstrengungen auf die Vergrößerung seiner militärischen Potenzen, um so dem sozialistischen Lager ein kostspieliges und gefährliches Wettrüsten aufzuzwingen.

Inwieweit ihm das gelingt, hängt aber wiederum davon ab, ob er einen solchen Rüstungswettlauf vor den eigenen Völkern, die ihn bezahlen müssen und vor der Weltöffentlichkeit rechtfertigen kann. Darum sind seine Anstrengungen von einem intensiv-ideologischen Kampf in Gestalt der antikommunistischen Hetze, der sogenannten psychologischen Aufrüstung begleitet. Die Idee des Friedens ist also eine Rechengröße im Gewicht, das die Friedenskräfte gegen den Krieg in die Waagschale zu werfen haben, die gewissermaßen täglich im Kampf gegen die imperialistische Ideologie neu „reproduziert“ werden muß.

„Daher gewinnen die verstärkte marxistisch-leninistische Erziehung der Massen, der Kampf gegen die bürgerliche Ideologie, die Entlarvung der von der imperialistischen Propaganda verbreiteten Lügen und Verleumdungen über den Sozialismus und die kommunistische Bewegung sowie eine umfassende, verständliche und überzeugende Propagierung der Ideen des Sozialismus, des Friedens und der Völkerfreundschaft *erstrangige Bedeutung*.“²³ Ganz besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang dem Kampf um die Geschlossenheit und Einheit des Willens der sozialistischen Staaten zu. Ihre Rolle, den Kern und die Hauptpotenz der Friedenskräfte zu bilden, steht und fällt mit dieser Einheit. Im Gegensatz zu den imperialistischen Staaten besitzen die sozialistischen Staaten alle objektiven Voraussetzungen für ihre unzerstörbare Einheit. Sie haben gemeinsam den Weg des Sozialismus beschritten; die sozialökonomische Ordnung ihrer Staatsmacht trägt den gleichen Charakter; sie teilen das Bedürfnis nach gegenseitiger Unterstützung und Hilfe; sie eint die Gemeinsamkeit ihrer Interessen und Ziele im Kampf gegen den Imperialismus, für den Sieg des Sozialismus und Kommunismus.

²³ Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder. Moskau 14. bis 16. November 1957. S. 13 (Hervorhebung vom Verf.)

Vor ihnen steht die Aufgabe, unablässig die Reinheit der gemeinsamen Ideologie des Marxismus-Leninismus wie ihren Augapfel zu hüten und alle Versuche der Revisionisten und Dogmatiker abzuwehren, die darauf gerichtet sind, der Arbeiterklasse ihre ideologische Waffe zu nehmen.

Gibt es angesichts all der Überlegungen, die der Politik und Praxis des Friedenskampfes zugrunde liegen, auch nur die geringste Grundlage für die Behauptung, daß die Orientierung der Völker auf den Frieden, insbesondere der sozialistischen Völker auf die Erfüllung ihrer Friedenspläne, eine „Schwächung“ der Kräfte des Friedens bedeute, es den Imperialisten ermögliche, den Krieg ungestörter vorzubereiten?

Jede derartige Behauptung, aus welchem Grunde sie auch aufgestellt wird, kann ihre Wurzeln nur im Zweifel an den Kräften des Sozialismus und des Friedens und damit an der Vermeidbarkeit des Krieges unter den gegenwärtigen Bedingungen haben.

Wenn aber auch nur der geringste Zweifel an der Vermeidbarkeit des Krieges zugelassen wird, bedeutet das eine Unterstützung der imperialistischen Ideologie, eine Unterstützung der von den imperialistischen Ideologen verbreiteten „Angst vor dem nächsten Tag“ und muß bei den Völkern der sozialistischen Länder zum Zweifel am Sinn der gewaltigen Pläne ihrer Staaten führen, deren Perspektiven bis 1975 und weiter reichen.

Bei allen anderen Völkern können derartige Behauptungen nur Zweifel am Sinn ihres Kampfes gegen Imperialismus und Krieg hervorrufen.

Aber gerade darauf spekuliert der Imperialismus: Sabotage der Planerfüllung, ökonomische Schwächung der sozialistischen Staaten, Versorgungsschwierigkeiten, Unzufriedenheit und Unsicherheit unter den Massen, Unterminierung der Verteidigungskraft dieser Länder, dazu fatalistische Tatenlosigkeit bei ihren eigenen und anderen Völkern.

Das sind die günstigsten Bedingungen für die Entfesselung seines Krieges.

Es ist in unsere, die Hand der Völker gelegt, daß der Imperialismus diese Bedingungen nie erhält. Das sozialistische Lager trägt dafür die Hauptverantwortung und verkörpert in sich dazu die hauptsächlichsten materiellen und ideellen Potenzen. Ihre Hauptpotenz aber liegt in ihrer *Einheit*!

Moral und Politik

Von J. L. CHARAPINSKI (Moskau)

In den politischen und theoretischen Auseinandersetzungen unserer Epoche, in der Geschichte und Theorie der gesellschaftlichen Entwicklung sowie in der Geschichte des politischen Lebens und Denkens nimmt das Verhältnis zwischen Moral und Politik einen hervorragenden Platz ein.

Um dieses Verhältnis richtig erklären zu können, muß zunächst ihr Wesen, ihre qualitative Eigenart aufgedeckt werden, d. h., es muß erklärt werden, welche gesellschaftlichen Erscheinungen Moral und Politik charakterisieren, welches ihre Grundzüge sind. In dem vorliegenden Artikel beschränken wir uns auf die Untersuchung des Verhältnisses zwischen der Politik des Sowjetstaates und der kommunistischen Moral sowie auf die Entlarvung der Amoralität der Politik der imperialistischen Bourgeoisie.

*

*

*

Die Politik entstand mit den Klassen. In ihr kommt „der Kampf zwischen den Klassen“¹ zum Ausdruck. Sie umfaßt „die Beziehungen *aller* Klassen und Schichten zum Staat und zur Regierung, . . . die Wechselbeziehungen zwischen *sämtlichen* Klassen“.² Die Politik der herrschenden Klasse bestimmt Richtung und Inhalt der Tätigkeit des Staates, seine Formen, Aufgaben und Ziele in jedem gegebenen historischen Augenblick; sie bestimmt die Mittel ihrer Verwirklichung, denn „das Wesentlichste in der Politik ist der Aufbau der Staatsmacht“.³

Die Politik der unterdrückten und ausgebeuteten Klassen ist auf den Kampf für die Verbesserung ihrer ökonomischen und gesellschaftlichen Stellung und — bei einem höheren Niveau des Klassenbewußtseins — für ihre soziale Befreiung gerichtet. Da der Klassenkampf durch die ökonomischen Interessen bestimmt wird, und die Politik in den „Beziehungen der Klassen zueinander“⁴ im „Kampf zwischen den Klassen“ besteht, spielen bei der Entstehung und in der Entwicklung der Politik die ökonomischen Interessen der Klassen eine große Rolle. Die Politik „hat zwar im ganzen und großen der Bewegung der Produktion zu folgen, reagiert aber auch, kraft der ihr innewohnenden, d. h. ihr einmal übertragenen und allmählich weiterentwickelten relativen Selbständigkeit wiederum auf die Bedingungen und den Gang der Produktion.“⁵

Die Besonderheit der Politik aller Klassen, die vor dem Proletariat herrschten, besteht darin, daß sie im wesentlichen spontan betrieben wurde. Die herrschenden

¹ W. I. Lenin: Werke. Bd. 31. Berlin 1959. S. 365

² W. I. Lenin: Werke. Bd. 5. Berlin 1955. S. 436

³ W. I. Lenin: Werke. Bd. 19. S. 97 u. 98 (russ. — noch nicht übers.)

⁴ W. I. Lenin: Sämtliche Werke in 30 Bd. (RA). Bd. XXVI. Moskau 1940. S. 332

⁵ K. Marx/Fr. Engels: Ausgew. Schriften in zwei Bänden. Bd. II. Berlin 1952. S. 463

Klassen, die die Politik machten, kannten die Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung nicht und ließen sich in dieser Beziehung im wesentlichen von einem falschen Bewußtsein leiten, das die Wirklichkeit verzerrt widerspiegelte. Die unterdrückten und ausgebeuteten Klassen wurden mit Ausnahme der Arbeiterklasse infolge ihrer Klassenlage, infolge der Tatsache, daß sie nicht Träger einer neuen, fortschrittlichen Produktionsweise waren, nur spontan und von Zeit zu Zeit in die Politik einbezogen. Von den unterdrückten Klassen ist nur das moderne Proletariat auf Grund seiner historischen Stellung und Aufgabe in der Lage, eine bewußte, konsequente Politik zu betreiben. Die Politik der Arbeiterklasse verwirklicht zugleich die Interessen aller Werktätigen.

Die herrschende Klasse bedient sich ihrer Politik, der Tätigkeit ihres Staates, um Maßnahmen durchzuführen, die von ihren Interessen bestimmt und diktiert werden.

Die Politik des bürgerlichen Staates wird von den ökonomischen Interessen der Klasse der Kapitalisten bestimmt. Der gesamten Politik der modernen reaktionären Bourgeoisie liegt deren Bestreben zugrunde, sich die höchsten Profite zu sichern.⁶ Umgekehrt basiert die Politik der UdSSR und der anderen Länder des sozialistischen Lagers, die von kommunistischen und Arbeiterparteien geführt werden, auf dem Bestreben, die Interessen aller Werktätigen zu verwirklichen und eine Gesellschaft ohne Klassen aufzubauen, in der es weder Ausbeutung noch Unterdrückung gibt.

Die Politik des Sozialismus wird nicht nur von der durch das Fehlen von Privateigentum an den Produktionsmitteln gekennzeichneten Ökonomie und von der planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft bestimmt, sondern eilt ihr auch voraus, da sie nicht nur auf den objektiv wirkenden Gesetzen und auf der Unterstützung der Millionenmassen basiert, sondern sich auch auf die verallgemeinerten Erfahrungen der Arbeiterbewegung aller Länder, auf die Theorie des Marxismus-Leninismus stützt, die sich in unlösbarem Zusammenhang mit dem revolutionären Kampf der Arbeiterklasse der ganzen Welt herausgebildet hat.

Im Ergebnis des bewußten politischen Kampfes der Arbeiterklasse, der durch die ökonomische Entwicklung des Kapitalismus bedingt war, entstand in der Sowjetunion und in den Ländern der Volksdemokratie die Diktatur des Proletariats, die das Instrument für den Aufbau des Kommunismus ist.

Der Einfluß der Politik auf die Ökonomie beschleunigt unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats die Entwicklung der Ökonomie. Bei der Diktatur des Proletariats muß die Politik „notwendigerweise das Primat über die Ökonomie besitzen“.⁷ Das muß folgendermaßen verstanden werden: Während die Ökonomie durch ihre Entwicklung in letzter Instanz die Entwicklung aller gesellschaftlichen Erscheinungen *bestimmt*, spielt ihre politische Form im bewußten Klassenkampf die führende Rolle. Die bestimmende Rolle der ökonomischen Beziehungen kommt darin zum Ausdruck, daß sie, welche Hindernisse sich der Entwicklung der Gesellschaft auf in den Weg stellen mögen, „die schließlich entscheidenden“⁸ sind.

Das Primat der Politik über die Ökonomie verpflichtet uns, an die Lösung aller Fragen politisch heranzugehen, „... ohne ein richtiges politisches Herangehen an

⁶ Fr. Engels: Brief an Schmidt vom 27. Oktober 1890. In: K. Marx/Fr. Engels: *Ausgewählte Schriften* in 2 Bänden. Bd. II. S. 461 ff.

⁷ W. I. Lenin: *Ausgew. Werke* in 12 Bänden. Bd. IX. Moskau-Leningrad 1936. S. 57/58

⁸ K. Marx/Fr. Engels: *Ausgew. Schriften* in zwei Bänden. Bd. II. S. 459

die Sache wird die betreffende Klasse ihre Herrschaft nicht behaupten, also auch ihre *Produktionsaufgabe* nicht zu lösen vermögen“.⁹ Die sich aus dem Primat der Politik über die Ökonomie ergebende Notwendigkeit des politischen Herangehens an die Lösung der Probleme wurde von W. I. Lenin theoretisch begründet. Dieses Herangehen an die Lösung der vor der Arbeiterklasse stehenden Fragen, wird in allen Arbeiten W. I. Lenins, in der Tätigkeit der KPdSU und der anderen marxistischen Parteien praktiziert.

*

*

*

Die Politik, die die herrschende Klasse innerhalb des Landes betreibt, ist eng mit ihrer Politik gegenüber anderen Ländern, d. h. mit der Außenpolitik verbunden. Das richtige Verstehen dieser Tatsache ist eine notwendige Voraussetzung für die richtige Einstellung der Arbeiterklasse zu ihrer eigenen Außenpolitik und auch zu der des bürgerlichen Staates.

Wenn die Arbeiterklasse gegen die Innenpolitik der Bourgeoisie ihres Landes kämpft, muß sie in Erkenntnis ihres Zusammenhanges mit der Außenpolitik auch gegen deren Außenpolitik kämpfen.

Deshalb wird von den bürgerlichen Ideologen, um die Massen irrezuführen und ihnen einzureden, daß die Außenpolitik nur auf die Verteidigung der Heimat gerichtet sei, die Idee vom Fehlen eines Zusammenhanges zwischen der Innen- und Außenpolitik propagiert und „von seiten der Bourgeoisie alles Mögliche und alles Unmögliche unternommen, um diese Idee zu verbreiten und zu unterstützen“. In der Tat gibt es „keine falschere und schädlichere Idee als die der Loslösung der Außenpolitik von der Innenpolitik“.¹⁰

Die Politik der Ausbeuterklassen, die auf die Unterdrückung und Ausbeutung der werktätigen Massen innerhalb des eigenen Landes gerichtet ist, bestimmt den aggressiven Charakter ihrer Außenpolitik. Letztere findet ihren Ausdruck in den Kriegen, denn „der Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen (nämlich: gewaltsamen) Mitteln“.¹¹

Der Charakter der Außenpolitik der UdSSR ist durch die Natur der Staats- und Gesellschaftsordnung der UdSSR, durch die Natur der im Aufbau befindlichen kommunistischen Gesellschaft bedingt. Die Innenpolitik des Sowjetstaates ist organisch mit seiner friedlichen Außenpolitik verbunden, die von der Achtung gegenüber anderen Völkern, von der Sympathie mit dem Kampf der kolonialen Völker für ihre Unabhängigkeit und mit dem Kampf der Völker der imperialistischen Staaten gegen die volksfeindliche Politik ihrer Regierungen durchdrungen ist.

Während die Politik der UdSSR im Inneren des Landes im Interesse des Volkes betrieben wird und vom Geiste des Internationalismus durchdrungen ist, dient die gesamte Tätigkeit der sowjetischen Diplomatie, als eines der Mittel zur Führung der Außenpolitik der UdSSR, der Herstellung freundschaftlicher und auf gegenseitigem Vorteil beruhender wirtschaftlicher, politischer und kultureller

⁹ W. I. Lenin: Ausgew. Werke in 12 Bänden. Bd. IX. S. 58

¹⁰ W. I. Lenin: Werke. Bd. 25. S. 67 (russ. — nicht übers.)

¹¹ W. I. Lenin: Sämtliche Werke in 30 Bänden (RA). Bd. XVIII. S. 253; hier wird der deutsche Militärtheoretiker Clausewitz zitiert. Lenin stimmt dem hier geäußerten Gedanken über den Zusammenhang zwischen Krieg und Politik, nicht aber der idealistischen Konzeption Clausewitz' zu.

Beziehungen zu andern Ländern. Von diesen Zielen werden die Arbeitsmethoden der sowjetischen Diplomaten bestimmt.

Die Kommunistische Partei der Sowjetunion und der Sowjetstaat nutzen die Diplomatie als Mittel zum Kampf für den Frieden und zum friedlichen Wettbewerb zwischen dem kapitalistischen und dem sozialistischen System. Die sowjetische Diplomatie entlarvt deshalb die reaktionäre, aggressive, verbrecherische Außenpolitik der reaktionären Bourgeoisie, ihre Intrigen, Bestechungen, Spionage und Verletzung der in internationalen Verträgen übernommenen Verpflichtungen, in denen die bürgerliche Diplomatie lediglich „ein Stück Papier“¹² sieht. Die Sowjetunion, die die Unabhängigkeit und die Rechte der Völker achtet, mischt sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Völker ein, kämpft gegen Versuche einer solchen Einmischung, ganz gleich von welcher Seite sie unternommen werden, steht zu ihrem Wort und erfüllt ehrlich alle ihre Verpflichtungen.

Die bürgerliche Diplomatie wird durch die Habgier der Kapitalisten bestimmt. Sie scheut vor nichts zurück und nutzt zur Verwirklichung der Aufgaben des bürgerlichen Staates alle Möglichkeiten, gesetzliche und ungesetzliche, moralische und amoralische. Sie intrigiert, stiftet Unfrieden zwischen Nachbarn und Verbündeten, organisiert Spionage selbst in den Ländern, zu denen der von ihr vertretene Staat normale Beziehungen unterhält. Sie mischt sich in die Angelegenheiten anderer Länder ein und scheut, um dieses Ziel zu erreichen, auch vor der Organisation politischer Morde und vor der Bestechung der von ihr benötigten Leute, vor der Bestechung von Verrätern des Volkes dieser Länder nicht zurück. Feindliche Einstellung gegenüber allem Fortschrittlichen, Käuflichkeit und Gewissenlosigkeit in der Wahl der Mittel, Prinzipienlosigkeit und Amoralität — das alles sind Eigenschaften, die die bürgerliche Diplomatie charakterisieren.

Es ergibt sich, daß die Märchen der bürgerlichen Ideologen einschließlich der Revisionisten von der über den Klassen stehenden Politik keiner Kritik standhalten und dazu dienen, die breiten Massen irrezuführen. „Die Politik“, schreibt W. I. Lenin, „wird nicht nach Erklärungen beurteilt, sondern nach ihrem realen Klasseninhalt.“¹³

Nur in der kommunistischen Politik gehen Wort und Tat nicht auseinander. „Aufrichtigkeit in der Politik“, schreibt W. I. Lenin, „heißt Übereinstimmung zwischen Wort und Tat, die jedermann nachprüfen kann.“¹⁴ Geradlinigkeit, Ehrlichkeit, Humanismus, Konsequenz, Volkstümlichkeit und Prinzipienfestigkeit — sind unabdingbare Eigenschaften der von den Ländern des sozialistischen Lagers betriebenen Politik. Geradlinige Politik ist die beste Politik. Prinzipielle Politik ist die praktischste Politik.¹⁵

Wenden wir uns nun der Frage zu, was Moral und Sittlichkeit sind. Unsere negative Einstellung zur bürgerlichen Moral suchen die Ideologen der Bourgeoisie verleumderisch als Negierung der Moral durch die Marxisten auszulegen. Wie ist es aber wirklich? „Gibt es eine kommunistische Sittlichkeit? Natürlich gibt es sie.“¹⁶ „... unsere Sittlichkeit (ist) völlig den Interessen des proletarischen Klassenkampfes untergeordnet.“¹⁷

¹² So nannte der deutsche Reichskanzler Bethmann Hollweg bei einer Unterredung mit dem englischen Botschafter Goschen im August 1914 den Vertrag über die Neutralität Belgiens.

¹³ W. I. Lenin: Werke. Bd. 29. S. 321 (russ. — noch nicht übers.)

¹⁴ W. I. Lenin: Werke. Bd. 24. Berlin 1959. S. 580

¹⁵ W. I. Lenin: Werke. Bd. 12. S. 8 u. 9

¹⁶ W. I. Lenin: Werke. Bd. 31. S. 280

¹⁷ Ebenda: S. 281

Die Bourgeoisie betrachtet ihre Moral als über den Klassen stehend, als allgemeinemenschlich. In Wirklichkeit sind in der bürgerlichen Gesellschaft die Normen der „wirklich menschlichen Moral“ nur äußere Form der bürgerlichen Moral, ihr wirklicher Inhalt hat bürgerlichen Charakter, da sie berufen ist, den Interessen der Bourgeoisie zu dienen, da sie deren Herrschaft und Interessen rechtfertigt.¹⁸

Es gibt keine über den Klassen stehende Moral. Seit Beginn der Spaltung der Gesellschaft in Klassen hat die Moral Klassencharakter. Sie schließt die Angehörigen der betreffenden Klasse zusammen, festigt die Beziehungen, die Bande zwischen ihnen und steht deshalb den Interessen der entgegengesetzten Klasse feindlich gegenüber. Die Moral der herrschenden Klasse in einer bestimmten Etappe der gesellschaftlichen Entwicklung schützt nicht die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit, sondern nur jene Form der Gesellschaft, die durch die ökonomische Lage der herrschenden Klasse bestimmt ist. Wenn sie also die Herrschaft der einen Klasse schützt, so schützt sie gleichzeitig die Unterdrückung der anderen Klassen; sie dient z. B. der Erhaltung der kapitalistischen Verhältnisse. In diesem Falle spielen Sittlichkeit und Moral eine konservative Rolle. Die Moral der unterdrückten Klassen jedoch schützt diese Verhältnisse nicht, sondern sucht sie zu beseitigen.

Wenn die ausgebeuteten Klassen in der Gesellschaft eine große Rolle zu spielen beginnen, so fangen sie auch an, ihre Bedeutung für die Gesellschaft zu erkennen und nach Beseitigung der sie umgebenden sozialen Ordnung, nach Beseitigung der ihr zugrunde liegenden gesellschaftlichen Verhältnisse zu streben. Die Linie für das Verhalten dieser Klassen, die die Beseitigung des Mißverhältnisses zwischen ihrer sozialen und politischen Lage einerseits und ihrer ökonomischen Rolle in der Gesellschaft andererseits nach sich zieht, ist nicht auf den Schutz der bestehenden sozialen Ordnung, sondern auf ihre Beseitigung gerichtet. Das widerspricht natürlich der in der Gesellschaft vorherrschenden Sittlichkeit und Moral der herrschenden Klasse. Aber diese Tatsache bestätigt ja gerade, daß es in der Sittlichkeit und Moral nicht allein die Tendenz zum Schutz der bestehenden Gesellschaftsordnung, sondern auch die Tendenz zu ihrer Beseitigung gibt.

Sittlichkeit und Moral sind also nicht nur Bedingung für die Erhaltung der betreffenden Klasse, sondern schließen gleichzeitig die Bedingungen für die Beseitigung der entgegengesetzten Klassen ein. Sie schwächen die einen Klassen und tragen zu ihrer Beseitigung bei und erhalten und festigen gleichzeitig die Klasse, innerhalb derer sie entstanden sind. Beseitigung und Erhaltung sind zwei Seiten ein und desselben Prozesses der Einflußnahme von Moral und Sittlichkeit auf die Entwicklung der Klassengesellschaft. Moral und Sittlichkeit einer jeden Klasse veranlassen ihre Mitglieder, ihr Verhalten nicht den Interessen des gesamten gesellschaftlichen Kollektivs, sondern den Interessen derjenigen Klasse anzupassen, zu der sie gehören.

*

*

*

Die marxistisch-leninistische Moral- und Sittlichkeitslehre stützt sich auf die Theorie des historischen Materialismus, die davon ausgeht, daß die „Produk-

¹⁸ Vgl. Fr. Engels: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft. Berlin 1948. S. 114

tionsweise des materiellen Lebens... den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt“¹⁹ bedingt und „daß die Menschen, bewußt oder unbewußt, ihre sittlichen Anschauungen in letzter Instanz aus den praktischen Verhältnissen schöpfen, in denen ihre Klassenlage begründet ist — aus den ökonomischen Verhältnissen, in denen sie produzieren und austauschen“.²⁰

An der Herausbildung der Moral und der Sittlichkeit sind auch die Politik des Staates, das Recht, die Kunst und die Literatur, die Erziehung, die Tradition, die Geschichte, die Sitten und Gebräuche der früheren Stadien der gesellschaftlichen Entwicklung beteiligt, aber die *bestimmende* Rolle bei dieser Herausbildung spielt die ökonomische Struktur der Gesellschaft, ihre Basis.

Die Prinzipien der Moral und Sittlichkeit sind nicht ewig und unveränderlich, sondern entwickeln und verändern sich im Ergebnis der Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Diese Prinzipien unterscheiden sich nicht nur bei den verschiedenen Klassen, sondern sie sind sogar bei ein und derselben Klasse unter verschiedenen historischen Bedingungen unterschiedlich. Ändert sich die Lage der Klasse, so ändern sich im Ergebnis auch die Prinzipien und Normen für das sittliche Verhalten dieser Klasse.

Aus der Tatsache, daß die Moral und die Sittlichkeit in der gesellschaftlichen Entwicklung eine aktive Rolle spielen und das gegenwärtig die bürgerliche Moral diese Entwicklung hemmt, ergibt sich die Notwendigkeit, die Amoral der modernen Bourgeoisie zu entlarven und das revolutionäre schöpferische Wesen der sozialistischen Moral aufzudecken. Wie alle früheren in Klassen gespaltenen sozial-ökonomischen Formationen beruht auch die kapitalistische Gesellschaft „auf dem Prinzip: entweder raube ich den anderen aus, oder er raubt mich aus; entweder arbeite ich für den anderen oder er arbeitet für mich; entweder bin ich Sklavenhalter, oder ich bin Sklave“.²¹ Die Bourgeoisie ist bestrebt, ihre Herrschaft und die Versklavung des Proletariats aufrechtzuerhalten. Sie nutzt alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel wie den Staat und die wirtschaftlichen, politischen und ideologischen Möglichkeiten für den Kampf gegen die Lebensinteressen der werktätigen Massen.

Sie versucht, mit Hilfe der bürgerlichen Moral das Bewußtsein der Massen zu vergiften und sie zu überzeugen, daß die kapitalistische Ordnung ewig bestehen wird, und daß deshalb der Kampf zu deren Beseitigung nutzlos sei.

Wie die bürgerliche Moral ausgenutzt wird, um die Arbeiterklasse vom Klassenkampf gegen die Bourgeoisie und die kolonialen Völker von der nationalen Befreiungsbewegung, vom Kampf gegen den Kolonialismus abzuhalten, zeigt anschaulich die sogenannte „Bewegung der moralischen Aufrüstung“. Diese Bewegung wurde in den zwanziger Jahren von dem deutsch-amerikanischen Missionar Frank Buchmann gegründet, der gleichzeitig Spionage trieb, die auch das wichtigste in der Tätigkeit dieser Bewegung war. „Die Bewegung der moralischen Aufrüstung“, sagte sein Begründer, stellt sich das Ziel, „die Lösung wirtschaftlicher und sozialer Probleme vor allem durch *Beseitigung des Klassenkampfes* zu suchen“.²²

Diese Bewegung wird nicht umsonst von der „Nationalen Assoziation der Industriellen“ finanziert. Sie wurde bzw. wird von Ford, Himmler, Hess, dem süd-

¹⁹ K. Marx: Zur Kritik der politischen Ökonomie. Berlin 1951. S. 13

²⁰ Fr. Engels: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft. S. 113

²¹ W. I. Lenin: Werke. Bd. 31. S. 283

²² Hervorhebung vom Verfasser

afrikanischen Feldmarschall Smuts, Herbert Hoover, Henri Spaak, Tschiang Kai-schek und anderen unterstützt. Die Mitglieder dieser Bewegung haben Verbindung zu Geheimdiensten der verschiedensten imperialistischen Länder und führen häufig Polizeifunktionen aus. Vor der Zerschlagung des deutschen Faschismus halfen sie seinem Geheimdienst genauso, wie sie jetzt den Geheimdiensten der deutschen Bundesrepublik, den englischen und besonders den amerikanischen Geheimdiensten helfen.

Die ideologische Grundlage für die „Bewegung der moralischen Aufrüstung“ sind die Dogmen des Christentums, die den Interessen der amerikanischen Monopole angepaßt wurden. Die Anhänger dieser Bewegung propagieren die Idee, daß das einzige Mittel zur Beseitigung der negativen Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens, der sozialen Ungerechtigkeit, die sittliche Selbstvervollkommnung sei.

Alle sozialen Unterschiede der Menschen, behaupten die Ideologen dieser Bewegung, sind von Gott geschaffen, dem alle Güter und Werte der Erde gehören. Er gibt sie den Menschen mit hoher Sittlichkeit zur zeitweiligen Nutzung.

Auch die Existenz der kapitalistischen Gesellschaft, in der es angeblich schon keine Klassen mehr gibt, und die Verteidigung des Kolonialismus unter dem Deckmantel der „Hilfe“ für die Völker der kolonialen Länder und der Verteidigung dieser Völker vor der Gefahr des Kommunismus begründen die bürgerlichen Ideologen vom Standpunkt der angeblich bestehenden „absoluten moralischen Werte“.

Die moderne bürgerliche Moral dient der Unterdrückung, Versklavung und Ausbeutung der werktätigen Massen, der Erhaltung von Ausbeutern und Ausgebeuteten und richtet sich gegen die Interessen der Volksmassen, der Demokratie und des Fortschritts.

Sie spielt eine reaktionäre Rolle, sucht alle Scheußlichkeiten des modernen, faulenden Kapitalismus, die volksfeindliche, unmenschliche Politik der bürgerlichen Regierungen zu rechtfertigen und verteidigt die Interessen eines kleinen Häufleins von Menschen, die die Herrschaft in der Gesellschaft usurpieren. Sie ist eine individualistische Moral.

Im Kampf der Arbeiterklasse nehmen die proletarische, sozialistische Moral und Sittlichkeit einen wichtigen Platz ein. Existenzgrundlage des Proletariats ist die Arbeit. Das Proletariat ist deshalb daran interessiert, daß die Arbeit geachtet wird, daß sie Quelle seiner schöpferischen Tätigkeit und Voraussetzung seines geistigen und sittlichen Wachstums ist, und ihm genügend Mittel für eine menschliche Existenz bringt.

Der gesellschaftliche Charakter der Arbeit in der kapitalistischen Gesellschaft erzeugt beim Arbeiter das Gefühl der kameradschaftlichen Solidarität und schweißt das Proletariat zusammen. Es ist deshalb bestrebt, die Arbeit als die einzige Grundlage der Gesellschaft zu bestimmen und die arbeitsmäßigen Beziehungen zur Grundlage aller gesellschaftlichen Beziehungen zu machen.

Das Proletariat ist die am stärksten unterdrückte Klasse der kapitalistischen Gesellschaft, in der sie grausamster Ausbeutung und stärkstem Zwang ausgesetzt ist. Es ist deshalb von Haß gegen alle Erscheinungen von Unterdrückung, Zwang und unmenschlichem Verhalten durchdrungen. In ihm hat sich das Bestreben herausgebildet, für die volle Beseitigung aller Arten der Ausbeutung und Unterdrückung zu kämpfen.

Das Proletariat steht in der kapitalistischen Gesellschaft an letzter Stelle, die von ihm zu leistende physische Arbeit wird verachtet, und die Bourgeoisie unternimmt ununterbrochen und systematisch Anschläge auf seine Würde. Deshalb kämpft es gegen die soziale Ungleichheit für die Wiederherstellung seiner Würde, und folglich für die Menschenwürde überhaupt.

Die moderne Arbeiterklasse hat schon verstanden, daß das einzige Mittel zu ihrer Befreiung von der Ausbeutung, zur Schaffung einer wahrhaft menschlichen Existenz, zur Wiederherstellung seiner Menschenwürde in der völligen Beseitigung des Kapitalismus auf revolutionärem Wege und im Aufbau der kommunistischen Gesellschaft besteht. In diesem revolutionären Kampf des Proletariats spielen die proletarische Sittlichkeit und Moral eine große Rolle. Sie schweißen seine Reihen zusammen und fördern die Entwicklung seiner Kampffähigkeit, indem sie ihm helfen, sein Verhältnis zum Klassenfeind und zu seinen Klassengenossen zu erkennen.

Aus dem Gesagten kann man die Schlußfolgerung ziehen, daß proletarische Sittlichkeit das ist, „was der Zerstörung der alten Ausbeutergesellschaft und dem Zusammenschluß aller Werktätigen um das Proletariat dient, das eine neue, die kommunistische Gesellschaft aufbaut“.²³ Die proletarische Sittlichkeit ist kollektivistisch.

Die bürgerliche Moral ist vor allem in negativer Form ausgedrückt. Das bedeutet, daß sie vor allem ein Verhalten verbietet, das im Widerspruch zu den bestehenden bürgerlichen Verhältnissen steht. Die in der bürgerlichen Moral vorkommenden Normen in positiver Form entsprechen der fortschrittlichen Entwicklungsperiode der Bourgeoisie. Sie sollten zur erfolgreichen Formierung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft beitragen. So drückte zum Beispiel die Moral Kants mit ihrer positiven Formulierung der Verhaltensmaxime die Interessen der Bourgeoisie aus, die auf dem Schauplatz der Geschichte erschien.

Die Fortschrittlichkeit der Bourgeoisie ist jedoch historisch begrenzt; sie dauert nur bis zur vollen Formierung und Festigung der kapitalistischen Gesellschaft. Insofern gewinnt ihre Moral eine im wesentlichen *negative* Form, denn vor ihr steht nicht mehr die Aufgabe, zur schöpferischen Veränderung der Wirklichkeit beizutragen, sondern sie hat umgekehrt die Aufgabe, gegen die Entwicklung, für die Erhaltung der kapitalistischen Gesellschaft zu kämpfen.

Die proletarische Moral ist die Moral einer Klasse, deren revolutionärer Geist unbegrenzt ist. Diese Moral hat die Aufgabe, zur schöpferischen revolutionären Veränderung aller gesellschaftlichen Verhältnisse beizutragen, die Aufgabe, die kommunistische Gesellschaft aufzubauen.

Ihre soziale Funktion besteht in der Mobilisierung der Volksmassen zum aktiven schöpferischen Kampf für diesen höheren Typ der gesellschaftlichen Entwicklung; deshalb ist sie im wesentlichen in *positiver Form* ausgedrückt. Sie *verbietet weniger, rät und empfiehlt dafür mehr*. So empfiehlt sie zum Beispiel: Steigere die Arbeitsproduktivität; höre auf Ratschläge usw.

Gewiß gibt es auch in ihr Verhaltensnormen, die in negativer Form ausgedrückt sind. Aber diese regeln nur einen kleinen Kreis der gesellschaftlichen Beziehungen und sind durch die Existenz des Klassenkampfes in der kapitalistischen Gesellschaft und in der UdSSR durch die Existenz von Überbleibseln des Kapitalismus

²³ W. I. Lenin: Werke. Bd. 31. S. 283

im Bewußtsein der Menschen, das heißt von Überresten der bürgerlichen Ideologie bedingt. Auf ihre Überwindung sind nicht nur positive, sondern auch negative Formen von Normen der proletarischen Moral gerichtet. Die proletarische Moral trägt zur Herausbildung kommunistischer Beziehungen zwischen den Menschen bei, das heißt, zur Heranbildung von solchen Beziehungen, die gekennzeichnet sind, durch die Gleichheit in der Gesellschaft, durch die Freundschaft zwischen den mit schöpferischer Arbeit beschäftigten, einander achtenden Menschen, deren persönliche Interessen mit den gesellschaftlichen Interessen verschmolzen sind. Diese Beziehungen sind charakterisiert durch das Fehlen von Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen, durch das Fehlen von Gewalt, kurz gesagt, durch das Fehlen aller negativen Seiten, die der Klassengesellschaft eigen sind.

Die kommunistische Sittlichkeit ist nicht eine Frage der Zukunft, sondern sie bildet sich bereits gegenwärtig im Prozeß des Klassenkampfes des Proletariats gegen die Bourgeoisie, im Prozeß des Aufbaus des Kommunismus in der UdSSR heraus. Ihre Normen sind schon nicht mehr nur den Sowjetmenschen, sondern dem gesamten bewußten Proletariat eigen.

In der kapitalistischen Gesellschaft sind die Sittlichkeit und Moral des Proletariats dessen Instrument im Klassenkampf, sind sie der Form nach Klassensittlichkeit und Klassenmoral, ihrem Inhalt, ihrem Wesen nach kommunistisch. Sie werden in der Perspektive ihrer Entwicklung allgemein menschlichen Charakter erlangen, da sie allen Menschen der künftigen klassenlosen, nicht national beschränkten kommunistischen Menschheit eigen sein werden.

„Eine über den Klassengegensätzen und über die Erinnerung an sie stehende, wirklich menschliche Moral, wird erst möglich auf einer Gesellschaftsstufe, die den Klassengegensatz nicht nur überwunden, sondern auch für die Praxis des Lebens vergessen hat.“²⁴

Folglich sind die proletarische Moral und Sittlichkeit ihrem Charakter, ihrem Wesen nach wirklich menschlich, denn sie werden den Interessen der gesamten künftigen klassenlosen Menschheit dienen.

*

*

*

Um die Frage der Wechselbeziehung zwischen Moral und Politik richtig zu lösen, muß zunächst festgestellt werden, wodurch sie sich voneinander unterscheiden.

In der bürgerlichen Literatur sehen einige Autoren den Unterschied zwischen ihnen darin, daß die Ethik angeblich eine beschreibende Wissenschaft, die Politik dagegen eine Normativwissenschaft sei. Der hauptsächlichste Gegenstand der politischen Wissenschaft sind Normen oder ein Verhalten, das Normen einschließt, schreibt Ch. Perry.²⁵ Im Gegensatz dazu behaupten andere Autoren, die Ethik sei eine Normativwissenschaft²⁶, da ihr Gegenstand etwas Gefordertes sei, das

²⁴ Fr. Engels: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft. S. 114

²⁵ Ch. Perry: The relation between Ethics and Political Science. Ethics. The University of Chicago, Press. vol. XLVII. January 1937. N. 2. p. 167

²⁶ F. Larroyo: Le Principes de la Ethica Social: concepto, axiomegia y realizacion de la moralidad. Mexiko. Editorial Logos. 1936 P. p. XV—172

nichts mit dem Bestehenden gemein habe, während es die Politik mit Bestehendem, aber nicht mit Gefordertem zu tun habe.

Der Unterschied zwischen Moral und Politik, der oben gemacht wurde, ist nicht richtig. Sowohl die Moral als auch die Politik haben es mit wirklichen, gesellschaftlichen Beziehungen zwischen Klassen und zwischen einzelnen Menschen zu tun. Es gibt auch die Anschauung, daß die Moral das Verhalten zwischen Individuen und die Politik das Verhalten zwischen Massen von Menschen reguliere.²⁷ Aber auch das stimmt nicht. Sowohl die Moral als auch die Politik haben es mit gesellschaftlichen Beziehungen zwischen Klassen und zwischen einzelnen Menschen zu tun. Sowohl die Moral als auch die Politik regeln die Beziehungen, die Millionen und Dutzende Millionen von Menschen umfassen; das wird durch die moralisch-politische Einheit des sowjetischen Zweihundert-Millionen-Volkes veranschaulicht.

Die Ableitung von Verhaltensnormen aus sittlichen und politischen Beziehungen findet man sowohl in der Politik als auch auf dem Gebiete der Sittlichkeit.

Um den wirklich bestehenden Unterschied zwischen Moral und Politik zu finden, muß man sie kurz miteinander vergleichen.

Die Sittlichkeit tritt im freiwilligen Handeln der Menschen in Erscheinung, dessen Richtung und Ziele, dessen Formen und Inhalt durch ihr Bewußtsein bestimmt werden, das die gesellschaftlichen Verhältnisse widerspiegelt. Insofern basiert das sittliche Verhalten des Menschen auf der Erkenntnis der Rolle der zwischen den Menschen bestehenden Beziehungen, auf der Erkenntnis der Folgen ihres Handelns, auf dem Verstand und dem Willen. Der Mensch wird sein Handeln bewußt regulieren und es in die ihm zweckmäßig erscheinende Richtung lenken können, wenn er das Wesen seines Handelns und die Bedingungen, die es hervorbringen, geklärt hat. Wenn er die Absicht hat, irgendeine Handlung zu vollziehen, berücksichtigt er unter Ausnutzung der menschlichen Erfahrungen die Folgen dieser Handlung und entscheidet, ob er diese Handlung vollzieht oder nicht.

Die in Form von Verhaltensnormen formulierten gesellschaftlich nützlichen sittlichen Beziehungen, die den Menschen eine bestimmte Form des Verhaltens vorschreiben und nicht an äußeren Zwang, sondern an das Bewußtsein, den Willen und die Überzeugungen des Menschen appellieren, werden als Moral bezeichnet. Die Verbindlichkeit der Normen der Moral wird von den sittlichen Anschauungen, dem Bewußtsein des Menschen bestimmt, die er durch die Erziehung erhalten oder sich im Prozeß der Herausbildung seiner Weltanschauung selbst erworben hat. Ihre Nichterfüllung ist Ergebnis des Sieges der antisozialen Motive unter den im Menschen kämpfenden widersprüchlichen Motiven. In diesem Falle kann derjenige, der die Normen der Moral verletzt hat, von der öffentlichen Meinung verurteilt werden, aber niemand kann ihn zwingen, diese Normen der Moral zu erfüllen, da sie für den Menschen nur kraft seiner Überzeugungen verbindlich sind, die ihn veranlassen, diese Normen freiwillig anzuerkennen.

Die Politik dagegen drückt die grundlegenden Beziehungen zwischen den Klassen, die Beziehungen zur Gesellschafts- und Staatsordnung und über diese die Beziehungen zwischen einzelnen Menschen aus. Die politischen Beziehungen sind Beziehungen zwischen den Klassen und tragen ihrem Wesen nach zwangsweisen Charakter.

²⁷ M. Adler: Politik und Moral. Leipzig 1918. S. 18

Auch in diesen Beziehungen sind Übereinkommen, Vereinbarungen und moralische Verpflichtungen möglich. Sie werden, ebenso wie die Sittlichkeit, in Normen, in Gesetzesnormen formuliert, die Mittel zur Verwirklichung der Politik sind. Ihre Erfüllung kann Ergebnis der Überzeugung, des Klassenbewußtseins sein, wird aber in der Hauptsache von der Staatsmacht gesichert. Das bedeutet, daß die Organe des Staates notwendigenfalls die Erfüllung der Gesetze erzwingen. Wer sie nicht erfüllt bzw. sie verletzt, wird der im Gesetz vorgesehenen Bestrafung zugeführt. Die herrschende Klasse zwingt den unterdrückten Klassen ihren Willen auf, der im Gesetz als Zwang ausgedrückt ist. In der sozialistischen Gesellschaft, wo wirklich menschliche Moral und Politik organisch verbunden sind und wo das Volk aktiv und bewußt an der Politik des Staates teilnimmt, wird der staatliche Zwang gegen die gegen den Sozialismus kämpfenden Feinde angewandt sowie gegen solche Menschen, die die Gesetze des sozialistischen Staates verletzen und damit der Sache des Sozialismus großen Schaden zufügen.

Die Entwicklung der sozialistischen Moral und ihre Verbreitung unter den Massen führt dazu, daß die öffentliche Meinung größere Wirksamkeit erlangt und daß die Normen der Moral zur Einwirkung auf die Menschen angewendet werden, die zufällig gesellschaftsfeindliche Handlungen oder geringfügige Delikte begangen haben, für die sie eigentlich vor Gericht gestellt werden müßten. So ist zum Beispiel die Tatsache, daß in letzter Zeit in der UdSSR Kollektive die Bürgschaft für solche Menschen übernehmen, ein Beweis dafür, daß die Gesetze als Mittel der Umerziehung in Einzelfällen durch Normen der Moral ersetzt werden.

Der zwischen Politik und Moral bestehende Unterschied ist nicht absolut, denn zwischen ihnen besteht auch eine Einheit. In dieser Einheit kommt der Politik das Primat zu, da sie, die die Lebensinteressen der Klasse verwirklicht, eine große Bedeutung in der Entwicklung der Gesellschaft, besonders bei der Herausbildung der Moral, hat. Das wäre das erste. Zweitens widersprechen die Moral und die Politik der modernen Bourgeoisie der allgemein menschlichen, wirklichen Moral, da sie ein Instrument zur Verteidigung der Interessen der ausbeutenden Minderheit sind und deshalb volksfeindlichen Charakter haben. Die Verteidigung der Interessen der Mehrheit der Volksmassen jedoch ist ein wesentlicher Zug der allgemeinen menschlichen Moral, der die Moral und die Politik der aufsteigenden Klasse entspricht. Wenn sich jedoch die Ausbeuterklasse zu überleben beginnt, widersprechen deren Moral und Politik schon der allgemein menschlichen Moral. Die Rechtsnormen als Mittel der Politik und die Normen der Moral regulieren die gesellschaftlichen Beziehungen.

*

*

*

Die Wechselbeziehung zwischen Moral und Politik entwickelte sich mit der Klassengesellschaft. In der Urgemeinschaft gab es nur Beziehungen der Sittlichkeit, die im Prozeß des ökonomischen Kampfes der Menschen um ihre Existenz entstanden waren. Es gab auch eine Moral, die das Ergebnis von Verallgemeinerungen der spontan entstandenen sittlichen Beziehungen darstellte. Die Moral hatte die Aufgabe, die Beziehungen zwischen den Menschen entsprechend den Interessen des gesamten Kollektivs zu regeln.

Mit dem Auftreten von Klassen entstand die Politik, und mit ihr das Problem der Wechselbeziehung zwischen Moral und Politik. Die Politik wurde von der herrschenden Klasse in ihrem Interesse betrieben und diente deshalb nicht, wie die Moral, den Interessen des gesamten Kollektivs. Auf diese Weise entstand der Widerspruch zwischen der Politik der herrschenden Klasse und der wirklichen Moral, die in der Gesellschaft, die noch keine Klassen kannte, allgemein menschlichen Charakter besaß.

Dieser Widerspruch wurde von der herrschenden Ausbeuterklasse beseitigt, indem sie die Moral ihren Klasseninteressen anpaßte. Auf diese Weise erhält die Moral mit dem Entstehen der Klassen und des Klassenkampfes Klassencharakter.

Die herrschende Ausbeuterklasse nutzt ihre Klassenmoral — der die Form „allgemein menschlicher Moral“ gegeben wird — aus, um ihre Politik heilig zu sprechen, die als etwas von der Sittlichkeit Hervorgebrachtes betrachtet wird. So hat zum Beispiel Xenophon in seiner „Kyropädie“ die politischen Erfolge des persischen Kaisers Hyros mit seinem hochsittlichen Verhalten erklärt. Er sagt, daß an der Macht stehende Menschen in ihren sittlichen Qualitäten die Untertanen übertreffen, ihnen Vorbild sein müssen.

Auf dem Standpunkt, daß die Moral die Politik bestimmt, steht auch ein großer Teil der modernen bürgerlichen Philosophen. So schreibt der amerikanische Autor Ph. Werlwright in seinem Buch „Kritische Einführung in die Ethik“²⁸ in seinen Postulaten über die Ethik, daß einige Dinge über einen Wert verfügen, der auch in der sittlichen Wahl der Handlungen, darunter auch in der Politik, in Erscheinung tritt.

Der ethische Sozialismus, dessen Grundgedanke die sittliche Selbstvervollkommnung als Weg zum Sozialismus ist, geht ebenfalls von der bestimmenden Rolle der Moral gegenüber der Politik aus. M. Adler, der diesen Standpunkt in bezug auf die Wechselbeziehung zwischen Moral und Politik zum Ausdruck bringt, kommt zu dem Schluß, daß der Widerspruch zwischen Moral und Politik nicht durch Begründung einer neuen Moral für den Staat, sondern umgekehrt durch Schaffung eines neuen, der Moral entsprechenden Staates gelöst werden müsse.²⁹

Die oben erwähnten Autoren leugnen den historischen Ursprung von Moral und Politik und vertreten die Auffassung, daß diese allgemein menschlichen Charakter haben und über den Klassen stehen. Dabei nutzen sie die angeführten Konzeptionen für den Kampf gegen den Marxismus aus.

Es wäre falsch, daraus den Schluß zu ziehen, daß entsprechend diesen Konzeptionen die Moral über die Politik herrschen müsse. Im Gegenteil, mit diesen Formulierungen suchen die Ideologen der Ausbeuterklassen die Politik dieser Klassen zu beschönigen. In Wirklichkeit ordnen sie jedoch bei Zutagetreten des Widerspruches zwischen der bürgerlichen Politik und der wirklichen allgemein menschlichen Moral die Moral der Politik unter und legen diese im Geiste dieser Politik, deren höchstes Kriterium die Klasseninteressen der herrschenden Klasse sind, aus.

Die Theorie von der Unterordnung der Moral unter die Politik wurde von Machiavelli begründet, dessen Ideen der staatlichen Tätigkeit der modernen reak-

²⁸ Ph. Werlwright: A critical Introduction to Ethics. Garden City. N. I. Daubleday. Doran et Co. 1935

²⁹ M. Adler: Politik und Moral. S. 71

tionären Bourgeoisie zugrunde liegen und die für diese der Kodex der politischen Klugheit sind, obwohl sie zum erstenmal im ersten Drittel des 16. Jahrhunderts ausgesprochen wurden. Das höchste Ziel der Politik ist nach der Auffassung Machiavellis das allgemeine Wohl (*Salus populi suprema lex*), für dessen Erlangung alle Mittel zulässig sind. Wenn die Sittlichkeit den politischen Zielen widerspricht, so muß sie ignoriert werden.

Machiavelli war für die Anwendung der Gewalt zur Eroberung und Erhaltung der Macht.³⁰ Das Kriterium für die Handlungen eines Politikers ist die Erreichung des Zieles, wofür er keine Mittel scheuen darf.³¹ Man muß nicht tugendhaft sein, sondern nur diesen Anschein erwecken.³² Diese Anschauungen Machiavellis sind nicht das Phantasieprodukt eines politischen Schriftstellers, sondern Verallgemeinerung der von den bürgerlichen Politikern geübten Praxis.

Die Grundidee der politischen Konzeption Machiavellis besteht darin, daß sich die Politik die Sittlichkeit unterordnet. Diesen Gedanken verfolgt er konsequent in seinen Arbeiten.

Die klassenmäßige Bedeutung dieser Konzeption besteht in der Verteidigung der Interessen der damals neu entstehenden Klasse der Bourgeoisie, „deren Geschichte in die Annalen der Menschheit . . . mit Zügen von Blut und Feuer“³³ eingeschrieben ist.

Unter diesen Bedingungen geriet die bürgerliche Politik in Widerspruch zur wirklichen Moral. Da das Proletariat in dieser Zeit noch nicht endgültig als Klasse herausgebildet war, hatte es die Bourgeoisie nicht nötig, ihre Politik zu tarnen. Sie betrieb diese Politik energisch und schonungslos. Das fand auch auf dem Gebiet der Ideologie der Bourgeoisie, mit der ihre Interessen erbittert verteidigt wurden, seinen Ausdruck.

Der Machiavellismus, der von einem Widerspruch zwischen Politik und Moral ausgeht, darf nicht mit dem Standpunkt verwechselt werden, daß die Moral von der Politik hervorgebracht wird. Die Vertreter eines solchen Standpunktes sehen keinen Widerspruch zwischen Moral und Politik, sondern sind der Auffassung, daß die Politik genetisch und dem Wesen nach die Moral bestimmt. Von der bestimmenden Rolle der Politik gegenüber der Moral schrieben auch Lamettrie, Helvetius, Holbach, Rousseau, Hegel und Bosanquet. Sie waren der Meinung, daß die Politik in der Gesellschaft eine größere Rolle spiele als die Moral und daß ihr deshalb das Primat zukomme.

Die sittliche Freiheit des Menschen, sagen diese Autoren, besteht in der Unterordnung unter die Gesetze und staatlichen Institutionen. Aus diesem Standpunkt folgt, daß der Staat immer sittlich handelt.

Die Ideen Machiavellis von der Überwindung des Widerspruches zwischen Politik und wirklicher Moral durch Ignorierung der Moral bei der Lösung politischer Aufgaben wurden in der Epoche des Imperialismus von den aggressiven Staatsmännern weiterentwickelt und praktisch verwirklicht. Während Machiavelli die Stärke nur als Mittel zur Verwirklichung der Politik betrachtete, gehen sie von dem Gedanken aus, daß Stärke Recht und Sittlichkeit sei.³⁴ Ideelle Vorgänger des Stärkekults, der bei den aggressiven Handlungen der Führer der westlichen

³⁰ Vgl. N. Machiavelli: Gesammelte Schriften in fünf Bänden. Bd. II. München MCMXXV. S. 5 bis 9, 34 bis 38, 79 bis 81, 99 bis 101

³¹ Ebenda: S. 70 bis 73

³² Vgl. Ebenda: S. 63, 65, 71, 72

³³ Vgl. K. Marx: Das Kapital. Bd. I. Berlin 1951

³⁴ O. Baumgarten: Politik und Moral. Verlag von I. u. B. Mohr. 1916. S. 114

Staaten, der Politik der Stärke zugrunde liegt, sind der Preußische König Friedrich II., der behauptete, daß Verträge ohne Waffen das gleiche seien wie Noten ohne Instrumente sowie der ärarische und polizeitreue Geschichtsschreiber und Chauvinist Treitschke³⁵ und Nietzsche, die verkündeten, daß die auf der Stärke beruhende Herrenmoral die wahre Moral sei. Das Grundprinzip dieser Moral besteht darin, daß im Verhalten alles erlaubt ist, was durch Stärke erreicht werden kann.

„Alles ist dann erlaubt, Stärke ist Sittlichkeit“ (Nietzsche).

Eine Moral, die nicht von den Zielen des Staates ausgeht, ist vom Standpunkt des Stärkekults ohne jede praktische Bedeutung, da man mit ihrer Hilfe nicht einmal eine Eisenbahn bauen könne.³⁶ Allein in der Politik trete die Stärke des Volkes zutage. Eine solche Politik sei für eine „ideale“ Herrschaft erreichbar, die die Moral und die Möglichkeiten zur Beseitigung widersprüchlicher Interessen in der Gesellschaft schaffe.³⁷ Somit bringt die Politik der Stärke entsprechend dieser Konzeption nicht nur Sittlichkeit hervor, sondern ist auch ihr einziges Kriterium. Der entscheidende sittliche Maßstab jedoch, nach dem die Politik eingeschätzt werden könne, seien ihre Grundlagen und Ziele. Nur eine solche Politik sei sittlich, die reale Grundlagen und reale Ziele habe.

Solche politischen Anschauungen zwingen zu der Schlußfolgerung, daß die Politik eines Staates, der genügend Atom- und Wasserstoffbomben sowie Raketenwaffen als reale Grundlage seiner Politik besitzt und der sich von dem realen Ziel, die Weltherrschaft zu erringen, leiten läßt, sittlich ist und daß seine Führer Menschen mit hoher Sittlichkeit sind. Daraus würde folgen, daß die Kriegsverbrecher Hitler und Speidel und ihre Anhänger Menschen mit höchster Sittlichkeit waren bzw. sind.

In Wirklichkeit ist jedoch die Politik sittlich, die den Interessen der Volksmassen, den Interessen der Werktätigen und nicht einem Häuflein Monopolisten dient, die die Massen unterdrücken. Umgekehrt verurteilt eine im Interesse des Monopolkapitals betriebene Politik die breiten Volksmassen zu Hunger und Elend und stürzt sie in vernichtende und zerstörende Kriege.

Aus dem Gesagten erhellt: Die vom kapitalistischen Westen mit den USA an der Spitze betriebene Politik der Stärke, die durch die Natur des Imperialismus bedingt ist, trägt *volksfeindlichen* Charakter, da sie sich negativ auf die Interessen der breiten Volksmassen auswirkt, sie trägt aggressiven Charakter, weil sie auf die Besiegung und Unterordnung der anderen Völker unter das imperialistische Kapital gerichtet ist; sie trägt unsittlichen Charakter, da sie gegen die Interessen der Volksmassen nicht nur des eigenen Landes, sondern auch der anderen Länder gerichtet ist und zur Erreichung ihrer Ziele nicht vor der Anwendung der schlimmsten Mittel, zum Beispiel der bakteriologischen Waffen, der Atom- und Wasserstoffwaffen und verschiedener Diversions- und Spionageakte, haltmacht.

Die marxistisch-leninistische Theorie löst die Frage nach der Wechselbeziehung zwischen Politik und Moral gestützt auf die Entwicklungsgeschichte der Gesellschaft und auf die Wissenschaft. Moral und Politik bestimmen einander nicht, sondern befinden sich in tiefgreifender Wechselwirkung.

³⁵ W. I. Lenin: Sämtl. Werke in 30 Bd. (RA) Bd. XII. Wien-Berlin 1933. S. 18

³⁶ Vgl. M. Adler: Politik und Moral. S. 8

³⁷ Vgl. D. Sommer Robinson: Political Ethics. An Applikation of Ethical Principles to Political Relations. N. J. 1935

³⁸ Vgl. Scholz: Politik und Moral. S. 40

Die Moral durchdringt alle Seiten der Tätigkeit der Menschen, darunter auch die politische Tätigkeit. Die Menschen lassen sich in der Politik nicht nur vom Bewußtsein, sondern auch von Emotionen leiten, die sowohl bei der Entstehung der Moral als auch in den Resultaten ihres Wirkens in stärkerem Maße als in anderen Formen des gesellschaftlichen Bewußtseins in Erscheinung treten.³⁹

Die Interessen der Ausbeuterklassen bilden die Grundlage für das Entstehen des Widerspruchs zwischen ihrer Politik und der allgemein menschlichen Moral. Je reaktionärer die Ausbeuterklasse wird, um so mehr verstärkt sich der Widerspruch zwischen ihrer Politik und der allgemein menschlichen Moral. Zur Bekräftigung dieser Behauptung sei folgendes gesagt: Die imperialistische Bourgeoisie tarnt ihre volksfeindliche Politik mit den beim Volk populären Worten Gerechtigkeit, Moral, Frieden, Menschenliebe, Humanität, Freiheit usw. So werden zum Beispiel die Kriegsvorbereitungen von den Aggressoren als Verteidigung, das Streben nach Wiederherstellung der Macht der Kapitalisten in den Ländern der Volksdemokratie als Befreiung, die Ausraubung der Länder durch wirtschaftlichen und politischen Druck als Hilfe, die nationale Befreiungsbewegung der kolonialen Völker als Wühlarbeit, die wirklichen Patrioten als ausländische Agenten, Verleumder und Verräter aber als Patrioten, als große Bürger bezeichnet. Der kapitalistische Westen, der die kleinste Freiheitsregung des Volkes verfolgt, nennt sich „freie Welt“.

Besonders deutlich zeigt sich der Widerspruch zur allgemein menschlichen Moral in der bürgerlichen Außenpolitik, insbesondere in der Diplomatie. Ein Beispiel dafür ist die Außenpolitik der USA zur Verhinderung der Gipfelkonferenz des Jahres 1960. Tücke, Treubruch, Zynismus, Lüge und Betrug wurden hierbei ungehemmt angewandt. Während Präsident Eisenhower N. S. Chruschtschow noch seinen Freund nannte, wurden mit seiner Duldung Spionageflüge nach der Sowjetunion organisiert.

Diese moral- und rechtswidrige Politik wurde von Eisenhower in seiner Rundfunksprache vom 26. Mai 1960 damit begründet, daß zur Erreichung eines „dauerhaften Friedens auf der Grundlage der Gerechtigkeit“ die „Sammlung von Informationen über die militärischen Möglichkeiten anderer mächtiger Länder“ gehöre. Über die wirklichen Gründe dieser USA-Politik schrieb nach dem Nichtstattfinden des Gipfeltreffens die Finanzbeobachterin der „New York Post“ Sylvia Porter: „Vom Standpunkt der allgemeinen Nationalökonomie ist es das beruhigende Ergebnis des Scheiterns von Paris, daß die Befürchtungen überflüssig sind, die Kürzungen der Militärausgaben könnte der Industrie einen Schlag versetzen..., in den Augen der Effektenbörse gehört es zu den angenehmen Ergebnissen, daß die Gesellschaften, die eng mit der Produktion für die Verteidigung verbunden sind, nicht mehr die Ereignisse abzuwarten brauchen... Die Gefahr des Friedens ist zum alten Eisen gelegt worden.“ Für die Monopolisten bedeutet also nicht der Krieg eine Gefahr, sondern der Frieden.

Dies ist der Wert, der den Friedensbeteuerungen der reaktionären bürgerlichen Politiker beizumessen ist.

³⁹ Im Rahmen dieses Artikels kann nicht näher auf die verschiedenen Seiten der Frage der Moral eingegangen werden. Es sei deshalb auf den interessanten Artikel Reinhold Millers „Franz Loeser und die marxistische Ethik“ verwiesen, der in „Deutsche Zeitschrift für Philosophie“, Heft 1 und 3/1959 veröffentlicht wurde.

Dies ist in Stichworten eine allgemeine Charakteristik der gegenwärtigen bürgerlichen Politik: „Politik der Stärke“, Wettrüsten, Spionage — vom internationalen Recht stets verurteilt — als nationale Politik der USA, Propagierung und Entfachung eines Krieges mit allen nur möglichen Mitteln.

Schon aus der kurzen Aufzählung von Fakten, die die Politik der Regierungen der bürgerlichen Länder charakterisieren, ist ihr volksfeindlicher Charakter ersichtlich. Für den Betrug am Volk schöne Worte — in der Tat eine für die Monopolisten vorteilhafte volksfeindliche Politik. Daraus erklärt sich u. a. auch der geheime Charakter der bürgerlichen Diplomatie: der Verrat der bürgerlichen Politiker an den Interessen des Volkes muß vor diesem verheimlicht werden. Die bürgerlichen Theoretiker und Historiker der Diplomatie behaupten, aus der Natur der Diplomatie selbst ergebe sich ihr geheimer Charakter. Deshalb habe sich die internationale Politik niemals unter der Kontrolle des Volkes befunden und deshalb könne sie keine neue demokratische Diplomatie sein.⁴⁰ Der geheime Charakter der bürgerlichen Diplomatie ist nicht durch ihre Natur, sondern durch die Interessen der Kapitalistenklasse bedingt.

Die Versuche der bürgerlichen Autoren, den Ruf der bürgerlichen Diplomatie zu rehabilitieren, indem sie behaupten, daß die gegenwärtige Diplomatie auf hohen moralischen Prinzipien beruhe, sind untauglich. Obwohl Kahler, Satou, Kambon und Nicolson schreiben, daß der Diplomat ehrlich, gerecht und wahrheitsliebend sein soll, widersprechen sie sich in den von ihnen angeführten Ratschlägen für junge Diplomaten selbst. Der Hinweis dieser Autoren, daß nur Diplomaten niedrigen Ranges sich des Betruges und der Lüge bedienen, widerspricht den historischen Tatsachen, denn Napoleon, Talleyrand, Bismarck und Metternich waren große Diplomaten, das wird von den Autoren selbst nicht geleugnet. Die gesamte Geschichte der Diplomatie führt zu dem Schluß, daß die bürgerliche Diplomatie entsprechend ihrem Klasseninhalt heuchlerisch und verlogen sein muß.

Der Widerspruch zwischen der Politik der reaktionären Bourgeoisie und der allgemein menschlichen Moral kommt deutlich in der Tätigkeit der Bonner Regierung zum Ausdruck. Sie behauptet, die Deutsche Bundesrepublik gehöre zur sogenannten „freien Welt“ und führt gleichzeitig einen wütenden Kampf gegen alle demokratischen Organisationen, von denen 400 verboten sind. Verboten ist auch die Kommunistische Partei Deutschlands, die an der Spitze aller friedliebenden und fortschrittlichen Kräfte des Landes steht. Um eine Vorstellung zu bekommen, weshalb die Friedenskräfte verfolgt werden, sei nur darauf hingewiesen, daß das Auftreten für Kontakte mit der Deutschen Demokratischen Republik, für den Frieden und gegen atomare Aufrüstung in der Deutschen Bundesrepublik als Verbrechen zählt. Im Jahre 1957 wurden über 12 000 Untersuchungsverfahren abgeschlossen. In allen leitenden Stellen im Staatsapparat, in der Armee, in den Justizorganen und Staatsanwaltschaften arbeiten ehemalige Kriegsverbrecher und Nazis, deren Tätigkeit im Nürnberger Prozeß als Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt wurde. In den Justizorganen waren 1957 9000 Beschäftigte Nazis. Davon waren 450 Personen Mitglieder der hitlerfaschistischen Tribunale und Sondergerichte und 150 Mitglieder von Militärgerichten; 85 Prozent der höheren Beamten des Außenministeriums sind ehe-

⁴⁰ Vgl. S. Kambon: *Der Diplomat*. S. 70 bis 72; G. Nicolson: S. 56 bis 66 (russ.)

malige Hitlerfaschisten; 107 Generale der westdeutschen bewaffneten Streitkräfte sind Schüler Hitlers.

Kann man sich da noch über die volksfeindliche Politik wundern, die von der Bonner Regierung betrieben wird?

Umgekehrt ist die den Interessen der breiten Volksmassen dienende Politik der Arbeiterklasse, deren historische Mission in der vollständigen und endgültigen Beseitigung der Klassengesellschaft und aller ihr eigenen Formen von Ausbeutung und Unterdrückung besteht, organisch mit der allgemein menschlichen Moral verbunden und trägt deshalb sittlichen Charakter.

Die Quelle der sittlichen Stärke der Arbeiterklasse liegt in ihrer gesellschaftlichen Lage und historischen Rolle als Schöpfer der klassenlosen Gesellschaft.

Mit der Entstehung des proletarischen Staates, der, gestützt auf die Massen, Quelle der Stärke der Arbeiterklasse ist, ihre Interessen zum Ausdruck bringt und für deren Verwirklichung kämpft, erhielt die Politik der Arbeiterklasse die Möglichkeit, sich allseitig zu entwickeln und ihr sittliches Niveau zu heben. Diese Politik ist kühn, entschlossen und ehrlich.

Die großen Erfolge der Sowjetunion in der Innen- und Außenpolitik sind das gesetzmäßige Ergebnis der nur dem sozialistischen Staat eigenen Politik.

Wirkliche Sittlichkeit und Internationalismus liegen der Außenpolitik des sozialistischen Staates zugrunde. Sie ist durch die Achtung der Souveränität und Unabhängigkeit der Staaten, durch Nichteinmischung in deren innere Angelegenheiten, durch die Anerkennung der Gleichberechtigung der Partner, durch brüderliche Hilfe für die sozialistischen Länder, durch den Kampf für Frieden und Fortschritt, für das Verbot der Anwendung von Atom- und Wasserstoffwaffen sowie von bakteriologischen und chemischen Waffen und durch die Verteidigung der berechtigten Interessen und Forderungen anderer Völker gekennzeichnet.

Die Außenpolitik, die vom sozialistischen Staat gegenüber den kapitalistischen Staaten betrieben wird, könnte wirksamer sein, wenn diese das Prinzip der friedlichen Koexistenz anerkennen würden. Das wäre für sie vorteilhafter als die Politik der Stärke. „Die friedliche Koexistenz“, schreibt N. S. Chruschtschow, „ist der einzige Weg, der den Interessen aller Völker entspricht. Auf ihn zu verzichten, würde unter den gegenwärtigen Bedingungen bedeuten, die ganze Welt zu einem grausamen Vernichtungskrieg zu verurteilen, während es vollkommen möglich ist, diesen Krieg zu vermeiden.“⁴¹

Aus dem Gesagten ergibt sich, daß die Bedingungen der Existenz der Arbeiterklasse sowie der Charakter der sozialistischen Gesellschaft die qualitative Eigenart ihrer Politik, deren humanistischen, sittlichen Charakter sowie deren organische Verbindung zur allgemein menschlichen Moral bestimmten. Die Große Sozialistische Oktoberrevolution war vor allem ein politischer Umschwung; durch sie wurden die wichtigsten Bedingungen für eine schnellere Entwicklung und Verbreitung der kommunistischen Sittlichkeit und Moral geschaffen.

Im Kampf für den Sieg der proletarischen Revolution und später für den Sieg des Sozialismus — Kommunismus formt sich das neue Antlitz des Sowjetmenschen, der über eine hohe Moral und Sittlichkeit verfügt, heldenhaft arbeitet, einen weiten Horizont hat, Humanist, Schöpfer des Kommunismus und Neuerer ist, der konsequent den gesellschaftlichen Fortschritt verteidigt.

⁴¹ N. S. Chruschtschow: Über die friedliche Koexistenz. Prawda. 6. September 1959 (russ.)

NATO-Unfreiheit in rechtssozialdemokratischer Mißgestalt

Von HERMANN LEY (Berlin)

I.

Der Militärexperte der SPD, Erler, benutzte die westzonale außenpolitische Debatte Mitte 1960 zu einem bewußten Ausflug in theoretische Gefilde. Zweck seiner Äußerungen war, die offene, unbedingte Angleichung der Politik der rechten SPD-Führung an die NATO-Außenpolitik und jede ihrer Nuancen zu unterstreichen. Sein besonderes Anliegen war der Hinweis, es sei in dieser Debatte leider allzu stark eine Überbetonung der militärtechnischen Erwägungen zum Vorschein gekommen.¹ Durch seinen Mund empfahlen die Rechtssozialdemokraten mehr politisches Verständnis, um „die Neugierde und den Anspruch der Wähler“² besser als die klerikalen Militaristen zu befriedigen. Erler verbreitete sich ausführlich über das, was die Rechtssozialdemokraten unter freiheitlich-demokratischer Grundordnung verstanden wissen möchten, um den Standort des „freiheitlichen Sozialismus“ zu umreißen. Laut Protokoll erklärte er: „Die westliche Gemeinschaft — sogar in der Form, in der sie sich ganz konkret in der Militärallianz der Nato niedergeschlagen hat — ist zu einem großen Teil von freiheitlichen Sozialisten geschaffen worden.“³ Das Bekenntnis zur NATO ist offenherzig und uneingeschränkt. Es gestattet, sonstige Bemerkungen zu beurteilen, in denen gelegentlich mit tragischem Unterton von Gefahren des Atomkrieges gesprochen wird.

Es erleichtert das Durchdringen des dichten Gestrüpps aneinander gereihter Thesen, die zur ideologischen Verhüllung der dem Klerikalismus freundlichen Haltung der westdeutschen Rechtssozialdemokraten dienen. Im Anschluß an das uneingeschränkte Selbstbekenntnis zur NATO erfolgte eine Verdeutlichung des im Godesberger Programm gegebenen weltanschaulichen Mischmasch. Erler erklärte, es gebe für die von ihm vertretene Gruppierung „keinen dritten Weg zwischen Freiheit und Kommunismus“. Im übrigen decke sich ihre Auffassung mit den Darlegungen der päpstlichen Enzykliken über den Kapitalismus, die sie innerhalb dieser freiheitlich demokratischen Gesellschaft zu verwirklichen beabsichtigen.⁴ Das ist ein Höchstmaß an Gemeinsamkeit.

Nach der Erwähnung des Kapitalismus darf eine entsprechende Distanzierung nicht fehlen. Erler erläutert weiter, im 20. Jahrhundert und in der hochentwickelten Industriegesellschaft der Vereinigten Staaten sei wenig vom Kapitalismus des 19. Jahrhunderts übriggeblieben. Fasse man die dort herrschende Gesellschaftsordnung anders auf, dann sei unverständlich, wie „der Kampf in den Entwicklungsländern für die Sache der Freiheit“⁵ von dieser in Anspruch genommen

¹ Siehe: Vorwärts. 8. Juli 1960. S. 7

² Ebenda

⁴ Ebenda

³ Ebenda: S. 8

⁵ Ebenda

werden könne. Was Erler in der zusammenhängenden Zeit der Bundestagdebatte zutage förderte, gibt einen Überblick über ihre Gesamtansicht. Da die USA und Westdeutschland sich um die Erbschaft der verfallenden anderen imperialistischen Kolonialreiche bemühen, darf eine Ehrenerklärung für die spätbürgerliche Zeit des sterbenden Imperialismus nicht fehlen. Das Bemühen um die vom Imperialismus noch abhängigen Kolonialgebiete und die vom Kolonialismus betreten, aber nicht sozialistischen Länder gehört zur spätbürgerlichen Politik. Die Empfehlung von Erlers Sache der Freiheit hat die objektive Wirkung einer Verewigung der Unfreiheit. Die genannten Länder scheren durch den Kampf ihrer Völker aus dem Einflußbereich der Kolonialsklaverei aus und schwächen den Imperialismus.

Deshalb hat Erler Recht zu betonen, daß die rechtssozialdemokratische Politik keinen dritten Weg bedeutet. Die Anbiederung an die aggressiven Gruppierungen der USA und der westdeutschen Zone lassen darüber keinen Zweifel. Ein derartiges Verhalten ist weder im Interesse der progressiven Kräfte Westdeutschlands noch der ehemaligen oder erst halbfreien Kolonialländer. Die Sowjetunion aber und die mit ihr verbundenen anderen sozialistischen Länder repräsentieren wirkliche Freiheit, weil in ihnen neue gesellschaftliche Bedingungen geschaffen wurden, in denen die kapitalistischen Antagonismen wegen bewußt herbeigeführter Nichtexistenz zu wirken aufgehört haben. Die Weltanschauung des Marxismus-Leninismus herrscht in den Ländern des sozialistischen Weltsystems. Durch sie gewinnen solche gesellschaftlichen Verhältnisse konkrete Gestalt, in denen sich die Fähigkeiten der Volksmassen entfalten und daraus eine Ansammlung von Macht entsteht, die die Militaristen zu bändigen vermag und ihre dem Atomkrieg zugewendeten Absichten dämpft.

II.

Streben nach Atomkrieg und NATO-Politik sind mit tatsächlicher Freiheit unvereinbar. Wer mit dem deutschen Militarismus paktiert, verrät Vaterland und Nation. Die westzonalen Rechtssozialdemokraten bemühen sich in der Regel um eine theoretische und ideologische Verhüllung ihrer engen wesensmäßigen Verflechtung mit Revanchismus und Aggression. Nach Bedarf ändern sie dabei die Gestalt dieser Verhüllung, ähnlich wie es das aus der Zoologie bekannte Chamaeleon tut. Mit dem anspruchsvollen, aber falschen Paradoxon, es sei der Widerspruch unserer Zeit, daß der Mensch die Urkraft des Atoms entfessele und sich jetzt vor den Folgen fürchte⁶, erscheint bei ihnen als letzter Überrest einer Anerkennung der marxistischen Weltanschauung, die in der von August Bebel geleiteten Sozialdemokratischen Partei eine Heimstatt hatte, der Brgriff des Widerspruchs.

Die Furcht vor den Folgen der Atomphysik ist ein Kennzeichen der spätbürgerlichen Philosophie, in der sich eine uneingestandene Einsicht in den gesetzmäßigen Untergang des Kapitalismus äußert. Der Existentialismus von Jaspers und Heidegger läßt sich darüber seit Jahrzehnten aus. Das Godesberger Programm macht sich das zu eigen, um von der Freiheit des Menschen im allgemeinen auf Grund dieses von vornherein verfehlten Ansatzes zu sprechen.

⁶ Vorwärts. 20. November 1959. S. 17

Der sozialistische Mensch kennt die Folgen eines Atomkrieges, fürchtet sich aber nicht vor seinen Anstiftern. Angst ergreift untergehende Klassen, deren Einfluß zurückgeht, wie es die Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus vor den Augen der Völker der Welt sichtbar macht. Der vom Kapitalismus befreite Mensch erwirbt sich allmählich eine höhere Qualität von Sittlichkeit und Leistung. Sie gestattet schnelleren Fortschritt. Damit ist Bewußtsein und Realität der sicheren Entwicklung in Gegenwart und Zukunft verbunden.

Der Existentialismus von Jaspers und die faschistischen Theoreme pflegen über das Bedürfnis breiter Schichten der menschlichen Gesellschaft nach Sicherheit zu spötteln und es als unwürdig im Sinne ethischer Diffamierung hinzustellen. Wer wie Jaspers die Perspektive des Atommordens empfiehlt, muß die Sehnsucht nach friedlichem Leben auszurotten suchen.

Die Arbeiterklasse verändert die Wirklichkeit auf der Grundlage der marxistischen Philosophie und unter Führung der Partei der Arbeiterklasse in einer Weise, daß die Volksmassen und alle mit ihr verbundenen Gruppen und Schichten ein neues Lebensgefühl erwerben, in dem die Angst keinen Platz hat. "

Schon das im Godesberger Programm benutzte Bild des Entfesseln deutet auf das geläufige Gefühl des Goetheschen Zauberlehrlings hin, der hilflos vor dem von ihm Geschaffenen steht. Die inneren Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft äußern sich im gesetzmäßigen Auftreten von Krisen und Katastrophen, die den beabsichtigten Handlungen entgegengesetzt sind. Es sind die inneren Reibungswiderstände einer Gesellschaftsordnung, deren Beseitigung durch Einführung sozialistischer Verhältnisse gelingt, wenn die entsprechende progressive Partei der Arbeiterklasse sich vom Marxismus leiten läßt. Die wirkliche Freiheit bedeutet unter anderem die Fähigkeit, ohne Zurückhalten den schöpferischen Geist des Menschen in den Dienst der Beherrschung der Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung zu stellen, gestattet die Ausnutzung der Natur zur Produktion von Überfluß zur Befriedigung der Bedürfnisse der Volksmassen. Das Wachsen des sozialistischen Lagers erleichtert diese Aufgabe und beschleunigt die Nutzung der wachsenden Produktivkräfte für die friedlichen Zwecke des Menschen.

Das Godesberger Programm will durch den freiheitlichen oder demokratischen Sozialismus „die Selbstzerstörung der Menschheit“⁷ angeblich verhindern. Das Bündnis mit dem deutschen Militarismus ist jedoch geeignet, die mit ihm verbundene Aggressionsabsicht anzuheizen. Deshalb führt der im Godesberger Programm genannte Weg zum Gegenteil von Freiheit.

Kommunisten, Sozialdemokraten, anständige bürgerliche Intelligenz, ganze Teile verschiedener Völker haben in den faschistischen Konzentrationslagern erfahren, wohin eine mit schönen Worten verbräunte Kapitulation führt. Die westzonale Rechtssozialdemokratie macht sich die Verwirrung über diese Zusammenhänge zum Geschäft. Karl Jaspers bot Adenauer, Globke und Strauß theoretische Unterstützung durch seine Verteidigung des Atomkrieges. Die Rechtssozialdemokratie benutzt ihrerseits den gleichen Jaspers. Ihr theoretisches Zentralorgan trägt den Titel „Die neue Gesellschaft“. Unter den Herausgebern finden sich Otto Brenner, Heinrich Deist, Fritz Erler, Waldemar von Knoeringen, E. W. Meier, Carlo Schmid, der verstorbene Carl Schumacher und Herbert Wehner.

⁷ Ebenda

Von einem hessischen Generalstaatsanwalt, F. Brauer, der im KZ nichts gelernt und alles vergessen zu haben scheint, läßt diese Zeitschrift einen aufschlußreichen Artikel schreiben, der sich mit ungesühnter Nazijustiz befaßt und diese Signatur in Anführungszeichen setzt. Der Aufsatz enthält Material, das durch die Tätigkeit des Ausschusses für Deutsche Einheit in der ganzen Welt bekannt wurde.⁸ Der vom Godesberger Programm genährte Pessimismus äußert sich auch bei Brauer. Er hält es für unreal, eine Änderung des Grundgesetzes der Westzone zu erlangen, die „Angriffe auf die Institution des Richter- und Beamtentums zuließe...“, wie wünschenswert auch die sofortige Entlassung aller derer wäre, die am Volksgerichtshof tätig gewesen sind“.⁹

Der von Erler gerühmte freiheitliche Sozialismus hat sich ganz konkret in der Militärallianz der NATO niedergeschlagen. Unter solchen Voraussetzungen ist die Entlassung von Richtern und Beamten, an deren Fingern Blut klebt, im Sinne des Geistes von Godesberg und Bonn nicht vorgesehen, für Bauers befangenes Gemüt aber unreal. Bauer findet in seiner verschämten Resignation keinen besseren als Jaspers, um Trost zu spenden und einen Weg zu weisen, der die Unfreiheit im Abgrund der Bestialität verewigen möchte. In der „Neuen Gesellschaft“ heißt es: „Eine geistige Revolution der Deutschen wäre erforderlich. Sie war 1945 fällig, ist aber ausgeblieben. Heute bleibt nur bescheidene Kärnerarbeit, wobei der Erziehung die wichtigste Aufgabe zufallen dürfte, denn in ihr wird wahrscheinlich der Kampf zwischen Freiheit und totaler Herrschaft zwischen Humanität und Inhumanität entschieden, „unmerklich, still und dauerhaft“ (Jaspers).“¹⁰

Die Kenntnis der Jasperschen Atomphilosophie wird bei vorliegender Untersuchung vorausgesetzt. Ihrem Rat zur Bekämpfung der tatsächlichen Inhumanität zu folgen, heißt den Bock zum Gärtner machen. Die von ihr empfohlene Erziehung hat wie das Godesberger Programm den Antikommunismus zur Maxime, auf deren Boden sich die Unmoral des Richter- und Beamtentums entfalten konnte, deren Beseitigung Bauer unreal erscheint. Dazu kommt noch ein weiteres. Sadistische Mörder im Richtergewand weichen nicht der geistigen Veränderung anderer Menschen. Ihre eigene Blutschuld verlangt entsprechende Sühne, nicht aber Pensionsberechtigung, Anrechnung der mit Verbrechen ausgefüllten Dienstzeit plus Beförderung wie in Bonn. Was als das mindeste zu verlangen wäre, ist Entlassung. Da sich die Bekämpfung der Göttinger Achtzehn und die Empfehlung des Atomkrieges bis zum letzten Menschen bei Jaspers als Wesen der Adenauer-Regierung erwiesen hat, entspricht ihrer „freiheitlichen Grundordnung“ gerade das Vorhandensein von Blutrichtern.

Der offenbar nicht faschistisch belastete Generalstaatsanwalt Bauer besitzt nicht mehr Freiheit im Bonner Gebiet als die Existenz der faschistischen Kreaturen ihm gestattet. Kein anständiger Mensch wünscht ihm ein Schicksal, das sein Vertrauen in die alleinige Kraft des Geistigen gegenüber den wiedererstandenen Resten des Hitlerfaschismus enttäuscht. Wäre aber die Bändigung des deutschen Militarismus wirklich unreal, wie er annimmt, dann könnte er sich eventuell unter Umständen wiederfinden, wie sie schon die Blutrichter für Geringfügigkeiten bereit hatten.

⁸ F. Bauer: Die „ungesühnte Nazijustiz“. In: Die neue Gesellschaft. Bielefeld Mai/Juni 1960. S. 179 ff.

⁹ Ebenda

¹⁰ Ebenda: S. 189

In der Deutschen Demokratischen Republik hat sich eine geistige und materielle Revolution vollzogen. Sie schuf den Raum für wirkliche Freiheit und Humanität. Was Bauer im Anschluß an Jaspers mit unmerklich, stiller und dauerhafter Auswirkung durch die Erziehung anspricht, verhindern im westlichen Deutschland Militarismus und geltendes Rechtsgefüge. Die Wirkung des im Godesberger Programm anerkannten „Grundgesetzes“ hört an den Grenzen der Deutschen Demokratisch Republik auf. Deshalb vermag das Volk in ihr Individuen am Wirken zu hindern, die von diesem sogenannten freiheitlich demokratischen Grundgesetz geschützt werden. Sie werden von den Organen der Staatsmacht des ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates mit den sachlichen Anhängseln, von denen Friedrich Engels sprach, belangt. Wirkliche Freiheit ist immer konkret. Die Rechtssozialdemokratie siedelt, die von ihnen berufene Freiheit im Wolkenkuckucksheim an und läßt die totale Herrschaft des deutschen Militarismus ungefährdet. Auf die Bedeutung der Erziehung ist noch zurückzukommen.

III.

Eichler formuliert im Anschluß an das Godesberger Grundsatzprogramm: „Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden sind für uns notwendige Bedingungen für eine Selbstbestimmung des Menschen in seiner Würde. Zur Begründung dieser Worte, d. h. zu ihrer Rückführung auf tiefer liegende Quellen weltanschaulichen oder philosophischen Ursprungs haben wir uns nicht im Einzelnen ausgesprochen. Wir haben uns auf die Festlegung beschränkt, daß christliche Ethik, Humanismus und klassische Philosophie geistige und sittliche Wurzeln des Sozialismus in Europa sind.“ Die Wurzeln des wissenschaftlichen Sozialismus liegen nach wie vor in den drei Quellen und Bestandteilen, von denen Lenin sprach. Die sittlichen Wurzeln der damit für die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten gewonnene Freiheit liegen im revolutionären Kampf jeder früheren fortschrittlichen Klasse gegen eine absteigende. Der sozialistische Humanismus verwirklicht, woran der bürgerliche Humanismus scheiterte. Er schafft die Freiheit zur Beseitigung der kapitalistischen Widersprüche, aus denen die faschistische Bestialität und die kapitalistische Wolfsmoral hervorgegangen sind.

Die Selbstbestimmung der Volksmasse geht über Erkämpfung und Verteidigung bürgerlich-demokratischer Teilfreiheit zur Einschränkung des deutschen Militarismus, der in der Deutschen Demokratischen Republik jeden Boden verloren hat. Damit ist die Voraussetzung zur Erringung der Menschenwürde für das Volk geschaffen. Die rechten Sozialdemokraten behaupten, Freiheit für alle versprechen zu können, da die Klassen im Verschwinden seien. Sie reden vom Menschen an sich. Sie tun so, als ob es keine Klassen gäbe, bzw. durch die sogenannte moderne Industriegesellschaft die alte Klassenspaltung in Arbeiterklasse und Bourgeoisie verschwunden sei. Im Anschluß an die amerikanischen Schreiber Burnham und Veblen bemühte sich Paul Sering um die Apologie einer vorgeblich klassenfreien Managergesellschaft, die den Kapitalismus und Kommunismus beerbt haben sollte.¹¹ Von diesem Ausgangspunkt führte ein gerader Weg zu der von Erler und Wehner besiegelten Identifizierung mit der Pentagon-Adenauer-Einung als Kapitulationserklärung der Rechtssozialdemokratie.

¹¹ P. Sering: *Jenseits des Kapitalismus*. Regensburg 1947. S. 251

Freiheit, Gerechtigkeit, Frieden und Menschenwürde können nur im Zusammenhang mit der Klassenstruktur der Gesellschaft behandelt werden. Sie sind in imperialistischen Staaten Ausdrücke für die moralische Rechtfertigung der kapitalistischen Ausbeutung der eigenen Nation und anderer Völker. Mit der mangelnden Unterscheidung von Kapitalismus und Sozialismus fällt bei den Rechtssozialdemokraten erst recht die grundsätzliche Unterscheidung der Weltanschauung in Materialismus und Idealismus. Dafür behaupten sie, wie der Neukantianismus und Max Adler schon um die Jahrhundertwende, aus dem Sozialismus eine ausschließlich subjektive Sache machen zu können, die vom persönlichen Entschluß, nicht von der Veränderung der Gesellschaftsordnung abhängig ist. Damit bemänteln sie ihren bewußten Übergang auf die Seite der reaktionären Teile der deutschen Bourgeoisie. Für diese ist der einzige Gegner der Kommunismus, d. h. das sozialistische Lager mit seinen Arbeiter-und-Bauern-Staaten unter der Führung der Sowjetunion.

An die Stelle der wissenschaftlich einwandfreien Unterscheidung der verschiedenen Gesellschaftsordnungen und der großen weltanschaulichen Richtungen des Materialismus und Idealismus tritt bei ihnen die Gegenüberstellung von „Totalitarismus“ und ihrer verunstalteten Freiheit. Damit begehen sie eine neue Fälschung der historischen Situation, die in dieser Form erst seit 1945 existiert, aber schon in den zwanziger Jahren andeutungsweise von den führenden Gruppen der Sozialdemokraten und den Trotzkisten verwendet wurde. Kommunismus und Faschismus werden gleichgesetzt. Diese Gleichsetzung erfolgt immer dann, wenn die rechte Sozialdemokratie weiter rechts steht als die bürgerlich-demokratische Linke, die für eine parlamentarisch-demokratische Ordnung eintritt und sich gegen die reaktionären Kriegstreiber im bürgerlichen Lager wendet. Nach 1945 bedeutet das Gerede vom Totalitarismus die besondere Spielart jener Ideologie, die in Deutschland den Klerikomilitarismus vertritt und in den USA die aggressiven imperialistischen Kreise, die mit der Anti-Hitler-Koalition des 2. Weltkrieges gebrochen haben. Die Kapitulation vom Mai 1960 hat die rechten Sozialdemokraten direkt an die Seite der Faschisten der Nazizeit geführt, wofür sie zur Belohnung die entsprechenden Fußtritte erhalten (Württembergische Regierungsbildung, Großsprecherei und Forderungen der Westberliner CDU gegen ihren sozialdemokratischen Koalitionspartner).

Dabei handelt es sich um eine heuchlerische, unwissenschaftliche und für die Arbeiterklasse gefährliche Konzeption, weil sie geeignet ist, deren Kräfte im Kampf gegen den Hauptfeind lahmzulegen. Die antagonistischen Klassenbeziehungen werden geleugnet. Das System von Bonn gilt ihnen als freiheitlich demokratische Grundordnung. Die Klassenherrschaft in der Deutschen Demokratischen Republik, dieses Arbeiter-und-Bauern-Staates auf der Grundlage des in der nationalen Front verwirklichten Klassenbündnisses, wird verleumdet. Imperialismus und Militarismus werden hingegen unterstützt. Bei der Zerstörung der bürgerlich-demokratischen Rechte der Werktätigen helfen die rechten SPD-Führer durch das alte Betriebsverfassungs- und das neue Notstandsgesetz.

Die Berufung Eichlers auf christliche Ethik, Humanismus und klassische Philosophie bedeutet mehr als eine wahltaktische Bezugnahme auf Gebiete, deren Anerkennung bei etwaigen potentiellen Wählern kleinbürgerlicher Herkunft angenommen werden könnte. Es ist vielmehr ein vollständiger Verzicht, gesellschaftliche Gesetzmäßigkeiten zu erkennen. Die christliche Ethik von Pastor Niemöller

und Prof. Renate Riemeck ist anderer Art als die Unmoral des Klerikomilitarismus. Humanismus vermag echt oder heuchlerisch zu sein. Geschichtlich besteht eine Beziehung zwischen dem bürgerlichen Humanismus des Erasmus von Rotterdam und dem sozialistischen Humanismus. Bei Erasmus von Rotterdam ergaben sich Beziehungen zu den späteren Wiedertäufern, deren Glanzzeit ihre energische Unterstützung Thomas Müntzers war, dem sie zuverlässig, treu und unter Aufopferung des Lebens bei der Organisation des großen deutschen Bauernkrieges zur Hand gingen.¹² Die klassische deutsche Philosophie drückt unter den Bedingungen Deutschlands in der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert den Reflex der französischen und der sich langsam vorbereitenden deutschen bürgerlichen Revolution unter dem Einfluß starker reaktionärer Tendenzen aus. Die progressiven Elemente in der Philosophie Hegels stellte Marx vom Kopf auf die Füße.

Eichlers Bemerkungen versuchen nicht einmal andeutungsweise eine objektive Analyse der von ihm genannten Faktoren. Im Einverständnis mit dem Godesberger Programm bedeutet das Heranziehen geistiger und sittlicher Wurzeln den Verzicht auf jede tatsächliche Untersuchung der gesellschaftlichen Verhältnisse und der aus ihnen erwachsenden Klassenbewegungen, die in den verschiedenen Varianten der Ideologie zum Ausdruck kommen. Die Freiheit wird theoretisch zu einem ausschließlich subjektiven Entscheid des Freiseinwollens gemacht. Die Wechselwirkung zwischen gesellschaftlichen Verhältnissen und Mensch wird nur oberflächlich behandelt. Im Godesberger Programm befindet sich folgende Bemerkung: „Freiheit und Demokratie in der industriellen Gesellschaft sind nur denkbar, wenn eine ständig wachsende Zahl von Menschen ein gesellschaftliches Bewußtsein entwickelt und somit zur Verantwortung bereit ist.“¹³

Entwickelt sich das genannte gesellschaftliche Bewußtsein nicht, sind die Menschen selbst daran Schuld. Das Grundsatzprogramm fordert zur Mitverantwortung in der „industriellen Gesellschaft“ auf und verpflichtet sich, durch Erziehung beizutragen. Von Erler und Wehner wissen wir, daß die von der bürgerlichen Soziologie viel berufene „Gesellschaft“ mit dem amerikanischen Kapitalismus, der keiner mehr sein soll, und der NATO identisch ist. Obwohl in der Bezeichnung „industrielle Gesellschaft“ nur auf einen ökonomischen Tatbestand Bezug genommen ist, steht eine äußerst konkrete Vorstellung dahinter, da die gelegentlich erwähnte neue und bessere Ordnung der Gesellschaft äußerlich allein von der veränderten Einstellung des Subjektes her erwartet wird. Es soll sich so durchmausern, daß es zur „geistigen“ Kontrolle reif und zugelassen wird.¹⁴ Diese theoretische Konzeption begnügt sich grundsätzlich mit einer Aufforderung an das Individuum, durch seine Verantwortung das Vorhandene tragen zu helfen.

Unter gleichen sozial-ökonomischen Voraussetzungen soll durch die freiwillig getragene Verantwortung eine Freiheit gesichert werden, deren realen Charakter der Faschismus demonstriert. Vor Jahrzehnten wendete sich die Polemik von Max

¹² F. Engels: Der Bauernkrieg in Deutschland. Berlin 1946. S. 50 und H. Ley: Zur Entwicklungsgeschichte der europäischen Aufklärung. In: Zeitschrift der Technischen Hochschule Dresden. 1954/55. S. 385 bis 444

¹³ Vorwärts. 20. November 1959

¹⁴ Godesberger Programm: „Der Arbeitnehmer muß aus einem Wirtschaftsuntertan zu einem Wirtschaftsbürger werden“. . . . „Die Bändigung der Macht der Großwirtschaft ist darum zentrale Aufgabe einer freiheitlichen Wirtschaftspolitik . . . durch verantwortungsbewußtes Zusammenwirken aller Beteiligten wird der Gemeinschaft am besten gedient.“ Ebenda: S. 18

Adler und anderen gegen den dialektischen und historischen Materialismus, um so Anschluß an die neukantianische Philosophie herzustellen. Die Ethik Kants war pessimistisch und letztlich leer. Sie postulierte, daß eine allgemeine Gesetzgebung möglich sei, in der jeder seine Absichten verwirklichen könne, ohne dem anderen zu nahezutreten. Damit wurde er nicht einmal den Ansprüchen der bürgerlichen Klasse gerecht, da diese in dem Preußen vor Jena und Auerstedt tief unter dem mit aller Machtfülle ausgestatteten Großgrundbesitz stand.

Im Gegensatz zu den Wehner, Eichler, Erler lehrte Kant, die französische Revolution zu schätzen, begriff annähernd den in ihr zum Ausdruck gekommenen Antagonismus, obwohl er die daraus zu ziehenden Folgerungen bewußt negierte. Deshalb fallen der alte Neukantianismus und die Verfasser des Grundsatzprogramms noch hinter die Klassenposition Kants zurück, die sich immerhin halb der Entwicklung zuwendete. Ihr unkritisches Wortgepränge bemüht sich nicht einmal zu verbergen, daß sie die gleichen gesellschaftlichen Verhältnisse wie ihre Wahlkampfgegner beibehalten möchten.

Zur Begründung legten sie sich eine sonderbare, aber auch nicht originäre Theorie zurecht: „Freiheit und Gerechtigkeit lassen sich“, so heißt es im Grundsatzprogramm, „durch Institutionen allein nicht sichern. Alle Lebensbereiche werden zunehmend technisiert und organisiert. Dadurch entstehen immer neue Abhängigkeiten, die die Freiheit bedrohen.“¹⁵ Obwohl mit Erlers und zahlreichen anderen Hinweisen die industrielle Gesellschaft eben des spätbürgerlichen Verfallstypus gemeint ist, beziehen sich die Verfasser des Programms in verschwenderischer Diktion auf jede nur mögliche Gesellschaftsformation. Die Bedrohung des Menschen jeder Klasse kommt nach ihrer Meinung in erster Linie aus der Tatsache des gesellschaftlichen Lebens selbst. Das Vordringen von Technik und Organisation schafft angeblich Abhängigkeiten, die ihrer Natur nach die Freiheit antasten. Jede Veränderung der gesellschaftlichen Einrichtungen wird auf einem gegebenen Stand der gesellschaftlichen Entwicklung sinnlos, weil er der Technisierung und Organisation nicht zu entbehren vermag. Jeder Eingriff in die konkrete Gestalt irgendeines Lebensbereiches soll nach dieser Auffassung tiefer in die Bedrohung der Freiheit verstricken. Damit ist die Unantastbarkeit der spätbürgerlichen Gesellschaft proklamiert und als einziger Ausweg der persönliche Entscheid empfohlen, in den Lebensbereichen die Verantwortung zu übernehmen, die durch ihre Struktur als bedrohlich erachtet werden. Die Furcht vor den Folgen gilt als Grundbefindlichkeit des Daseins. Der Mensch allein bleibt übrig, an dem eine Veränderung ansetzen könnte.

Bei der Grundforderung nach einer menschenwürdigen Gesellschaft, von der das Godesberger Programm spricht, ist die Gesellschaft selbst ausgenommen. Die rechtssozialdemokratische Grundforderung entspricht exakt dem Klassenbedürfnis des reaktionären Großbürgertums in seiner Niedergangsperiode. Die Krisenerscheinungen dieses Prozesses führen zu der pessimistischen Ansicht, die auftretenden Widersprüche seien unabdingbar in Kauf zu nehmen. Ihnen wird die Eigenschaft einer unwandelbaren gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeit zugeschrieben, obwohl die bürgerliche Ideologie weder in der Gesellschaft noch in der Natur nach Verlassen der progressiven Vergangenheit die ihr früher bekannten Gesetzmäßigkeiten anzuerkennen pflegt.

¹⁵ Ebenda

Die Reduktion alles Gesellschaftlichen auf die technische und organisatorische Seite ist eine der größten und folgenreichsten Verfälschungen der Wirklichkeit, die sich das Grundsatzprogramm leistet. Einige der beteiligten Verfasser wußten es früher besser. Sie tun zwar so, als ob sie vom Menschen reden. Der ihm aufgebürdeten Verantwortung sind von vornherein enge Grenzen gezogen, deren Unüberwindbarkeit ausdrücklich betont wird. Jede Beteuerung, das Schöpferische des Menschen zu fördern, ist deshalb nur Vorspiegelung eines schon verworfenen Sachverhalts. Entsprechend der Klassenspaltung der kapitalistischen Gesellschaft sind die möglichen Funktionen des Menschen voneinander getrennt worden. Der Freiheit Sehnsucht sind die Tätigkeiten des gesellschaftlichen Menschen entgegengestellt. Bezieht sich die Bemühung des Schöpferischen auf die Produktion, folgt eine Technisierung der Gesellschaft, die bedroht. Erfolgt irgendeine beliebige organisatorische Maßnahme, um auftretende Komplikationen zu meistern, soll das gleiche erfolgen. Das Resultat ist laut Konstruktion des Godesberger Programms ein Gefühl der Ohnmacht, das sich mit der guten Absicht bescheiden soll und auf irgendwelche Eingriffe in die Gesellschaftsstruktur ausdrücklich zu verzichten hat. Da es sich um NATO und Atomrüstung handelt, bedeutet die verlangte Übernahme der Verantwortung, das freiwillige Zugeständnis mitzumachen.

In diesem Zusammenhang wird der nichtantagonistischen Gesellschaftsordnung des Sozialismus-Kommunismus der Vorwurf gemacht, eine gute Organisation der Gesellschaft zu betreiben. Ihre vollendete Form ist die Planwirtschaft. In ihren reaktionären Propagandathesen schreiben die Rechtssozialdemokraten ihr die Beeinträchtigung der Freiheit zu. Sie möchten dem Sozialismus-Kommunismus unterstellen, er beseitige durch Gesellschaftsvergötterung die von ihnen beschlagnahmte Freiheit und versklave den Menschen.

Der gesellschaftliche Charakter des Menschen ergibt sich aus seiner Produktionstätigkeit. Die Benutzung von Produktionsinstrumenten ist die umwälzende und folgenreiche Äußerung seiner schöpferischen Kraft. In ihnen betätigt er auf jeder Entwicklungsstufe eine wenigstens teilweise Beherrschung der Natur, zu der im Sozialismus-Kommunismus als Grundlage der wirklichen Freiheit die Beherrschung der gesellschaftlichen Gesetze hinzukommt. Sowohl in der Produktion wie im Bereich des Politischen ist die Fertigkeit des Organisierens ein Ausdruck des Schöpferischen. Es macht die Zusammenhänge zwischen den einzelnen Lebensbereichen zum Gegenstand bewußter Tätigkeit. Wie weit sie systematisch anwendbar geworden ist, hängt von der Kenntnis der Gesetzmäßigkeiten der Produktionsverhältnisse ab, deren Erkenntnis zu verhindern zu den Hauptanliegen der rechtssozialdemokratischen Phraseologie gehört. Die Grundbedingung für eine freie Entfaltung der sozialistischen Persönlichkeit ist das Ausschalten von den dem niedergehenden Kapitalismus eigenen Störungen, die aus seiner Struktur erwachsen. Das Zusammenleben der Menschen im Betrieb und den übrigen gesellschaftlichen Einrichtungen erleichtert die individuelle Entfaltung der Volksmasse auch in der bürgerlichen Gesellschaft. Sie lernt dort, sich selbst zu organisieren und gewinnt allmählich trotz rechter Sozialdemokratie das Verständnis, für die Einheit der Arbeiterklasse und ein Bündnis mit den geeigneten Partnern einzutreten. Um deren gemeinsame Entwicklung zum selbständigen historischen Subjekt zu hindern, ist die Hauptaufgabe der SPD die Kampfführung gegen den Kommunismus. Das wird in ihrem Pamphlet „SPD und Kommunismus“ ausdrücklich betont. Die Begründung geht immer auf die gleichen Elemente zurück. In der

genannten Verlautbarung heißt es in den gleichen hochtrabenden Worten wie im Godesberger Programm: „Die Sicherung der größtmöglichen Freiheit der menschlichen Persönlichkeit in einer hochentwickelten Industriegesellschaft, das ist die Kernfrage unserer Existenz.“ Die Kernfrage ist, die moderne Technik unter sozialistischen Produktionsverhältnissen anzuwenden. Die größtmögliche Freiheit der menschlichen Persönlichkeit entfaltet sich, wenn die Ausbeutung des Menschen beseitigt ist. Im Grundsatzprogramm von Godesberg und dem Vorentwurf von Stuttgart wird etwas anderes erklärt. Grundlage der Freiheit ist ihnen der private Besitz. Es wird ausdrücklich die Erhaltung des Privateigentums an Produktionsmitteln verlangt.¹⁶ Die sozialistischen Staaten werden als totalitaristisch diffamiert, weil sie „total“ Grund und Boden, Verkehrsmittel, Banken und entscheidende Produktionsinstrumente in die Hände der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten übertragen haben. Dafür wird die freie Konkurrenz gepriesen. Als Beispiel idealer Verwirklichung behauptet Carlo Schmid (in vorbereitenden Arbeiten zum Godesberger Programm), die USA anführen zu können.

Die Aufhebung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln wird von den Rechtssozialdemokraten als Bruch der Freiheit angesehen. Die soziale Phase soll ausschließlich durch den Fortschritt der kapitalistischen Rationalisierung entstehen. Die gleichen, heute verwendeten Phrasen beherrschten die rechtssozialdemokratische Ideologie bereits in den zwanziger Jahren während der ersten großen Rationalisierungswelle, in der sich die Mechanisierung der Produktion in der Form des Fließbandes durchsetzte. Die sogenannte zweite industrielle Revolution wird auf die technische Veränderung der mechanisierten Fließstraßen in automatisierte Fließstraßen zurückgeführt. Weder Mechanisierung noch Automatisierung der Produktion verändern jedoch als solche den Klassencharakter des Kapitalismus. Sein Grundwiderspruch bleibt und verschärft sich. Auf dem Boden des Kapitalismus verstärken Mechanisierung und Automatisierung den gesellschaftlichen Charakter der Produktion. Sie verlangen größere Arbeitsteilung, stärkere Organisation im Betrieb und erfordern eine Planung von Produktion und Verteilung. Durch Mechanisierung und Automatisierung werden die Widersprüche des Kapitalismus verstärkt, weil in seiner anarchischen Produktion diese notwendige Planung nicht herbeigeführt werden kann. Die Beseitigung des Grundwiderspruchs besteht in der Überführung des privaten Besitzes an den entscheidenden Produktionsmittel in die Hände der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten durch die Arbeiter-und-Bauern-Staaten. Mechanisierung und Automatisierung der Produktion werden durch die zentrale Planung der sozialistischen Industrie auf die Dauer in größerem Umfang eingeführt werden. Die Freiheit der kapitalistischen Warenwirtschaft ist nicht die Freiheit schlechthin. Sie bedeutet Freiheit der Ausbeutung, Freiheit für Konzentration und Zentralisation der Produktion auf dem Rücken der weniger widerstandsfähigen kapitalistischen Betriebe, wobei die Auseinandersetzungen zwischen den Kapitalisten auf dem Rücken der Arbeiterklasse ausgetragen werden. Die kapitalistische Freiheit benutzt seit der Zeit der Französischen Revolution das Schlagwort der Gleichheit. Diese bürgerliche Gleichheit ist nur formal.

¹⁶ „Das private Eigentum an Produktionsmitteln hat Anspruch auf Schutz und Förderung... jede Zusammenballung wirtschaftlicher Macht, auch die in Staatshand, birgt Gefahren in sich.“ Denn: „Wo Großunternehmen herrscht, gibt es keinen freien Wettbewerb. Wer nicht über gleiche Macht verfügt, hat nicht die gleiche Entfaltungsmöglichkeit.“ Godesberger Programm. Ebenda: S. 18

Der wirkliche Einfluß in der kapitalistischen Gesellschaft hängt von der Größe des Besitzes an Produktionsmitteln ab. Auch die Freiheit, sich Wissen anzueignen, ist auf den Kreis beschränkt, den die Bourgeoisie als geistige Lohnarbeiter benutzen will. In der bürgerlichen Gesellschaft studieren höchstens 5 % Arbeiterkinder, meistens sind es nur 3 %. Sie sollen zu Diensten für die Bourgeoisie ausgebildet werden. Mechanisierung und Automatisierung der kapitalistischen Produktion werden von den rechten Sozialdemokraten als soziales Aphrodisiakum gut geheißen und sollen sich in der von ihnen angestrebten Freiheit des sogenannten demokratischen Sozialismus niederschlagen. Dazu wird eine Kontrolle empfohlen, der keine Effektivität zukommt. Es wird behauptet, der kapitalistische Staat könne im Interesse des Volkes zur Kontrolle der kapitalistischen Großbourgeoisie eingesetzt werden. In den Diskussionen zum Godesberger Programm bezeichnet Eichler den Staat als selbständigen, sittlichen Wert. Der Staat aber ist ein Instrument zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere. Der kapitalistische Staat schützt die Bourgeoisie, der Staat der Arbeiter und Bauern verhindert die Bemühungen des Militarismus und Kapitalismus, wieder zur Macht zu kommen. Er unterdrückt im Interesse der Freiheit der breiten Masse des Volkes Agenten des Militarismus und sonstige Störenfriede und schützt außerdem die Grenzen gegen bewaffnete Aggression von außen. Der Staat der Arbeiter und Bauern hat durch seine wirtschaftlich organisatorische Funktion außerdem die Aufgabe, in möglichst schnellem Tempo die Produktivkräfte zu entwickeln. Die Rechtssozialdemokraten erklären diese Funktion des Arbeiter-und-Bauern-Staates für Totalitarismus, der den Menschen vergewaltige. Moderne Technik in sozialistischen Staaten wird von ihnen mit scheelen Augen angesehen. Der Technik in kapitalistischen Staaten hingegen wird die Beweihräucherung zuteil, eine soziale Phase der menschlichen Gesellschaft einzuleiten. Mechanisierung und Automatisierung der Produktion beeinflussen wie gesagt nicht den Klassencharakter der Gesellschaft. Sie entwickeln sich aber als Schwerpunktaufgabe der Arbeiter-und-Bauern-Staaten nach einer gewissen Anlaufzeit besonders schnell, wie die Sowjetunion beweist.

Sputniks und Luniks sind das entscheidende sichtbare Argument für das schnellere Wachstum modernster Technik und neuester Wissenschaft unter den Bedingungen der Klassenherrschaft der Arbeiter und Bauern. Die sozialdemokratische Theorie von der zweiten industriellen Revolution versucht, die Diskussion über die Gesellschaftsformen auf den Boden der Technik zu verschieben. Außerdem verschleiern sie, daß im Kapitalismus und noch stärker im Sozialismus eine ständige Revolutionierung der materiell-technischen Grundlage der Gesellschaft eingesetzt hat. Die kapitalistische Ordnung verlangsamt diesen Prozeß, die sozialistische Ordnung beschleunigt ihn. Ursache ist im Arbeiter-und-Bauern-Staat die breitere Volksbildung, die größere Menge Wissenschaftler und die aus der sozialistischen Brigade, Gemeinschafts- und Forschungsarbeit erwachsende größere schöpferische Freiheit. Indem wir Marxisten die Lehre von der zweiten industriellen Revolution ablehnen, betreiben wir mit besonderer Intensität die Entwicklung der geistigen Grundlagen, die der beschleunigten Einführung von Mechanisierung und Automatisierung in der Produktion zugrunde liegen muß, die sich auf der Grundlage einer fortlaufenden technischen Revolution vollzieht. Die Automatisierung der Industrie bedeutet nicht die Automatisierung des Menschen. Allerdings sind Fließstraßen unter kapitalistischen Be-

dingungen häufig mit einer besonderen Entwürdigung und Ausbeutung des Produktionsarbeiter verbunden. Die Einführung der Automatisierung pflegt außerdem, die Massen von Arbeitern kapitalistischer Staaten *auf die Straße zu werfen*.¹⁷

Unter sozialistischen Bedingungen versinnbildlichen Mechanisierung und Automatisierung der Produktion die wachsende Beherrschung der Natur durch die menschliche Gesellschaft mit dem Mittel modernster Technik. Aufbau des Kommunismus bedeutet stürmische Steigerung der Produktivität der Arbeit durch das Mittel moderner Technik. Aus diesem Grunde dringen in dieser Periode Mechanisierung und Automatisierung stärker in der sozialistischen Produktion nach vorn.

Die Probleme der Erziehung gewinnen in der welthistorischen Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus eine überragende Bedeutung. Der Inhalt der Erziehung hat verschiedene Seiten. Der Klassencharakter der Bildung durchdringt sie mit den Anforderungen der Entwicklung der Produktionsinstrumente. Der Bruch des Bildungsmonopols in den sozialistischen Staaten schafft nicht nur neuen Klassen und Schichten den Zugang zur ideellen Kultur. Er verändert deren Charakter entsprechend den Bedürfnissen, die sich in ihren Wesenseigentümlichkeiten schon in der bürgerlichen Gesellschaft vorbereitet haben. Die Veränderung der Erziehung wird deshalb ein anderer wichtiger Gegenstand der Verwirklichung der Freiheit. Sie betrifft von neueren Gesichtspunkten her die Beseitigung von Problemen, die dem bürgerlichen einschließlich dem rechtssozialdemokratischen Bewußtsein nicht nur apologetisch, sondern faktisch als Bedrohung der Freiheit und Vergewaltigung erscheinen. Die Erziehung des Sozialismus-Kommunismus beschäftigt sich schon in ihren Anfangsstadien mit dem Überwinden der alten Teilung der Arbeit, mit ihren knöchernen Partikularitäten. Das wachsende Tempo der Einführung neuer Technik und ihres schnellen moralischen Verschleißes erfordert objektiv schnelle Umstellung jedes Werktätigen. Sie bezieht sich nicht allein auf einfache Produktionstätigkeit. Entwicklung und Einsatz moderner Technik folgen so schnell aufeinander, daß in jedem Tätigkeitsbereich die Aufgeschlossenheit zu wachsen hat. Die Entwicklung der Produktivkräfte erzwingt diesen Wandel durch ihre Dynamik. Von der Seite des Menschen her ist diese unabdingbare Notwendigkeit aber eine Befreiung der langfristigen Bindung an unveränderliche Funktionen. Diese dialektische Durchdringung von Notwendigkeit und Freiheit gewinnt deshalb eine neue Gestalt, die in die Charaktere der üblichen Berufe einen erstaunlichen Wandel hineinbringt. Selbstverständlich wirkt die Veränderung der Gesellschaft auf den Menschen, auf ihn selbst zurück. Die Erkenntnis dieses Zusammenhangs vernachlässigen heißt, im Sinne der rechtssozialdemokratischen Programmthesen auch auf diesem Gebiet bei der alten Verknöcherung stehen zu bleiben. Im Sozialismus-Kommunismus verliert der Mensch die Einseitigkeit, die der Kapitalismus durch das Zurückdrängen der handwerklichen Produktion jeder Arbeitskraft aufzwingt. Typisches Beispiel ist für die überwundene Periode der ungelernete Arbeiter, der als lebendiges Glied der Maschine, solange er es ertragen kann, auf einen vorher im Büro festgelegten Handgriff gedrillt wird.

Die sozialistische Erziehung vervielfältigt die Einsatzmöglichkeiten des Einzelnen durch Vermittlung einer wachsenden Anzahl von Fähigkeiten und gesteigerten wissenschaftlichen Kenntnissen. Die polytechnische Jugendausbildung findet ihre Ergänzung im Erwerben systematischer naturwissenschaftlicher und

¹⁷ Vgl. K. Marx: Das Kapital. Bd. I. Berlin 1955. S. 512/13

gesellschaftlicher Einsichten. Damit tritt die spätere Berufstätigkeit in ein neues Stadium der persönlichen menschlichen Entwicklung. Das gesteigerte Wissen gestattet, mit Verständnis die Erfahrungen, die der Produktionsprozeß vermittelt, besser aufzunehmen, zu verarbeiten und in der Gestaltung neuer Produktionszusammenhänge entsprechend anzuwenden. In das Kollektiv der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit gehen die Erfahrungen jeder beliebigen Produktionsstufe ein. Weil der Staat der Arbeiter und Bauern seinen Machtapparat dazu verwendet, die Volksmassen zu bilden, wird die Produktionstätigkeit in ihren verschiedenen Stadien selbst zu einer anderen Art von Laboratorium und Experimentierstation für die späteren Produktionsphasen höherer Arbeitsproduktivität. Weil der Arbeiter über mehr Kenntnisse verfügt, wird sein Beitrag bei der Vorbereitung künftiger Produktion wertvoller und umfangreicher. Die Zusammenarbeit von Arbeiter und Ingenieur in den sozialistischen Arbeitsgemeinschaften trägt entsprechend Früchte. Zugleich entsteht eine allseitige Entwicklung der Persönlichkeit des Einzelnen, die im kollektiven Zusammenwirken an Spielraum gewinnt. Der Vorsprung der Erziehung im Sozialismus-Kommunismus wirkt sich in den wissenschaftlich-technischen Leistungen der Sowjetunion am sichtbarsten aus. Der Kapitalismus versucht nachzukommen. Die rechte Sozialdemokratie Westdeutschlands bemüht sich, dem klerikalischen System zu beweisen, daß sie bessere Vorschläge zum Einholen des Kommunismus, den sie beschimpft, zur Hand hat. Sie benutzt die Gelegenheit zum Versuch einer besonderen Form der Täuschung über das Wesen der kapitalistischen Gesellschaft.

Mit den Anforderungen der „zweiten industriellen Revolution“ verbinden die Rechtssozialdemokraten die ebenfalls heuchlerische Forderung nach mehr Bildung für das Volk (Dokument Z). Tatsächlich benötigt die Automatisierung einen wachsenden Prozentsatz von Diplomingenieuren, Ingenieuren und Technikern und speziellen Facharbeitern. Weil die Arbeiter-und-Bauern-Staaten als eine ihrer ersten Maßnahmen den Bruch des bürgerlichen Bildungsmonopols durchführen, vollzieht sich der Weg zur gebildeten sozialistischen Nation sehr schnell. Aus diesem Grund vermochte die Sowjetunion die USA in der Ausbildung technisch-wissenschaftlicher Kader in den Jahren nach 1945 so stark zu überholen, daß die USA weitabgeschlagen im Feld zurückblieben. In der Deutschen Demokratischen Republik hat der Arbeiter die Bildungsmöglichkeiten, die in der Westzone die SPD naturgemäß nicht durchsetzen kann. Unsere Erfolge im Sinne des Bebel'schen Wortes „Wissen ist Macht“ betrachtet aber Waldemar von Knoeringen als Herausforderung der Deutschen Demokratischen Republik und Walter Ulbricht, weil er sich vollständig mit dem klerikalischen westzonalen Staat identifiziert.

Es gibt eine Reihe Dokumente des amerikanischen Kongresses, die ausdrücklich feststellen, daß ein sowjetischer Ingenieur mit gleicher Berufsbezeichnung mindestens die gleichen fachlichen Qualitäten wie ein amerikanischer Ingenieur besitzt. Entsprechende westdeutsche Einwände entfallen somit.¹⁸ Unter den Be-

¹⁸ Der rechte Sozialdemokrat, Staatssekretär von Nordrhein-Westfalen, Leo Brandt, gab vor einiger Zeit die Schrift von Ernst Graeser: Vergleichende Studie über die Art, die Bedeutung und den Erfolg von Ingenieuren, Mathematikern und Naturwissenschaftlern in der Deutschen Demokratischen Republik, Köln und Opladen 1958, heraus. Graeser bestätigt die gute Qualität der Ausbildung, die sich „auch im Ausland“ sehen lassen kann; erwähnt die besondere Qualität des Fernstudiums und ihre guten Erfolge, erläutert die im Vergleich zu Westdeutschland wesentlich bessere materielle Lage der Studenten und Professoren der Deutschen Demokratischen Republik, schildert das kameradschaftliche Verhältnis zwischen Professor und Student, das die Lehrergeb-

dingungen des kapitalistischen Bildungsmonopols, wie es naturgemäß in Westdeutschland besteht, ist die Anzahl der ausgebildeten Kräfte beschränkt.

Das geistige Reservoir der Arbeiterklasse kann von einem kapitalistischen Staat nicht ausgeschöpft werden, weil er vor einer gebildeten Arbeiterklasse Angst hat. (Der westdeutsche Atomphilosoph Jaspers spricht seit Jahrzehnten von einer sogenannten Grundbefindlichkeit der Angst. Sie bringt die ganze Furcht vor dem Sieg der Arbeiterklasse und den zunehmenden Krisen und Kriegen in der spätbürgerlichen Gesellschaft zum Ausdruck.) Aus diesem Grund ist das Dokument Z ein heuchlerischer Betrug an den westdeutschen Arbeitern. Eine ähnliche Diskussion läuft bereits seit 1918. Die deutschen Kommunisten forderten schon 1918, erst eine proletarische Staatsmacht zu schaffen und dann die Mittel des neuen Staatsapparates zur Ausbildung und Erziehung der breiten Massen des Volkes, zur Ausbildung einer neuen Arbeiter- und Bauernintelligenz zu benutzen. Unter Leitung der Gruppe Ulbricht wurde 1945 in diesem Sinne vorgegangen. Schon 1918 behaupteten die Sozialdemokraten, der Sozialismus könne nicht siegen, wenn nicht vorher die nötigen Funktionäre ausgebildet seien, die in alle notwendigen Funktionen einrücken könnten. Die Annahme einer solchen These bedeutet, den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus auf den St. Nimmerleinstag zu verschieben. Außerdem frißt der Revanchegeist der westdeutschen Militaristen das Geld zur Ausbildung selbst der bürgerlichen Intelligenz. In Adenauers „Rheinischer Merkur“ wird gelegentlich betont, daß die Bildungsausgaben nicht auf Kosten der Rüstung gehen dürfen.¹⁹ Es ist charakteristisch für besonders reaktionäre bürgerliche Staaten, daß sie die Ausgaben für Bildung einschränken oder weit unter dem notwendigen Niveau halten, weil sie in großem Umfang Kriegsmaterial fertigen. Die deutschen Faschisten schränkten nach 1933 die Ausbildung von Ingenieuren und Diplomingenieuren auf über die Hälfte ein. Der Kleriko-Militarismus West-Deutschlands steigert zwar auch die Anzahl der ausgebildeten Ingenieure, wie es ebenso die USA zu tun suchte, aber der Abstand wächst weiter.

Die objektiven Bedingungen des kapitalistischen Systems verhindern mit der geistigen Entwicklung der sozialistischen Nationen Schritt zu halten. Das Godesberger Programm berichtet — in diesem Falle für die deutsche Westzone zutreffend: „Es ist ein Zeichen unserer Zeit, daß sich das private Wohlleben privilegierten Schichten schrankenlos entfaltet, während wichtige Gemeinschaftsaufgaben, vor allem Wissenschaft, Forschung und Erziehung, in einer Weise vernachlässigt werden, die einer Kulturnation unwürdig sind.“²⁰ Daher wirkt sich die Überlegenheit der Sowjetunion auf solchen Gebieten wie Mathematik, Telemechanik, Metallurgie und Brennstoffchemie der Raketen, Fernphotographie des letzten Luniks usw. besonders gravierend aus. Dazu kommt noch ein weiterer Punkt.

Wie erwähnt, wendet sich das Godesberger Programm gegen die materialistische Philosophie und im besonderen den dialektischen Materialismus, läßt aber jede Spielart des philosophischen Idealismus ausdrücklich zu. Dadurch wird gerade die späthürgerliche Ideologie unterstützt, die sich gegen die Erkennbarkeit der Welt richtet. Naturwissenschaft und Technik aber sind Ausdruck der Erkennbarkeit der Welt und des Kriteriums der Praxis in Experiment und Industrie.

nisse verbessert, erwähnt die schlechten Ergebnisse des westdeutsch-amerikanischen Arbeitsunterrichts (S. 40/41) und stöhnt über den westlichen Ingenieurmangel.

¹⁹ Rheinischer Merkur. 31. Oktober 1958

²⁰ Vorwärts. 20. November 1959

Aus diesem Grund wird die Ausbildung in den Naturwissenschaften auf den Schulen der USA und Westdeutschlands verschlechtert und bleibt unterhalb des Standes, den die moderne Technik im Zeitalter der Mechanisierung und Automatisierung benötigt. So wird z. B. auf den amerikanischen und westdeutschen Schulen und Hochschulen die Mathematik eingeschränkt, obwohl jeder weiß, daß moderne Technik sehr viel Mathematik erfordert. Knoeringens Dokument Z predigt Bildung, wobei von vornherein klar ist, daß in Westdeutschland nur eine bürgerliche, eine besonders reaktionäre Klassenbildung herauskommen kann, „die einer Kulturnation unwürdig“ ist.

Herr von Knoeringens Wunsch nach erweiterter Volksbildung in der deutschen Westzone ist von einer Tatsache bestimmt, die die vollständige Veränderung der Weltlage anzeigt. Der Kapitalismus bemüht sich, den Kommunismus einzuholen. Da die sozialistische Gesellschaft nicht zusammenbrach, sondern sich stürmisch entwickelte und ausdehnte, ließ sich die neue Situation nicht länger verheimlichen und mußte selbst von den Antikommunisten ausgesprochen werden. Knoeringens Dokument Z ist deshalb nicht eine Äußerung der Freiheit, sondern des Zwangs, der sich aus dem Verhaftetsein mit der spätbürgerlichen Gesellschaft ergibt. Da die Produktionsverhältnisse nicht angetastet werden dürfen, können die wohlmeinendsten Vorschläge zur Veränderung der Situation im friedlichen Wettbewerb der Systeme nur unvollständig wirken. Ein kulturfeindliches Regime vermag nicht über seinen Schatten zu springen. Trotzdem erfüllt das Dokument Z einen anderen Zweck, wenigstens bis zu einem gewissen Grade, indem es geeignet ist, Illusionen zu erzeugen. Die vom Dokument Z empfohlene ausgedehntere Bildung soll sich im Rahmen der sogenannten zweiten industriellen Revolution auf die Entfaltung der automatisierten Industrie im Rahmen der NATO auswirken. Die kapitalistische Aggression erfordert moderne Technik in der Rüstung. Deshalb befriedigt das Dokument Z ein aktuelles Bedürfnis. Zum Zweck einer Verbreiterung von Unfreiheit wird ein Erziehungsprogramm proklamiert, das angeblich Befreiung beinhaltet. Zwischen der Vereinseitigung des Menschen in der kapitalistischen Industrie und dem Bedürfnis nach technisch-wissenschaftlichem Personal, daß durch das Vorhandensein von Sputniks und Luniks bloßgelegt wurde, besteht ein scheinbarer und ein unüberwindlicher Widerspruch. Der einseitige und ungebildete Arbeiter genießt als solcher in der bürgerlichen Gesellschaft die größte Wertschätzung, zumal, wenn es gelungen ist, ihm bis zu einem gewissen Grade die Einsicht in die Klassenverhältnisse zu verschließen. Er läßt sich besser regieren. Macht sich spezielle Ausbildung nötig, so wird dieser Zustand dann als erträglich empfunden, wenn damit eine weitere Ablenkung von den Angelegenheiten der gesellschaftlichen Wirklichkeit zu verbinden ist. In diesem Sinne empfiehlt das Dokument Z Bildung als Weg zur erweiterten Mitverantwortung für die dem USA-Kapitalismus gleichende sogenannte industrielle Gesellschaft. Im vorliegenden Fall wird die empfohlene Bildung zum Zwecke besserer NATO-Rüstung zur anderen Seite einer in gleicher Absicht geförderten gesellschaftlichen Unbildung. Als Mittel zur Erhaltung einer Entfremdung vom Klasseninteresse und dem Selbstverständnis der Arbeiterklasse wird sie besonders toleriert. Die Betonung der Unveränderlichkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse lassen die Rechtssozialdemokraten unentwegt theoretisch nebenherlaufen. In einigen Bemerkungen zum Siebenjahrplan läßt Eichler die oft wiederholte These in folgender Form wirken: „Wer sich bei der Gestaltung der Gesellschaft im Bund mit der Vorsehung fühlt und sei es auch mit

einer hinter historisch-ökonomischen Bedingungen versteckten, der verliert den Kontakt zu den naturgegebenen Tatsachen und vergewaltigt im Banne seiner fixen Ideen die Menschen in dem Glauben, damit zu ihrer Freiheit beizutragen.²¹ Was Eichler historisch-ökonomische Bedingungen nennt, setzt er mit der hitlerischen Vorsehung gleich. Die Unverschämtheit gesellschaftlichen Unwissens und absichtlicher Verdrehung führt ihn in direkte Nachbarschaft der klerikalen Theorie. Die „naturgegebenen“ Tatsachen Eichlers sind einer der Kernsätze des Neuthomismus. In beiden Fällen wird seltsamerweise von der auch in der Biologie, Geologie und Astronomie von den Wissenschaftlern der bürgerlichen Gesellschaft abgelehnten Meinung ausgegangen, es gebe keine Entwicklung der Natur. Bei Jakob Hommes sind die Gefahren der marxistischen Auffassung, die historisch-ökonomischen Bedingungen nicht als naturgegebene Tatsachen anzusehen, noch dramatischer vorgetragen: „Nur im getreuen Festhalten der Wirklichkeit und damit zuletzt Gottes, seines Urbildes und seiner endgültigen Heimat, vermag der Mensch sich selbst zu erhalten und der Welt, wie vor allem seiner eigenen Natur wahrhaft sich selbst abzurufen . . . Aber von der Versklavung an die Natur gelöst, muß er nun befürchten, dafür diejenige der Gesellschaft und damit die Übermacht der in der menschlichen Natur lauernden dunklen Triebe eintauschen zu müssen. Von dieser neuen und schlimmsten Sklaverei ist die dialektische Theorie die allgefügte Theorie.“²² Der krause Stil des Neuthomismus wird von Eichler und den anderen Verfassern des Godesberger Programms in einfacher Weise propagandistisch ausgewertet. Für beide Praktiken gilt die Naturgegebenheit als das Alleinseigmachende. Wer sich an die „Naturgegebenheit“ hält, hat nach ihrer Empfehlung weniger von der Gesellschaft zu befürchten. Die bewußte Berücksichtigung der auf jeden Fall vorhandenen ökonomischen Bedingungen wird als größte Gefahr hingestellt. Sie verschweigen, daß es dabei auf den Standpunkt ankommt. Die in diesem Kreis merkwürdige Vorliebe für die Natur gilt als Ersatz für wissenschaftliche Einsicht in die gesellschaftlichen Bedingungen. Gemeinsam empören sich Hommes und Eichler über die Kühnheit, den noch auf einem Drittel der Erde fast uneingeschränkt herrschenden Imperialismus in seiner Daseinsweise zu untersuchen. Er ist eines der Tabus, die aus gutem Grund anzurühren unter Verbot fällt. Die Ausnutzung der gesellschaftlichen Entwicklungsgesetze befreit die Völker von der Vergewaltigung durch die antagonistische Klassenherrschaft. Weil es historisch-ökonomische Bedingungen gibt und die Gesellschaft sich entwickelt — ob es den Nutznießern der bürgerlichen Gesellschaft paßt oder nicht —, muß dieser Prozeß selbst als naturgegebene Tatsache auch von den Gegnern dieser Erkenntnis hingenommen werden. Das beweist die Geschichte des 20. Jahrhunderts. Die klerikale Ideologie hat übrigens ihre der Natur der gesellschaftlichen Entwicklung widersprechende naturrechtliche Philosophie dazu benutzt, um das Wesen des Menschlichen von einer auch vom Grundsatzprogramm gebrauchten Methode her ins Spiel zu bringen. Wer die vorsozialistischen Gesellschaftsordnungen nicht als unveränderliche Naturtatsache anerkennt, bringt nach Hommes „die angestammte Würde des Menschen“²³ in Gefahr. Eichler meint die Würde des Duldens und der höchstmöglichen Anpassung an den deutschen Militarismus, wenn er von der Gefahr der „kommunistischen Vergewaltigung“ spricht.

²¹ W. Eichler: Geist und Tat. Frankfurt/Main. Juni 1959. S. 163. (Hervorhebungen vom Verf.)

²² J. Hommes: Krise der Freiheit. Regensburg 1958. S. 313/314

²³ Ebenda: S. 313

Die gesellschaftliche Entwicklung in ihrer Gesetzmäßigkeit entdeckt zu haben, ist eine der wichtigsten Leistungen des Marxismus. Die Arbeiterklasse verstand sie auszunutzen. Die fixen Ideen falscher Würde, die sich auf Unterwerfung aufbaute, ließen sich damit beiseite schieben. Das einzig Erfreuliche der gemeinsamen Polemik des Neuthomismus und der westdeutschen Sozialdemokratie gegen die marxistische Gesellschaftswissenschaft ist das Eingeständnis, sie sei eine Gefahr. Ihre Verwirklichung nämlich begründet die Freiheit, die vom Marxismus aufgehellten Widersprüche von Ausbeutergesellschaften zu überwinden. Es ist ein Vorgang, der sich im Prozeß der Geschichte heute auswirkt. Eichler behauptete in seinen Anwürfen gegen den Siebenjahrplan, daß die Beherrschung der Entwicklung der Produktivkräfte durch die Kenntnis jener historisch-ökonomischen Bedingungen den Menschen vergewaltige. Er versuchte so zu begründen, daß das kapitalistische Privateigentum zum Schutze der Freiheit in Kauf genommen werden müsse. Knoeringen äußert, durch den Materialismus werde der Mensch „zum Sklaven des Lebensstandards . . . , zum Knecht der Maschinenwelt und eines anonymen sozialen Funktionalismus“²⁴. Oder: „Der Kommunismus vergöttert den technischen Fortschritt und die staatliche Allmacht“ (Dokument Z). Was den Kapitalismus anbetrifft, so stört Knoeringen nichts, denn er empfiehlt, die SPD anstatt der CDU zu benutzen, damit „diese bei dem Maß an Verständnislosigkeit, was noch vorhanden sei, der neuen Herausforderung der Deutschen Demokratischen Republik durch ihre Bildungsmaßnahmen begegnen könne“²⁵. Otto Stammer betonte sogar ausdrücklich, die SPD dürfe nicht einmal von einem sozialistischen Menschenbild sprechen, da dieses nur „totalitaristisch“ durchgesetzt werden könne.²⁶ Die Selbstbeschränkung solcher Art ist kein Zeichen von Freiheit, obwohl sie Einsicht in eine besondere Form der Notwendigkeit bedeutet. Ein sozialistisches Menschenbild auch nur formal aufzustellen, verträgt sich nicht mit der vollständigen Kapitulation der Erler, Wehner, Stammer.

So fällt ein letztes Requisit, das der alte Reformismus nicht aus der Hand zu geben gewagt hätte. In den sozialistischen Ländern zeigt sich die Freiheit umgekehrt in einer zunehmenden Verdeutlichung des wirklichen sozialistischen Menschen. Er braucht keine utopische Vorwegnahme von Charakterzügen. In der Gegenwart finden sich die Aufgaben, in denen die schöpferische Freiheit sich auswirkt und neue Maßstäbe setzt. Das kühne Profil unserer Zeit ist von Optimismus geprägt. Der Vorwegnahme der Zukunft im Planen folgt der schöpferische Impuls der Verwirklichung. Daraus entsteht die objektive Freiheit des Sozialismus, die das Gewollte in verwirklichte Formen umprägt. Die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse im Osten und Westen unseres Vaterlandes ist davon nicht ausgenommen. Die Existenz der Deutschen Demokratischen Republik verbürgt den Erfolg für ganz Deutschland.

²⁴ Vorwärts. 11. Dezember 1959

²⁵ Ebenda

²⁶ Neue Gesellschaft. Juli/August 1958

Der Antagonismus zwischen Arbeiterklasse und bürgerlichem Staat und der moderne Reformismus

Von WERNER STRAUSS (Berlin)

Die Klärung des Verhältnisses der Arbeiterklasse zum heutigen bürgerlichen Staat im allgemeinen und zur staatlichen Diktatur der Imperialisten und Militaristen in Westdeutschland im besonderen ist von großer Bedeutung nicht nur im Hinblick auf die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse, sondern primär im Hinblick auf die Sicherung des Friedens und die Schaffung einer politischen Ordnung in Westdeutschland, „die den Krieg ablehnt und in der die Spielregeln der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie geachtet werden“.¹ Die Herbeiführung einer solchen Ordnung in Westdeutschland, in der die Arbeiterklasse gemeinsam mit allen demokratischen Kräften den politischen Kurs bestimmt, ist eine wichtige Voraussetzung für die friedliche Lösung der nationalen Lebensfragen unseres Volkes.

Der klerikal-militaristische Obrigkeitsstaat in Westdeutschland ist das Hauptinstrument westdeutscher aggressiver imperialistischer Kreise zur militärischen und ideologischen Vorbereitung eines Atomkrieges gegen die Deutsche Demokratische Republik und die Länder des Sozialismus. Aus diesem Grunde unternehmen die herrschenden imperialistischen und militaristischen Kreise einschließlich ihrer Ideologen, sekundiert und tatkräftig unterstützt von rechten Führern der SPD und des DGB, große Anstrengungen, um das Wesen des staatsmonopolistischen Kapitalismus und des Bonner Staates als seines ausführenden Organs zu verschleiern. Dabei führen die rechtssozialdemokratischen Theoretiker immer wieder zwei Hauptargumente an:

1. Die heutigen imperialistischen Staaten werden von ihnen als demokratische Staaten bezeichnet — als „die Demokratie“; diese „Demokratie“ sei nicht mehr Instrument der *Klassenherrschaft*, sondern ein Instrument der *Klassenversöhnung*, des Ausgleichs der Gegensätze, ein „Regulator“ des Wirtschaftslebens, ein „Rechtsstaat“ und ein „Sozialstaat“.
2. Der *objektiv* vorhandene Gegensatz zwischen der Arbeiterklasse und dem bürgerlichen Staat wird von ihnen geleugnet; die Arbeiterklasse brauche zur „Demokratie“ nur eine positive Einstellung zu gewinnen und vorhandene Widersprüche lösten sich von selbst.

Diese Auffassungen sind ein Bestandteil der imperialistischen Ideologie. Sie sind wissenschaftlich unhaltbar und haben politisch den Zweck, die militaristisch-klerikale Diktatur der westdeutschen Imperialisten zu verteidigen und ihre friedensfeindliche, antinationale und antidemokratische Politik zu unterstützen.

¹ Deutschlandplan des Volkes — Weg zur Rettung der deutschen Nation. Berlin 1960. S. 26

Der bürgerliche Staat ist Produkt und Ausdruck der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze zwischen Proletariat und Bourgeoisie. Er ist das Resultat der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und Bestandteil des der kapitalistischen Basis adäquaten politischen Überbaus.

In jeder ökonomischen Gesellschaftsformation widerspiegeln die politisch-staatlichen Verhältnisse die herrschenden ökonomischen Verhältnisse. Immer war und ist der Staat das Machtinstrument der ökonomisch herrschenden Klasse, jener Klasse also, die sich im Besitz der entscheidenden Produktionsmittel befindet. Das schließt nicht aus, daß der Staat als wichtigster Bestandteil des politischen Überbaus eine relative Selbständigkeit besitzt und seinerseits auf die bestehenden Produktionsverhältnisse, die ökonomische Basis, einwirkt.

Der Antagonismus zwischen Arbeiterklasse und bürgerlichem Staat ist eine Erscheinungsform des Grundwiderspruchs der kapitalistischen Gesellschaft, des Widerspruchs zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privatkapitalistischen Form ihrer Aneignung, zwischen Arbeit und Kapital. Der Gegensatz zwischen Proletariat und Bourgeoisie, dessen objektive Grundlage das kapitalistische Privateigentum an den Produktionsmitteln bildet, findet seine Reflexion im politischen Überbau als Gegensatz zwischen dem Proletariat mit seinen Organisationen und dem bürgerlichen Staat.

Im Kapitalismus, wie auch in jeder anderen Gesellschaftsordnung, entspricht die Klassenstruktur und der von der ökonomisch herrschenden Klasse bestimmte Charakter der politischen Einrichtungen und Rechtsnormen den vorhandenen Eigentumsformen. Es ist demzufolge unmöglich, daß einerseits in der Sphäre der materiellen Produktion der Gegensatz zwischen Proletariat und Bourgeoisie existiert und andererseits auf politischem und ideologischem Gebiet die Klassengegensätze nicht in Erscheinung treten. In krassem Widerspruch zu den Tatsachen steht die Behauptung rechtssozialistischer Theoretiker, die heutige kapitalistische Gesellschaft wäre gekennzeichnet durch die „Verteilung der politischen Macht“ auf alle Klassen bei gleichzeitiger Konzentration der ökonomischen Macht in den Händen einer Klasse.²

Bekanntlich gibt es verschiedene *Formen* des bürgerlichen Staates, die aber nichts an seinem Wesen als Herrschaftsinstrument der Bourgeoisie ändern. Die Form, in der die Bourgeoisie ihre politische Diktatur ausübt, ist abhängig von der gesamten historischen Entwicklung des betreffenden Landes, ist abhängig davon, inwieweit die Überreste vorkapitalistischer Verhältnisse und Klassen beseitigt sind und ist schließlich abhängig vom Kräfteverhältnis der beiden Hauptklassen der bürgerlichen Gesellschaft, des Proletariats und der Bourgeoisie.

² „Die moderne Demokratie“, schreibt z. B. der englische Labourtheoretiker John Strachey, „ist die Machtverteilung auf die ganze Gemeinschaft... Wenn also die moderne Demokratie die Machtverteilung im politischen Bereich ist, dann entspräche ihr im wirtschaftlichen eine Verteilung des Eigentums und des Reichtums. Wie wir gesehen haben, läuft die natürliche Neigung des kapitalistischen Systems aber auf eine zunehmende Konzentration von Eigentum und Reichtum hinaus...“ Diese Tendenz sei „potentiell antidemokratisch“. „... Inzwischen verdichtet sich die Konzentration wirtschaftlicher Macht auf ein Maß, das mit der fortschreitenden Verteilung politischer Macht nicht länger vereinbar zu sein droht. Die wirtschaftliche Macht droht die politische zu überwältigen, es sei denn, sie kann von der letzteren im kritischen Moment noch unter Kontrolle gebracht werden.“ (J. Strachey: *Kapitalismus heute und morgen*. Düsseldorf 1957. S. 178 ff.)

Die Tatsache, daß in England gegenüber Deutschland oder auch Rußland die bürgerliche politische Demokratie älter ist als die organisierte Arbeiterbewegung, veranlaßt einige sozialdemokratische Ideologen zu dem Schluß, daß dort das Verhältnis der Arbeiterklasse zum Staat von vornherein ein nichtfeindliches war.³ In Deutschland und anderen Ländern Mitteleuropas dagegen habe die Arbeiterklasse die Demokratie erst erkämpfen müssen, denn „... Staat und Nation gehören zunächst den anderen, sind feindlich — solange sie nicht gewandelt sind.“⁴ Heute aber sei nach Ansicht der Vertreter dieser Auffassung diese „Wandlung“ vollzogen. „Der Staat von heute“, erklärt Pollak, „der verwaltet, Wirtschaft lenkt und Fürsorge übt, ja der selber wirtschaftet und Wohlfahrt betreibt — dieser Staat steht den Arbeitenden in anderer Weise gegenüber und sie stehen anders zu ihm als zu der Zeit, da die Arbeiter, die Lohnempfänger, bloß Objekte des Regierens waren. Dieser Staat gehört auch ihnen.“⁵ Mit der Auffassung vom „gewandelten“ Staat in den kapitalistischen Ländern verteidigen heute rechte Führer der sozialdemokratischen Internationale, insbesondere auch rechte Führer der SPD, offen die Herrschaft der Imperialisten. Nicht der Sozialismus und die sozialistische Demokratie ist für sie das Kampfziel der Arbeiterklasse, sondern die Verewigung des Kapitalismus und die Aufrechterhaltung des bürgerlichen Staates.

Nun gibt es, wie bereits erwähnt, in der Tat Unterschiede in der historischen Entwicklung der einzelnen kapitalistischen Staaten. Inwiefern aber und in welchem Maße beeinflussen diese nationalen Unterschiede das *prinzipielle* Verhältnis der Arbeiterklasse der einzelnen Länder zum bürgerlichen Staat? Beeinflussen sie dieses Verhältnis in dem Sinne, daß beim Vorhandensein gewisser demokratischer Rechte für die Werktätigen die Arbeiterklasse *für* den bürgerlichen Staat, im Falle des Nichtvorhandenseins solcher Rechte aber *gegen* ihn ist? Das ist nicht der Fall, weil diese Unterschiede lediglich die *Form*, nicht aber das *Wesen* der kapitalistischen Herrschaft berühren. In welcher Form auch immer die Bourgeoisie bzw. Teile der Bourgeoisie ihre politisch-staatliche Macht ausüben, immer und überall ist der bürgerliche Staat das Instrument, mit dessen Hilfe die Bourgeoisie ihre Klassendiktatur verwirklicht. Die Herausbildung der einen oder anderen Form der Diktatur der Bourgeoisie und der Übergang von einer Staatsform zur anderen ist das Ergebnis des Klassenkampfes, d. h. der Veränderung des Kräfteverhältnisses der Klassen im Verlaufe der Entwicklung des Kapitalismus. Die geschichtlichen Erfahrungen in Deutschland und anderen Ländern bestätigen, daß die Bourgeoisie — oder, unter den Bedingungen des modernen Kapitalismus, die imperialistische Finanzoligarchie bzw. deren mächtigste, reaktionärste, am meisten chauvinistische und am meisten imperialistische Gruppe — nur solange eine „demokratische“ Staatsform beibehalten, wie diese ihnen die Möglichkeit bietet, ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten. Sie greifen immer dann zu *offen* diktatorischen und terroristischen Herrschaftsmethoden, wenn sie infolge des Erstarkens der demokratischen Volkskräfte, insbesondere der Arbeiterbewegung, mit parlamentarischen, „demokratischen“ Mitteln allein nicht mehr weiterherrschen können.

³ Nach der Version des österreichischen Reformisten O. Pollack findet die Arbeiterbewegung in England „Parlament und Wahlrecht vor, sie muß sie bloß (!) gebrauchen lernen; und eines Tages wird sie ganz ebenso selbstverständlich die Regierung des Landes übernehmen können (!)“ (O. Pollak: Referat auf dem Kongreß der Sozialistischen Internationale in Hamburg. In: Vorwärts. Nr. 30 vom 24. 7. 1959)

⁴ Ebenda

⁵ Ebenda

Das prinzipielle Verhältnis der Arbeiterklasse zum bürgerlichen Staat ist durch den Marxismus klar und prägnant formuliert worden. Marx und Engels gaben diesem Verhältnis wissenschaftlichen Ausdruck, indem sie die kapitalistische Gesellschaftsordnung allseitig analysierten und ihre Bewegungsgesetze aufdeckten.

Ausgehend von der Erkenntnis, daß „... die moderne Staatsgewalt ... nur ein Ausschuß (ist), der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisie verwaltet“⁶, gelangten Marx und Engels zu der Schlußfolgerung, daß sich das Proletariat nicht befreien kann, „... ohne daß der ganze Überbau der Schichten, die die offizielle Gesellschaft bilden, in die Luft gesprengt wird“.⁷

Marx und Engels, die die verschiedenen Staatsformen in den europäischen Ländern und die Unterschiede zwischen ihnen sehr gut kannten, ließen nie einen Zweifel daran, daß ohne Rücksicht auf deren staatliche Form die politische Herrschaft der Bourgeoisie gestürzt werden muß.

Der bürgerliche Staat ist in *allen* seinen Formen immer die mehr oder weniger offene Diktatur der Bourgeoisie bzw. ihrer reaktionärsten Elemente. Er ist ein Klasseninstrument, das der Arbeiterklasse und den Volksmassen *feindlich* gegenübersteht, sich aber *keineswegs über* den Klassen befindet. Das gilt in besonderem Maße für den modernen monopolkapitalistischen Staat und seine schein-parlamentarisch verbrämte militaristisch-klerikale Herrschaftsform in Westdeutschland, dessen friedensfeindliche Politik zu den nationalen, demokratischen und sozialen Interessen des Volkes in krassem Widerspruch steht.

Wenn also die bürgerlichen Ideologen in der Sozialdemokratie aus dem Vorhandensein gewisser formal-gesetzlich fixierter demokratischer Rechte und Freiheiten ein Verhältnis der Bejahung und Unterstützung des bürgerlichen Staates durch die Arbeiterklasse zu konstruieren versuchen, so leugnen sie damit nicht nur den tatsächlich vorhandenen Gegensatz zwischen Arbeiterklasse und bürgerlichem Staat, sondern sie desorientieren die Werktätigen im politischen Kampf und tragen dazu bei, die kapitalistische Ausbeutung und die bürgerliche Klassendiktatur zu verlängern.

Die bewußte Gegnerschaft der Arbeiterschaft zum bürgerlichen Staat im praktischen Kampf, die aus der Erkenntnis des bürgerlichen Klassencharakters dieses Staates und aus der Erkenntnis ihrer eigenen historischen Stellung und Aufgaben erwächst, bedeutet nicht, daß der Arbeiterklasse die staatliche Form der Bourgeoisieherrschaft gleichgültig ist. Die Arbeiterklasse ist unter den Bedingungen des Kapitalismus interessiert an der Schaffung von politischen Verhältnissen, die ihr günstige Voraussetzungen für den eigenen Klassenkampf schaffen. Marx wies schon 1847 im Hinblick auf die von den Liberalen erstrebte Herrschaft der Bourgeoisie darauf hin, daß für das Proletariat dabei vor allem von Interesse ist, ob diese Herrschaft „... ihm mehr Mittel bieten wird, seine eigenen Zwecke zu erreichen“.⁸ Und im Juni 1848 schrieb Marx im Zusammenhang mit der Niederschlagung der revolutionären Arbeiter durch die Reaktion in Paris: „Die beste (bürgerliche — d. V.) Staatsform ist die, worin die gesellschaftlichen Gegensätze nicht verwischt, nicht gewaltsam, also nur künstlich, also nur scheinbar gefesselt werden. Die beste Staatsform ist die, worin sie zum freien Kampf und damit zur Lösung kommen.“⁹ Zweifelsohne aber ist die bürgerlich-demokratische Republik

⁶ K. Marx/Fr. Engels: Werke. Bd. 4. Berlin 1959. S. 464

⁷ Ebenda: S. 473

⁸ Ebenda: S. 193

⁹ K. Marx/Fr. Engels: Werke. Bd. 5. Berlin 1959. S. 136

gerade jene Staatsform, in der sich der Klassenkampf breit entfalten kann und demzufolge der günstigste Kampfboden für die Sicherung des Friedens und für die soziale Befreiung aller Ausgebeuteten und Unterdrückten. Aus diesem Grunde sind auch heute in Westdeutschland und in anderen imperialistischen Staaten die Kommunisten als die besten Vertreter der Arbeiterinteressen die konsequentesten Kämpfer für eine Demokratie neuen Typs, in der dem Militarismus der Boden entzogen und die Vorherrschaft der Monopole beseitigt ist, für die Schaffung echter parlamentarisch-demokratischer Verhältnisse und gegen die antidemokratische Herrschaft der imperialistischen und militaristischen Kreise.¹⁰

Nichtsdestoweniger behaupten die rechten Führer der Sozialdemokratie hartnäckig, die Kommunisten stünden der Demokratie feindlich gegenüber. Sie sprechen von der Demokratie schlechthin und ignorieren bewußt die Tatsache, daß die Geschichte *zwei* Formen der Demokratie kennt — die bürgerliche und die sozialistische Demokratie. Sie lösen die Demokratie als *Staatsform* vom *Klasseninhalt* des Staates und begreifen nicht die Dialektik des Klassenkampfes, wonach die Arbeiterklasse durchaus für bürgerlich-demokratische Verhältnisse eintreten kann, ohne deshalb auf den prinzipiellen Kampf gegen die politische und ökonomische Herrschaft der Bourgeoisie zu verzichten.¹¹ Die rechten Führer der SPD aber mit Wehner, Erler, Brandt und Mommer an der Spitze, die die antinationale und antidemokratische Atomkriegspolitik der herrschenden Kreise Bonns aktiv unterstützen, versuchen den Kampf der Kommunisten gegen Imperialismus und Militarismus als antidemokratisch zu diffamieren. Mit der Behauptung, „in dem Verhältnis zur Demokratie“ liege die „Trennungslinie zwischen den Kommunisten und den Sozialdemokraten“¹², machen sie gegen die Schaffung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse Front. Sie wollen die Tatsache verschleiern, daß ihr Bekenntnis zur „Demokratie“ als eines angeblich absoluten „Wertes“ in Wirklichkeit ihr Bekenntnis zur imperialistischen Klassendiktatur, der Verzicht auf die Beseitigung des Kapitalismus und die Errichtung der sozialistischen Demokratie ist.

Im Widerspruch zu den politischen Realitäten behaupten die rechten SPD-Führer nach wie vor, es gebe entweder Demokratie *oder* Diktatur. Nach ihrer Ansicht schließt das eine das andere aus. Unter Demokratie verstehen sie eine „allgemeine Staats- und Lebensordnung“,¹³ also einen Staat ohne Klasseninhalt, der durch das Vorhandensein verschiedener rivalisierender Parteien (außer der KPD!), die in „gleichberechtigtem (!) Wettstreit“ um „die Mehrheit des Volkes“ ringen¹⁴; durch verschiedene Formen des Eigentums (außer dem sozialistischen!), verschiedene Weltanschauungen (außer der sozialistischen Ideologie!) gekennzeichnet ist.

Genauso verhält es sich mit ihrer Auffassung über Diktatur. Die Diktatur der Monopole und Militaristen, die sich gegen das Volk richtet, wird von ihnen gelehnet und als „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ deklariert und ihre

¹⁰ Vgl.: Aufruf der kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder Europas an alle Werktätigen, an alle Demokraten. In: Probleme des Friedens und des Sozialismus. Heft 1/1960. S. 50 f.

¹¹ Vgl. K. Marx/Fr. Engels: Ausgewählte Briefe, Berlin 1953. S. 571 u. 573 f.

¹² E. Ollenhauer: Referat auf dem Godesberger Parteitag der SPD. In: Die Debatte. Bonn. Nr. 41. Nov. 1959

¹³ Grundsatzprogramm der SPD. Bonn 1959. S. 8

¹⁴ Ebenda: S. 10

reaktionären Züge werden dem sozialistischen Staat, der Diktatur des Proletariats zugeschrieben, die eine Diktatur der überwiegenden Mehrheit des Volkes, die höchste Form der Demokratie ist. Diktatur im Sinne der Herrschaft über und gegen das Volk herrscht also nach den Erklärungen rechtssozialistischer Führer nicht in Westdeutschland, wo die demokratischen Freiheiten der Werktätigen systematisch liquidiert und wo der Atomkrieg und Notstandsgesetze vorbereitet werden, sondern angeblich dort, wo die Partei der Arbeiterklasse die Interessen des ganzen Volkes wahrnimmt und wo, wie z. B. in der Deutschen Demokratischen Republik, mehrere Parteien unter Führung der marxistischen Arbeiterpartei gemeinsam am Aufbau des Sozialismus arbeiten.

Zehntausende westdeutscher Werktätiger konnten und werden sich auch weiterhin mit eigenen Augen davon überzeugen, in welchem der beiden deutschen Staaten wirkliche Demokratie und Freiheit herrschen und unaufhörlich wächst die Zahl jener, die der Bonner „Demokratie“ den Rücken kehren und in die Deutsche Demokratische Republik übersiedeln, in der bereits „eine menschenwürdige Gesellschaft, frei von Not und Furcht, frei von Krieg und Unterdrückung“¹⁵, die aber nach dem SPD-Grundsatzprogramm ein fernes, utopisches Ziel ist, real existiert.

Mit der verabsolutierenden Gegenüberstellung und der Entstellung der Begriffe Demokratie und Diktatur versuchen die Rechtssozialisten ihre antikommunistische Hetze zu rechtfertigen und den volksfeindlichen Charakter des monopolkapitalistischen Staates zu tarnen. Die SPD-Führung führt ihre in der Vergangenheit vertretene These vom „Zwei-Fronten-Kampf“, mit der sie ihren Ein-Fronten-Kampf gegen den Kommunismus und ihr Paktieren mit den herrschenden Kreisen Bonns bemäntelte, selbst ad absurdum, indem sie sich zum Bonner Staat bekennt und in ihrem Grundsatzprogramm erklärt: „In der Demokratie müssen die Rechte der Minderheit neben den Rechten der Mehrheit gewahrt werden. Regierung und Opposition haben verschiedene Aufgaben von gleichem Rang; beide tragen Verantwortung für den Staat.“¹⁶ Damit nun kein Irrtum entsteht, um welchen Staat es sich hierbei handelt, schreibt Erler: „Der Staat, in dem wir leben, ist unser (!) Staat. Die Bundesrepublik Deutschland ist... (der)... Staat, in dem wir leben und wirken und den wir gestalten wollen.“¹⁷ Und in der außenpolitischen Debatte des Bonner Bundestages am 30. Juni 1960, in der die rechten SPD-Führer ihre völlige Kapitulation vor den westdeutschen Imperialisten und Militaristen und ihrer NATO-Atomkriegspolitik vollzogen, erklärte Erler: „Wir bekennen uns zu diesem Staat, wir bekämpfen nicht diesen Staat...“¹⁸ Wehner versuchte in der gleichen Debatte, diesem Bekenntnis zur militaristisch-klerikalen Diktatur durch die demagogische Gegenüberstellung der Begriffe „Gegnerschaft“ und „Feindschaft“ eine „theoretische“ Begründung zu geben: „Innenpolitische Gegnerschaft belebt die Demokratie, aber ein Feindverhältnis, wie es von manchen gesucht und angestrebt wird, tötet schließlich die Demokratie...“¹⁹

Aus all dem wird sichtbar, daß die verschwommenen Phrasen des SPD-Grundsatzprogramms über Demokratie und Freiheit sowie die Feststellungen Knoeringens und Arndts — „Für uns ist die Demokratie heute ein Wert an sich“ und

¹⁵ Ebenda: S. 27

¹⁶ Ebenda: S. 10

¹⁷ Fritz Erler: SPD und Landesverteidigung. In: Vorwärts, 5. 1. 1960.

¹⁸ Vorwärts, 8. 7. 1960 ¹⁹ Ebenda

die „Demokratie“ sei „eine Lebenshaltung zu jeder Stunde“²⁰ — allein dem Zweck dienen, die Volksmassen zu täuschen und irrezuführen und sie vor den Kriegskarren der Bonner Militaristen zu spannen.

Was die Forderung des Grundsatzprogramms nach Wahrung der „Rechte der Minderheit“ betrifft, so kann sie die herrschenden Kreise nur mit Genugtuung erfüllen, denn die Minderheit in Westdeutschland, das sind die imperialistischen und militaristischen Kräfte, die im Interesse ihrer Revanche- und Eroberungspolitik die Atomrüstung betreiben. Die Mehrheit aber, das sind die friedliebenden und demokratischen Kräfte, die Frieden und wirklich demokratische Verhältnisse wollen. Zwischen dieser Mehrheit des Volkes und der gegenwärtig noch herrschenden Minderheit in Westdeutschland gibt es nichts Gemeinsames, sondern zwischen ihnen besteht ein tiefer antagonistischer Gegensatz, der nur durch die Bändigung der reaktionären Minderheit und die Beseitigung ihrer staatlichen Diktatur überwunden werden kann. Wer unter den derzeitigen gesellschaftlichen Verhältnissen Westdeutschlands „Rechte“ für die Minderheit fordert, stellt sich objektiv gegen die demokratische Mehrheit des Volkes, die ja gerade, entgegen den Bestrebungen der rechten SPD-Führer, gegen die antidemokratische und antinationale Politik der herrschenden Minderheit kämpft.

Selbst wenn man unterstellt, daß die rechten Führer der SPD, die den Parteiapparat an sich gerissen haben und im Parteivorstand sowie in der Bundestagsfraktion den Ton angeben, unter der „Minderheit“, die angeblich Opposition betreibt, sich selbst verstehen, ändert das nicht das geringste am Wesen der Sache. Der Verrat der Wehner-Brandt-Gruppe vom 30. Juni hat gezeigt, daß die Interessen *dieser* Minderheit mit den Interessen der SPD-Mitglieder, der Arbeiter, Bauern, Handwerker, Intellektuellen usw., d. h. der Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung ebenso unvereinbar sind wie jene der herrschenden imperialistischen und militaristischen Kräfte. Ob also die herrschende Minderheit — wie das gegenwärtig in Westdeutschland der Fall ist — durch ein undemokratisches Mehrheitswahlsystem, durch Sperrklauseln, Wahlterror und Wahlbetrug sich die „demokratische Legitimation“ ergaunert, weiterzuregieren oder ob unter bestimmten Bedingungen ihre Interessen durch rechtssozialistische, reformistische Politiker vertreten werden — solange nicht die Arbeiter gemeinsam mit allen demokratischen Volksschichten die Politik bestimmen, solange nicht die Parlamente wirkliche Interessenvertretungen des Volkes darstellen, solange nicht der Einfluß der Rüstungsmonopole auf die Außen- und Innenpolitik beseitigt und Faschisten, Revanchisten und Militaristen aus dem Bonner Staatsapparat entfernt sind — solange kann von wirklich parlamentarisch-demokratischen Verhältnissen keine Rede sein. Eine wirklich revolutionäre Partei der Arbeiterklasse jedoch, die den reaktionären Kräften und ihrer staatlichen Diktatur unversöhnlich gegenübersteht, vertritt dagegen objektiv immer die Interessen der Mehrheit des Volkes und sie repräsentiert diese Mehrheit auch dann, wenn es ihr im Kampf um die Gewinnung der Wähler infolge des Terrors und der größeren Möglichkeiten der herrschenden imperialistischen Minderheit zur Massenbeeinflussung nicht gelingt, bei Wahlen die Stimmenmehrheit zu erhalten. Sie vertritt die Interessen der Mehrheit auch dann, wenn sie, wie die KPD, durch die imperialistischen Machthaber in die Illegalität getrieben wird und zeitweilig nicht die Möglichkeit hat, ihre Prinzipien und Ziele legal zu propagieren.

²⁰ Die Debatte. Nr. 41. Nov. 1959

Entgegen den Erklärungen rechter sozialdemokratischer Führer über ein angeblich „positives Verhältnis“ der Arbeiterklasse zum gegenwärtigen monopolkapitalistischen Staat in Westdeutschland und in anderen imperialistischen Ländern zeigen die Tatsachen, daß sich der Antagonismus zwischen der Arbeiterklasse und der imperialistischen Diktatur, der Widerspruch zwischen den friedlichen und demokratischen Interessen der Volksmassen und der volksfeindlichen Atomkriegspolitik der herrschenden Kreise ständig verschärft.

*

*

*

Die historische Entwicklung bestätigt die marxistische Erkenntnis, daß auch die kapitalistischen Verhältnisse nichts Starres, Unveränderliches sind, sowohl was ihre historische Vergänglichkeit betrifft als auch hinsichtlich der Entwicklung innerhalb dieser Verhältnisse.

Auf der Grundlage der Untersuchungen von Marx und Engels analysierte *Lenin* die Veränderungen innerhalb des Kapitalismus in seinem letzten historischen Stadium und deckte deren Gesetzmäßigkeiten auf. *Lenin* wies nach, daß diese Veränderungen im höchsten Stadium des Kapitalismus — dem Imperialismus — unmittelbar an den Sozialismus heranzuführen und die materiellen Voraussetzungen für die Durchführung der sozialistischen Revolution schaffen. Der Marxismus-Leninismus hat niemals behauptet, daß in der imperialistischen Epoche des Kapitalismus keinerlei politische und ökonomische Entwicklung und Veränderung vor sich geht. „Es wäre ein Fehler zu glauben“, schrieb *Lenin*, „daß diese Fäulnistendenz (des Imperialismus — W.S.) ein rasches Wachstum des Kapitalismus ausschließe; durchaus nicht: einzelne Industriezweige, einzelne Schichten der Bourgeoisie und einzelne Länder offenbaren im Zeitalter des Imperialismus mehr oder minder stark bald die eine, bald die andere dieser Tendenzen. Im großen und ganzen wächst der Kapitalismus bedeutend schneller als früher, aber dieses Wachstum wird nicht nur im allgemeinen immer ungleichmäßiger, sondern die Ungleichmäßigkeit äußert sich auch im besonderen in der Fäulnis der kapitalkräftigen Länder...“²¹

Diese *Entwicklung im Rahmen* der kapitalistischen Produktionsverhältnisse führt aber nicht zu einer Veränderung des *Wesens* des Kapitalismus. Die Veränderungen in den *Formen* des Kapitalismus, die vor allem auf der zunehmenden Konzentration und Zentralisation der Produktion und des Kapitals, auf einer Verstärkung des gesellschaftlichen Charakters des kapitalistischen Produktionsprozesses beruhen, berühren nicht das Wesen des kapitalistischen Systems. Alle Merkmale des Kapitalismus, der Grundwiderspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privatkapitalistischen Form der Aneignung sowie alle anderen Widersprüche, die Konkurrenz und Anarchie, die Krisen, die Arbeitslosigkeit, die Nichtausnutzung der Produktionskapazitäten, die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung der kapitalistischen Länder, die die Tendenz zu kriegesischen Konflikten in sich birgt — alle diese Merkmale verschwinden nicht. Die Widersprüche des Kapitalismus existieren nicht nur weiter,

²¹ W. I. Lenin: Ausgewählte Werke in 2 Bd. Moskau 1946. Bd. I. S. 871 f.

sondern sie verschärfen sich in der Epoche des Imperialismus in ungeheurem Maße. Soweit heute *neue* Erscheinungen innerhalb der kapitalistischen Staats- und Gesellschaftsordnung anzutreffen sind, kennzeichnen diese nicht ein neues Wesen dieser Ordnung, sondern sie verstärken vielmehr den Parasitismus, das antidemokratische und volksfeindliche Wesen des Imperialismus.

Die Ideologen des heutigen Reformismus und Revisionismus behaupten nun, daß sich das Wesen des Kapitalismus und insbesondere das Wesen des bürgerlichen Staates gewandelt hat. Sie stützen sich dabei auf gewisse Veränderungen der *Erscheinungsformen* des Kapitalismus und des bürgerlichen Staates — bei deren Beschreibung sie allerdings nur jene Veränderungen hervorheben, die ihre reformistische und arbeiterfeindliche Politik rechtfertigen sollen —, und sehen in diesen Veränderungen eine Wandlung des Wesens der kapitalistischen Ordnung.

Die Verwechslung des Wesens der ökonomischen und politischen Prozesse des Kapitalismus mit ihren Erscheinungsformen, die der Reformismus mit der offen bürgerlichen Apologetik gemein hat, ist nicht neu. Sie ist typisch für alle offenen und versteckten Verteidiger der kapitalistischen Ausbeuterordnung.

Einer der „neuen“ Züge des heutigen Kapitalismus, die angeblich zu einer Veränderung seines Wesens geführt haben, besteht nach dem Godesberger Programm der SPD in der Eigentumsfrage: „In der Großwirtschaft ist die Verfügungsgewalt überwiegend Managern zugefallen, die ihrerseits anonymen Mächten dienen. Damit hat das Privateigentum an den Produktionsmitteln hier weitgehend seine Verfügungsgewalt verloren.“²² Und Benedikt Kautsky, der kürzlich verstorbene Chefideologe der Sozialistischen Partei Österreichs, der auch maßgeblich an der Ausarbeitung des SPD-Programms beteiligt war, schreibt: „Man könnte — ein wenig überspitzt — sagen, daß der Sozialismus die Expropriation der Kapitalisten nicht mehr durchzuführen braucht, weil ihm diese Aufgabe von den Managern abgenommen worden ist (!)“²³

Das einzig „Neue“ an diesen Feststellungen ist eine neue Variante der These vom allmählichen „Hineinwachsen in den Sozialismus“ und eine neue Spielart der bürgerlichen Elite-Theorie, nach der einzelne Persönlichkeiten die Geschichte machen und die nunmehr sogar — man höre und staune — der Arbeiterklasse die Durchführung der sozialistischen Revolution abgenommen haben!

Was aber ist an der Erscheinung, daß Unternehmen von „Managern“, d. h. von hochdotierten Angestellten, geleitet und verwaltet werden, eigentlich „neu“? Die Trennung der Kapitalbesitzer von der Leitung der Produktion ist — zumindest in der Tendenz — so alt wie der Kapitalismus selbst und zeigt sich im besonderen in den Aktien-Gesellschaften. Nicht der „arbeitende“ Unternehmer ist für den Kapitalismus typisch, sondern der Parasit, der Rentier. „Die Trennung des Kapitaleigentums von der Anwendung des Kapitals in der Produktion“, schrieb Lenin, „die Trennung des Geldkapitals vom industriellen oder produktiven Kapital, die Trennung des Rentners, der ausschließlich vom Ertrag des Geldkapitals lebt, vom Unternehmer und allen unmittelbar über das Kapital verfügenden Personen ist dem Kapitalismus überhaupt eigen. Der Imperialismus oder die Herrschaft des Finanzkapitals ist jene höchste Stufe des Kapitalismus,

²² Grundsatzprogramm der SPD. S. 15

²³ B. Kautsky: Zur Programmatik des Sozialismus in der Gegenwart. In: Die neue Gesellschaft. Heft I/1960

wo diese Trennung gewaltige Ausdehnung erreicht. Das Übergewicht des Finanzkapitals über alle übrigen Formen des Kapitals bedeutet die Vorherrschaft des Rentners und der Finanzoligarchie...“²⁴

Im Programm der SPD wird bewußt verschwiegen, daß die sogenannten „anonymen Mächte“ die Namen von Abs, Pferdenges, Flick, Stinnes, Thyssen, Krupp, Reusch, Haniel, Hoesch, Klöckner, Werhahn u. a. tragen. Es wird verschwiegen, daß die sogenannten Manager, die oft selbst Besitzer großer Aktienpakete sind, klassenmäßig zur Bourgeoisie gehören und einzig und allein den Interessen der reaktionären Kreise des Finanzkapitals dienen.²⁵ Sie haben die gleichen Profitinteressen wie die Kapitalbesitzer selbst, auch wenn sie „nur“ Angestellte sind.

Die wachsende Konzentration der kapitalistischen Produktion, die Weiterentwicklung des gesellschaftlichen Charakters der Produktion hat nicht das geringste mit einer Vergesellschaftung der Produktionsmittel, mit einer Expropriation der Kapitalisten als Klasse zu tun. Was aber die Expropriation der einen Kapitalisten durch andere Kapitalisten — und nicht durch die Manager! — betrifft, so ist auch diese Erscheinung nicht neu. „Je ein Kapitalist schlägt viele tot“, schrieb Marx.²⁶ Durch diesen Prozeß erfolgt jedoch keine Veränderung im Wesen des Kapitalismus, weil sich die Produktionsmittel nach wie vor in den Händen privatkapitalistischer Eigentümer befinden und weil die Arbeiterklasse nach wie vor ausgebeutet wird. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß die ins riesenhafte gewachsenen Monopole nicht mehr einem einzelnen, sondern mehreren Kapitalisten gehören, daß es die Arbeiter in ihrem ökonomischen Kampf immer mehr mit den Verbänden dieser Kapitalisten zu tun haben und daß sich der Staat in die Konflikte zwischen Arbeitern und Unternehmern aktiv einmischt.²⁷

Die These vom „veränderten Wesen des Kapitalismus“ wird heute von allen führenden Kreisen der sozialreformistischen Parteien mehr oder weniger offen verteidigt, wobei die Ideologen der englischen Labour-Party besonderen Eifer an den Tag legen. Einer von ihnen, John Strachey, hat in seinem Buch „Contemporary Capitalism“ den Versuch unternommen, diese These „wissenschaftlich“

²⁴ W. I. Lenin: Ausg. Werke in 2 Bd. Bd. I. S. 814; s. a. K. Marx: Das Kapital. Bd. III. Berlin 1953. S. 477 f.

²⁵ „Nicht selten wird erklärt, die Frage, wer im Besitz des großen Eigentums sei, brauchte die Sozialisten unserer Tage nicht mehr zu beunruhigen. Die Manager seien es, die wirklich zählen, und sie sind ganz nette Burschen, die ihre Arbeit, so gut sie können, verrichten und außerdem, indem sie die Produktion und damit natürlich auch die Gewinne für ihre Firma erhöhen, dem allgemeinen Wohl dienen. Jüngste Untersuchungen deuten jedoch darauf hin, daß Besitzer und Betriebsführung in Industrie und Finanz doch enger verbunden sind, als gemeinhin angenommen wird. Die Manager heiraten in diese Kreise ein, schicken ihre Kinder in dieselben Schulen, besuchen dieselben Klubs und identifizieren ihre Interessen mit denen der Besitzenden. Die Erfahrungen des sogenannten ‚Direktoreninstituts‘ weisen darauf hin, daß die Manager auf das Wohlwollen einiger Labourführer nicht reagieren. Sie bestehen nicht nur darauf, Industrie und Finanzen, sondern durch ihr erkorenes Instrument, die konservative Partei, auch die nationalen Angelegenheiten zu kontrollieren.“ (N. Birnbaum: Ideals or Reality?, The Socialist Commentary. London. Nr. 9/1959. S. 6)

²⁶ K. Marx: Das Kapital. Bd. I. S. 803

²⁷ Ein drastisches Beispiel dafür ist der Streik der schleswig-holsteinischen Metallarbeiter vom Jahre 1956/57. Auf Grund der Forderungen des schleswig-holsteinischen Unternehmerverbandes nach „Schadenersatz“ verurteilte das Bundesarbeitsgericht in Kassel die IG Metall zur Zahlung der den Unternehmern durch den Streik entstandenen Verluste.

zu begründen. Er hat dort eine Reihe von „Gründen“ dafür angeführt, daß sich „das Wesen des Systems verändert“ hat.²⁹

Kurz zusammengefaßt bestehen diese Gründe in folgendem: in der Beeinflussung der Preise „innerhalb gewisser Grenzen“; in der Ungleichmäßigkeit der Konzentration der Produktion und ihrer Auswirkung auf das Verhältnis zwischen den einzelnen Ländern; in der Verbindung des Staates mit dem Produktionsprozeß; in neuen Formen der Kapitalakkumulation; in der Leitung der Großunternehmen durch Manager und in der statistischen Meßbarkeit und dadurch Kontrollier- und Regulierbarkeit der Wirtschaftsvorgänge.

Auf den ersten Blick erkennt man, daß es sich hier — und auch das nur zum Teil — um einige neue Erscheinungen handelt, die nicht über den Rahmen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse hinausgehen und nichts am Wesen dieser Verhältnisse ändern. Am Schluß seines Buches ist Strachey schließlich selbst gezwungen, diese Tatsache zuzugeben. Er erklärt, daß der Kapitalismus seine Probleme nicht gelöst hat und daß eine Lösung nur möglich ist „mittels der Umformung des Wesens der Ordnung und deren schließlicher Fortentwicklung zu etwas nicht länger als Kapitalismus zu bezeichnendem Neuen...“²⁹

Strachey widerspricht hier also seiner eingangs aufgestellten Behauptung, daß sich das Wesen des kapitalistischen Systems verändert habe. In derartige Widersprüche verwickeln sich alle Ideologen des Reformismus, die den Versuch machen, den Kapitalismus zu beschönigen und sein wirkliches Wesen zu leugnen, die zugleich aber gezwungen sind, auf einige der schlimmsten Auswirkungen dieses Systems hinzuweisen, um nicht völlig ihren Einfluß auf die werktätigen Massen zu verlieren.

Wenn die heutigen Reformisten von einer Veränderung des Wesens des Kapitalismus sprechen, so verstehen sie darunter in erster Linie Veränderungen, die angeblich zu einer Veränderung des Wesens des bürgerlichen *Staates* geführt haben. Die an sich schon komplizierte Frage des Staates, seines Wesens und seiner Rolle, wird sowohl von den offenen Verteidigern des gegenwärtigen Kapitalismus als auch von den reformistischen Ideologen zusätzlich kompliziert und verwirrt, „weil sie (die in dieser Beziehung nur den Grundlagen der ökonomischen Wissenschaft nachsteht) die Interessen der herrschenden Klassen stärker berührt als irgendeine andere Frage“.³⁰ Neben einigen richtigen, wenn auch sehr allgemein gefaßten Feststellungen³¹, gibt es im Godesberger Programm der SPD

²⁹ J. Strachey: *Kapitalismus heute und morgen* (deutsche Ausgabe von „Contemporary Capitalism“). Düsseldorf 1957. S. 23 ff.

²⁹ Ebenda: S. 283

³⁰ W. I. Lenin: *Marx-Engels-Marxismus*. Moskau 1947. S. 357 f.

³¹ „Ein wesentliches Kennzeichen der modernen Wirtschaft ist der ständig sich verstärkende Konzentrationsprozeß...“

Wer in den Großorganisationen der Wirtschaft die Verfügung über Millionenwerte und über Zehntausende von Arbeitnehmern hat, der wirtschaftet nicht nur, er übt Herrschaftsmacht über Menschen aus; die Abhängigkeit der Arbeiter und Angestellten geht weit über das Ökonomisch-Materielle hinaus.

Wo das Großunternehmen vorherrscht, gibt es keinen freien Wettbewerb. Wer nicht über gleiche Macht verfügt, hat nicht die gleiche Entfaltungsmöglichkeit, er ist mehr oder minder unfrei... Mit ihrer durch Kartelle und Verbände noch gesteigerten Macht gewinnen die führenden Männer der Großwirtschaft einen Einfluß auf Staat und Politik, der mit demokratischen Grundsätzen nicht vereinbar ist. Sie usurpieren Staatsgewalt. Wirtschaftliche Macht wird zu politischer Macht.“ (Grundsatzprogramm der SPD. S. 14)

Auffassungen, die den politischen Verhältnissen in Westdeutschland direkt widersprechen. Zu ihnen gehört die Behauptung „Der einst schutz- und rechtlose Proletarier . . ., der einst das bloße Ausbeutungsobjekt der herrschenden Klassen war, nimmt jetzt seinen Platz ein als Staatsbürger mit anerkannten (!) gleichen Rechten und Pflichten“.³²

Diese Auffassung vertrat auch B. Kautsky, der in dem bereits zitierten Artikel schrieb: „Unter dem Einfluß der sozialistischen Parteien hat sich die bürgerliche Demokratie weitgehend gewandelt. Ohne daß sich das Wesen des kapitalistischen Systems — die polare Gegenüberstellung von kapitalistischen Unternehmern auf der einen und Arbeitern und Angestellten auf der anderen Seite — gewandelt hätte³³, sind doch neue politische und kulturelle Formen an die Stelle der alten getreten.“ Der Staat sei heute nicht mehr die „Zwangsgesellschaft der ausbeutenden Schichten . . ., sondern er trägt Züge des Wohlfahrtsstaates“ und damit sei „... die frühere gesellschaftliche Diskriminierung der Arbeiterschaft weitgehend beseitigt...“³⁴

Für die reformistische Auffassung von der Veränderung des Wesens des bürgerlichen Staates und der bürgerlichen Demokratie ist kennzeichnend, daß ihre Anhänger den staatlichen Überbau von seiner ökonomischen Basis, die Politik von der Ökonomie trennen. Diese metaphysische Trennung, die in allen Richtungen der bürgerlichen Apologetik anzutreffen ist, machte auch der alte Reformismus. Die heutigen Reformisten aber schreiben dem bürgerlichen Staat nicht nur eine selbständige und von der kapitalistischen Basis völlig unabhängige Rolle zu, sondern sie dichten ihm Funktionen und eine Rolle im gesellschaftlichen Leben an, die ihn zu einem „klassenindifferenten“ Organ, ja mehr noch, geradezu zu einer Interessenvertretung der werktätigen Massen und zu einem Gegner der Monopole machen. Die Adenauer-Regierung hat allerdings erst in der jüngsten Vergangenheit wieder mit ihren antisozialen Gesetzen über die Verschlechterung der Krankenversicherung und die Mietpreiserhöhungen, von deren Auswirkungen Millionen Menschen betroffen werden sowie mit ihren staatlichen Maßnahmen gegen die berechtigten Lohnforderungen der westdeutschen Arbeiter bewiesen, daß das Bonner System ein Feind der Werktätigen und des Volkes ist. Wenn sich jedoch, wie die führenden Vertreter der heutigen Sozialdemokratie trotz dieser gegenteiligen Tatsachen behaupten, das Wesen des bürgerlichen Staates gewandelt hat, dann wäre folglich ein Kampf gegen die bestehende Staatsmacht falsch und jeder Widerstand gegen die Politik des Staates richtete sich gegen die Interessen der Werktätigen selbst. Gerade eine solche Vorstellung versuchen die heutigen Rechtssozialisten bei den Massen zu erzeugen, um jegliche Aktionen gegen die Diktatur der Monopole und Militaristen und deren Politik zu verhindern.

In Anlehnung an die seit Jahrzehnten propagierte These des Reformismus, in den kapitalistischen Ländern herrsche angeblich politische Demokratie, die lediglich noch durch die sogenannte Wirtschaftsdemokratie ergänzt werden müsse, behauptet Pollak, „die sozialistische Arbeiterbewegung in den entwickelten (fort-

³² Ebenda: S. 26

³³ Obwohl auch hier das wirkliche Wesen des modernen Kapitalismus verwässert wird, ist dieses Eingeständnis immerhin interessant — d. Verf.

³⁴ B. Kautsky: Zur Programmatik des Sozialismus in der Gegenwart. In: Die neue Gesellschaft. Heft 1/1960. S. 18

geschrittenen) Ländern“ — womit er die imperialistischen Länder meint — befinde sich „in der Etappe des Hineinwachsens der Arbeiterklasse in den Staat, ihrer Integration in die Nation“.³⁵ Entgegen der Tatsache, daß es zwischen antagonistischen Klassen keine Teilung der Macht gibt und nicht geben kann und daß der moderne bürgerliche Staat das Machtinstrument der ökonomisch stärksten Monopolgruppen ist, erklärt Pollak: „Der Staat gehört nicht mehr allein der Bourgeoisie... Sie (die Arbeiter — W.S.) teilen ihn und teilen vielfach die Regierung des Staates mit anderen Klassen. Aber sie haben Anteil daran, die Arbeitenden sind Subjekte des Regierens geworden.“³⁶

Pollak bleibt den Beweis für diese Behauptung schuldig und er kann einen solchen Beweis auch nicht antreten, weil die Beteiligung an bürgerlichen Regierungen und selbst die Führung der Regierungsgeschäfte seitens rechter Sozialdemokraten nicht eine Teilung der Staatsmacht zwischen der Bourgeoisie und der Arbeiterklasse oder gar die Machtausübung durch die Arbeiterklasse bedeutet. Das Vorhandensein rechtssozialistischer Regierungen z. B. in Schweden, zeitweilig in England und einigen anderen Ländern hat nicht zu einer grundlegenden Umgestaltung der kapitalistischen Verhältnisse und zur Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft geführt. Die Politik dieser Regierungen führte zu einer Festigung der Herrschaft der Monopole und selbst — wie im Falle der Regierung Guy Mollet in Frankreich — zur Entfesselung imperialistischer Überfälle auf andere Länder. Die rechten Führer der Sozialdemokratie, die sich in der Abhängigkeit der kapitalistischen Monopole befinden, eng mit deren staatlichen Einrichtungen verfilzt³⁷ und vollständig der bürgerlichen Ideologie verhaftet sind, denken gar nicht daran, das kapitalistische Privateigentum anzutasten und Maßnahmen zur Zurückdrängung und Liquidierung der kapitalistischen Monopole zu ergreifen. Daher ist für die Monopolbourgeoisie unter bestimmten Bedingungen die Teilnahme reformistischer Politiker an der Regierung von Vorteil, weil deren Einfluß auf Teile der Werktätigen der Verlängerung ihrer Klassendiktatur und der Fortsetzung der Ausbeutung dient.

Abgesehen davon, daß angesichts des Atomkriegskurses und der Vorbereitung einer Notstandsdictatur durch die herrschenden Kreise Bonns von einer Teilnahme der Arbeiterklasse an diesem Staat und von einer Mitverantwortung für diese Politik keine Rede sein kann, bedeutete selbst das Zustandekommen einer Regierungsmehrheit rechter SPD-Führer vom Schlage Brandts, Wehners, Mommers, Erlers und v. Knoeringens nicht nur nicht die Übernahme der politischen Führung der Bundesrepublik durch die Arbeiterklasse, sondern vielmehr die Fortsetzung der arbeiter- und volksfeindlichen Politik der Adenauer-Regierung. Das wird besonders deutlich durch die Erklärungen Wehners und Erlers in der Bonner Bundestagsitzung vom 30. Juni 1960:

„Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands geht davon aus, daß das europäische und demokratische Vertragssystem, dem die Bundesrepublik angehört, Grundlage für alle Bemühungen der deutschen Außen- und Wiedervereinigungspolitik ist... Die Bundesrepublik ist ein zuverlässiger Vertragspartner, gleich-

³⁵ O. Pollak: Referat auf dem Kongreß der Sozialistischen Internationale in Hamburg. In: Vorwärts. Nr. 30 vom 24. 7. 1959

³⁶ Ebenda

³⁷ Vgl. W. Kryzanowski, G. Neuckranz, W. Strauß: Der Verrat der Wehner-Brandt-Gruppe und die Gemeinsamkeiten der deutschen Arbeiter. In: Einheit. Heft 8/1960. S. 1233 ff.

gültig ob die jetzige Regierung oder die gegenwärtige Opposition als Regierung die Geschäfte führt.“ Die Opposition sei nicht „weniger verantwortungsfreudig“ als die Regierung.³⁸

In der gleichen Debatte versuchte Erler, die Mitglieder und Anhänger der SPD mit der Behauptung zu täuschen, das Bekenntnis zum Bonner Staat und zur NATO sei „kein Bekenntnis zum Kapitalismus“. Mit dieser Demagogie sollen die werktätigen Massen irregeführt und zur Unterstützung der aggressiven Politik der herrschenden Kreise Westdeutschlands bewegt werden. Erler hatte bereits vor einem Jahr von der Bonner Regierung eine „angemessene Mitwirkung“ der SPD „in diesem (!) Staat“ verlangt. Er und andere rechte SPD-Führer sind bereits in den Bonner Staat „integriert“ und ihre einzige Sorge besteht darin, nicht mehr „mitmachen“ zu können. Deshalb dürfe die SPD — wie Erler erklärte — „nicht selbst dazu beitragen, daß sie aus dem Staat hinausgedrängt werden kann“.³⁹ Das ist gewissermaßen die „Begründung“ der rechten Führer der SPD für ihr ständiges prinzipienloses Zurückweichen vor dem Druck der Militaristen, für die völlige Preisgabe jedes eigenen Standpunktes, der dem politischen Kurs der herrschenden Adenauer-Clique entgegensteht. Durch derartige „Argumente“, die auch ihren Niederschlag im Godesberger Programm der SPD fanden und mit denen die rechten SPD-Führer ihr Paktieren mit den Imperialisten und Militaristen zu rechtfertigen suchen, wurde ihr vollständiger Übergang auf die Positionen der herrschenden Kreise Bonns und ihr Verrat an den Interessen des Volkes vom 30. Juni vorbereitet.

*

*

*

Bei den neuen Erscheinungen innerhalb des Kapitalismus und des bürgerlichen Staates, auf die sich die heutigen Reformisten und die Befürworter des Bonner Staates in der SPD-Führung berufen, handelt es sich vor allem um jene Erscheinungen, die die Entwicklung des *staatsmonopolistischen Kapitalismus* kennzeichnen.

Der staatsmonopolistische Kapitalismus ist in der Tat die wichtigste neue Erscheinungsform der letzten Jahrzehnte innerhalb des kapitalistischen Systems. Er ist die Verschmelzung des bürgerlichen Staates (unabhängig von dessen politischer Form) mit den Monopolen bzw. den stärksten Monopol-Gruppen bei völliger Unterordnung des Staates unter die Monopole und Ausnutzung des gesamten Staatsapparates durch die Monopole im Interesse der Sicherung ihrer Maximalprofite und zur Durchsetzung ihrer aggressiven, antidemokratischen Ziele. Diese Verschmelzung zeigt sich in der Existenz der Staatsmonopole — unmittelbar staatlicher Unternehmungen wie auch staatlich unterstützter und begünstigter Monopolbetriebe —, in deren Interesse der Staat als das Machtinstrument der imperialistischen Finanzoligarchie bestimmte ökonomische Funktionen ausübt. „Die Verstaatlichung der Industrie“, sagte *Lenin* im Jahre 1917, „ist nicht nur in Deutschland fortgeschritten, sondern auch in England. Vom Monopol schlechthin ist man zum Staatsmonopol gekommen. Die objektive Lage der Dinge hat gezeigt, daß der

³⁸ Vorwärts. Nr. 28 vom 8. 7. 1960

³⁹ Vorwärts. 30. 10. 1959

Krieg die Entwicklung des Kapitalismus beschleunigt hat, sie ist vom Kapitalismus zum Imperialismus, vom Monopol zur Verstaatlichung fortgeschritten.“⁴⁰

Die Herausbildung und Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus vollzog sich auf dem Boden und im Rahmen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Er ist das gesetzmäßige Resultat der inneren Entwicklung des Kapitalismus, eine Erscheinungsform seines höchsten und letzten Stadiums, des Imperialismus.

Vor mehr als 80 Jahren bereits charakterisierte Friedrich Engels in seinem „Anti-Dühring“ diese Entwicklung mit folgenden Worten: „In den Trusten schlägt die freie Konkurrenz um ins Monopol, kapituliert die planlose Produktion der kapitalistischen Gesellschaft vor der planmäßigen Produktion der hereinbrechenden sozialistischen Gesellschaft. Allerdings zunächst noch zu Nutz und Frommen der Kapitalisten ...“

So oder so, mit oder ohne Truste, muß schließlich der offizielle Repräsentant der kapitalistischen Gesellschaft, der Staat, ihre (der Produktion — W. S.) Leitung übernehmen.“⁴¹ Engels nimmt gewissermaßen die Entgegnung auf die Auffassungen der modernen Reformisten, die in der Einmischung des Staates in die Wirtschaft ein „verändertes Wesen“ des Kapitalismus erblicken, vorweg, wenn er schreibt: „Aber weder die Verwandlung in Aktiengesellschaften und Truste, noch die in Staatseigentum, hebt die Kapitaleigenschaft der Produktivkräfte auf. Bei den Aktiengesellschaften und Trusten liegt dies auf der Hand. Und der moderne Staat ist wieder nur die Organisation, welche sich die bürgerliche Gesellschaft gibt, um die allgemeinen äußern Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise aufrechtzuerhalten gegen Übergriffe, sowohl der Arbeiter wie der einzelnen Kapitalisten. Der moderne Staat, was auch seine Form, ist eine wesentlich kapitalistische Maschine, Staat der Kapitalisten, der ideelle Gesamtkapitalist. Je mehr Produktivkräfte er in sein Eigentum übernimmt, desto mehr wird er wirklicher Gesamtkapitalist, desto mehr Staatsbürger beutet er aus. Die Arbeiter bleiben Lohnarbeiter, Proletarier. Das Kapitalverhältnis wird nicht aufgehoben, es wird vielmehr auf die Spitze getrieben.“⁴²

Die Notwendigkeit des staatsmonopolistischen Kapitalismus ergibt sich aus der Weiterentwicklung der Produktivkräfte, aus der Verstärkung des gesellschaftlichen Charakters des kapitalistischen Produktionsprozesses und aus der damit verbundenen außerordentlichen Verschärfung des Grundwiderspruchs und aller anderen inneren Widersprüche des kapitalistischen Systems. Die auf der Wirkung des ökonomischen Grundgesetzes des Kapitalismus und des Gesetzes der Konkurrenz und Anarchie beruhende Konzentration und Zentralisation der Produktion und des Kapitals und die damit verbundene Differenzierung innerhalb der Bourgeoisie machen eine Unterwerfung und Ausnutzung des Staates durch die Finanzoligarchie nicht nur notwendig, sondern auch möglich. Nur mit Hilfe des Staates sind die Monopole in der Lage, dem durch die ständige Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals hervorgerufenen tendenziellen Fall der Profitrate entgegenzuwirken und sich auf Kosten der Mehrheit der Bevölkerung Maximalprofite zu sichern. Die Notwendigkeit der Ausnutzung des bürgerlichen Staates und die Übertragung bestimmter ökonomischer Funktionen auf den Staat

⁴⁰ W. I. Lenin: Werke. Bd. 24. Berlin 1959. S. 229

⁴¹ Fr. Engels: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft. Berlin 1953. S. 343 f.

⁴² Ebenda: S. 345

im Interesse der Monopolbourgeoisie entstand und vergrößerte sich in dem Maße, wie sich die ungleichmäßige Entwicklung zwischen den einzelnen Unternehmen und zwischen den einzelnen kapitalistischen Ländern verstärkte, wie sich alle Widersprüche des kapitalistischen Systems verschärften und wie die Vorbereitung und Durchführung imperialistischer Kriege zur Erlangung neuer Einflußsphären und um die Neuaufteilung der Welt von den mächtigsten Gruppen des Finanzkapitals auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Durch den Ausbruch und die Entwicklung der allgemeinen Krise des kapitalistischen Systems — und insbesondere durch ihre Verschärfung in ihrer zweiten Etappe nach dem zweiten Weltkrieg — und durch die beiden Weltkriege hat sich die Tendenz zum staatsmonopolistischen Kapitalismus bedeutend verstärkt.⁴³

Die Übertragung bestimmter ökonomischer Funktionen auf den bürgerlichen Staat, deren wichtigste in der Neuverteilung des Volkseinkommens über den Staatshaushalt zugunsten der Monopole besteht⁴⁴, ist nicht vergleichbar mit der wirtschaftlich-organisatorischen Funktion, wie sie dem sozialistischen Staat eigen ist. Diese resultiert aus dem gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln, aus der Wirkung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus, insbesondere des ökonomischen Grundgesetzes des Sozialismus und des Gesetzes der planmäßigen, proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft. Unter den Bedingungen der Herrschaft des kapitalistischen Privateigentums aber — selbst dann, wenn sich ein Teil der Betriebe in der unmittelbaren Verfügungsgewalt des Staates befindet — kann der Staat nicht eine derartige Rolle spielen, die den Interessen der gesamten Gesellschaft oder auch nur ihrer Mehrheit dient. Bei aller „Planung“ innerhalb der Monopole bzw. durch den bürgerlichen Staat, z. B. bei der Produktion von Kriegsmaterial, wird insgesamt die Anarchie und Planlosigkeit der Produktion nicht aufgehoben.⁴⁵ Das bedeutet selbstverständlich nicht, daß der bürgerliche Staat überhaupt keine Rolle im Wirtschaftsleben spielt. Auch der bürgerliche Staat ist wie jede Staatsgewalt eine ökonomische Potenz, aber daraus erklärt sich noch nicht sein unmittelbares Eingreifen, seine Einschaltung in den kapitalistischen Produktionsprozeß. In der Epoche des Kapitalismus der freien Konkurrenz war, wie schon gezeigt wurde, die liberale Bourgeoisie an einer staatlichen Einmischung in die Wirtschaft nicht interessiert. Der Staat hatte vielmehr die Aufgabe, politische Schranken, die der Entfaltung des Kapitalismus im Wege standen, beiseite zu räumen. Im imperialistischen Stadium des Kapitalismus aber ist die Monopolbourgeoisie mehr und mehr gezwungen, dem Staat wirtschaftliche Aufgaben zu übertragen, die ihre Vorherrschaft sichern sollen. Die ökonomischen und politischen Maßnahmen des monopolkapitalistischen Staates richten sich daher nicht nur gegen die werktätigen Massen, sondern auch gegen die Interessen der

⁴³ Vgl. Grundlagen des Marxismus-Leninismus. Lehrbuch. Berlin 1960. S. 308 f.

⁴⁴ Andere wichtige Kennzeichen des staatsmonopolistischen Kapitalismus, die hier nicht ausführlicher dargelegt werden können. bestehen in der Erhöhung des staatlichen Verbrauchs (der Erweiterung des staatlichen Marktes, insbesondere des Rüstungsmarktes), in der Steuerbegünstigung der Monopole durch den Staat, der staatlichen Investitionsfinanzierung, der Staatsverschuldung, in der Erteilung von Staatsaufträgen an die Monopole, in staatlichen Aufkäufen usw. (Vgl. L. Maier: Zum Problem des staatsmonopolistischen Kapitalismus. In: Wirtschaftswissenschaft. Berlin. Heft 2/1960 und

F. Fűrnborg: Die Verstaatlichung in der bürgerlichen Gesellschaft — Der Standpunkt der Kommunisten. In: Probleme des Friedens und des Sozialismus. Heft 7/1960

⁴⁵ Vgl. D. A. Kerimow: Staatslehre und Revisionismus. Berlin 1959. S. 41/42

kleinen und mittleren Bourgeoisie. Die atomare Aufrüstung und die Politik des kalten Krieges, die der monopolkapitalistische westdeutsche Staat betreibt, bedrohen nicht nur das Leben der Werktätigen, sondern auch das der Kapitalisten.

Trotzdem stellt der moderne Reformismus, stellen die rechten Führer der SPD den volksfeindlichen Charakter des monopolkapitalistischen Staates in Abrede und erwarten von ihm eine Kontrolle jener ökonomischen Macht, die seine Basis darstellt. Wehner schrieb bei der Kommentierung des Godesberger Programms: „Der Kernpunkt unseres Programms ist, eine Ordnung der öffentlichen Angelegenheiten, also des Staates und der Gemeinwesen, zu schaffen, die nicht die Vorrechte jener schützt, die über die große wirtschaftliche Macht verfügen und gebieten.“⁴⁶

Es wäre müßig, sich mit den eklektizistischen Ergüssen Wehners und anderer rechter Führer der SPD, die heute die Rolle von Agenten der Monopole und Militaristen in der SPD spielen, auseinanderzusetzen, wenn diese Auffassungen nicht Illusionen bei den Werktätigen über die Rolle und das Wesen des heutigen monopolkapitalistischen Staates hervorriefen. Eine dieser Illusionen aber beruht auf der verstärkten wirtschaftlichen Tätigkeit des bürgerlichen Staates, die von imperialistischen Apologeten wie dem englischen Ökonomen Keynes und seinen reformistischen Nachbetern als Möglichkeit einer „Kontrolle“, „Lenkung“ und „Regulierung“ der kapitalistischen Wirtschaft hingestellt wird. Das ist der Versuch, die ökonomischen Grundlagen der imperialistischen Diktatur zu erhalten und zu „vervollkommen“ und die Arbeiterklasse dem monopolkapitalistischen System „anzupassen“ und unterzuordnen. Es ist der Verzicht auf jeden konkreten Schritt zur „Bändigung der Macht der Großwirtschaft“, wie sie selbst noch im Grundsatzprogramm der SPD gefordert wird.

Die rechten Führer der SPD verschleiern bewußt den untrennbaren Zusammenhang zwischen den Monopolen und dem Militarismus in Westdeutschland, zwischen dem Imperialismus und der Atomaufrüstung, zwischen wirtschaftlicher und politischer Machtkonzentration. Sie wenden sich nicht gegen die Machtkonzentration in den Händen einer kleinen imperialistischen Clique, sondern halten nur deren Mißbrauch für gefährlich!⁴⁷ Die politische und die wirtschaftliche Machtkonzentration in Westdeutschland bedingen einander und der Bonner Staat ist das politische Instrument jener Handvoll Großmonopole, die heute das gesamte gesellschaftliche Leben Westdeutschlands beherrschen. Der Gebrauch und der Mißbrauch der Macht durch die imperialistischen Kreise war und ist stets identisch. Die Rüstungsmonopole, die durch die Atomaufrüstung Milliardenprofite verdienen, mißbrauchen, d. h. gebrauchen ihre politische und ökonomische Macht stets gegen das Volk! Deist und andere rechte SPD-Führer ändern daher mit ihren Kassandrarufern über die „Gefahr des Machtmißbrauchs“ nicht das geringste an den bestehenden Zuständen in Westdeutschland, denn freiwillig verzichten die Monopolherren und Militaristen weder auf ihre Macht noch auf deren Gebrauch; sie kann ihnen nur durch die einheitliche Aktion der demokratischen Volkskräfte unter Führung der Arbeiterklasse entrissen werden.

Die Verstärkung der staatsmonopolkapitalistischen Entwicklung in Westdeutschland und in anderen imperialistischen Ländern nach dem zweiten Welt-

⁴⁶ Vorwärts. 4. 12. 1959; siehe auch: Vorwärts 8. 1. 1960

⁴⁷ Vgl. H. Deist: Rede im Bonner Bundestag. In: Das Parlament 21. 10. 1959

krieg läßt sich nicht allein aus den inneren ökonomischen Gesetzmäßigkeiten dieser Länder erklären. Sie muß im Zusammenhang mit der Entstehung und Festigung des sozialistischen Weltsystems gesehen werden. In den letzten Jahrzehnten wurde die Entwicklung des imperialistischen Systems von äußeren Faktoren beeinflußt, die die Notwendigkeit der Ausnutzung des Staates durch die Monopole im Interesse der Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft noch verstärkten.⁴⁸

Die Entstehung des sozialistischen Weltsystems im Ergebnis des zweiten Weltkrieges sowie der fortschreitende Zusammenbruch des imperialistischen Kolonialsystems haben zu einer weiteren Verschärfung aller inneren Widersprüche des Kapitalismus geführt. Der wichtigste dieser Faktoren ist die Herausbildung und Entwicklung des sozialistischen Weltsystems, das allein durch seine Existenz eine Gefahr für den Imperialismus darstellt und die historische Notwendigkeit und Möglichkeit der Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus praktisch beweist. Der Gegensatz zwischen Sozialismus und Imperialismus, dessen wichtigste Erscheinungsform der Widerspruch zwischen den Kräften des Friedens und jenen Kräften ist, die einen dritten, atomaren Weltkrieg vorbereiten, bestimmt heute die gesamte Weltpolitik. Im Kampf dieser beiden Weltsysteme verändert sich das Kräfteverhältnis in der Welt immer mehr zugunsten des sozialistischen Lagers, zugunsten aller friedliebenden und demokratischen Kräfte. Dadurch ist die reale Möglichkeit entstanden, der dem Imperialismus innewohnenden Tendenz zu kriegesischen Auseinandersetzungen entgegenzuwirken und einen dritten Weltkrieg zu verhindern.

Der wachsenden Überlegenheit des sozialistischen Lagers einerseits und der zunehmenden Schwächung des imperialistischen Systems andererseits versuchen die herrschenden Kreise der imperialistischen Staaten mit einer verstärkten Militarisierung und Faschisierung, mit einer forcierten Atomkriegsvorbereitung zu begegnen. Die reaktionären Kräfte befinden sich heute nicht nur unter dem Druck der Arbeiterklasse und aller demokratischen Kräfte der eigenen Länder, sondern zugleich auch unter dem Druck der konsequenten Friedenspolitik der Sowjetunion und des gesamten sozialistischen Lagers. Unter diesen Bedingungen sind die aggressiven imperialistischen Kreise in noch weit höherem Maße als das früher der Fall war bestrebt, die Staatsmacht im Interesse der Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft und zur Durchsetzung ihrer räuberischen Ziele auszunutzen. Es steht, wie bereits gesagt, allerdings immer weniger in ihrer Macht, den „Ausweg“ aus dem Dilemma, in dem sie sich befinden, in der Entfesselung eines Atomkrieges zu suchen. Heute ist die Lage so, daß jeder derartige Versuch mit dem

⁴⁸ Man kann sagen, daß sämtliche Erscheinungen des modernen Kapitalismus nur verstanden und richtig eingeschätzt werden können, wenn die ganze Bedeutung der sich gegenwärtig außerhalb des imperialistischen Weltsystems vollziehenden Prozesse erkannt wird.

Eine Reihe von Maßnahmen der imperialistischen Staaten, die Ausdruck der verstärkten Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus sind, resultieren aus dem Gegensatz zwischen Sozialismus und Kapitalismus und aus dem gemeinsamen Interesse der internationalen Monopolbourgeoisie, die gesetzmäßige Entwicklung zum Sozialismus hin aufzuhalten, das Kolonialsystem zu verewigen und die verlorengegangenen Machtpositionen wiederzuerobern. Das Zustandekommen solcher internationalen Zusammenschlüsse auf staatlicher Ebene wie NATO, EWG, Euratom usw. sind weitgehend, wenn nicht in erster Linie, von politischen Motiven des Kampfes gegen die sozialistischen Staaten und deren wachsende Anziehungskraft auf die Werktätigen der kapitalistischen Länder bestimmt.

Untergang des Aggressors, mit der Vernichtung des imperialistischen Systems enden würde.

Bei der Beantwortung der Frage, worin das Neue in der Entwicklung des Kapitalismus besteht, darf man also die staatsmonopolkapitalistischen Erscheinungen nicht als etwas Isoliertes betrachten, sondern muß vor allem auf jene grundlegend neuen Erscheinungen hinweisen, die sich außerhalb der imperialistischen Herrschaft und im Kampf gegen sie herausgebildet haben. Wichtig ist dabei die wachsende Bewußtheit und Organisiertheit der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern selbst sowie die Existenz einer breiten organisierten Friedensbewegung und anderer demokratischer Bewegungen.⁴⁹ Die dem Imperialismus entgegenwirkenden Faktoren heben zwar seine inneren Gesetzmäßigkeiten nicht auf, aber sie legen seiner verderblichen Politik „am Rande des Krieges“ Zügel an, verringern seine Möglichkeiten, die „Politik der Stärke“ fortzusetzen. Durch die Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Weltarena zugunsten des Sozialismus und der Friedenskräfte und durch die Zuspitzung des Widerspruchs zwischen den Volksmassen und den herrschenden Kreisen der imperialistischen Staaten vergrößern sich die Möglichkeiten für das Zustandekommen der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und für den Zusammenschluß aller antiimperialistischen und friedliebenden Kräfte im Kampf um die Sicherung des Friedens und die Erringung der Demokratie.

Das Verhältnis der westdeutschen Arbeiterklasse zum heutigen Bonner Staat wird in allererster Linie bestimmt durch den in Deutschland bestehenden Grundwiderspruch zwischen den Interessen der friedliebenden und demokratischen Kräfte des ganzen deutschen Volkes und der Politik der herrschenden Kreise Westdeutschlands. Dieser Widerspruch findet auf staatlicher Ebene seinen Ausdruck in der Existenz zweier deutscher Staaten, der Deutschen Demokratischen Republik, des ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates in der Geschichte Deutschlands, auf der einen, und der militaristisch-klerikalen Diktatur des deutschen Imperialismus in Westdeutschland auf der anderen Seite.⁵⁰

Die Deutsche Demokratische Republik ist der Staat des Friedens und des sozialen Fortschritts in Deutschland; sie ist der rechtmäßige deutsche Staat, weil sie die Interessen der ganzen Nation und die friedliche Zukunft unseres Volkes verkörpert. Die Arbeiter-und-Bauern-Macht in der Deutschen Demokratischen Republik hindert die militaristischen Kreise an der Verwirklichung ihrer NATO-Atomkriegspläne; sie ist die staatliche Basis aller patriotischen Kräfte im Kampf um die Sicherung des Friedens, die friedliche Wiedervereinigung und die Schaffung eines einheitlichen friedliebenden und demokratischen deutschen Nationalstaates.

Der westdeutsche Separatstaat, der im Ergebnis der Spaltertätigkeit der gegenwärtig herrschenden Kreise Bonns mit Unterstützung der USA-Imperialisten geschaffen und dessen Gebiet damit vom deutschen Nationalverband abgetrennt wurde, entwickelt sich immer mehr zu einer offenen Militärdiktatur. Trotzdem bejahen und unterstützen die rechten SPD-Führer aktiv diesen Staat, dessen Entstehung durch ihre verräterische Politik nach 1945 überhaupt erst möglich wurde, und bezeichnen die SPD als eine „staatserhaltende“ Partei. Der Wehner-Brandt-

⁴⁹ Vgl. N. S. Chruschtschow: Rede auf dem III. Parteitag der Rumänischen Arbeiterpartei. In: Die Presse der Sowjetunion. Nr. 75. 29. 6. 1960

⁵⁰ Siehe: Protokoll des V. Parteitages der SED. Bd. 2. S. 1402 f.

Gruppe in der SPD-Führung ging es in der Vergangenheit und geht es auch bei den kommenden Bundestagswahlen im Jahre 1961, wie Brandt selbst zugibt, gar „nicht um eine SPD-Regierung . . . Es geht um das Wohl und Wehe unserer staatlichen Gemeinschaft (!)“, d. h. um die Erhaltung der Herrschaft der Imperialisten und Militaristen. Angesichts der Tatsache, daß Westdeutschland die Rolle eines Satellitenstaates der USA spielt, angesichts der von der Deutschen Demokratischen Republik enthüllten atomaren Blitzkriegspläne des Bonner Generalstabes, die durch seine jüngste Denkschrift bestätigt wurden, bedeutet die offene Unterstützung des Bonner Staates und seiner Politik, daß sich die rechten SPD-Führer gegen den Frieden und die Demokratie, gegen die nationalen Lebensinteressen des deutschen Volkes stellen.

Die Entwicklung des Bonner Separatstaates beweist, daß die Herrschaft der Imperialisten und Militaristen mit einem dauerhaften Frieden und mit der Demokratie unvereinbar ist. Der Kampf um Frieden und Demokratie ist daher Kampf gegen diese Herrschaft, *nicht* aber ein Kampf *um* den bestehenden Bonner Staat, wie die rechten Führer der SPD ihre Kapitulationspolitik zu nennen pflegen.

Die prinzipiell feindliche Stellung der Arbeiterklasse gegenüber dem monopolkapitalistischen Staat im allgemeinen und gegenüber dem reaktionären, aggressiven und revanchistischen Regime in Westdeutschland, dessen antidemokratischer, volksfeindlicher Charakter seinen Ausdruck in der Außen- wie in der Innenpolitik, auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet findet, im besonderen, bedeutet selbstverständlich nicht den Verzicht der Arbeiterklasse auf die Ausnutzung aller legalen Möglichkeiten. Selbst innerhalb bestimmter staatlicher und kommunaler Einrichtungen in Westdeutschland können oppositionelle Kräfte einen wirksamen Kampf gegen das Adenauer-Regime führen, wenn sie sich auf die im Deutschlandplan des Volkes genannten gemeinsamen Grundinteressen der Arbeiterklasse orientieren. Der Kampf gegen die militaristische Diktatur und für wirklich parlamentarisch-demokratische Verhältnisse in Westdeutschland ist untrennbar verbunden mit dem Kampf um die Legalität der KPD, mit dem Kampf um die Schaffung echter Interessenvertretungen des Volkes in den Parlamenten. Der Gegensatz zwischen den herrschenden Kreisen Westdeutschlands und ihrem Staat und den friedliebenden Volksmassen mit der Arbeiterklasse an der Spitze verlangt den unversöhnlichen Kampf der demokratischen Kräfte gegen den Militaristenstaat, erfordert eine revolutionäre Opposition gegen ihn, nicht aber eine Scheinopposition *in* diesem Staat.

Der Kampf der westdeutschen Arbeiterklasse und aller demokratischen Kräfte gegen die staatliche Diktatur der Bonner Imperialisten ist ein Bestandteil des Kampfes aller friedliebenden und nationalgesinnten Kräfte unseres Volkes um die Sicherung des Friedens und die friedliche, demokratische Wiedervereinigung Deutschlands.

Die westdeutsche Arbeiterklasse, die in der Bundesrepublik nur in der KPD eine wirklich revolutionäre und zielklare Führung besitzt, führt den Kampf gegenwärtig nicht mit dem unmittelbaren Ziel, die sozialistische Demokratie zu errichten. Sie kämpft also nicht um die sofortige Beseitigung des kapitalistischen Systems als solchem und für die Aufhebung des bürgerlichen Charakters der Demokratie, sondern für die Beseitigung der klerikal-militaristischen Diktatur und die Herstellung echter parlamentarisch-demokratischer Verhältnisse. Das bedeutet nicht, daß die Arbeiter Westdeutschlands auf den Kampf um ihr Klassen-

ziel — den Sozialismus — verzichten. Sie erkennen jedoch immer mehr, daß heute in Westdeutschland so wenig wie 1945 in ganz Deutschland der Sozialismus die „Aufgabe des Tages“ ist, sondern daß die Bändigung des Militarismus und die Zurückdrängung der Macht der Monopole auf der Tagesordnung steht. Der im Deutschlandplan des Volkes von der SED und im Aktionsprogramm der KPD für Frieden, Demokratie und sozialen Wohlstand gewiesene Weg zur Lösung der nationalen Lebensfragen unseres Volkes entspricht den Interessen der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes. Das Streben der rechten SPD-Führer jedoch nach einem „demokratischen Sozialismus“ ist nicht nur ein Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse, sondern der Verzicht auf die Schaffung wirklich demokratischer Verhältnisse in Westdeutschland, deren Herbeiführung im Interesse der Sicherung des Friedens eine unabdingbare Notwendigkeit ist.

Die westdeutsche bürgerliche Soziologie und der Adenauer-Staat*

Von GERDA HUTH und WERNER BUTTER (Berlin)

I. Teil

Die Grundfragen des deutschen Volkes und die Verantwortung der Soziologie

Das Wissen um die objektiven Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung gehört zu den elementaren Voraussetzungen des bewußten Kampfes der deutschen Arbeiterklasse und der von ihr geführten Massenbewegung. Zu einer Zeit, da das Schicksal Deutschlands von diesem bewußten Kampf der Massen abhängt, kann die Aufgabe der deutschen Soziologie nur darin bestehen, die sozialen Prozesse der Gegenwart zu erforschen und zu erklären. Als Wissenschaft von der Gesellschaft muß Soziologie zunächst allgemein die objektiven historischen Entwicklungstendenzen der Gesellschaft nachweisen. Nur so ist sie in der Lage, Antwort auf die Grundfragen der Gegenwart zu geben. Antwort auf die Frage nach Krieg oder Frieden, auf die Frage nach den realen Mitteln und Möglichkeiten zur Verhinderung eines Krieges wird gegenwärtig vordringlich von ihr erwartet. Der deutschen Soziologie ist im besonderen vorbehalten, die objektiven Gesetzmäßigkeiten, die die Zukunft Deutschlands bestimmen, zu erforschen und die Öffentlichkeit auf die Möglichkeiten zur Lösung der Grundfragen der deutschen Nation zu orientieren.

Im Bewußtsein ihrer Mitverantwortung für das Schicksal Deutschlands sehen die Gesellschaftswissenschaftler in der Deutschen Demokratischen Republik ihre Hauptaufgabe in der Erforschung der wissenschaftlichen Aspekte der gegenwärtig die Menschheit bewegenden Grundfragen. Folgerichtig erforscht die marxistische Soziologie in der Deutschen Demokratischen Republik auf der Grundlage der marxistischen Geschichtsauffassung die objektiven Gesetzmäßigkeiten und Tendenzen der gesellschaftlichen Entwicklung und schafft so die Voraussetzung dafür, daß die deutsche Arbeiterklasse im Kampf um den Frieden und ein einheitliches, friedliebendes, demokratisches Deutschland wie beim Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik in Übereinstimmung mit diesen Gesetzen handeln kann.

Diese Aufgabenstellung der Gesellschaftswissenschaften in der Deutschen Demokratischen Republik befindet sich in völliger Übereinstimmung mit dem Wesen des historischen Materialismus, der theoretischen Grundlage der Gesellschaftswissenschaften in der Deutschen Demokratischen Republik.

„Der historische Materialismus ist nicht nur Erkenntnislehre, sondern auch Theorie des aktivsten revolutionären Handelns; zeigt doch die materialistische

* Diesem Beitrag liegt eine Analyse der Hefte 1 bis 4 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie Jg. 11/1959 zugrunde.

Geschichtsauffassung, daß die gesamte Umgestaltung der Gesellschaft nicht das Werk der historischen Gesetze an sich ist, sondern das Werk lebendiger Menschen, die in Übereinstimmung mit diesen Gesetzen handeln.“¹

Seit über 100 Jahren sieht der historische Materialismus seine Hauptaufgabe darin, der Arbeiterklasse den Weg zur Errichtung der sozialistischen Gesellschaft zu zeigen. Seit dieser Zeit gibt es in Deutschland zwei Lehren über die Gesellschaft: die der Arbeiterklasse und die bürgerliche, die sich unversöhnlich gegenüberstehen. Der Anspruch der „Deutschen Gesellschaft für Soziologie“ in Westdeutschland alleiniger Vertreter der deutschen Soziologie zu sein, dient keinem anderen Zweck als den Gegensatz zwischen historischem Materialismus und bürgerlicher Soziologie zu vertuschen.

Ein bedeutendes Zeugnis für eine exakte wissenschaftliche Analyse der gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland, ihrer Gesetzmäßigkeiten und Triebkräfte ist der vom Zentralkomitee der SED vorgelegte Deutschlandplan des Volkes. Ausgehend vom Grundwiderspruch in Deutschland, vom Gegensatz zwischen den friedliebenden Kräften des deutschen Volkes und dem aggressiven westdeutschen Militarismus und Imperialismus, zeigt er dem deutschen Volke den einzig möglichen Weg zur Lösung dieses Grundwiderspruchs. Indem der Deutschlandplan das Gemeinsame und Vereinende hervorhebt, wendet er sich an jeden vernünftigen und verantwortungsbewußten Deutschen und weist gleichzeitig nach, daß die deutsche Arbeiterklasse „von der geschichtlichen Entwicklung berufen ist, die Führung der Nation zu übernehmen“, daß es außer ihr keine Kraft mehr in Deutschland gibt, die in der Lage wäre, das deutsche Volk in seinem Kampf um die Bändigung des westdeutschen Imperialismus, zur Verhinderung des von der Adenauer-Regierung vorbereiteten Atomkrieges zu führen.

Die marxistische Gesellschaftswissenschaft zeigt durch die wissenschaftliche Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland, ihrer Gesetzmäßigkeiten und Triebkräfte den friedliebenden Menschen in ganz Deutschland nicht nur den Weg zur Lösung der Grundfragen der deutschen Nation; sie vermittelt ihnen auch „die Kraft für diese großen Aufgaben“, und zwar „aus der Gewißheit, daß die objektive Gesetzmäßigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung den für den Sozialismus kämpfenden Kräften zum Siege verhelfen wird; aus der Gewißheit, daß die sich an die alte, historisch überlebte, auf Krieg, Unterdrückung und Ausbeutung begründete imperialistische Ordnung klammernden Kräfte aus der gleichen objektiven Gesetzmäßigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung heraus zum Untergang verurteilt sind.“²

Die Möglichkeit der bewußten Anwendung der gesellschaftlichen Gesetze für den Kampf um den Frieden und den Fortschritt der Gesellschaft bestimmt Rolle und Verantwortung der Soziologie in der Gegenwart. Daraus ergibt sich für jeden Soziologen die Pflicht, mit seiner Arbeit dazu beizutragen, daß die Hauptprobleme der Gegenwart im Interesse der überwiegenden Mehrheit der Menschheit gelöst werden.

Während die marxistische Soziologie in der Deutschen Demokratischen Republik mit ihren Arbeiten die Kenntnisse der Werktätigen von den Gesetzen der gesellschaftlichen Entwicklung, ihrer Wirkung und ihrer Ausnutzung im Interesse

¹ O. W. Kunsinen: Die Frage der wissenschaftlichen Voraussicht in der Theorie des Marxismus-Leninismus und einige Perspektiven der Demokratie und des Sozialismus. Berlin 1960. S. 12

² W. Ulbricht: Freiheit, Wissenschaft und Sozialismus. Berlin 1959. S. 143

der Menschheit erweitert, weil sie die grundlegenden gesellschaftlichen Prozesse der Gegenwart untersucht, bieten die Publikationen der Gesellschaft für Soziologie in Westdeutschland ein grundsätzlich anderes Bild.

Der historische Materialismus, der entsprechend den objektiven Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung den Untergang der auf Ausbeutung und Unterdrückung beruhenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung und die Notwendigkeit des Sieges des Sozialismus nachweist, orientiert sich damit auf das Neue, Fortschrittliche in der Gesellschaft. Die materialistische Geschichtsauffassung fürchtet weder die Wahrheit der objektiven gesellschaftlichen Gesetze noch die Antwort auf die Grundfragen der Gegenwart, denn sie ist die Weltanschauung, der neuen, aufsteigenden Klasse, der Arbeiterklasse.

Hingegen versucht die Mehrzahl der bürgerlichen Soziologen in Westdeutschland mit den vielfältigsten Thesen und Legenden nachzuweisen, daß es keine historischen Gesetzmäßigkeiten gäbe, daß die Gesellschaft und ihre Entwicklung nicht erkennbar seien. Weil die Gesetze der Gesellschaft gegen die bestehende klerikal-militaristische Ordnung in Westdeutschland wirken, weil die objektive Entwicklungslinie der Gesellschaft mit den Interessen der Imperialisten und Militaristen unvereinbar ist, anerkennt die gegenwärtige bürgerliche Soziologie in Westdeutschland keine solchen objektiven gesellschaftlichen Gesetze. Mit emsiger Geschäftigkeit untersuchen die bürgerlichen Soziologen mit der Methode des agnostischen Empirismus tausend Einzelfragen aus allen möglichen Bereichen der Gesellschaft, zweitrangiges oder völlig Nebensächliches; sie leugnen aber jeden objektiven, einheitlichen gesetzmäßigen Zusammenhang der mannigfaltigen gesellschaftlichen Erscheinungen. Damit gibt es für sie auch keine Grundfragen der Gesellschaft. So ignoriert die westdeutsche bürgerliche Soziologie die Frage nach der Zukunft Deutschlands, des deutschen Volkes wie die nach Krieg oder Frieden. Für sie gibt es keinen Militarismus in Westdeutschland, keine Atomrüstung und keine Massenbewegung für Frieden und Verständigung. Eine Analyse der Hefte des Jahrgangs 11/1959 der „Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie“³ beweist das eindeutig.

Im Heft 1 werden eine Anzahl von Arbeitern anlässlich des 50. Jahrestages der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Westdeutschland veröffentlicht, auf die wir im folgenden noch besonders eingehen werden. Diese Artikel, die sich vorwiegend mit der Gesellschaft für Soziologie selbst und ihren Vertretern beschäftigen, vermeiden bereits sorgsam, die Stellung der bürgerlichen Soziologie in ihrer Beziehung zu den jeweiligen Grundfragen der Gesellschaft zu untersuchen.

Noch deutlicher wird dieses Ausweichen der westdeutschen bürgerlichen Soziologie vor den zur Lösung herangereiften Problemen der Gesellschaft in den Publikationen der Hefte 2, 3 und 4. Neben mäßig interessanten Detailfragen aus den verschiedensten Gebieten des gesellschaftlichen Lebens werden willkürlich die ausgefallensten Themen behandelt. Jedoch gibt es zu den Grundfragen der Gegenwart auch in diesen Heften nicht einen einzigen Beitrag. Solche Beiträge indes, die der Forderung nach Behandlung der Grundfragen zumindest annähernd zu entsprechen scheinen wie: „Das Bild der sozialen Wirklichkeit“ von Moore/Kleining⁴

³ Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Köln-Opladen. Hefte 1 bis 4. Jg. 11/1959. (In den folgenden Fußnoten wird diese Zeitschrift als KZfSuS bezeichnet)

⁴ Moore/Kleining: Das Bild der sozialen Wirklichkeit. In: KZfSuS. Heft 3. Jg. 11/1959. S. 353

in Heft 3 oder „Politische Ethik und politische Struktur“ von Walter Simon⁵ in dem gleichen Heft — gehen prinzipiell an der westdeutschen Wirklichkeit vorbei. Sie begnügen sich mit sozialpsychologischen Meinungstests, in deren Verlauf die Forscher überwiegend zu der Feststellung gelangen, daß das Verhalten der einzelnen Menschen an den unbefriedigenden Zuständen in Westdeutschland schuld sei.

Hier eine kleine Auslese der behandelten Themen und Literaturbesprechungen:

Aus Heft 2: Rudolf Heberle: „Das normative Element in der Nachbarschaft“

Ulrich Gemhardt: „Akademische Ausbildung und Beruf“

Aus Heft 3: Friedrich Klausmeier: „Das Musikinteresse der höheren Schüler in Köln und sein Bezug zur Konfession“

Fritz Croner: „Soziologie und Statistik“

Literaturbesprechung: „Der Tanz in der modernen Gesellschaft“

„Prisma der gegenwärtigen Musik“

Aus Heft 4: Ernst W. Müller: „Versuch einer Typologie der Familienformen“

H. E. Wolf: „Sozialpsychologische Untersuchung der Vorurteile gegen ‚Neger‘ und ‚Juden‘ bei Ober- und Volksschülern“⁶

Literaturbesprechung: „Zur Berufswahl Schweizer Ärzte“

„Essais sur le symbolisme de l'inceste royale en Afrique“

(Die Besprechung behandelt die Bruder/Schwester-Ehe afrikanischer Königshäuser)⁷

Das sind nur wenige Themen aus den Heften 1 bis 4 des Jahrgangs 11/1959 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Doch diese wenigen Arbeiten zeigen klar die Tendenz. Bemerkenswert ist vor allem, daß alle Fragen willkürlich nebeneinander gestellt werden, daß Wesentliches und Unwesentliches auf eine Stufe gehoben wird. Bereits daran läßt sich die Unwissenschaftlichkeit der westdeutschen bürgerlichen Soziologie nachweisen; gehört doch die Erkenntnis des Wesentlichen und der sich daraus ableitende Nachweis der Wiederholbarkeit und Überprüfbarkeit zu den Grundprinzipien wissenschaftlicher Arbeit.

⁵ W. Simon: Politische Ethik und politische Struktur. In: KZfSuS. Heft 3. Jg. 11/1959. S. 445

⁶ H. E. Wolf: Sozialpsychologische Untersuchung der Vorurteile gegen „Neger“ und „Juden“ bei Ober- und Volksschülern. In: KZfSuS. Heft 4. Jg. 11/1959. S. 651

Zu dieser Arbeit muß bemerkt werden, daß es sich um ein typisches Beispiel eines sogenannten objektiven „wertfreien“ empirischen Tests handelt. 1200 Schüler wurden darin nach ihrer Meinung über Neger und Juden befragt. Diese Meinungen widerspiegeln mit ihren überwiegend negativen Wertungen, besonders jüdischer Menschen, einen erschreckend starken Einschlag faschistischer Ideologie in die westdeutsche Jugenderziehung. Die den jüdischen Menschen zugeordneten Eigenschaften entsprechen im wesentlichen denen des Goebbelschen Propagandajargons.

Wolf konstatiert das, ohne ein Wort dazu zu äußern. Für jeden verantwortungsbewußten Gesellschaftswissenschaftler wäre es aber unerläßlich gewesen, auf die verbrecherische Schulpolitik der Adenauer-Regierung hinzuweisen, auf eine Erziehungspolitik, die nicht nur versucht, die faschistische Rassenhetze, wie den Mord an Millionen jüdischer Menschen aus der Geschichte hinwegzuleugnen, sondern — wie gerade der Test beweist — offensichtlich im Sinne faschistischer Rassentheorie weiter unterrichtet. Kann die Publikation von H. E. Wolf — ohne das er eine scharf distanzierte Erklärung dazu abgibt — bereits als eine Befürwortung faschistischer Rassenpolitik gewertet werden, so wird die Veröffentlichung sogar zum Verbrechen, wenn man berücksichtigt, daß das so praktizierte „wissenschaftlich“ verbrämte Beispiel durch die immanente Diffamierung jüdischer Menschen und Menschen schwarzer Hautfarbe einen weltanschaulich nicht gefestigten Leserkreis im Sinne faschistischer Rassenpolitik beeinflußt.

⁷ Alle in: KZfSuS. Heft 1 bis 4. Jg. 11/1959

Die Unwissenschaftlichkeit der westdeutschen bürgerlichen Soziologie hat jedoch ihre Ursachen nicht vorwiegend in der Methode. Die Erkenntnis des Wesentlichen, der Nachweis seiner Wiederholbarkeit und Überprüfbarkeit würde die bürgerliche Soziologie unweigerlich zu der Tatsache hinführen, daß die gegenwärtige westdeutsche Gesellschaftsordnung historisch überlebt, dem Untergange geweiht ist. Eine wissenschaftlich exakte Untersuchung der theoretischen Aspekte der Grundfragen der deutschen Nation würde ernsthaft forschende westdeutsche bürgerliche Soziologen zu der Erkenntnis führen, daß der vom Zentralkomitee der SED im Deutschlandplan gewiesene Weg der einzig mögliche Weg zu Frieden und Verständigung ist. Der Weg zu solchen Erkenntnissen ist aber durch die soziale Funktion der bürgerlichen Soziologie außerordentlich erschwert. Diese soziale Funktion, die ihre Vertreter zwingt, die gegenwärtige Gesellschaftsordnung in Westdeutschland zu verteidigen — da sie selbst Angehörige der Bourgeoisie sind und ihre Soziologie eben bürgerliche Soziologie ist — erklärt zugleich die Unwissenschaftlichkeit und methodische Schwäche der gegenwärtigen Soziologie in Westdeutschland. Das schließt jedoch nicht aus, daß auch westdeutsche bürgerliche Soziologen angesichts der drohenden Atomkriegsgefahr für die gesamte Menschheit den Kampf an der Seite der friedlichen, demokratischen Kräfte führen können und müssen, sofern sie nicht direkte Apologeten des Imperialismus sind.

Die Unwissenschaftlichkeit der bürgerlichen Soziologie ist eine gesetzmäßige Erscheinung, die sich aus ihrer Aufgabe, eine untergehende Gesellschaftsordnung verteidigen zu müssen, notwendig ergibt. Je größer die Widersprüche im kapitalistischen Weltsystem, je größer die Erfolge des Sozialismus, desto deutlicher tritt die Krise der gegenwärtigen bürgerlichen Soziologie in Erscheinung.

Unter dem Deckmantel der „Objektivität“ und umgeben vom Nimbus akademischer Grade soll heute die moderne bürgerliche Soziologie in Westdeutschland beweisen, daß die kapitalistische Gesellschaftsordnung ewig und unveränderlich sei und sich zu Nutz und Frommen aller Schichten mit Hilfe des vielgerühmten „Wirtschaftswunders“ zu ungeahnter Blüte entwickle, daß aber im Gegensatz dazu der Marxismus-Leninismus überholt und der Sozialismus kein Sozialismus sei.

Die gegenwärtige Krise der reaktionären bürgerlichen Soziologie in Westdeutschland widerspiegelt die Unmöglichkeit, diesen Auftrag mit wissenschaftlicher Forschung zu vereinen. Die Apologetik der untergehenden Gesellschaftsordnung, der Kampf gegen die neue, die sozialistische Gesellschaftsordnung hat die bürgerliche Soziologie zur Abkehr von ihren eigenen geschichtsphilosophischen Traditionen, zur Abkehr von der klassischen bürgerlichen Ökonomie geführt. Die empirische Soziologie, die bloße Faktensammlung durch voneinander unabhängig arbeitende Forscher verdrängt die theoretische und systematische soziologische Untersuchung der vorhergehenden Soziologie fast völlig. „An die Stelle der ‚Schulen‘ der älteren deutschen Soziologie ist . . . die weitgehende Vereinzelung der Forscher getreten.“⁸ Je mächtiger der Marxismus wird, desto spezialisierter wird die bürgerliche Soziologie, desto mehr beschäftigt sie sich pedantisch mit willkürlich herausgegriffenen Teilfragen, so daß sich, wie René König meint, die „... deutsche Soziologie heute teilweise in einem völlig hilflosen Empirismus bewegt, dem auf

⁸ R. Dahrendorf: Betrachtungen zu einigen Aspekten der deutschen Soziologie. In: KZfSuS. Heft 1. Jg. 11/1959. S. 140

der anderen Seite ein totaler Mangel an Theorie gegenübersteht.“⁹ Die moderne Soziologie umgeht die Darstellung der Gesellschaft ebenso wie die ihrer Gesetzmäßigkeiten und spricht den Begriffen Gesellschaft, Entwicklung, Fortschritt jeden objektiv-realen Inhalt ab. Es ist nur verständlich, daß sie ohne eine Anerkennung gesellschaftlicher Gesetze wie ohne eine Theorie von der Gesellschaft als Ganzem gar nicht in der Lage ist, wissenschaftlich exakt solche Fragen zu untersuchen, die die Gesellschaft insgesamt betreffen. Sie vermag der wissenschaftlichen Gesellschaftslehre, dem historischen Materialismus, nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen, denn die „... Ergebnisse der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts haben die von der marxistischen Wissenschaft entdeckten geschichtlichen Gesetzmäßigkeiten unumstößlich bestätigt...“¹⁰ Weder die Vielfalt noch die große Aktivität in Einzelfragen oder auch die Zwistigkeiten innerhalb der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Westdeutschland (von letzteren schreibt R. König, daß sie „... zu Zeiten derart heftig gewesen sind, daß sie die Gesellschaft zu sprengen drohten...“)¹¹ sind ein Beweis für fruchtbare, wissenschaftliche Arbeit. Die ernsthaften Bemühungen und sachlichen Forschungen einzelner bürgerlicher Soziologen und Wissenschaftler mögen die besten Absichten zur Grundlage haben, doch der Klassencharakter der bürgerlichen Soziologie, ihre objektive Rolle als Apologetik des Imperialismus machen auch diese Forschungsergebnisse zu Mitteln der Verteidigung des Kapitalismus und des Angriffes auf das sozialistische System. Das müssen selbst so namhafte Vertreter der westdeutschen bürgerlichen Soziologie wie Ralf Dahrendorf und Christian von Ferber zugeben. So schreibt Dahrendorf in seiner Arbeit „Betrachtungen zu einigen Aspekten der deutschen Soziologie“ über die Abhängigkeit der Soziologie von der herrschenden Gesellschaftsordnung: „Die Soziologie der Gegenwart ist sowohl dort, wo sie sich in bezugslosen Einzel Forschungen erschöpft, als auch dort, wo sie durch die strukturell-funktionale Theorie geleitet wird, im Gegensatz zu den sozialkritischen Impulsen ihres Ursprunges ein im strengen Sinn konservatives Element der Gesellschaft geworden. Die Zufriedenheit mit dem status quo und seine implizite Verteidigung hat sich als Kehrseite der Wertfreiheit erwiesen.“¹²

Auch Christian von Ferber enthüllt offen den Klassencharakter der gegenwärtigen bürgerlichen Soziologie in Westdeutschland. In seiner Arbeit über den Werturteilsstreit, der seit Bestehen der Deutschen Gesellschaft für Soziologie bis zum heutigen Tage zu immer wieder neuen heftigen Diskussionen aufflammt und den Nachweis erbringen soll, daß die bürgerliche Soziologie objektive, unparteiliche Gesellschaftslehre sei, kommt er zu der Feststellung, daß „die Werturteilsfreiheit die Sozialforschung an die die ‚Zeit beherrschenden‘, d. h. die finanzkräftigsten ‚Wertideen‘“ ausliefert.“¹³ Weit entfernt davon, die tatsächlichen Ursachen ihrer Abhängigkeit vom sogenannten „status quo“ zu erkennen oder eingestehen zu wollen, suchen die bürgerlichen Soziologen die Ursachen dafür in den äußeren Erschei-

⁹ R. König: Soziologie. In: Das Fischer-Lexikon. Bd. 10. Frankfurt/M. 1958. S. 13. Zitiert von Gottfried Eisermann in einer Rezension in KZfSuS. Heft 2. Jg. 11/1959. S. 331

¹⁰ O. W. Kuusinen: Die Frage der wissenschaftlichen Voraussicht in der Theorie des Marxismus-Leninismus und einige Perspektiven der Demokratie und des Sozialismus. S. 14

¹¹ R. König: Fünfzig Jahre Deutsche Gesellschaft für Soziologie. (1909–1959). In: KZfSuS. Heft 1. Jg. 11/1959. S. 2

¹² R. Dahrendorf: Betrachtungen zu einigen Aspekten der deutschen Soziologie. In: KZfSuS. Heft 1. Jg. 11/1959. S. 145

¹³ Ch. v. Ferber: Der Werturteilsstreit 1909/1959. In: KZfSuS. Heft 1. Jg. 11/1959. S. 24

nungen dieser Klassenabhängigkeit, so z. B. in der angeblichen Theorielosigkeit und in methodologischen Unzulänglichkeiten.

Alle Streitigkeiten über Werturteilsfreiheit und Theorielosigkeit können nicht vertuschen, daß tatsächlich eine Theorie vorhanden ist, vornehmlich der Positivismus, daß andererseits ein großer Teil der bürgerlichen Soziologen bereit ist, die mittelalterliche theoretische Basis der katholischen Soziallehre zu ihrer eigenen zu machen. Nichts beweist das besser, als die Analyse einiger Arbeiten zur gegenwärtigen bürgerlichen Soziologie in den Heften 1–4 des Jahrganges 11/1959, der von René König im Auftrage des Forschungsinstitutes für Sozial- und Verwaltungswissenschaften im Westdeutschen Verlag in Köln-Opladen herausgegebenen „Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie“. Durchaus eindeutig, wenn auch oft geschickt verklausuliert, kommt mehr oder weniger stark in allen Arbeiten die Verteidigung des kapitalistischen Systems und die Hetze gegen das sozialistische Lager und seine theoretischen Grundlagen zum Ausdruck, häufig genug von den führenden Vertretern — wie wir mit den Zitaten von Dahrendorf, Ferber und König einleitend zeigten — unumwunden zugegeben.

Wenn wir im folgenden nicht auf jede dieser Arbeiten besonders eingehen und uns auch nicht mit jeder einzelnen gegen die marxistisch-leninistische Gesellschaftstheorie gerichteten These beschäftigen können, so wollen wir doch versuchen, an einigen besonders markanten theoretischen Problemen, die allen anderen Thesen und Behauptungen mehr oder weniger deutlich zugrunde liegen und auch in allen Arbeiten in irgendeiner Form wiederkehren, einige charakteristische Züge der modernen Soziologie in Westdeutschland nachzuweisen.

*Das Fehlen einer Theorie von der Gesellschaft als Ganzem — Ausdruck der
Leugnung der Gesetzmäßigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung*

Für die gegenwärtige bürgerliche Soziologie ist das Fehlen einer wissenschaftlichen Theorie von der Gesellschaft charakteristisch. Zur Zeit der Entstehung der bürgerlichen Soziologie betrachtete Auguste Comte die Gesellschaft noch als ein einheitliches Ganzes, obwohl auch er schon die Ökonomie ausklammerte. Weitergehend mußten er und seine Schüler auch zu der Schlußfolgerung gelangen, daß die kapitalistische Gesellschaft ablösbar ist. Damit rüttelten sie aber am Bestand der bürgerlichen Gesellschaft und wurden von den bürgerlichen Wissenschaftlern „... als Störenfriede der eingesessenen Wissenschaftler, als Neuerer empfunden...“¹⁴

In der Weimarer Periode stellte Leopold von Wiese bereits die These auf: „Soziologie, die ‚nichts als Soziologie‘ sein will, darf ... ‚Gesellschaft als substantielles soziales Gebilde‘ gar nicht gelten lassen.“¹⁵ Ralf Dahrendorf kommt zu der Schlußfolgerung: „Somit ist die gegenwärtige deutsche Soziologie durch den fast völligen Verzicht auf ein umfassendes Gesellschaftsbild gekennzeichnet — eine ebenso erstaunliche wie beunruhigende Tatsache.“¹⁶

¹⁴ M. Horkheimer: Philosophie und Soziologie. In: KZfSuS. Heft 1. Jg. 11/1959. S. 157

¹⁵ Zitiert ebenda: S. 159

¹⁶ R. Dahrendorf: Betrachtungen zu einigen Aspekten der deutschen Soziologie. In: KZfSuS. Heft 1. Jg. 11/1959. S. 143

Theodor W. Adorno bezeichnet zwar die Gesellschaft als Gegenstand der Soziologie, stellt dann aber die These auf, daß die Gesellschaft nicht erkennbar, undurchsichtig, trübe sei, ein Fakt demgegenüber das Denken zur Ohnmacht verurteilt sei.¹⁷

In ähnlicher Weise legt auch Max Horkheimer den Begriff der Gesellschaft aus: „Reine Sachlichkeit bleibt vor dem Chaos gesellschaftlich bedingter Tatsachen und der unendlichen Fülle möglicher Betrachtungsweisen Illusion.“ Die Gesellschaft schreckt nach Horkheimer „den Gedanken zurück, der sie als Ganzes zu fassen sucht. Das Ganze zu denken, wäre von der Möglichkeit, denkend auf es zu wirken, nicht abzulösen.“¹⁸ Deutlicher als bei Dahrendorf und Adorno wird hier von Horkheimer darauf hingewiesen, warum die Theorie von der Gesellschaft als Ganzem in der modernen bürgerlichen Soziologie liquidiert wurde. Wissenschaftliche soziologische Forschung müßte unweigerlich zu der Erkenntnis gelangen, daß die Gesellschaft historisch entstanden und demzufolge ablösbar ist. Weil aber die bürgerliche Soziologie auf das „Ganze“, d. h. die bestehende bürgerliche Gesellschaft nicht verändernd einwirken kann und will, verzichtet sie darauf, sich überhaupt damit zu beschäftigen.

Zu einer Zeit, da die Geschichte selbst die Richtigkeit der marxistischen Gesellschaftswissenschaft bewiesen hat, da die allgemeinen Entwicklungsgesetze der menschlichen Gesellschaft erforscht und von den Menschen in den Ländern des sozialistischen Weltsystems im Interesse der Menschheit genutzt werden, die deutsche Arbeiterklasse in der Deutschen Demokratischen Republik diese Gesetze erfolgreich beim Aufbau des Sozialismus anwendet, und der Deutschlandplan des Volkes auf der Grundlage dieser Gesetze den Weg zu einem einheitlichen friedliebenden Deutschland weist, leisten bürgerliche Soziologen wie Dahrendorf, Adorno, Horkheimer u. a. den wissenschaftlichen Offenbarungseid.

Die bürgerliche Gesellschaftswissenschaft kann der marxistischen Theorie von der Gesellschaft nichts ebenbürtiges entgegensetzen. Mit einem unfruchtbaren Streit über den Gegenstand der Soziologie und ihre angebliche Theorielosigkeit versucht sie zu verschleiern, daß sie den Begriff der Gesellschaft, des gesellschaftlichen Fortschrittes und damit die Untersuchung der gesellschaftlichen Entwicklungsgesetze bewußt aus ihrer Forschung gestrichen hat, weil jede ernsthafte, wissenschaftliche soziologische Forschung zu Ergebnissen kommen müßte, mit denen sich die gegenwärtige Gesellschaftsordnung in Westdeutschland nicht verteidigen läßt, die im Gegenteil diese Gesellschaftsordnung als überholt, entwicklungshemmend, fortschrittsfeindlich entlarven würde. Darum behauptet Adorno, die Gesellschaft sei ein trübes, undurchsichtiges Etwas; darum betrachtet Horkheimer die Gesellschaft als ein „Ungetüm“, das den Gedanken zurückschreckt, der sie als Ganzes zu fassen sucht.

Zwar kritisiert Dahrendorf das Fehlen einer Theorie von der Gesellschaft als Ganzem in der westdeutschen bürgerlichen Soziologie; wohl stellt er seitenlange bedauernde Betrachtungen über die jeweils völlig voneinander abweichenden Bestimmungen des Gegenstandes der Soziologie in nur 6 Büchern über Soziologie

¹⁷ Th. W. Adorno: Zum gegenwärtigen Stand der deutschen Soziologie. In: KZfSuS. Heft 2. Jg. 11/1959. S. 259

¹⁸ M. Horkheimer: Philosophie und Soziologie. In: KZfSuS. Heft 1. Jg. 11/1959. S. 162

an.¹⁹ Jedoch ängstlich bemüht, die wahren Ursachen dafür zu vertuschen, empfiehlt Dahrendorf seinen Studenten, sich mit der aristotelischen Figur zu begnügen: „Soziologie sei das Soziologesein des Soziologen“.²⁰ Inzwischen möge man aber fleißig Material sammeln. „Es könnte immerhin sein, daß die relativ isolierten, historisch und theoretisch bezugslosen, allzu wenig diskutierten Forschungsergebnisse der gegenwärtigen deutschen Soziologie ein Material anhäufen, daß uns eines Tages instand setzen wird, das Soziologesein des Soziologen präziser zu bestimmen, als dies heute möglich ist.“²¹

Wie wir eingangs sagten, ist die bürgerliche Soziologie der Gegenwart hinter die Erkenntnis ihrer eigenen ehemals fortschrittlichen Geschichtsphilosophie zurückgefallen. Dahrendorf tut ein übriges. Mit seiner These: bloße Anhäufung von Fakten und Material könne schließlich zur Bestimmung des Gegenstandes der Soziologie und damit zur *wissenschaftlichen* Gesellschaftslehre führen, negiert er erkenntnistheoretische Begriffe, die bereits seit Heraklit von Epheseus (530–470 v. u. Z.) zum Allgemeingut jedes Wissenschaftlers gehören. Heraklit schrieb: „Das Denken ist die größte Tugend“ und „schlechte Zeugen sind Augen und Ohren für Menschen, wenn sie grobe Seelen haben“, d. h. für diejenigen, die die Rolle des Denkens im Erkenntnisprozeß mißachten, die das Denken durch Anhäufung von Fakten ersetzen wollen.²² Dahrendorf mag einen hohen Berg von Fakten ansammeln lassen, ohne die wissenschaftlich exakte Theorie von der Gesellschaft wird er zu keinen theoretischen Erkenntnissen über den Gegenstand der Soziologie gelangen. So wird sich die westdeutsche bürgerliche Soziologie mit dem „Soziologesein des Soziologen“ zufrieden geben müssen, denn nur so läßt sich der klerikal-militaristische Adenauer-Staat theoretisch verteidigen, nicht aber mit einer *wissenschaftlichen* Soziologie.

Die Furcht vor den Gesetzen der gesellschaftlichen Entwicklung ist auch kein spezifisches Merkmal der westdeutschen bürgerlichen Soziologie. Schon in der Auseinandersetzung mit den Theorien über die Gesellschaft wie sie die Volksfreunde in Rußland in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Imperialismus vertraten, entlarvte Lenin die „Abkehr von der Wissenschaft, das Bestreben, auf jede Verallgemeinerung zu pfeifen, sich vor jeglichen Gesetzen der geschichtlichen Entwicklung zu verstecken und den Wald vor Bäumen nicht zu sehen“²³, als typisch für den Subjektivismus der bürgerlichen Soziologie.

Die einzig wissenschaftliche Theorie von der Gesellschaft ist der historische Materialismus. Er geht davon aus, daß die Gesellschaft und ihre Entwicklung erkennbar sind und daß die Menschen in der Lage sind, die Entwicklungsgesetze der menschlichen Gesellschaft in ihrem Interesse zu nutzen. Während die gegenwärtige bürgerliche Soziologie — ebenso wie die verschiedenen vormarxistischen Gesellschaftslehren — die Gesellschaft als ein Chaos oder als die Summe voneinander isolierter Individuen betrachtet und die Erscheinungen des gesellschaftlichen

¹⁹ R. Dahrendorf: Betrachtungen zu einigen Aspekten der deutschen Soziologie. In: KZfSuS. Heft 1. Jg. 11/1959. S. 150

²⁰ Ebenda: S. 151

²¹ Ebenda

²² Stob. Flor. I 178; Diels B 112, Sext. Emp. VII 126; Diels B 107. Zitiert in: Geschichte der Philosophie. Bd. I. Berlin 1959. S. 70

²³ W. I. Lenin: Noch eine Vernichtung des Sozialismus. Werke. Bd. 20. Leningrad 1950. 4. Ausgabe. S. 179 (russ.)

Lebens als Resultat willkürlichen Handelns einzelner Persönlichkeiten, wies Marx zum ersten Male wissenschaftlich nach, daß die Gesellschaft keine bloße Summe der Individuen, sondern die Gesamtheit der Beziehungen und Verhältnisse zwischen den Menschen ist, die in letzter Instanz von den objektiv-realen Produktionsverhältnissen der Menschen bestimmt werden.

Noch heute ist die klassische Definition der Gesellschaft, wie sie Karl Marx den Theorien der bürgerlichen Ökonomen gegenüberstellte, vollgültig: „Die Produktionsverhältnisse in ihrer Gesamtheit bilden das, was man die gesellschaftlichen Verhältnisse, die Gesellschaft nennt, und zwar eine Gesellschaft auf bestimmter, geschichtlicher Entwicklungsstufe, eine Gesellschaft mit eigentümlichem, unterscheidendem Charakter. Die antike Gesellschaft, die feudale Gesellschaft, die bürgerliche Gesellschaft sind solche Gesamtheiten von Produktionsverhältnissen, deren jede zugleich eine besondere Entwicklungsstufe in der Geschichte der Menschheit bezeichnet.“²⁴

Marx wies nach, daß die Gesamtheit der Produktionsverhältnisse die ökonomische Struktur der Gesellschaft bildet, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt. Den Produktionsverhältnissen entsprechen bestimmte Bewußtseinsformen, denn nicht das Bewußtsein, sondern das gesellschaftliche Sein ist die Grundlage des gesellschaftlichen Lebens, daraus alle seine Erscheinungen zu erklären sind.²⁵

Gegenstand wissenschaftlicher Gesellschaftslehre *kann* also nur die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit, in ihrer Bewegung und Entwicklung sein. Nur die Analyse des Wesentlichen, sich Wiederholenden führt zur Aufdeckung gesellschaftlicher Gesetze. Die Möglichkeit, die Gesellschaft zu erkennen, entstand erst mit der Anwendung der Grundfrage der materialistischen Philosophie auf die Gesellschaft. Erst „der Materialismus lieferte ein völlig objektives Kriterium, indem er die ‚Produktionsverhältnisse‘ als die Struktur der Gesellschaft heraus hob und die Möglichkeit bot, auf diese Verhältnisse jenes allgemein-wissenschaftliche Kriterium der Wiederholbarkeit anzuwenden, dessen Anwendbarkeit in der Soziologie die Subjektivisten bestritten.“²⁶

Wir können also bemerken, daß die Theorien Horkheimers und Dahrendorfs, daß die Gesellschaft etwas Trübes, Undurchsichtiges, ein Chaos sei, durchaus nicht neu sind. Wo immer bürgerliche Ideologen gegen die materialistische Geschichtsauffassung auftraten, bedienten sie sich der These von der Nichterkennbarkeit der Gesellschaft, um so das Wirken objektiver Gesetzmäßigkeiten, wie der historischen Notwendigkeit des Untergangs der Ausbeutergesellschaft oder des Klassenkampfes und der schließlichen Beseitigung der Klassen u. a. leugnen zu können und ihre eigenen gesellschaftsfeindlichen Theorien zu verschleiern. Ihre philosophische Grundlage war und ist der subjektive Idealismus, der die äußeren Erscheinungsformen der Gesellschaft untersucht, nicht aber ihr Wesen, ihre Struktur, — der bei der Beurteilung der Stellung und Verhältnisse der Menschen in der Gesellschaft von dem ausgeht, was sie sich einbilden zu sein, nicht aber von

²⁴ K. Marx: Lohnarbeit und Kapital. In: Marx/Engels: Ausgewählte Schriften in 2 Bänden. Bd. I. Berlin 1953. S. 77

²⁵ K. Marx: Kritik der politischen Ökonomie. Vorwort. In: Marx/Engels: Ausgewählte Schriften. Bd. I. S. 383

²⁶ W. I. Lenin: Was sind die „Volksfreunde“ und wie kämpfen sie gegen die Sozialdemokraten? In: W. I. Lenin: Ausgewählte Werke in zwei Bänden. Bd. I. Berlin 1954. S. 92

dem, was sie tatsächlich sind. Die westdeutsche bürgerliche Soziologie hat sich dafür eigens den Begriff des „Bildes der gesellschaftlichen Wirklichkeit“, der „Images“ geschaffen und ihn zur Grundlage umfangreicher und ausgefeilter Tests und Forschungen gemacht.²⁷

Nur der historische Materialismus, der alle gesellschaftlichen Erscheinungen materialistisch erklärt, und die dialektische Methode des Studiums aller dieser Erscheinungen in ihrer gegenseitigen Beziehung, in ihrer Veränderung und Entwicklung ist wissenschaftliche Soziologie. Der historische Materialismus, der den dialektischen Materialismus auf die Erforschung des gesellschaftlichen Lebens und die Erkenntnis der allgemeinen Gesetze der Entwicklung der Gesellschaft anwendet, ist also die wissenschaftliche Theorie und Methode, „... weil allein die Zurückführung der gesellschaftlichen Verhältnisse auf die Produktionsverhältnisse und dieser wiederum auf den jeweiligen Stand der Produktivkräfte eine feste Grundlage dafür bot, die Entwicklung der Gesellschaftsformationen als einen naturgeschichtlichen Prozeß darzustellen. Ohne solche Anschauungen aber kann es selbstverständlich auch keine Gesellschaftswissenschaft geben.“²⁸

Im Grunde geht es der bürgerlichen Soziologie sowie dem philosophischen Revisionismus um die Trennung des philosophischen Materialismus von der Gesellschaftswissenschaft — damit natürlich um die Leugnung der Wissenschaft von der Gesellschaft überhaupt. Der Versuch, die Gesellschaft aus der einheitlichen materiellen Welt herauszulösen, bedeutet nichts anderes, als Leugnung der sozialen Bewegungsform der Materie und damit des Wirkens von objektiven Gesetzen der gesellschaftlichen Entwicklung.

Genosse O. W. Kuusinen führte dazu auf der theoretischen Konferenz des Zentralkomitees der SED am 30. Januar 1960 folgendes aus:

„Der von Marx und Engels begründete und von Lenin weiterentwickelte historische Materialismus ist die in sich geschlossene allgemeine Theorie der geschichtlichen Entwicklung und ihrer Triebkräfte. So erhielten die Menschen zum erstenmal die Möglichkeit, die Gesellschaft, in der sie leben, nicht nur zu verstehen und sich insbesondere über die Rolle der Klassen und der Klasseninteressen klar zu werden, sondern auch die Entwicklungsrichtung der Gesellschaft vorauszusehen.“²⁹

Geleitet von den durch die Geschichte und den einzelnen Disziplinen der Gesellschaftswissenschaft hinreichend bestätigten Ideen des Marxismus-Leninismus führt die Arbeiterklasse mit den kommunistischen und Arbeiterparteien an der Spitze mit wachsendem Erfolg ihren Befreiungskampf und baut auf einem Drittel der Erde erfolgreich den Sozialismus-Kommunismus auf.

Seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution ist die Menschheit Zeuge der Wahrheit des wissenschaftlichen und revolutionären Gehaltes des dialektischen und historischen Materialismus. Die Entstehung des sozialistischen Weltsystems, der erfolgreiche Kampf der kolonialen und abhängigen Völker um ihre Freiheit, der weltweite Kampf um die Erhaltung des Friedens bestätigen eindrucksvoll den tiefen Wahrheitsgehalt unserer wissenschaftlichen Weltanschauung. Weil die mar-

²⁷ Vgl. Kleining/Moore: Das Bild der sozialen Wirklichkeit. In: KZfSuS. Heft 3. Jg. 11/1959. S. 355

²⁸ W. I. Lenin: Was sind die „Volksfreunde“ und wie kämpfen sie gegen die Sozialdemokraten? In: W. I. Lenin: Ausgew. Werke in zwei Bänden. Bd. I. S. 92

²⁹ O. W. Kuusinen: Die Frage der wissenschaftlichen Voraussicht in der Theorie des Marxismus-Leninismus und einige Perspektiven der Demokratie und des Sozialismus. S. 11

xistische Geschichtsauffassung sich auf das Neue, Fortschrittliche stützt, weil sie keine untergehende Gesellschaftsordnung verteidigt, sondern das theoretische Fundament der neuen Gesellschaftsordnung — des Sozialismus-Kommunismus — ist, kann sie Wissenschaft sein. Weil die bürgerliche Soziologie einer absterbenden Ausbeuterordnung dient, muß sie die Gesellschaft, ihre Triebkräfte und Entwicklungsgesetze leugnen.

Das Fehlen einer eigenen Theorie von der Gesellschaft, Ideenarmut und Unwissenschaftlichkeit sowie der Siegeszug des historischen Materialismus zwangen die bürgerlichen Soziologen, bestimmte marxistische Erkenntnisse der Form nach zu übernehmen, die sie bewußt eklektizistisch einstellen. Das ist in zweierlei Hinsicht bedeutungsvoll:

1. stellt die eklektizistisch-idealistische Entstellung einen Versuch dar, den Marxismus zu verunglimpfen und seine Wirksamkeit zu schmälern;
2. können diejenigen bürgerlichen Soziologen, die ernsthaft forschen, oft gegen ihren Willen nicht umhin, Erkenntnisse des historischen Materialismus anzuwenden.

Ein Beispiel dafür ist die Arbeit Max Horkheimers „Philosophie und Soziologie“.³⁰ Die Entwicklung der bürgerlichen Soziologie betrachtend, muß er, um zu annähernd wahrheitsgemäßen Schlußfolgerungen zu kommen, immer wieder von historisch und ökonomisch konkreten Bedingungen ausgehen. Mehr noch, er muß die Gesellschaft als Ganzes, — die er selbst als Ungetüm, das den Gedanken, der es zu fassen sucht, zurückschreckt, als „Chaos gesellschaftlich bedingter Tatsachen“³¹ darstellt — anerkennen, wo er die bürgerliche Gesellschaft in ihrer Frühperiode, in ihrer relativen Fortschrittlichkeit betrachtet. So spricht er von der „bürgerlichen Ordnung“ im Gegensatz zur absolutistisch-feudalistischen.³²

Ein anderes Beispiel dafür, wie der eklektizistisch-idealistisch entstellte Gesellschaftsbegriff des Marxismus für die bürgerliche Ideologie nutzbar gemacht werden soll, bietet Werner Hofmann in einem in Heft 4 veröffentlichten Vortrag „Zum Gesellschaftsbild der Nationalökonomie von Heute.“³³

Mit seiner Forderung, daß ein wissenschaftliches Konzept von der Gesellschaft Antwort geben müsse auf die Frage nach „... den Anstößen, den Gesetzen, unter denen Menschen ... miteinander in Kommunikation treten ... nach der gesellschaftlichen Rollenverteilung, die sich aus dem Wirtschaftsprozeß ergibt ...“ sowie nach „... der Entwicklung, in welcher die irgendwie ihren inneren Bedingungen folgende Gesellschaft steht“³⁴, kommt Hofmann der marxistischen Fragestellung sehr nahe und beweist nichts anderes, als daß sich die bürgerliche Nationalökonomie der marxistischen Gesellschaftstheorie bedienen muß, um wenigstens auf Teilgebieten des Wirtschaftslebens zu exakt-wissenschaftlichen Erkenntnissen zu gelangen.

Hofmann leugnet aber entschieden eine historische Bedingtheit, eine Entwicklung der Gesellschaft als Ganzes. „Die Gesellschaft, welche die Nationalökonomie von heute sich zum Gegenstand nimmt, ist wesentlich entwicklungslos.“³⁵ Weiter

³⁰ M. Horkheimer: Philosophie und Soziologie. In: KZfSuS, Heft 4. Jg. 11/1959. S. 154

³¹ Ebenda: S. 162

³² Ebenda: S. 156

³³ W. Hofmann: Zum Gesellschaftsbild der Nationalökonomie von heute. In: KZfSuS, Heft 4. Jg. 11/1959. S. 682

³⁴ Ebenda: S. 683

³⁵ Ebenda: S. 690

behauptet Hofmann: „Namentlich die Meinung von einer der Sozialgeschichte irgendwie immanenten Höherentwicklung ist heute dem übereinstimmenden Verdikt aller sozialwissenschaftlichen Disziplinen verfallen.“³⁶

Nach Hofmann stehen also die vergangenen Gesellschaftsformationen — Urgemeinschaft, Sklaverei und Feudalismus — mit der kapitalistischen Gesellschaft auf einer Stufe. Für ihn unterscheidet sich die Gesellschaftsordnung etwa in Westdeutschland durch keine Höherentwicklung von der Gesellschaft der Höhlenmenschen. Die Entwicklung der Produktionsinstrumente vom Faustkeil bis zur vollautomatisierten Walzstraße und die Entwicklung der menschlichen Produktivkraft von der Handhabung des Steines bis zur Beherrschung atomkraftgetriebener Maschinen, so will Hofmann weismachen, ist keine Höherentwicklung, sondern zufälliges Nebeneinander.

Wenn auch die menschenfeindliche Atomkriegspolitik der Adenauer-Regierung Anlaß genug zu einem Vergleich mit barbarischen Zuständen gibt, so sind doch Hofmanns Beweggründe für die allen historischen Tatsachen hohnsprechende These — es gäbe keine Höherentwicklung der Gesellschaft — ganz andere. Wollte er nämlich zugeben, daß auch die kapitalistische Gesellschaftsordnung als eine höhere Entwicklungsstufe historisch notwendig entstanden ist, so müßte er auch anerkennen, daß ihr eine noch höhere Gesellschaftsformation folgt. Er müßte zugeben, daß die kapitalistische Gesellschaftsordnung ablösbar ist und daß die sozialistische Gesellschaftsordnung historisch notwendig in 12 Ländern der Erde gesiegt hat und schließlich die noch bestehenden kapitalistischen Gesellschaften ablösen wird. Das kann aber weder Werner Hofmann noch Max Horkheimer zugeben, das kann auch die westdeutsche bürgerliche Soziologie niemals anerkennen, denn das ist mit ihrem sozialen Auftrag unvereinbar.

Wenn Horkheimer in seiner Arbeit „Philosophie und Soziologie“ behauptet, die Theorie von der Gesellschaft müßte um der reinen Sachlichkeit willen aus der Soziologie gestrichen werden, weil reine Sachlichkeit vor dem Chaos gesellschaftlich bedingter Tatsachen Illusion bleibe³⁷, so hatte er in derselben Arbeit wenige Seiten zuvor das Gegenteil gesagt: „Zu meinen, die Tatsachen, die die Empirie sich herstellt und zusammenstellt, seien Elemente von Gesellschaft, ist Täuschung; sie sind Produkte der durch heteronome Interessen gelenkten Abstraktion. Ohne Bekümmerung ums Schicksal des Ganzen ... ist Soziologie als Wissenschaft wirklich steril...“³⁸

Wenn das so ist, warum mußte dennoch die Theorie von der Gesellschaft aus der bürgerlichen Soziologie verschwinden, wenn damit trotzdem keine „reine Sachlichkeit“, keine Überparteilichkeit in der Soziologie, sondern notwendig eine wissenschaftliche sterile Soziologie entstand? Auch darauf gibt Horkheimer — wenn auch versteckt — eine Antwort, die unserer eingangs aufgestellten Behauptung, daß die Theorie von der Gesellschaft wegen des apologetischen Charakters der bürgerlichen Soziologie aus ihr verschwinden mußte, bestätigt. Aus seiner Behauptung, die alte (die marxistische — die Verf.) Theorie von der Gesellschaft diene der „rücksichtslosen Ertüchtigung zurückgebliebener Völker als Vor-

³⁶ Ebenda: S. 692

³⁷ M. Horkheimer: Philosophie und Soziologie. In: KZfSuS. Heft 4. Jg. 11/1959. S. 162

³⁸ Ebenda: S. 160

spann“³⁹ muß man zwangsläufig schlußfolgern, daß die klassengebundene bürgerliche Soziologie auf Wissenschaftlichkeit verzichten muß, weil Wissenschaft parteilich ist, weil Wissenschaft immer den Interessen der neuen aufsteigenden Klassen dient. Verbittert verknüpft er diese Erkenntnis mit dem Versuch, den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus als „rücksichtslose Ertüchtigung zurückgebliebener Völker“ zu beschimpfen. Die Wortkonstruktion allein führt Horkheimer ad absurdum. Da unter Ertüchtigung hier Aufbau zu verstehen ist und Aufbau im Interesse dieser Völker liegt, kann sich die Rücksichtslosigkeit nur gegen die Feinde des Aufbaus dieser Länder, also gegen den Imperialismus und die Überbleibsel des kapitalistischen oder feudalistischen Systems bei diesen Völkern selbst richten. Horkheimer geht es offensichtlich darum, die marxistische Theorie von der Gesellschaft, die der Beseitigung der Ausbeutung und Unterdrückung der Völker dient, zu diffamieren. Damit befindet er sich in einer Front mit den Apologeten des Imperialismus.

Zum Schluß seiner Arbeit krönt Horkheimer seine Konfusion über die Gesellschaft mit der Behauptung: „... daß heute Soziologie empirisch sich ausbreitet, ist Zeichen ihrer Nützlichkeit zugleich und ihrer Resignation. Anders als die Philosophie, die einstmals als Herold die bürgerliche Welt und ihre Wissenschaft verkündigte, blickt Soziologie, wenn sie sich frei macht, nach rückwärts: zu den geschichtlichen Phasen, in denen die europäische Gesellschaft (d. h. die westeuropäische bürgerliche Gesellschaft — d. V.) die Kraft noch in sich fühlte, dem eigenen Prinzip, dem richtigen Zustand unter den Menschen, zur Wirklichkeit zu verhelfen. Im Gedenken an jenes Potential sucht sie die Stellung zu halten, zu der die Menschheit nach Katastrophen vielleicht erfahrener zurückkehren wird“.⁴⁰

Nach diesen Sätzen sehen wir uns außerstande, Horkheimer rein sachlich zu begegnen.

Vor der Perspektive einer Katastrophe packt jeden gesund-denkenden Menschen das Grauen. Aber Horkheimer hofft, eine solche Katastrophe würde die Menschheit zur Fortschrittsperiode der Bourgeoisie zurückführen. Ganz abgesehen davon, daß der Kampf der friedliebenden Menschheit die Katastrophe zu verhindern wissen wird, wäre eine Rückkehr zur Fortschrittsperiode der Bourgeoisie ohnehin völlig unmöglich. Horkheimer hält also eine Katastrophe (doch wohl den von der Bonner Regierung so hektisch vorbereiteten Atomkrieg) nicht nur für möglich, sondern auch für nützlich. So leid uns die greisenhafte Resignation und sein Zurücksehnen in die gute alte Zeit tun, so sehr müssen wir Max Horkheimer und seine Katastrophen-Philosophie verurteilen. Zwar spricht Horkheimer der gegenwärtig herrschenden Gesellschaftsordnung in Westdeutschland ein vernichtendes Urteil, wenn er sagt, daß die heutige europäische Gesellschaft (das kann für ihn natürlich nur das kapitalistische Westeuropa sein) nicht die Kraft hat, dem richtigen Zustand unter den Menschen zur Wirklichkeit zu verhelfen. Doch der Ausweg in die Katastrophe, der Max Horkheimer gangbarer erscheint, als der Weg zum Sozialismus, ist der Weg des Monopolkapitals. Horkheimers Bekenntnis dazu ist typisch für die objektive Stellung der bürgerlichen Soziologie zum Adenauer-Regime. Die Mitarbeit Max Horkheimers in der vor kurzem unter Patronat des Bonner Innenministers und SA-Mannes Schröder gebildeten Kom-

³⁹ M. Horkheimer: Philosophie und Soziologie. In: KZfSuS. Heft 1. Jg. 11/1959. S. 161

⁴⁰ Ebenda: S. 164

mission für „staatsbürgerliche Bildung“, der es obliegt, die Gesinnung der Bürger des Westzonenstaates auf die Linie des Straußschen Kriegsministeriums abzurichten, unterstreicht diese Stellung. Sie kennzeichnet die soziale Grundlage der Ablehnung der Theorie von der Gesellschaft als Ganzem. Die Grundlage heißt Apologetik des Imperialismus und Hetze gegen den Sozialismus.

Doch die Marxisten und mit ihnen 900 Millionen Menschen in der Welt bedienen sich der wissenschaftlichen Theorie von der Gesellschaft und der Kenntnis der Entwicklungsgesetze der Gesellschaft nicht — wie Horkheimer meint — zur rücksichtslosen Ertüchtigung zurückgebliebener Völker, sondern um vorwärts zu schreiten, die Welt umzugestalten, nicht aber um vergeblichen Träumen nach der „guten alten Zeit“ nachzuhängen; sie bedienen sich ihrer, um Katastrophen, wie sie sich Horkheimer herbeiwünscht, zu verhindern. In Deutschland selbst, im konsequenten Kampf des deutschen Volkes für die Verwirklichung des Deutschlandplanes, im Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik, hat Horkheimer ein sichtbares Beispiel dafür.

Mit der Ablehnung einer wissenschaftlichen Theorie von der Gesellschaft und der damit verbundenen Leugnung objektiver Entwicklungsgesetze in der menschlichen Gesellschaft haben die bürgerlichen Soziologen dem Marxismus im allgemeinen und dem historischen Materialismus im besonderen offen den Kampf angesagt. Ihre Feindschaft zum historischen Materialismus ergibt sich objektiv aus der sozialen Funktion der bürgerlichen Soziologie: Verteidigung der imperialistischen Bourgeoisie und Unterstützung ihrer aggressiven Politik.

Gemeinsam mit den offenen Feinden des Marxismus versuchen die philosophischen Revisionisten mit der „Kritik“ des historischen Materialismus, unter der Flagge der „schöpferischen Weiterentwicklung“ der marxistischen Theorie, Teil um Teil aus der marxistischen Gesellschaftswissenschaft herauszuberechnen, um auf diesem Wege die bürgerliche Ideologie in die Reihen der Arbeiterklasse einzuschmuggeln.

Indem sie die entscheidenden Grundfragen des historischen Materialismus einer „schöpferischen Kritik“ unterziehen, wollen die Revisionisten den historischen Materialismus überhaupt liquidieren und damit die aus einem Guß bestehende Lehre des Marxismus zerbrechen.

Die Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder, die im November 1957 in Moskau stattfand, hat mit aller Eindringlichkeit hervorgehoben, daß „unter den gegenwärtigen Umständen die Hauptgefahr im Revisionismus oder mit anderen Worten im rechten Opportunismus als einer Ausdrucksform der bürgerlichen Ideologie, die die revolutionäre Energie der Arbeiterklasse lähmt und die Erhaltung oder Restauration des Kapitalismus fördert“⁴¹ besteht.

In Heft 2 der „Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie“ wurde ein Artikel mit der recht anspruchsvollen Überschrift: „Der empirische Gehalt der Theorie des historischen Materialismus“⁴² des polnischen Soziologen Andrzej Malewski veröffentlicht, der aus der polnischen Zeitschrift „Studia Filozoficzne“ Nr. 2, 1957, übersetzt wurde. Spricht schon allein die Tatsache der Veröffent-

⁴¹ Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder (Moskau vom 14. bis 15. November 1957). Berlin 1958. S. 16

⁴² A. Malewski: Der empirische Gehalt der Theorie des historischen Materialismus. In: KZfSuS. Heft 2. Jg. 11/1959. S. 281

lichung dieses Artikels in der Zeitschrift der bürgerlichen Soziologie, deren Herausgeber, René König, ein offener Gegner des Marxismus und der Länder des Sozialismus ist, für sich, so sind Königs preisende Bemerkungen über den polnischen Philosophen noch aufschlußreicher. Im gleichen Heft findet man in seinem Beitrag „Soziologie in der Sowjetunion“⁴³ neben einer üblen Verleumdung der soziologischen Forschung in der Sowjetunion und in der CSSR den Hinweis, daß sich Malewski vor allem bei der „empirischen Verifizierung des Marxismus...“⁴⁴ hervorgetan habe. R. König wertet dies als Ausdruck des „neuen sozial-philosophischen“ Durchdenkens der Grundzüge des Marxismus.

R. König betrachtet die empirische Verifizierung des Marxismus als unerläßlich für dessen Widerlegung; das bringt er auch in seinem Buch „Soziologie heute“⁴⁵ zum Ausdruck. In diesem Buch verleumdet R. König den wissenschaftlichen Sozialismus als „moderne politische Religion“⁴⁶ und kündigt selbstherrlich an, daß die Welt mit seinem Buch vor der bedeutsamsten Wendung in der modernen Marxdeutung stehe.⁴⁷ Leopold von Wiese erklärt näher, was René König mit dem Begriff „empirische Verifizierung“ des Marxismus-Leninismus sagen will: „Es ist erfreulich und notwendig, daß in einem Buch („Soziologie heute“ — d. Verf.), das in weite Kreise Europas und Amerikas dringen wird, die Unanwendbarkeit marxistischer Deduktionen mit solcher Klarheit und Folgerichtigkeit bewiesen wird.“⁴⁸ Das also heißt „empirisch verifizieren“ und dieser Aufgabe unterzieht sich Malewski. Er will den empirischen Gehalt des historischen Materialismus überprüfen. Aber das ist seiner Meinung nach unmöglich, da das, „was bisher unter der Bezeichnung ‚Historischer Materialismus‘ vertreten wird... meiner Überzeugung nach eine Mischung von sehr zutreffenden Gedanken und von ganz falschen, bzw. jedes empirischen Gehalts ermangelnden Behauptungen“⁴⁹ ist. Um den historischen Materialismus „empirisch überprüfen“ zu können, müssen die „... in einer so wenig greifbaren Art und Weise“⁵⁰ abgefaßten Grundfragen des historischen Materialismus umformuliert werden, damit sie „das Postulat der Überprüfbarkeit erfüllen und nach Möglichkeit Widersprüche mit bekannten Tatsachen vermeiden.“⁵¹ Damit glaubt Malewski die Ausgangsposition geschaffen zu haben, um aus dem historischen Materialismus eine Grundfrage nach der anderen herauszubringen.

Die marxistische These, daß das gesellschaftliche Sein das gesellschaftliche Bewußtsein bestimmt, ersetzt Malewski, weil sie ihm bei der „empirischen Überprüfung“ des Marxismus „Ungelegenheiten“ bereitet, durch eine „Theorie der Beziehungen zwischen den Lebenssituationen und den Anschauungen sowie dem Verhalten der Menschen“⁵². Hier wird die marxistische Grundthese der Gesellschaftswissenschaft, daß das gesellschaftliche Sein das gesellschaftliche Bewußt-

⁴³ R. König: Soziologie in der Sowjetunion. In: KZfSuS. Heft 2. Jg. 11/1959. S. 345 bis 347

⁴⁴ Ebenda: S. 347

⁴⁵ R. König: Soziologie heute. Zürich 1949

⁴⁶ Ebenda: S. 27

⁴⁷ Ebenda: S. 30

⁴⁸ L. v. Wiese: Rezension über „Soziologie heute“ von R. König. In: KZfSuS. Jg. 2/1949. S. 358

⁴⁹ A. Malewski: Der empirische Gehalt der Theorie des historischen Materialismus. In: KZfSuS. H. 2. Jg. 11/1959. S. 295

⁵⁰ Ebenda: S. 284

⁵¹ Ebenda: S. 285

⁵² Ebenda: S. 285 bis 294

sein bestimmt, hierin werden auch die materiellen Verhältnisse, die die Menschen bei der Produktion der materiellen Güter eingehen, völlig ignoriert. Das ist doch im gleichen Sinne wie in der bürgerlichen Soziologie eine „Austreibung“ des Materialismus aus der Gesellschaftswissenschaft, der sich bei Malewski nur auf die Lebenslage, d. h. auf den Bereich der Konsumtion beschränkt. Die Lebenslage wird bei Malewski nicht primär durch die sozialen Verhältnisse, sondern einzig und allein durch den Verbrauch bestimmt.

Eine der Kernfragen der marxistischen Gesellschaftstheorie, das Wechselverhältnis zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen und die Hervorhebung der Produktivkräfte als des revolutionären Elementes, das die Entwicklung und Veränderung der Produktionsweise bedingt, wird von Malewski als theologischer Begriff „der letzten Ursache“⁵³ abgelehnt. Als Ersatz hat Malewski die schon so arg strapazierte „Faktorentheorie“ anzubieten. Er hat noch bei einer Reihe anderer Grundfragen des historischen Materialismus festgestellt, daß sie nicht „empirisch überprüfbar“ seien. Am sichtbarsten wird seine revisionistische Haltung bei der Behandlung der marxistisch-leninistischen Lehre von den Klassen und vom Klassenkampf. In dieser Frage stellt er sich offen auf den Standpunkt der bürgerlichen Soziologie. (Davon wird weiter unten die Rede sein.) Und das alles bezeichnet Malewski selbst als Entfaltung der marxistischen Theorie.⁵⁴

René König hatte allen Grund, Malewski reiches Lob zu spenden. Erweist sich doch, daß die Verfechter jeder Revision des Marxismus objektiv, ob gewollt oder ungewollt im Lager der Feinde des Marxismus und der Arbeiterbewegung landen. In der Endkonsequenz hat jede Revision des Marxismus seine Liquidierung zum Inhalt. Die Gefährlichkeit des Revisionisten Malewski besteht darin, daß er als Marxist aufzutreten versucht, um den Marxismus von innen heraus zu zersetzen. Mit ihrer Kritik an der marxistischen Gesellschaftstheorie richten die Revisionisten ihre Angriffe vor allem gegen die marxistische Auffassung von der objektiven Gesetzmäßigkeit der historischen Entwicklung, gegen die marxistische Lehre von den Klassen und vom Klassenkampf und seinem gesetzmäßigen Ergebnis: die Diktatur des Proletariats.

(Wird fortgesetzt)

⁵³ Ebenda: S. 296

⁵⁴ Ebenda: S. 287

Das Verhältnis von Kausalität und Teleologie in kybernetischer Sicht*

Von GEORG KLAUS (Berlin)

I.

Eine der ersten wissenschaftlichen Arbeiten zur Kybernetik, dieser neuen, unerhört aufregenden Wissenschaft, trägt den Titel „Behavior, purpose and teleology“ (A. Rosenblueth, N. Wiener, I. Bigelow, „Philosophy of Science“, X, 18, 1943). Was haben diese hier angedeuteten, ihrem Wesen nach philosophischen Themen mit der Arbeit von Gelehrten, die sich mit mathematischer Logik, Informationstheorie, Neurophysiologie usw. beschäftigen, zu tun? Die Kybernetik (von Kybernetes, der Steuermann), manchmal definiert als Wissenschaft von den Steuerungsvorgängen und vielleicht noch besser und umfassender als Theorie der selbstregulierenden dynamischen Systeme gekennzeichnet, ist aus Problemen der Nachrichtenübertragung im Zusammenhang mit Elektronik und Hochfrequenztechnik hervorgegangen, reicht aber viel weiter, als es ihr Ausgangsbereich vermuten läßt. Die Kybernetik erschließt nicht nur völlig neue einzelwissenschaftliche Zusammenhänge, sondern sie hat auch einen wesentlich philosophischen Aspekt. Lenin hat davon gesprochen, daß die moderne Physik im Begriff sei, den dialektischen Materialismus zu gebären. Das trifft in verstärktem Maße auf die Kybernetik zu. Diese neue Wissenschaft ist ein eindeutiger Beweis der Richtigkeit der dialektischen-materialistischen Denkweise, und zwar unabhängig davon, ob dies allen Vertretern dieser Disziplin bereits bewußt ist oder nicht. Deshalb ist sie auch in der Lage, in wirksamer Weise Licht auf manches alte philosophische Problem zu werfen.

Eines dieser Probleme ist das Verhältnis von kausaler und teleologischer Naturerklärung, das seit vielen Jahrhunderten im Brennpunkt der Auseinandersetzung zwischen Materialismus und Idealismus stand und noch steht. Große Philosophen, wie Aristoteles, Thomas v. Aquino, Leibniz, Kant usw. haben, wenn auch mit unterschiedlichen Gründen, die Unvermeidlichkeit teleologischer Erklärungsweisen vertreten. Der Unterschied beider Betrachtungsweisen möge durch eine Skizze veranschaulicht werden.

- a) Eine Ursache U_1 wirke auf ein System S^a mit dem Erfolg, daß eine Wirkung W_1 entsteht.

$$U_1 \rightarrow \boxed{S^a} \rightarrow W_1$$

Tritt nun an Stelle von U_1 ein U_2 , so ergibt sich an Stelle von W_1 ein W_2 . Das ist die lineare Kausalkette, die der mechanische Materialismus fast ausschließlich im Auge hatte, wenn er eine natürliche, kausale Erklärung der Wirklichkeit geben wollte.

* Geschrieben für einen Sammelband, der Todor Pawlow, Bulgarien, zum 70. Geburtstag gewidmet ist.

- b) Verschiedene Ursachen $U_1, U_2 \dots$ mögen auf S^b einwirken mit dem Resultat, daß sich schließlich (wenn auch nicht immer sofort) immer wieder die Wirkung W_z einstellt.

$$U_1 \rightarrow \boxed{S^b} \rightarrow W_z \quad U_2 \rightarrow \boxed{S^b} \rightarrow W_z$$

Das System strebt scheinbar — indem es sich gegenüber recht unterschiedlichen Einwirkungen $U_1, U_2 \dots$ durchsetzt — dem Ziel W_z zu, bzw. W_z ist der Zweck von S^b .

Die Vertreter des mechanischen Materialismus waren sich mit den Idealisten vielfach darin einig, daß die Erklärung a) die einzig natürliche sei und suchten Fall b) auf Fall a) jeweils durch Auffindung zusätzlicher, noch nicht bekannter Ursachen zu reduzieren. Viele Idealisten vertraten die Auffassung, daß es neben der Erklärungsweise a) eben die prinzipiell verschiedene Erklärungsweise b) gebe, bei der ein nichtmaterieller Zweck bzw. Ziel zu W_z führt, was besonders für die Welt der Lebewesen und des Menschen typisch sei.

Die Entwicklung der Naturwissenschaft seit der Renaissance schien den Vertretern des Standpunktes a) zunächst recht zu geben. Immer mehr Erscheinungen, die von den Vertretern der Religion und des Idealismus zunächst für den Fall b) in Anspruch genommen wurden, erwiesen sich als Spezialfälle von a). Vor allem war die Entwicklung der Maschinenwelt des Frühkapitalismus ein ununterbrochener Siegeszug der zu Fall a) gehörenden Denkweise. Die Produktion stellte den Vertretern des mechanischen Materialismus gewissermaßen ein ideales mechanisches Modell des strengen linearen Kausalzusammenhangs und der strengen Determiniertheit zur Verfügung: die Uhr. Die mechanischen Materialisten gingen von der Hypothese aus, daß sich letztlich alle Dinge als mehr oder weniger komplizierte Uhren darstellen ließen. Sie bauten also einerseits auf einem bestimmten Zustand der Industrie, der Produktion auf und wurden andererseits gestützt durch den damaligen spezifischen Zustand der Naturwissenschaften, die zunächst und im wesentlichen solche Ketten von Zusammenhängen erforschten, wie sie in unserem Schema dargestellt sind. Sie waren ihrer ganzen Disposition nach Gegner aller Zweckursachen, und zwar nicht zuletzt deswegen, weil ihnen diese als typische Begriffsbildungen der Scholastik erschienen, gegen die ihr hartnäckiger Kampf gerichtet war. Sie waren Gegner des Begriffs der Zweckursache, weil für sie die Alternative bestand: Entweder natürliche Erklärung auf der Basis der von uns skizzierten Kausalkette, oder Erklärung durch Zweckursachen auf der Grundlage der Setzung von Zwecken durch übernatürliche Kräfte, durch irgend ein Wesen, das außerhalb der Dinge, der Tiere und Menschen steht und ihnen die Ziele vorschreibt. Kant hat diesen Gegensatz in seiner Kritik der Urteilskraft sehr deutlich charakterisiert. Er war überzeugt, daß die ursächliche Erklärung auf die anorganische Welt beschränkt bleiben müsse und daß es niemals einen „Newton des Grashalmes“ geben werde, wie er sich ausdrückt. Auch wir sind der Überzeugung, daß es den Newton des Grashalmes nie geben werde, d. h. den Newton, der die Vorgänge in lebenden Systemen auf die Gleichungen der klassischen Mechanik zurückführen kann. Es gründet sich unsere Überzeugung allerdings auf eine ganz andere Überlegung, als es die Kants war.

Unter Umständen des 17. und 18. Jahrhunderts (Industrie, die auf klassischer Mechanik beruht, Herrschaft des mechanischen Materialismus im Bereich der exakten Naturerklärung, Bindung aller Erklärung durch Zweckursachen an über-

natürliche Kräfte bzw. an die Religion) waren die Philosophen gewissermaßen blind für die wenigen, die schon damals zeigten, daß die Alternative: entweder mechanische, lineare Kausalität mit streng determinierten Faktoren oder Herrschaft von Zweckursachen mit übernatürlichen Aspekten, tatsächlich falsch war. Freilich hätte ein Übermaß an Abstraktionskraft dazugehört, um die Bedeutung dieser wenigen damals in Technik und Naturwissenschaft auftretenden Momente der genannten Art richtig einzuschätzen. Die Masse des Beweismaterials war noch zu Beginn des 19. Jahrhunderts nur im Bereich der Gesellschaft zu finden. Aber zu seiner Erschließung bedurfte es der marxistischen Philosophie.

Die Klassiker des Marxismus haben, auf Hegel aufbauend, erkannt, daß die Alternative „Teleologie oder mechanische Erklärung“ falsch ist. Sie haben nachgewiesen, daß weder äußere Wirkursachen (dies im Sinne von Aristoteles und Thomas von Aquino) noch übernatürliche Zweckursachen die letzte Grundlage der Entwicklungsvorgänge in der Wirklichkeit sind. Der Marxismus ist vielmehr der Auffassung, daß die wesentlichen Ursachen aller Entwicklungsprozesse *in den Dingen* selbst liegen, daß also alle äußeren Ursachen, d. h. das, was etwa Thomas von Aquino Wirkursachen nennt, nur Ursachen sekundärer Art sind. Im unendlichen System der Wechselwirkung erhält sich jedes Individuum, jedes System nur deswegen eine gewisse Zeitlang, weil es in der Lage ist, diese seine Individualität im Wechsel der äußeren Einwirkungen festzuhalten und nur solche Wirkungen hervorzubringen, die seinen inneren Systembedingungen entsprechen. Das hat schon Hegel recht deutlich formuliert. Er vergleicht Teleologie und Mechanismus (darunter versteht er den mechanischen Materialismus) und sagt:

„Die Teleologie wird vornehmlich dem Mechanismus entgegengestellt, in welchem die an dem Objekt gesetzte Bestimmtheit wesentlich als äußerliche eine solche ist, an der sich keine Selbstbestimmung manifestiert.“¹ Es war gerade Hegel, der zeigte, daß die starre Gegenüberstellung von mechanischer und teleologischer Erklärung falsch ist. „Wenn Mechanismus und Zweckmäßigkeit sich gegenüberstehen, so können sie eben deswegen nicht als gleichgültige genommen (werden), deren jedes für sich ein richtiger Begriff sei. . .“² Interessant ist, wie hier dieser Gegensatz philosophisch aufgelöst wird! Es ist bei Hegel keinesfalls so als würde er, als Idealist, automatisch dem teleologischen Prinzip den Vorrang gegenüber der mechanischen Erklärung geben. Er sagt vielmehr: „Je mehr das teleologische Prinzip mit dem Begriffe eines außerweltlichen Verstandes zusammengehängt und insofern von der Frömmigkeit begünstigt wurde, desto mehr schien es sich von der wahren Naturforschung zu entfernen, welche die Eigenschaften der Natur nicht als fremdartige, sondern als immanente Bestimmtheiten erkennen will und nur solches Erkennen als ein Begreifen gelten läßt.“³

Es erscheint Hegel paradox, daß die mechanische Naturerklärung als die der Naturwissenschaft arteigene erscheint, obwohl doch die mechanischen Ursachen nur äußere Ursachen sind, während die teleologische Naturerklärung, die an sich ihrem Wesen nach auf das Innere der Dinge eingehen müßte, zu einem äußeren übernatürlichen Prinzip gemacht wird. Hegel will also von vornherein Zwecke als *innere Bestimmungen* der Dinge aufgefaßt wissen und nicht als Bestimmungen,

¹ Hegel: Wissenschaft der Logik. Bd. II. Leipzig 1948. S. 384

² Ebenda

³ Ebenda: S. 385

die den Dingen von außen her auferlegt sind. Das bedeutet nicht, daß er die Dinge isoliert betrachten will und sie etwa nur aus ihrem eigenen Wesen heraus begreifen möchte. Will man die Dinge in ihrer Totalität erfassen, so muß beachtet werden, daß „... ein wesentliches Moment der Totalität immer in einem Äußern liegt...“⁴. *Die Totalität umfaßt also System und Umwelt!* Schon aus diesem Ansatz her ist verständlich, warum eine materialistische Umstülpung Hegels Schlüssel zu einem Verständnis vor allem der biologischen Vorgänge sein kann; denn dort spielt die Dialektik von System und Umgebung eine hervorragende Rolle. Es gibt aber noch weitere Momente in Hegels Darlegungen, die für die richtige philosophische Interpretation der Kybernetik fruchtbar gemacht werden können. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß Hegel, der große Idealist, nicht schlechthin für die idealistische Auffassung des Prinzips der Teleologie und gegen den mechanischen Materialismus Partei ergreift. Er bemüht sich vielmehr, die positiven Seiten des letzteren zu begreifen und die negativen metaphysischen Seiten der teleologischen Betrachtungsweise zu kritisieren. So sagt er zugunsten der mechanistischen Betrachtungsweise und gegen die teleologische Betrachtungsweise alten Stils:

„Der Mechanismus zeigt sich selbst dadurch als ein Streben der Totalität, daß er die Natur für sich als ein Ganzes zu fassen sucht, das zu seinem Begriffe keines Andern bedarf, — eine Totalität, die sich in dem Zwecke und dem damit zusammenhängenden außerweltlichen Verstand nicht findet...“⁵ Mit anderen Worten, die Dinge können nur aus sich selbst begriffen werden, wenn man sie *weder* auf mechanische Kausalität *noch* auf übernatürliche Zweckursachen reduziert! Das bedeutet, daß für Hegel die Kategorie des Zwecks nicht etwas schlechthin subjektives ist, daß aber andererseits ihre Objektivität nicht durch Bezugnahme auf einen überweltlichen Verstand gewährleistet wird.

Er sagt dazu: „Das erste unmittelbare Setzen im Zwecke ist zugleich das Setzen eines Innerlichen, d. h. als gesetzt Bestimmten, und zugleich das Voraussetzen einer objektiven Welt, welche gleichgültig gegen die Zweckbestimmung ist...“ und weiter „Der Zweck schließt sich durch ein Mittel mit der Objektivität und in dieser mit sich selbst zusammen... Der Zweck bedarf eines Mittels zu seiner Ausführung...“⁶

Und schließlich zum Abschluß ein Hinweis Hegels, in den sich mit einiger Phantasie die wesentlichen Grundgedanken der heutigen Kybernetik hineinprojizieren ließen:

„Man kann daher von der teleologischen Tätigkeit sagen, daß in ihr das Ende der Anfang, die Folge der Grund, die Wirkung die Ursache sei, daß sie ein Werden des Gewordenen sei, daß in ihr nur das schon Existierende in die Existenz komme usf., das heißt, daß überhaupt alle Verhältnisbestimmungen, die der Sphäre der Reflexion oder des unmittelbaren Seins angehören, ihre Unterschiede verloren haben, und was als ein Anderes wie Ende, Folge, Wirkung usf. ausgesprochen wird, in der Zweckbeziehung nicht mehr die Bestimmung eines Andern habe, sondern vielmehr als identisch mit dem einfachen Begriffe gesetzt ist.“⁷

Der Grundgedanke Hegels, daß sich eine Zweckmäßigkeit, die *in den Dingen* liegt und nicht mechanisch-materialistisch erklärt werden kann, begreifen läßt,

⁴ Ebenda

⁵ Ebenda: S. 386

⁶ Ebenda: S. 394

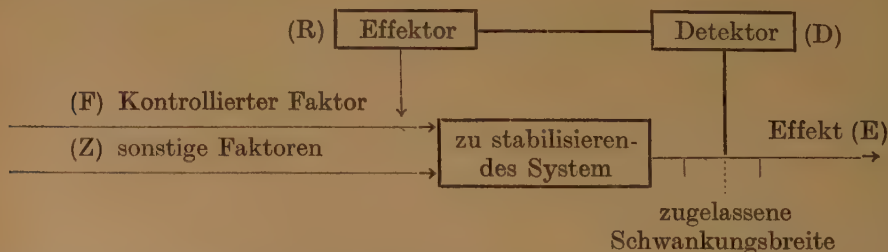
⁷ Ebenda: S. 399/400

ohne daß dazu übernatürliche Zweckursachen vorausgesetzt werden, sondern die statt dessen bestimmte Formen der Wechselwirkung als Grundlage hat, wie dies in dem zuletzt aufgeführten Zitat von Hegel vor allem zum Ausdruck kommt, wurde bei den Klassikern des Marxismus in seinem rationellen Kern übernommen, von den idealistischen Gedankengängen Hegels befreit, systematisch in das System des dialektischen Materialismus integriert und bei der Behandlung zahlreicher Fragen aus Natur und Gesellschaft methodisch angewandt. Solche Beispiele finden wir etwa in der Naturdialektik von Friedrich Engels.⁸

II.

Die Gedanken Hegels und des dialektischen Materialismus finden in der Kybernetik ihr einzelwissenschaftliches und technisches Äquivalent. Gerade aus solchen Gründen darf man die Feststellung treffen, daß jeder dieser beiden Bereiche hilft, den anderen besser zu verstehen. Im vorliegenden Fall genügt bereits das einfachste Grundelement der Kybernetik, um wesentliches Licht auf die vorliegende Problematik zu werfen. Die lineare Kausalkette, die wir vorhin skizziert haben, ist nämlich keineswegs die einzige Form der Kausalität, die in der Technik realisierbar ist, neben sie tritt der *Regelkreis* bzw. der Rückkoppelungsmechanismus. Was sind nun die wesentlichen Elemente eines solchen Rückkoppelungssystems? Wir gehen zunächst wieder von folgendem Fall aus. Eine Reihe von Faktoren wirken auf ein bestimmtes System und dieses System erzeugt vermöge der Einwirkung dieser Faktoren einen bestimmten Effekt. Soweit handelt es sich um die klassische Kausalkette. Etwas wesentlich Neues ergibt sich nun, wenn dieser Effekt wieder auf die vorhin genannten Faktoren oder wenigstens auf einen oder einige unter ihnen zurückwirkt. Diese *Rückwirkung* (eine besondere Form der Wechselwirkung) hat nun den Charakter einer *Regelung* des Systems!

Wollte man das beschriebene Schema der Rückkopplung auf einen allgemeinen Nenner bringen, so könnte das etwa so geschehen, wie es in der folgenden Zeichnung zum Ausdruck gebracht wird:



Die wirklichen Rückkopplungserscheinungen aus der anorganischen und organischen Natur, aus der Welt des Menschen mögen im einzelnen viel komplizierter sein. Dieses Grundschema dürfte jedoch im allgemeinen gelten. Es gilt auch oft in völliger Reinheit. Ist z. B. S eine einfache Vergaseranlage eines primitiven Außen-

⁸ Vgl. F. Engels: Dialektik der Natur. S. 184, 191, 264 u. 270/271

bordmotors, F das aus dem Benzintank einströmende Benzin, Z das durch Verdunstung in den Verbrennungsraum entweichende Benzin, und E die Niveauhöhe, D der Schwimmer im Vergaser und R die Schwimbernadel, dann haben wir in der ganzen Apparatur ein typisches Beispiel des allgemeinen Schemas, das in der Technik der Verbrennungsmotoren durchaus geläufig ist. Weitere Beispiele aus allen möglichen Ebenen der materiellen Welt lassen sich leicht angeben und wir werden im Verlaufe unserer Darlegungen noch eine Reihe solcher Beispiele aufzeigen.

Rückkopplungsmechanismen dieser Art sind im Laufe der Geschichte der Entwicklung der Produktivkräfte schon lange vor der Entstehung der Kybernetik aufgetreten. Ein eingehendes Studium dieser Mechanismen und das Ziehen aller logischen Konsequenzen, die sich aus einer Theorie dieser Mechanismen ergeben hätten, würde dazu geführt haben, daß die Wissenschaft der Kybernetik schon im 18., spätestens aber in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstanden wäre. Aber derartige Überlegungen sind müßig. Sie haben den Charakter der Frage: Warum ist aus der Erfindung Herons von Alexandrien nicht die moderne Maschinenindustrie entstanden? Der historische Materialismus und die Geschichte der Wissenschaften geben uns Antwort auf Fragen dieser Art. Die allgemeine Entwicklung der Gesellschaft hatte noch nicht den Stand erreicht, der für solche Aufgabenstellungen notwendig war. Oder anders ausgedrückt: Es bestand noch kein gesellschaftliches Bedürfnis für Entwicklungen dieser Art. So ist es nicht verwunderlich, daß in den meisten Klassifizierungen von Maschinen, die im 19. Jahrhundert vorgenommen wurden, solche Apparaturen wie der Watt-Regulator keinen rechten Platz fanden.

Das Überraschende, das sich bei einer unter solchen Aspekten stehenden Analyse nun herausstellt, ist immer wieder die Tatsache, daß es bereits vor der Elektronik, der elektronischen Rechenmaschine usw. viele Anlässe gegeben hat, die an sich Ausgangspunkt hätten sein können, um diese neue Wissenschaft, die Kybernetik, aus der Taufe zu heben. Wenn die allgemeine gesellschaftliche Bedeutung selbstregulierender Maschinen bis in die jüngste Zeit hinein übersehen wurde, so sind nicht so sehr technische, sondern in erster Linie gesellschaftliche Gründe maßgebend. Im Kapitalismus, der bis vor wenigen Jahrzehnten das Gesicht der Welt noch völlig bestimmte, bestand kein allgemeines gesellschaftliches Bedürfnis für die Beseitigung schematischer und geisttötender Arbeit durch Einführung selbstregelnder Mechanismen. Die begrenzte Aufnahmefähigkeit des kapitalistischen Marktes war in keiner Weise ein Stimulator für eine massenhafte Automatisierung. Zum anderen hat die kapitalistische Gesellschaftsordnung nicht das geringste Interesse, die große Masse der Werktätigen von einer schematischen Arbeit zu befreien und sie einer schöpferischen Arbeit zuzuführen. Der Kapitalismus ist insgesamt an einer solchen Form der Arbeit nicht interessiert und will diese Form der Arbeit vielmehr für die Angehörigen der eigenen Klasse bzw. für eine relativ begrenzte Schicht ihm ergebener Angehöriger des Proletariats reservieren. Denn schöpferische Arbeit auf breitester Grundlage führt zu selbständigem Denken auf breitester Grundlage, und selbständiges Denken ist nicht auf einzelne Gebiete reduzierbar, es nimmt immer universellen Charakter an. Nichts aber wäre für den Kapitalismus mehr zu fürchten als eine Arbeiterklasse, deren allgemeines geistiges Niveau sich auf die Ebene des Schöpferischen erhebt. Deshalb setzen sich diese Entwicklungen in der Welt des Kapitalismus nur mit einem

Bruchteil der Geschwindigkeit durch, die eigentlich den technischen, wissenschaftlichen und ökonomischen Möglichkeiten der kapitalistischen Länder entspräche.

Ganz anders liegen die Dinge in der Welt des Sozialismus. Dort ist man an der maximalen Entfaltung der schöpferischen Kräfte des Menschen interessiert. Deshalb gehört zu den Gebieten, auf denen die Sowjetunion die USA in raschem Tempo überholt, auch das Gebiet der Automatisierung und ihrer theoretischen Grundlage — der Kybernetik. Es gibt natürlich noch eine ganze Reihe von Gründen, aus denen heraus diese Tatsache zu erklären ist. Einer von ihnen ist beispielsweise darin zu sehen, daß die jeweils modernste Produktionsweise und die jeweils modernste Gesellschaftsordnung immer eine organische Einheit bilden. Die jeweils fortgeschrittenste Gesellschaftsordnung ist zugleich auch immer die beste Grundlage für die Weiterentwicklung der jeweils modernsten Produktionsweise. Aber es gibt in diesem besonderen Falle noch einen weiteren Grund. Wir haben schon mehrfach darauf hingewiesen, daß die Kybernetik ihrem Wesen nach spezifisch dialektisch-materialistisch ist. Zwar enthält jede Wissenschaft implizit dialektisch-materialistische Gedankengänge, aber es gibt Wissenschaften, bei denen sich diese Gedankengänge direkt aufdrängen. Zu ihnen gehört eben die Kybernetik. Darauf haben wir im Verlauf unserer Darlegungen hingewiesen. Wenn das aber so ist, dann muß eine philosophische Theorie, eine philosophische Methode, die dem objektiven dialektisch-materialistischen Gehalt einer Wissenschaft bewußt und systematisch die diesem entsprechende philosophische Denkweise entgegenbringt, wesentlich zu maximalen Erfolgen im Bereich dieser Wissenschaft beitragen. Das aber ist in der Sowjetunion der Fall.

III.

Eine tiefergehende philosophische Analyse unseres weiter oben gebrachten Schemas führt uns zur Erkenntnis, daß hier eine bestimmte Realisierung dessen vorliegt, was Hegel und die Klassiker des Marxismus als Wechselwirkung bezeichnet haben. Es liegt hier eine besondere Form dieser Wechselwirkung vor, nämlich eine Form, die es den materiellen Systemen, die mit einem solchen Rückkopplungsmechanismus ausgerüstet sind, gestattet, eine relative Stabilität im Wandel der Erscheinungen zu wahren. Und in der Tat, die Wechselwirkung ist eine allgemeine philosophische Kategorie, die nicht mehr weiter reduzierbar ist und von der aus sich ableiten läßt, warum die materielle Welt, deren Prinzip sie ist, sich selbst genügt. Deshalb sind auch letzten Endes die Gottesbeweise des Aristoteles und des Thomas von Aquin wissenschaftlich unhaltbar.

Wir finden bei Hegel den merkwürdigen Satz:

„Dann hauptsächlich ist noch die unstatthafte Anwendung des Kausalitätsverhältnisses auf Verhältnisse des physisch-organischen und des geistigen Lebens zu bemerken. Hier zeigt sich das, was als Ursache genannt wird, freilich von anderem Inhalte als die Wirkung, darum aber, weil das, was auf das Lebendige wirkt, von diesem selbständig bestimmt, verändert und verwandelt wird, weil das Lebendige die Ursache nicht zu ihrer Wirkung kommen läßt, d. h. sie als

Ursache aufhebt.“⁹ Eben dies ist das Geheimnis *aller* selbstregulierenden Systeme und nicht nur der vom Menschen konstruierten. Dies ist das Geheimnis der Tatsache, daß sehr viele Systeme und insbesondere die lebendigen Systeme, die Organismen, der Mensch, bestimmte gesellschaftliche Gefüge, Gesellschaftsordnungen, Staaten usw. in der Unzahl der Faktoren, Ursachen, die auf sie einwirken, eine relative Selbständigkeit und Stabilität behalten. Die Kybernetik konnte die Existenz einfacher und komplizierter Regelsysteme in allen Bereichen der Wirklichkeit nachweisen.

Mit solchen Überlegungen und Erkenntnissen wird keinesfalls die Existenz des Kausalgesetzes abgestritten; aber es wird die mechanistische Fassung dieses Gesetzes entsprechend modifiziert und die lineare Kausalkette als Spezialfall erkannt. Eine Ursache bleibt dabei eine Ursache. Aber in solchen Systemen wird die Wirkung, das Ergebnis des Systems, in gewissem Umfang von Schwankungen und Veränderungen der wirkenden Ursachen unabhängig. Das bedeutet z. B. für das Leben, daß es überhaupt erst die Möglichkeit gewinnt, sich anzupassen. Wenn Norbert Wiener gelegentlich bemerkt hat, daß die Rückkopplung das „Geheimnis des Lebens“ darstelle, so müssen wir feststellen, daß Hegel, Marx und Engels dies schon längst gewußt haben.

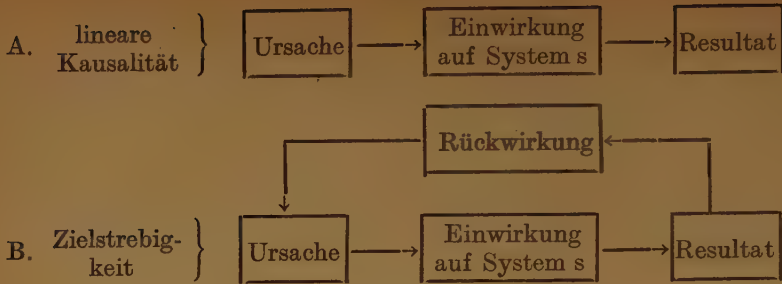
Jetzt verstehen wir auch, warum der mechanische Materialismus bei der Erklärung organischer Systeme versagte. Der Versuch, den die Vertreter des mechanischen Materialismus unternahmen, erscheint uns aus der heutigen Sicht als ein Versuch, Mechanismen mit Rückkopplung durch solche ohne Rückkopplung zu erklären, d. h. als ein Unternehmen, daß tatsächlich nicht durchführbar ist. Wohl aber ist das umgekehrte Unternehmen durchführbar: Mechanismen ohne Rückkopplung lassen sich als Grenzfälle von Mechanismen mit Rückkopplung erklären, bzw. als Mechanismen mit verschwindender Rückkopplung.

Systeme mit Rückkopplung verhalten sich „zielstrebig“! Wer den jeweiligen Regelmechanismus nicht kennt und nur die einwirkenden Ursachen und das Resultat beobachtet, muß den Eindruck gewinnen, als strebe das System einem *bestimmten Ziele* zu, und zwar relativ unabhängig von Zahl und Stärke der einwirkenden Ursachen. Im Falle unseres Außenbordmotorvergasers ist das „Ziel“ eine bestimmte Höhe des Schwimmers und es wird nach kurzen Abweichungen immer wieder erreicht, und zwar unabhängig von stärkerer oder schwächerer Benzinzufuhr, stärkerem oder schwächerem Benzingasverbrauch in den Zylindern. Diese Feststellung läßt sich umkehren. Überall dort, wo materielle dynamische Systeme selbsttätig auf ein unbestimmtes Ziel zustreben, oder — was dasselbe ist — sich immer wieder ungeachtet aller Hindernisse und Störungen auf einen bestimmten Zustand einstellen, sind Regelmechanismen am Werk!

Dafür hat sich in der kurzen Zeit der Existenz der Kybernetik riesiges Beweismaterial ergeben, sei es durch neue Entdeckungen, die auf der Grundlage der kybernetischen Denkweise gemacht wurden, sei es durch Neuinterpretation schon bekannter Fakten auf dieser Grundlage.

Der Gegensatz von kausaler und teleologischer Erklärung reduziert sich also auf einen Gegensatz, der wie folgt schematisch darstellbar ist:

⁹ Hegel: Wissenschaft der Logik. Bd. II. S. 193



Übernatürliche Momente sind in B ebenso wenig enthalten wie in A. Fall B ist der exakten mathematischen und logischen Analyse ebenso zugänglich wie Fall A. Jede neue komplizierte technische Konstruktion von Regelsystemen und das Studium ihres tatsächlichen Funktionierens schärft uns den Blick für die Entdeckung komplizierter Regelsysteme in der Welt der Organismen (d. h. für „wunderbare Zweckmäßigkeiten“ aller Art). Jede neue Entdeckung dieser Art gibt uns Hinweise für noch kompliziertere und wirkungsvollere technische Regelmechanismen.

Dieser Übergang von der mechanischen Kausalität und ihren technischen Entsprechungen zu einer „materialistischen Teleologie“ und ihrer neuen Technik hat große philosophische und gesellschaftliche Konsequenzen.

Baut man Maschinen auf der Grundlage der linearen Kausalität, so müssen diese Maschinen um so genauer konstruiert sein, je enger die Toleranzen sind, innerhalb derer sich das Resultat ihrer Wirkung halten soll. Das bedeutet, daß zwischen der Ursache und der Wirkung eine ganz präzise und genau beherrschbare funktionelle Beziehung bestehen muß, die *alle* überhaupt einwirkenden Faktoren und ihre funktionellen Beziehungen enthalten muß. Sie entspricht dem Geist des Laplaceschen Dämons. Auf der Grundlage der kybernetischen Denkweise konstruierte Maschinen bedürfen dieser Präzision nicht. Die Rückkopplung ist in der Lage, bei entsprechender Konstruktion ein Verlassen der von der Maschine geforderten Toleranzen zu verhindern. Das bedeutet Einsparung an Überwachungspersonal, das bedeutet Einsparung erheblicher ökonomischer Mittel. Es zeigt sich, daß das Leibnizsche Uhrengleichnis mit den dort genannten drei Möglichkeiten nicht vollständig ist. Leibniz hatte — als Modell der Seele-Körper-Beziehung — das Gleichnis mit den beiden Uhren konstruiert und überlegt, unter welchen Voraussetzungen beide im Gleichtakt gehen könnten. Er sah nur die starre mechanische Kopplung (— mechanischer Materialismus), das ständige Gleichstellen beider Uhren durch eine überirdische Macht (— Occasionalismus) und eine absolut genaue Konstruktion beider Uhren mit gleicher Einstellung von Ewigkeit her (— ein System der prästabilierten Harmonie). Es gibt eine 4. Möglichkeit, und diese 4. Möglichkeit findet ihre Theorie in der Kybernetik. Von hier aus sind wir auch in der Lage zu erkennen, daß gerade diese 4. Möglichkeit in zahllosen materiellen Systemen der Wirklichkeit enthalten ist. Hegel hat in der von uns zitierten Textstelle davon gesprochen, daß die (äußeren) Ursachen in den Lebensvorgängen und erst recht in den geistigen Vorgängen nicht zu ihrer Wirkung kommen können (gemeint ist die mechanische Wirkung in der mechanischen Ursache-Wirkungs-Relation). Aber bei den von Hegel genannten Beispielen tritt die

Unangemessenheit der nur mechanischen Kausalität lediglich besonders deutlich hervor. Diese Unangemessenheit gilt aber eigentlich im ganzen Universum. Immer wirkt das Ergebnis irgendwie auf die Ursache zurück, überall ist Rückkopplung (feed-back) bzw. Wechselwirkung zu beobachten, nur kann diese Rückwirkung unter besonderen Umständen völlig vernachlässigt werden. Im Hinblick auf die technischen Konsequenzen dieser Tatsachen kann man deshalb mit einem gewissen Recht davon sprechen, daß unsere bisherige Maschinenwelt im wesentlichen eine Maschinenwelt der linearen Kausalität war, daß unsere kommende Maschinenwelt aber eine Maschinenwelt der Wechselwirkung sein wird.

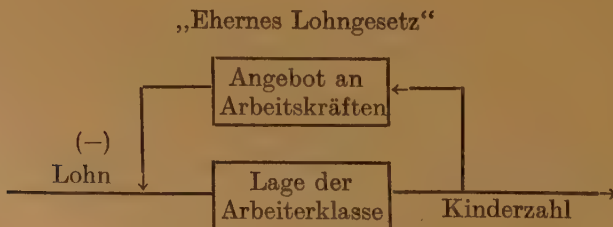
IV.

Der Begriff der Rückkopplung hängt mit der Kategorie der Wechselwirkung systematisch zusammen. Der Begriff der Wechselwirkung wurde von den Klassikern des Marxismus-Leninismus ausführlich dargestellt und gehört als fester Bestandteil zum Kategoriengefüge des dialektischen Materialismus. Ist es aber nicht etwa eine sehr gewaltsame Konstruktion, wenn wir behaupteten, es gäbe einen sehr engen systematischen Zusammenhang zwischen der Lehre des dialektischen Materialismus und den Ergebnissen der Kybernetik? Norbert Wiener hat in seinem Buch „Cybernetics“ behauptet, die Kybernetik habe in der Frage der Erklärung des zweckmäßigen Verhaltens lebendiger Systeme sowohl die Teleologie (z. B. den Vitalismus) als auch den Materialismus widerlegt. Dazu ist zu sagen: Wiener begeht — und das ist hundert Jahre nach Hegel und nach einer hundertjährigen Geschichte des dialektischen Materialismus eigentlich auch einem hochbedeutenden Mathematiker und Nichtphilosophen nicht ohne weiteres erlaubt — unter anderem alle diejenigen Fehler, die Hegel im Umkreis dieser Problematik kritisiert. Zunächst setzt er Materialismus mit mechanischem Materialismus gleich und verhält sich demgemäß so, als gäbe es den dialektischen Materialismus überhaupt nicht. Dann stellt er fest, daß der Materialismus nicht in der Lage sei, die Zweckmäßigkeiten in der Natur zu erklären. Schließlich weist er nach, daß die idealistisch-teleologische Betrachtungsweise zur Erklärung dieser Zweckmäßigkeiten überflüssig sei, da eine solche Erklärung auf natürlichem Wege möglich ist und von der Kybernetik tatsächlich geleistet wird. In Wirklichkeit ist die neue Fassung des Begriffes der Teleologie, wie sie Hegel gegen die metaphysische und religiöse Interpretation gibt, gewissermaßen gerade das, was heute in der Kybernetik wissenschaftlich analysiert und technisch realisiert wird. Widerlegt wird also nicht der Materialismus, sondern der mechanische Materialismus, widerlegt wird nicht die Teleologie, sondern die religiöse übernatürliche Teleologie. Die idealistische „Zweckmäßigkeit“ ist aber nicht das, was beispielsweise Engels im „Anti-Dühring“ und der „Naturdialektik“ als Zweckmäßigkeit im Bereich der Organismen bezeichnet.

Vielleicht wird der Leser hier einwenden: Der Zusammenhang zwischen dem, was Marx, Engels und Lenin über Wechselwirkung gesagt haben und der kybernetischen Theorie des Regelkreises ist doch sehr allgemein, daß es sich kaum rechtfertigen läßt, viel Aufhebens davon zu machen, und das gilt dann entsprechend auch für den Zusammenhang zwischen der kybernetischen Erklärung der Zweckmäßigkeiten in der Realität und der Widerlegung der idealistischen

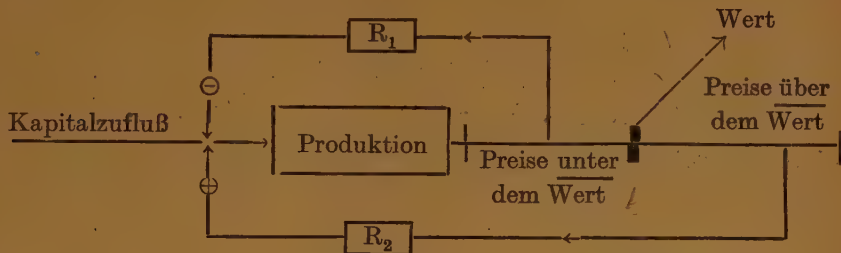
Teleologie durch den Marxismus. Um diesen Vorwurf zu widerlegen, möchten wir einen kurzen Exkurs auf das Gebiet machen, in dem Marx den dialektischen Materialismus und seine Kategorien am umfassendsten angewandt hat, wir meinen die politische Ökonomie. Im „Kapital“ werden tatsächlich eine große Zahl von Rückkopplungssystemen diskutiert, aber nicht Pseudorückkopplungssysteme, wie dies heute dort geschieht, wo die bankrotte bürgerliche Ökonomie unter Mißbrauch der Kybernetik rehabilitiert werden soll, sondern *wirkliche* Rückkopplungssysteme, die man als bewußte Anwendung der dialektischen Relationen der Wechselwirkung bezeichnen muß. Eine Analyse der marxistischen politischen Ökonomie und insbesondere des „Kapitals“ wird ergeben, daß hier implizit bereits eine ausgearbeitete Theorie ökonomischer Feed-back-Systeme vorliegt. Aber gerade von dieser Grundlage her wird es möglich sein, den größten Teil dessen was in der neuesten bürgerlichen Ökonomie unter der Flagge der Kybernetik getrieben wird, als eine — wenn auch in subtilen Formen vorgetragene — Apologetik des Imperialismus zu entlarven. Diese Aufgabe muß zweifellos in systematischer Ausführlichkeit gelöst werden. Sie muß gelöst werden, um nachzuweisen, daß die wirkliche methodologische und erkenntnistheoretische Grundlage möglicher Anwendungen der Kybernetik auf die politische Ökonomie nur in der marxistischen Philosophie und politischen Ökonomie gegeben ist. Sie muß auch gelöst werden, weil es zweifellos notwendig ist, eine ganze Reihe von Gedankengängen, die von der modernen Kybernetik erarbeitet worden sind, in die marxistische politische Ökonomie zu integrieren. Diese Aufgabe steht also nicht nur vor der marxistischen Philosophie, sondern auch vor der marxistischen politischen Ökonomie. Unser Exkurs setzt sich nicht zum Ziel, diese Aufgabe zu lösen, sondern nur an einigen Beispielen die möglichen Anwendungen der Kybernetik skizzenhaft zu demonstrieren.

Wir greifen als Beispiel das sogenannte „Ehernes Lohngesetz“ von Lassalle heraus. Lassalle hatte behauptet, daß der gewerkschaftliche Kampf der Arbeiter um bessere Bedingungen im Prinzip sinnlos sei, da jede wesentliche Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse zu einer vermehrten Kinderzahl führt, was aber wiederum ein erhöhtes Angebot an Arbeitskräften bedeutet und damit eine Senkung des Lohnes. Der sinkende Lohn nun wiederum vermindert die Lebensmöglichkeiten der Arbeiterklasse, die Kinderzahl nimmt ab, das Angebot an Arbeitskräften geht zurück, der Lohn steigt. Das ist ein typisches Feed-back-System, allerdings ein konstruiertes und falsches. Sein Schema hat etwa folgende Gestalt:



Karl Marx hat eine ausführliche Widerlegung dieses falschen Feed-back-Schemas gegeben.

Ein besonders typischer und wichtiger Fall eines Feed-back-Schemas in der politischen Ökonomie ist das Verhältnis von Kapitalzufluß und -abfluß in einem bestimmten Industriezweig zum Verhältnis der Preise und Werte der erzeugten Waren in diesem Bereich der Produktion. Liegt der Preis über dem Wert, so erzeugt die Differenz zwischen Preis und Wert einen positiven Einfluß auf den Kapitalzufluß. Je größer die Differenz, desto stärker der Kapitalzufluß. Liegt der Preis unter dem Wert, so wirkt die Differenz zwischen Wert und Preis negativ auf den Kapitalzufluß. Wir haben ein negatives feed-back, der Kapitalzufluß wird gehemmt, er verwandelt sich in Kapitalabfluß. Wir geben diese Tatsache nachstehend in einem Feed-back-Schema wieder.



Natürlich handelt es sich hier um ein stark vereinfachtes Schema, denn es fehlt noch das Verhältnis von Angebot und Nachfrage, ohne das die Rückkopplungen sich nicht stabilisieren können. Sieht man die ökonomischen Schriften von Karl Marx unter den Gesichtspunkten der Kybernetik durch, so entdeckt man die exakte Beschreibung und Analyse einer großen Reihe von Regelsystemen. Wir möchten deshalb behaupten: Karl Marx hat als erster implizit und antizipatorisch Gedankengänge kybernetischen Charakters benutzt, oder — zugespitzt ausgedrückt — Karl Marx war der erste Kybernetiker! Er war es nicht, weil er diese Erkenntnisse aus einer maschinellen Regeltechnik abstrahiert hat, denn eine solche gab es nicht (der Wattsche Fliehkraftregler und einige ähnliche Mechanismen waren noch Ausnahmen). Es war auch im Bereich der Naturwissenschaft noch äußerst wenig über Regelsysteme bekannt. Diese Erkenntnisse von Marx waren vielmehr die Frucht der Anwendungen des dialektischen Materialismus auf die politische Ökonomie. Diese Früchte aber konnten sich nur ergeben, weil die philosophischen Grundgedanken der Kybernetik tatsächlich im dialektischen Materialismus bereits angelegt waren.

REZENSIONEN

Hans Koch: KULTUR IN DEN KÄMPFEN UNSERER TAGE. Dietz Verlag. Berlin 1959. 223 Seiten.

Obwohl diese Arbeit schon Anfang des Jahres, also vor der Kulturkonferenz (April 1960), vorlag, ist sie heute keinesfalls überholt; im Gegenteil, die vom Verfasser dargelegten Grundgedanken stimmen mit den Problemen, die die Kulturkonferenz erörterte, und mit der Richtung, die sie für unsere Kulturentwicklung zeigte, überein. Damit ist diese Arbeit zu „theoretischen Problemen der sozialistischen Kulturrevolution in der Deutschen Demokratischen Republik“, wie es im Untertitel heißt, ein gelungener Beitrag zur Diskussion und Klärung von Grundfragen unserer sozialistischen deutschen Nationalkultur. Die Arbeit ist für jeden Kulturinteressierten von großer Bedeutung. Ihre kenntnisreiche und instruktive Darstellung gewinnt durch stilistische Sicherheit und verständliche Sprache. Besonders Künstler aller Gattungen, aber auch Pädagogen, Wissenschaftler, Kulturpolitiker und andere Partei- und Staatsfunktionäre sollten sie lesen. Die Arbeit stellt sich das Ziel, die „theoretischen Grundlagen (der) Zusammenhänge der Kulturrevolution mit der gesamten sozialistischen Umwälzung zu beleuchten und einige ... Probleme des Wesens und Werdens der sozialistischen Nationalkultur zu betrachten“ (S. 11).

Wenn auch „die Behandlung der Probleme der künstlerischen Lebensäußerungen der Gesellschaft bei der Vollendung des sozialistischen Aufbaues im Vordergrund“ (S. 10) stehen, verfällt der Verfasser nicht in den Fehler, diesen Bereich der gesellschaftlichen Lebensäußerungen, der im sozialistischen Leben der werktätigen Massen immer größere Bedeutung gewinnt, als ausschließlichen Inhalt der sozialistischen Kulturrevolution anzusehen, wie das manchmal von Künstlern, aber auch Pädagogen u. a. Kulturschaffenden getan wird. Ein Verdienst der Arbeit besteht darin, daß sie die Bestimmung des Inhaltes der sozialistischen Kulturrevolution und des Kulturbegriffes (letzteren zwar „nur für den Hausgebrauch“, wie Hans Koch schreibt) vornimmt. Im Unterschied zu Erhard John, der die sozialistische Kulturrevolution in der „revolutionären Umgestaltung all jener Bereiche der Kultur, die oft zusammengefaßt als Kultur im

engeren Sinne bezeichnet werden“¹, erblickt, versteht Hans Koch unter der Kulturrevolution darüber hinaus den „Vorgang ... in dem ‚ein neuer Mensch‘ entsteht“.

Hans Koch geht in der Darlegung stufenweise vor. Er behandelt im ersten Kapitel die Notwendigkeit der sozialistischen Kulturrevolution, ihren Zusammenhang mit der sozialistischen Demokratie und der Bündnisfrage der Diktatur des Proletariats. Mit der Bestimmung der Besonderheiten unserer Kulturrevolution leitet er zur Darlegung ihrer nationalen Rolle über. Im zweiten Kapitel setzt sich Hans Koch mit der „Militarisierung der Kultur in Westdeutschland“ auseinander und beweist überzeugend durch Verarbeitung zahlreichen Tatsachenmaterials, daß NATO-Politik und humanistische Kulturbemühungen einander ausschließen. Im dritten Kapitel zeigt er, daß die sozialistische Kulturentwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik die gesetzmäßige Weiterentwicklung unserer humanistischen deutschen Nationalkultur ist, die nun, auf der Grundlage der Arbeiter- und Bauern-Macht und der ökonomischen Basis des Sozialismus, erstmals zur Kultur des ganzen Volkes wird und organisch in die neue sozialistische Kultur- und Bewußtseinsentwicklung der Bürger der Deutschen Demokratischen Republik eingeht.

Immer stärker entwickelt sich in unserer Republik das sozialistische Leben, das ein von Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und der Unterdrückung der werktätigen Volksmassen freies kulturvolles Leben ist. Das sozialistische Leben beinhaltet alles, was den Menschen seine schöpferischen Kräfte betätigen läßt, seine Lebenslust steigert und seine menschliche Würde hebt. Insbesondere gehört die gemeinschaftliche schöpferische Arbeit, die Aneignung der ganzen Kultur, die vielfältige künstlerische, sportliche u. a. Selbstbetätigung des Menschen, das Trachten nach Erhöhung der Volksgesundheit dazu. Dieser sozialistisch-humanistische, kulturvolle Inhalt des Lebens der Menschen entwickelt sich gesetzmäßig beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsformation. Aber er entwickelt sich nicht spontan (wie manche Leute glauben, die die Aneignung des Marxismus-Leni-

¹ E. John: Die sozialistische Kulturrevolution in der DDR. Berlin 1960. S. 4.

nismus durch die Massen und die Notwendigkeit der führenden Rolle der Partei der Arbeiterklasse auch auf kulturellem Gebiet unterschätzen oder verleugnen), sondern im ständigen Kampf gegen die aus der Vergangenheit, aus der bürgerlichen Gesellschaftsordnung überkommene und aus Westdeutschland und Westberlin eingeschleuste bürgerliche Ideologie und Amoralität. Kurz gesagt: er entwickelt sich nur im Kampf gegen die bürgerliche Lebensweise. Dabei auftretende theoretische Fragen zu klären, ist das Anliegen der Arbeit von Hans Koch. Der Prozeß der Formung des kulturellen Lebensstils des sozialistischen Menschen muß durch die Partei der Arbeiterklasse und mit Hilfe der Arbeiter-und-Bauern-Macht und der gesellschaftlichen Organisationen bewußt gelenkt und geleitet werden. Diese Gedanken ziehen sich durch die ganze Arbeit und werden in interessanter Art erläutert.

Angesichts des immer stärkeren Aufblühens der sozialistischen deutschen Nationalkultur in der Deutschen Demokratischen Republik und der sich verschärfenden und vertiefenden Kulturkrise in Westdeutschland ist die Popularisierung der wissenschaftlichen Konzeption unserer Entwicklung der sozialistischen Künste und Kultur von großer politischer Bedeutung im Kampf gegen den deutschen Militarismus. Die Schrift von Hans Koch leistet dazu einen guten Beitrag. Das Ziel der Arbeit wird, im ganzen gesehen, verwirklicht, und vor allem werden Anregungen für weitere theoretische Untersuchungen gegeben und viele neue Gesichtspunkte in das Blickfeld des Lesers gerückt. Nicht alle aufgeworfenen Fragen sind allerdings mit der nötigen Konsequenz zu Ende gedacht, viele nur andeutungsweise beantwortet. Die philosophischen Probleme der untersuchten und behandelten Prozesse sind oft nur gestreift. Das weist darauf hin, daß (unabhängig davon, daß diese Schrift sich nicht eine solche Aufgabe stellt) das Aufspüren der objektiven Dialektik in unserer Kulturrevolution, die Bereicherung der marxistisch-leninistischen Theorie von der sozialistischen Kulturrevolution durch die Ausarbeitung der Dialektik der sozialistischen Kulturentwicklung noch offen steht und von den marxistischen Philosophen in Gemeinschaftsarbeit mit marxistischen Kulturtheoretikern geleistet werden muß.

Das erste Kapitel wird mit einer Skizze unserer Kulturentwicklung seit 1945 eingeleitet. Hervorzuheben ist dabei die Formulierung der „hauptsächlichen Ergebnisse der antifaschistisch-demokratischen Etappe unserer Kulturrevolution“ (S. 13). Allerdings hätte man sich in diesem Zusammenhang auch einen Beitrag zur Bestimmung der Perioden und Etappen unserer Kulturentwicklung gewünscht. Darauf gibt Hans Koch nur ungenügend Antwort. Sein Hinweis, daß der „Übergang in die sozialistische Etappe

der Kulturrevolution... mit der Herausbildung der Arbeiter-und-Bauern-Macht... und dem Aufbau der sozialistischen Planwirtschaft“ (S. 25) beginnt, wird nicht weiter bewiesen. (Diese Behauptung ruft einige Fragen hervor: Ist es richtig, die gesamte Kulturentwicklung seit 1945 als Kulturrevolution zu bezeichnen? Worin besteht der Qualitätsumschlag, der Sprung von der ersten zur zweiten Etappe unserer Kulturentwicklung? Was ist eigentlich das Wesen der sozialistischen Kulturrevolution? usw.) Mir scheint die von Hans Koch aufgestellte Behauptung zumindest ungenau zu sein.

Sehr instruktiv sind die Abschnitte: „Kulturrevolution, volksdemokratischer Staat und sozialistische Demokratie“ – und „Probleme der Kulturrevolution und Fragen der Bündnispolitik“. Hier wird nachgewiesen, daß und wie die Herausbildung der sozialistischen Kultur mit dem Wachsen der Stärke der sozialistischen Staatsmacht und der Vertiefung und Ausweitung der sozialistischen Demokratie unlösbar verbunden ist; daß die sozialistische Kulturrevolution „zugleich eine der wesentlichen Entwicklungsformen der sozialistischen Demokratie ist“ (S. 38). Positiv zu werten ist weiterhin die Auseinandersetzung mit dem modernen Revisionismus auf dem Gebiet der Kulturtheorie und Kulturpolitik (S. 56–62). Der Verfasser zeigt die revisionistische Position im Werk Georg Lukács', das auch in der Deutschen Demokratischen Republik große Verbreitung erfuhr, und widerlegt sie.

Außerordentlich interessant und aufschlußreich ist die Darstellung der Entstehung und Entwicklung von neuen Beziehungen vieler Künstler zum sozialistischen Leben. Hans Koch weist darauf hin, daß „Der Übergang zur sozialistischen Etappe der Kulturrevolution... für viele Kunstschaffende einen schwierigeren Prozeß bildet... als der erste Schritt des Zusammengehens mit der Arbeiterklasse in der antifaschistisch-demokratischen Etappe, weil dieser neue Schritt nicht nur einen revolutionären Vorgang in der Denkweise, sondern in seiner ganzen Lebensweise... darstellt. Alle Probleme des Überganges kulminieren“, so heißt es, „in der Beziehung der Kunst zum Volke, der Kunst zum Leben“ (S. 64). In diesem Zusammenhang weist Hans Koch nach, daß die neuen Verbindungen der Künstler mit sozialistischen Brigaden u. a. Erscheinungen des neuen Verhältnisses des Künstlers zum Volk gewaltige Bedeutung für die Festigung des Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und der werktätigen Intelligenz, besonders den Künstlern, haben. „Diese Erscheinungen zeigen, daß die gemeinsame schöpferische, sich gegenseitig befruchtende Arbeit an der allseitigen Entwicklung der sozialistischen Nationalkultur zu einer bestimmenden Seite des Inhaltes des Bündnisses zwischen der Arbeiterklasse und der

Intelligenz“ (S. 69) wird. Der Verfasser weist darauf, daß wir es hier „mit dem ersten Keim einer Entwicklung“ zu tun haben, in der „nicht allein der *Gegensatz* zwischen der körperlichen und geistigen Arbeit auch auf dem Gebiet des Kunstschaffens überwunden ist“, sondern in der sichtbar wird, „daß diese beiden Gesellschaftsschichten (Arbeiterklasse und Intelligenz – F. St.) allmählich aufhören, die Trennung und den *wesentlichen Unterschied* zwischen körperlicher und geistiger Arbeit zu repräsentieren, der durch die ganze Entwicklung der Klassengesellschaft hervorgebracht wurde“ (S. 70).

Hervorzuheben ist der Versuch des Verfassers, die Besonderheiten der sozialistischen Kulturrevolution in der Deutschen Demokratischen Republik zu bestimmen (S. 72 bis 82). Hier wird das dialektische Verhältnis von Allgemeinem und Besonderem, die Einheit von Allgemeinem und Besonderem im konkreten Prozeß unserer Kulturentwicklung richtig verstanden. Das ist ein gelungener Beitrag zur Überwindung sowohl revisionistischer Auffassungen (die versuchen, die Besonderheiten zu verabsolutieren und sie dem Allgemeinen, dem Wesen der sozialistischen Kulturrevolution, gegenüberzustellen, indem sie z. B. behaupten, daß die Gesetzmäßigkeit der Kulturrevolution für entwickelte Industrieländer nicht existiert) als auch dogmatischer Ansichten, welche die konkreten Entwicklungsbedingungen, nationale Eigenarten, internationale Lage und Kräfteverhältnis und die historischen Voraussetzungen der nationalen Kultur unberücksichtigt lassen. Es ist Hans Koch gelungen, die „Orientierung auf das Vorbild der sowjetischen Kunst und Literatur als ein Entwicklungsgesetz der sozialistischen Kulturrevolution auch in der Deutschen Demokratischen Republik“ überzeugend darzustellen. Von großer Bedeutung ist dabei die Formulierung der „hauptsächlichen Gesetzmäßigkeiten“, deren Durchsetzung in jeder sozialistischen Kulturrevolution notwendig ist und den „vorbildhaften Charakter der sowjetischen Kunst und Literatur ausmacht“ (S. 79).

Der Herausarbeitung der drei hauptsächlichsten Besonderheiten der sozialistischen Kulturentwicklung in der DDR, aus der sich alle weiteren Besonderheiten und nationalen Eigenarten ergeben, ist ihm wesentlich zuzustimmen. Die Bestimmung der Hauptstoßrichtung unseres ideologischen Kampfes bei der Herausbildung unserer sozialistischen Nationalkultur ist allerdings nicht überzeugend (S. 73/74) und m. E. auch nicht vertretbar. Der Verfasser leitet die Notwendigkeit des Kampfes „gegen Ideologie und Kultur des deutschen Imperialismus“ aus dem Fehlen einer „eigenen kleinbürgerlichen Kultur als . . . Element demokratischer Kultur“ (S. 73) sowie dem notwendigen ideologisch-kulturellen Kampf um die Mittelschichten ab (S. 74). Er

weist dabei zwar sehr richtig die Ansichten mancher „Kulturschaffende(r), die meinen, man müsse den Kampf um eine sozialistische deutsche Kultur vorrangig in der Auseinandersetzung mit der spezifisch kleinbürgerlichen Kultur führen, vorrangig gegen bestimmte speißeische Erscheinungen und Gewohnheiten das Feuer richten. . .“ (S. 74) zurück: Es ist aber m. E. notwendig, einen anderen Ausgangspunkt zu wählen. Der Ausgangspunkt für die Analyse der Besonderheiten und konkreten Bedingungen unserer Kulturentwicklung muß die Tatsache sein, daß der Grundwiderspruch in Westdeutschland noch nicht, auf dem Territorium der DDR hingegen bereits vollständig gelöst ist. Denn dieser Grundwiderspruch bestimmt auch die Kultursituation in Deutschland, und der Kampf um seine Lösung macht es notwendig, die humanistische deutsche Nationalkultur gegen die Militarisierung der Kultur, die durch die militaristischen und klerikalen Kräfte des deutschen Imperialismus betrieben wird, zu verteidigen. Das allerdings geschieht am stärksten und wirksamsten durch ihre Weiterentwicklung zur sozialistischen Nationalkultur in der DDR. Aus dem nationalen Anliegen der sozialistischen Kulturrevolution in der DDR ergibt sich mit Notwendigkeit die Hauptstoßrichtung unseres ideologischen Kampfes gegen die militaristisch-klerikale Kulturpolitik des deutschen Imperialismus.

Im zweiten Kapitel – Westdeutscher Imperialismus, NATO und Kultur – zeigt Hans Koch, wie der Mißbrauch der kulturellen Mittel für Zwecke der psychologischen Kriegsführung zur offiziellen imperialistischen Kulturpolitik der Bundesrepublik wird und arbeitet die Grundlinien der Militarisierung des westdeutschen Kulturlebens heraus. Er beweist, daß „die Verschmelzung der reaktionärsten, imperialistischsten und militaristischsten, antihumanistischsten und entschieden antinationalen Elemente – die in der Entwicklung der reaktionären spätbürgerlichen deutschen Kultur hervorgebracht worden sind – mit ebenso reaktionären Elementen der Kultur der imperialistischen amerikanischen Besatzer und der NATO-Partner“ (S. 105) ein solches Maß erreicht hat, daß dieser Prozeß zur Zerstörung der Einheit der deutschen Kultur führt und die herrschende Kultur Westdeutschlands „vollständig ihr nationales Gesicht“ verliert. „Die Gesamtentwicklung der herrschenden bürgerlichen Kultur in Westdeutschland ist . . . ein Vorgang der Dekadenz, des Niederganges, des Verfalls“ (S. 106).

Im dritten Kapitel – Vom Wesen und Werden der sozialistischen Nationalkultur – kennzeichnet der Verfasser den „allseitigen Aufbau der sozialistischen deutschen Nationalkultur . . . (als) die Vollendung und Krönung der sozialistischen

Kulturrevolution“ (S. 129) in der DDR. Es werden die Gedanken von Karl Marx über die objektive Gesetzmäßigkeit der kulturellen Verelendung des Proletariats im Kapitalismus glänzend interpretiert (S. 132/35). Der Widerspruch zwischen der „objektiv kulturschöpferischen Rolle des Proletariats“ und seiner „eigenen Verelendung“ (S. 135) wird dabei als ein aus der kapitalistischen Produktionsweise hervowachsendes Element der Kultur in der bürgerlichen Gesellschaft demonstriert.

Der „revolutionäre Akt der Schaffung sozialistischer Produktionsverhältnisse“ wird als der entscheidende Schritt, als die ökonomische Voraussetzung für die Herausbildung der sozialistischen Kultur zur herrschenden Kultur gewürdigt und betont, daß erst damit dem Werk-tätigen „die von ihm produzierte ‚Universalität der Bedürfnisse, Fähigkeiten, Genüsse, Produktivkräfte etc. der Individuen‘ (Karl Marx) als sein Eigentum in seine eigenen Hände zurückgegeben“ wird; daß damit „die ökonomischen Bedingungen, die den Arbeiter in einen Teil-menschen verstümmeln und zu einem *Anhängsel der Maschine* (hervorgehoben von F. St.) degradieren, vernichtet werden und ihm im Prozeß der befreiten Arbeit selbst und einer immer größer werdenden Freizeit die Möglichkeiten der Entfaltung all seiner Kräfte und Fähigkeiten gegeben ist“ (S. 135).

Geschickt wird dann die Notwendigkeit der Entwicklung der sozialistischen Kultur abgeleitet (S. 136). Es ist jedoch nicht einzusehen, warum dabei zwar „die volle Entwicklung der menschlichen Herrschaft über die Naturkräfte weiter-zutreiben und ins Bewußtsein der Menschen zu bringen“ (S. 137), als Aufgabe formuliert wird, aber von der Entwicklung der Herrschaft des sozialistischen Menschen über seine gesellschaftlichen Beziehungen und damit über die gesellschaftlichen Bewegungs- und Entwicklungsgesetze nicht die Rede ist. Das gerade ist m. E. aber das Kettenglied, von dem aus die gesamte Kultur „umgearbeitet“ (Lenin) wird, ist der Kulminationspunkt der sich entwickelnden sozialistischen Kultur. Von hierher ist doch erst der qualitative Umschlag der Kulturentwicklung zur sozialistischen zu verstehen. Obwohl Hans Koch schreibt: „weil und indem die Menschen Herren ihrer eigenen Vergesellschaftung werden, so wissen wir es von Engels, werden sie auch zum ersten Male *bewußte und wirkliche* (hervorgehoben von F. St.) Herren der Natur“ (S. 151), ist dieses dialektische Verhältnis, so scheint es mir, auch bei der Bestimmung des Inhaltes der sozialistischen Kulturrevolution (S. 7) nicht genügend vermerkt.

Man kann auch mit dem ersten Teil der von Hans Koch formulierten Kulturdefinition (S. 7/8) nicht ganz einverstanden sein. Es gibt meiner

Ansicht nach keinen Grund, die Technik nicht ausdrücklich in die materielle Kultur einzubeziehen. Hans Koch tut das, indem er schreibt, daß „die von der Gesellschaft geschaffenen materiellen Güter; aber *nicht* schlechthin die Maschinen . . . usw. *als materiell-technische Dinge*, sondern als Ausdruck und objektive Manifestation der Entwicklungshöhe jener menschlichen Kräfte und Fähigkeiten, die den Menschen über die Natur erheben. . .“ (hervorgehoben von F. St.) zur Kultur gehören. Die Technik ist aber ein Teil der „Vergegenständlichung“ jener „menschlichen Wesenskräfte“ (Marx), die der Mensch als „künstliche Umwelt“ (Marx) zwischen sich und die Natur schiebt, die den Menschen über die Natur erheben, die es ihm gestatten, die Natur zu beherrschen und zu seinem Nutzen zu gebrauchen. Als Produkte menschlicher Arbeit und materiell-technische Gegenstände haben die „Maschinen, Gebäude, Einrichtungen usw.“ verschiedene Eigenschaften. Eine von diesen besteht darin, Vergegenständlichung der menschlichen Wesenskräfte und wichtigstes Instrument der Herrschaft des Menschen über die Natur zu sein — und nicht nur das, in ihrer Anwendung durch den Menschen wirken sie auf das „Werden des Menschen“ zurück. Sie sind also selbst *als materiell-technische Dinge* Kulturgut und nicht nur als „Ausdruck und objektive Manifestation. . .“ usw. Man muß die Technik als einen wichtigen Bestandteil der materiellen Kultur betrachten. Weil das von Hans Koch vermieden wird, kommt er nicht zur klaren Formulierung des Qualitätsumschlages im Verhältnis der menschlichen Produktivkräfte zu den sachlichen Produktivkräften, zur Technik, als einem wichtigen Element der sozialistischen Kulturrevolution. Der arbeitende Mensch, obwohl immer die wichtigste Produktivkraft, wird erst im Sozialismus zum bewußten Beherrscher der Technik und der Natur. Es bildet sich auf der Grundlage dieser neuen materiellen Beziehung ein wissenschaftlich-schöpferisches Verhältnis der Menschen zur Natur heraus, das gewaltige Konsequenzen für die Weltanschauung und den Lebensstil der Menschen, für den „atheistischen Charakter der sozialistischen Kultur“ (S. 152) hat. Hans Koch bezeichnet dieses auch als ein „real-humanistisches Verhältnis“ des Menschen zur Natur (S. 151).

In den interessanten Darlegungen über den Humanismus der sozialistischen Kultur werden viele Einzelfragen der Kunstentwicklung aufgeworfen und betrachtet. Leider wird vom Verfasser der von ihm ständig verwendete Begriff „realer Humanismus“ nicht immer präzise und eindeutig gebraucht, und es wird auch nicht gesagt, was er eigentlich darunter versteht. Einmal betrachtet er ihn als „Wesenszug der sozialistischen Kultur“ (S. 152), dann als „positiven Inhalt des sozialistischen Atheismus“ (S. 153),

was sich noch nicht gegenseitig auszuschließen braucht. Dann aber, indem er von einem „realen, wirklichen Humanismus der sozialistischen Gesellschaft“ spricht, der „den real-humanistischen Charakter der sozialistischen Kultur bestimmt“ (S. 155), verwendet er den Begriff „realer Humanismus“ nicht eindeutig. Aus den Darlegungen des Verfassers ist zu entnehmen (S. 146 bis 170), daß der „reale Humanismus“ eine objektive sittliche Qualität der sozialistischen gesellschaftlichen Verhältnisse ist und das ganze Leben im Sozialismus durchdringt. Leider wird das nicht präzise gesagt.

Von Bedeutung ist seine These, die mit einer Fülle von Gedanken und interessanten Argumenten unterstützt wird, daß der „gesamte, von wirklichem realem Humanismus durchdrungene gesellschaftliche Prozeß, in den wir mit dem Aufbau des Sozialismus eingetreten sind . . . , zur Methode des sozialistischen Realismus als bestimmender, herrschender und schließlich einziger Methode des künstlerischen Schaffens . . . drängt . . . , weil sie allein ein der Realität unseres Lebens adäquates Herangehen an diese Realität zu sichern vermag“ (S. 169). Die künstlerische Meisterschaft, so betont Hans Koch, hängt heute „in ganz entscheidendem Maße mit der künstlerischen Bewältigung dieser sich in tausend und tausend Einzelschicksalen und -wegen, durch Konflikte und Widersprüche vorwärts drängenden humanistischen Gesetzmäßigkeit“ (S. 196) zusammen. In diesem Abschnitt macht Hans Koch auch eine Bemerkung zur notwendigen Parteilichkeit der sozialistisch-realistischen Kunst und Literatur, die aber als Begründung viel zu eng erscheint. Hans Koch schreibt: „Wenn diese ganze reiche, vielgestaltige real-humanistische Entwicklung (der Gesellschaft wie des Einzelnen) vom Kampf der Arbeiterklasse und ihrer Partei geleitet und vorangeführt wird, dann erfordert es die Bewegung des Gegenstandes, die sozialistische, bewußte Parteilichkeit zum integrierenden Bestandteil der künstlerischen Methode zu machen“ (S. 171). Wenn das die Begründung dieses Prinzips wäre, könnten wir die Verleumdung der Feinde, die Parteilichkeit sei eine pragmatistische Forderung, nicht entkräften.

Die sozialistisch-realistische Kunst und Literatur kann und muß bewußt parteilich sein, weil nur die Erkenntnis der objektiven Wahrheit den Menschen befähigt, bewußt richtig zu handeln, die sozialistische Weltanschauung die objektive Wahrheit vermittelt und die marxistisch-leninistische Partei diesen Prozeß leitet. Die Arbeiterklasse und ihre Partei ist immer an der wahrheitsgemäßen Erkenntnis der Wirklichkeit in-

teressiert, weil ihr Klasseninteresse völlig mit den Entwicklungsgesetzen der Menschheit übereinstimmt. Darum muß und kann die sozialistisch-realistische Kunst und Literatur die Einheit des Wahren, Guten und Schönen verwirklichend künstlerisch gültig die revolutionäre Veränderung der Wirklichkeit nur vom Standpunkt der Arbeiterklasse und ihrer Weltanschauung gestalten. Völlig zu unterstreichen ist, daß „die sozialistische Umwälzung, die real-humanistischen Prozesse der sozialistischen Revolution . . . aller Kunst Gegenstände von einer Bedeutung geschaffen . . . haben, die in der Geschichte vergeblich ihres gleichen sucht“ (S. 172).

Interessante Anregungen für Kunst- und Literaturwissenschaftler und besonders Kulturtheoretiker vermitteln die letzten Abschnitte, in denen nachgewiesen wird, daß die sozialistische Kultur „eine wahre Volkskultur“ (S. 173) ist und daß die sozialistische Nationalkultur mit Notwendigkeit „das kulturelle Erbe der Menschheit kritisch“ aneignet und weiterbildet, daß diese Gesetzmäßigkeit „objektiv aus den Lebensbedingungen der sozialistischen Gesellschaft selbst“ (S. 196) hervorgeht. „Die Arbeiterklasse eignet sich das Erbe an, weil es ohnedem kein vollentwickeltes sozialistisches Bewußtsein gibt und geben kann, weil ohnedem die praktische, allseitige, volle Entwicklung des sozialistischen Menschen nicht möglich ist“ (S. 201); Hans Koch belegt dies mit interessanten Argumenten und angeführten Bemerkungen Lenins und Clara Zetkins.

Zum Schluß wird die Beziehung unserer werdenden sozialistischen Nationalkultur zur sozialistischen Weltkultur in einer Fülle von Hinweisen und Argumenten deutlich gemacht und der Humanismus und Internationalismus der sozialistischen Weltkultur gewürdigt.

Damit sind die wesentlichen Probleme bezeichnet, die Hans Koch in seiner Arbeit behandelt. Die Reichhaltigkeit und Gedankenfülle dieser Schrift konnte hier natürlich nicht erschöpft werden. Die Arbeit ist besonders begrüßenswert, da sie ein echtes Bedürfnis unserer gesellschaftswissenschaftlichen Forschung befriedigt und der weiteren Forschung auf diesem Gebiet Anregung und Hilfe gibt. Diese erste umfangreiche wissenschaftliche Arbeit zu theoretischen Problemen der sozialistischen Kulturentwicklung in der DDR ist von großer politischer und wissenschaftlicher Aktualität. Mit ihr leistet der Autor für die ideologische Arbeit unserer Partei und besonders für Theorie und Praxis unserer sozialistischen Kulturrevolution einen wertvollen Beitrag.

Fred Staufenberg (Berlin)

Wolfgang Eichhorn: ÜBER DIE WIDERSPRÜCHE BEIM AUFBAU DES SOZIALISMUS. Taschenbuchreihe UNSER WELTBILD. Band 9. VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften. Berlin 1959. 78 Seiten.

Die Spaltung des Einheitlichen in Gegensätze und ihre Wechselwirkung, ihr Kampf miteinander, ist das fundamentalste Gesetz der materialistischen Dialektik. Seine ständige Anwendung ist eine entscheidende Voraussetzung für die richtige Festlegung der Generallinie der Partei, für die Begründung der Strategie und Taktik des Kampfes der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten um den Sieg des Sozialismus, für die Lösung des gegenwärtigen Grundwiderspruchs in Deutschland. In der Vergangenheit wurde in der Forschungsarbeit den Problemen des Widerspruchs, insbesondere beim Aufbau des Sozialismus und bei der Lösung der Lebensfrage unserer Nation, nicht die genügende Aufmerksamkeit gewidmet. Das veranlaßte Prof. Kurt Hager auf der Konferenz des Instituts für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED im Mai 1958 zu der kritischen Feststellung, „daß wir uns in unserer philosophisch-theoretischen Arbeit gründlicher mit den Problemen der Widersprüche in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus befassen müssen. Bisher ist diese Arbeit vom Zentralkomitee geleistet worden, aber unsere theoretischen Kader haben wenig zur Ausarbeitung dieser Probleme getan“¹. Es ist das Verdienst Wolfgang Eichhorns, als erster mit einer umfangreicheren Arbeit einen wichtigen Beitrag zur Überwindung dieses Zurückbleibens der philosophischen Forschung geleistet zu haben.

Die Arbeit entstand aus Thesen des Autors zur Vorbereitung einer Konferenz mit dem Thema „Der Charakter und die Überwindung der Widersprüche in der Periode des Kampfes um den Sieg des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik“, die im Oktober 1958 am Institut für Philosophie der Humboldt-Universität stattfand.

Der Autor stellt sich mit seiner Arbeit das Ziel, „zur Klärung der Probleme der Widersprüche und ihrer Überwindung in der Deutschen Demokratischen Republik beizutragen. Vor allem soll sie Anregungen und eine Grundlage für eine öffentliche wissenschaftliche Diskussion geben...“ (S. 7). Dieser Zielstellung entspricht die Arbeit in hohem Maße. Unverständlich ist jedoch, daß, obwohl auf der erwähnten Konferenz „... zu den verschiedenen Fragen sehr verschiedene Standpunkte vertreten“ wurden, die Opponenten der Aufforde-

rung zu einem breiten Meinungsstreit in der „Deutschen Zeitschrift für Philosophie“ bisher nicht nachgekommen sind. Die Arbeit selbst hat seit ihrem Erscheinen eine gute Resonanz gefunden, wozu die Aktualität der behandelten Fragen, das Ausgehen von den Beschlüssen der Partei, das Bemühen zu zeigen, wie die Widersprüche gelöst werden müssen und nicht zuletzt die verständliche Darlegung der Probleme — eine Eigenschaft, die leider noch nicht alle philosophischen Arbeiten auszeichnet — beigetragen haben. Im ersten Kapitel wird in gedrängter Form die Bedeutung der Lehre vom Widerspruch als einer kritischen und revolutionären Lehre und einer Waffe in den Händen der Partei dargelegt. In einem speziellen Unterabschnitt „Dialektik contra Revisionismus“ werden Auseinandersetzungen mit den unwissenschaftlichen, den Klassenfeinden dienenden Auffassungen des modernen Revisionismus geführt. Dabei wird mit Recht, vor allem an Hand des 4. Plenum des ZK der SED, das große politische und wissenschaftliche Verdienst unserer Partei gewürdigt, denn „die Partei hat... die materialistische Dialektik vor revisionistischen Verfälschungen bewahrt, hat sie reingehalten, schöpferisch angewandt und dabei einen Beitrag zur schöpferischen Entwicklung der Dialektik geleistet“ (S. 19). Dieser Abschnitt hätte an Wert gewonnen, wenn vom Autor die prinzipielle Bedeutung des 30. Plenum des ZK der SED bei der Zerschlagung der verschiedensten revisionistischen Auffassungen berücksichtigt worden wäre. So wird z. B. die Auseinandersetzung mit den jugoslawischen Revisionisten geführt, die das Absterben des Staates als die grundlegende Aufgabe des sozialistischen Aufbaus betrachten. Es bleibt jedoch unberücksichtigt, daß der Höhepunkt der revisionistischen Auffassungen, die auf dem 30. Plenum zerschlagen wurden, eben darin bestand, „... den Staat schrittweise absterben zu lassen und die Selbstverwaltung im gesellschaftlichen Leben und in der Wirtschaft an seine Stelle zu setzen“². Das hätte nichts anderes als die Preisgabe der Arbeiter-und-Bauern-Macht bedeutet. Auch die in diesem Zusammenhang äußerst wichtige Schlußfolgerung Walter Ulbrichts auf dem V. Parteitag der SED: „Die Lehre von 1956 besteht darin, daß der Revisionismus in der Arbeiterbewegung volksdemokratischer Länder, angesichts der Existenz der NATO, als Wegbereiter der Konterrevolution dient“³, findet nur ungenügende Beachtung.

¹ W. Ulbricht: Grundfragen der Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Berlin 1957. S. 49

² W. Ulbricht: Der Kampf um den Frieden, für den Sieg des Sozialismus, für die nationale Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender, demokratischer Staat. Berlin 1958. S. 27

³ K. Hager: Der dialektische Materialismus — die theoretische Grundlage der Politik der SED. Berlin 1958. S. 91

Das zweite Kapitel hat eine Analyse des gegenwärtigen Grundwiderspruchs in Deutschland zum Inhalt. Wolfgang Eichhorn stellt mit Recht fest, daß es in der Frage Grundwiderspruch und Hauptwiderspruch bei uns in theoretischen Erörterungen manchmal Schematismus gibt (siehe S. 20). Er wendet sich gegen die schädliche Methode der "...metaphysisch starren Festlegung dieser Kategorien..." und die Versuche, "...die wirklichen Verhältnisse in die Kategorien hineinzupressen" (S. 20). Gleichzeitig wird die Notwendigkeit der Herausarbeitung einer einheitlichen Auffassung zu dieser Frage betont. In seinen Untersuchungen geht er von der Identität von Haupt- und Grundwiderspruch aus; das ist unserer Auffassung nach, zumindest im Zusammenhang mit dem gegenwärtigen Grundwiderspruch in Deutschland, prinzipiell richtig. Ausgehend von der im Beschluß des V. Parteitages der SED gegebenen Definition des gegenwärtigen Grundwiderspruchs in Deutschland analysiert der Autor die Klassenkräfte, die zu den beiden Seiten des Grundwiderspruchs gehören.

Dabei wird die besondere Rolle der deutschen Arbeiterklasse als der Hauptkraft im Kampf um Frieden und nationale Wiedergeburt hervorgehoben. Der Verfasser gelangt zu der Feststellung: „Die Formulierung des Grundwiderspruchs, die der V. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands gab, entspricht der objektiven Konstellation der Klassenkräfte in den Grundfragen der deutschen Entwicklung“ (S. 23/24). Wichtig ist der Hinweis, daß wir es mit einer sektiererischen Einengung der Seite des Grundwiderspruchs, die die friedliebenden antimilitaristischen Kräfte des deutschen Volkes verkörpert, zu tun haben, wenn der Grundwiderspruch auf den „Widerspruch zwischen der deutschen Arbeiterklasse und der imperialistischen Bourgeoisie oder gar auf den Widerspruch zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie reduziert wird“ (S. 23).

Nicht befriedigen kann die Darlegung des Weges zur Lösung des Grundwiderspruchs. So wird z. B. die Rolle des Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten, die prinzipielle Bedeutung der Aktionseinheit der deutschen Arbeiterklasse und die notwendige Entlarvung der veräzterten Politik der rechten Führung der Sozialdemokratie bei der Zusammenfassung aller friedliebenden Kräfte in ganz Deutschland nur ungenügend herausgearbeitet. Die entscheidende Bedeutung des Aufbaus des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik, der dialektische Zusammenhang und die Wechselwirkung zwischen der Lösung der Widersprüche beim sozialistischen Aufbau in der Deutschen Demokratischen Republik und der Lösung des Grundwiderspruchs hätte theoretisch stärker be-

gründet werden müssen, da es gerade in dieser Frage noch vielfältige Unklarheiten gibt. Die Formulierung: „Das Herangehen an die inneren Widersprüche (in der Deutschen Demokratischen Republik — H. K.) muß den Erfordernissen des Kampfes um die Lösung des Grundwiderspruchs in Deutschland untergeordnet werden“ (S. 26) gibt u. E. den Zusammenhang zwischen der Lösung der inneren Widersprüche beim Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik und der Lösung des Grundwiderspruchs nur unvollkommen wieder und ist zweideutig. Es muß klar festgestellt werden, daß der Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik die Hauptvoraussetzung für die Lösung des Grundwiderspruchs ist.

Im dritten Kapitel „Über die Klassenwidersprüche der Übergangsperiode zum Sozialismus und die Wege zu ihrer Lösung in der Deutschen Demokratischen Republik“ wird eine gründliche Analyse der Klassen und sozialen Schichten, ihrer Beziehungen untereinander gegeben und werden ihre Perspektiven beim Aufbau des Sozialismus gezeigt. In den ersten Unterabschnitten dieses Kapitels werden der Widerspruch zwischen den Werktätigen und den kapitalistischen Kräften, die allmähliche Umwandlung des antagonistischen Charakters des Widerspruchs in einen nichtantagonistischen und die sich aus dem Prozeß der Lösung dieses Widerspruchs ergebenden Tendenzen des Klassenkampfes untersucht.

Die folgenden zwei Unterabschnitte behandeln die nichtantagonistischen Widersprüche innerhalb des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft und die Rolle der Genossenschaftsbewegung für die Überwindung dieser Widersprüche und für den Aufbau des Sozialismus überhaupt. Gut gelingt es dem Autor in diesem Abschnitt, den Zusammenhang zwischen der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik und dem Kampf um den Frieden, um die Lösung der nationalen Lebensfrage darzustellen.

Die stürmische Entwicklung der Genossenschaftsbewegung, der Eintritt aller Bauern in die LPG haben inzwischen die Untersuchungsergebnisse praktisch bestätigt und neue Fragen aufgeworfen.

Weitere Probleme sind die Rolle der sozialistischen Erziehung aller Schichten der Bevölkerung als der wichtigsten Voraussetzung für die Lösung der Widersprüche sowie die sich auf der Grundlage des allmählichen Verschwindens des Klassenantagonismus entwickelnde und festigende politisch-moralische Einheit des Volkes. Besonders nachdrücklich wird der Kampf gegen jeglichen Einfluß der bürgerlichen Ideologie, gegen jede Erscheinungsform des

Opportunismus und Revisionismus, aber auch gegen jegliche linkssektiererischen Abweichungen betont und auf die Notwendigkeit der ständigen ideologischen Wachsamkeit verwiesen. Die Erfahrungen des ideologischen Klassenkampfes verallgemeinernd, stellt der Autor fest, daß der „... Kampf um die sozialistische Erziehung der Menschen ... in erster Linie ein Kampf gegen den Klassengegner in Westdeutschland und gegen seine Versuche, den sozialistischen Aufbau in der Deutschen Demokratischen Republik zu nichte zu machen“, ist (S. 46).

In der Auseinandersetzung mit der unzulässigen Gleichsetzung vom Sieg des Sozialismus und Lösung der ökonomischen Hauptaufgabe fällt unserer Auffassung nach der Autor in das andere Extrem, wenn er schreibt, daß „... die Lösung der inneren Widersprüche der Übergangsperiode in der Deutschen Demokratischen Republik und die Lösung der ökonomischen Hauptaufgabe, obgleich sie eng miteinander verbunden sind, sehr verschiedenartige Prozesse ...“ darstellen (S. 48). Eine solche Auffassung kann u. E. zu falschen Schlußfolgerungen führen, denn letztlich erfolgt die Lösung der ökonomischen Hauptaufgabe nur durch die Lösung von inneren Widersprüchen der Übergangsperiode. Das beste Beispiel hierfür wurde gerade durch die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft gegeben. Durch die Lösung des Widerspruchs zwischen dem neuen Charakter der Produktivkräfte und den hemmenden Produktionsverhältnissen der Einzelwirtschaft wurden die entscheidenden Voraussetzungen für die weitere Steigerung der Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft geschaffen. Die Steigerung der Arbeitsproduktivität wiederum ist das Wichtigste bei der Lösung der ökonomischen Hauptaufgabe.

Eine solche Auffassung ist u. E. auch deshalb theoretisch unhaltbar, weil sie den inneren Zusammenhang zwischen der Erfüllung der ökonomischen Hauptaufgabe und der immer vollkommeneren Durchsetzung des ökonomischen Grundgesetzes des Sozialismus außer acht läßt.

Die zu Beginn dieses Kapitels getroffene Feststellung, daß der Widerspruch zwischen Kapitalismus und Sozialismus bei uns noch die Rolle des Grundwiderspruchs ausübt, trifft heute nicht mehr zu. W. Ulbricht erklärte, daß der Widerspruch zwischen Kapitalismus und Sozialismus in der gegenwärtigen Entwicklungsphase der Übergangsperiode in der Deutschen Demokratischen Republik nicht mehr die entscheidende, grundlegende Quelle der Entwicklung zum Sieg des Sozialismus ist. Es vollzieht sich der Prozeß einer qualitativen Änderung der Stellung dieses Widerspruchs im System der Widersprüche in der letzten Phase der Übergangsperiode. Er hört auf, der alle Prozesse und Erscheinungen bestimmende, der Grundwiderspruch zu sein.

Diese Rolle übt bereits in immer stärkerem Maße der Grundwiderspruch des Sozialismus, der Widerspruch zwischen den Bedürfnissen der Gesellschaft und dem in der jeweiligen Etappe erreichten Entwicklungsstand der Produktivkräfte aus.

Sowohl in diesem, wie auch im letzten Kapitel ist der Autor bemüht, die wirkenden Widersprüche komplex zu behandeln. In diesem Zusammenhang muß jedoch auf eine Hauptschwäche der Arbeit überhaupt hingewiesen werden. Sie besteht in der zum Teil empirischen, lediglich beschreibenden Darlegung der komplizierten Prozesse und den ihnen zugrunde liegenden Widersprüchen in der Übergangsperiode, in einer zum Teil ungenügenden theoretischen Durchdringung des Materials. So gelingt es z. B. dem Autor nicht immer, die Wechselbeziehungen zwischen den verschiedenen Widersprüchen zu zeigen.

Im letzten Kapitel werden „Probleme der Widersprüche der sich entwickelnden sozialistischen Gesellschaft und ihrer Lösung in der Deutschen Demokratischen Republik“ behandelt.

Der Autor geht davon aus, daß auf Grund des erreichten Entwicklungsstandes die sozialistische Erziehung der Menschen die Hauptfrage des weiteren sozialistischen Aufbaus ist. Die Lösung des Widerspruchs zwischen den neuen, objektiven sozialistischen Lebensverhältnissen und den Überresten des Kapitalismus im Bewußtsein der Menschen ist zu einer objektiven Notwendigkeit geworden. Das Bewußtsein aller Menschen muß mit dem sozialistischen Sein in Übereinstimmung gebracht werden. Das erfordert die Durchführung der sozialistischen Revolution auf dem Gebiet der Ideologie und Kultur (S. 53), die sich aber nicht spontan, sondern nur unter der Führung der Partei der Arbeiterklasse vollziehen kann; sie ist ein untrennbarer Bestandteil im Kampf um die Vollendung des sozialistischen Aufbaus. In diesem Zusammenhang widerlegt der Autor die schädliche Auffassung vom spontanen Entstehen des sozialistischen Bewußtseins unter den Bedingungen der Existenz sozialistischer Produktionsverhältnisse. In dem folgenden Abschnitt wird der Nachweis erbracht, daß ein enger Zusammenhang zwischen der Überwindung alter bürgerlicher Überreste im Bewußtsein der Menschen, der Weiterentwicklung der Produktivkräfte, der Vervollkommenung der sozialistischen Produktionsverhältnisse und der Steigerung der Arbeitsproduktivität besteht. Weitere Probleme dieses Kapitels sind die Rolle der sozialistischen Brigaden und der Neuererbewegung, die Rolle von Staat und Recht für die allseitige Entwicklung des Menschen, die allmähliche Überwindung des Widerspruchs zwischen körperlicher und geistiger Arbeit; und schließlich wird das Hauptproblem der dialektischen Entwicklung der Gesellschaft „... der

Kampf um die Produktion eines vollentwickelten gesellschaftlichen Individuums, dessen Arbeit allgemein-gesellschaftliche Tätigkeit ist . . . und dem die Arbeit zu einer Sache der Ehre und des Ruhms, zu einem Lebensbedürfnis wird“ (S. 71), begründet.

Es versteht sich, daß besonders durch die Entwicklung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit eine Vielzahl neuer Probleme entstanden sind, die in dieser Arbeit noch keinen Eingang finden konnten. Überhaupt muß berücksichtigt werden, daß heute, über ein Jahr nach Erscheinen der Arbeit, eine Reihe von Fragen umfassender dargelegt werden können, was vom Autor bei einer Überarbeitung zweifellos getan wird.

Ungeachtet dieser Tatsache sind besonders im letzten Kapitel eine Reihe von Hinweisen für die praktische Arbeit und eine Fülle von Anregungen für die Entfaltung des wissenschaftlichen Meinungsstreits enthalten. Zwei Mängel, auf die abschließend hingewiesen werden soll, bestehen in folgendem: Obwohl der Autor mehrfach betont, daß die gesamte Entwicklung immer mehr von den für den Sozialismus typischen, nichtantagonistischen Widersprüchen bestimmt wird, wird die gesamte Entwicklung im Wesen doch auf den Kampf zwischen den alten kapitalistischen Muttermalen und den objektiven Erfordernissen der neuen Gesellschaft reduziert. Die Untersuchung der für den Sozialismus typischen Widersprüche kommt unserer Auffassung nach zu kurz. Der zweite Mangel besteht darin, daß die Probleme der sozialistischen Umwälzung zum Teil einseitig auf die Revolution auf dem Gebiet der Ideologie und Kultur beschränkt werden und bei der Untersuchung der Entwicklung des sozialistischen Menschen die objektiven Grundlagen dieses Entwicklungsprozesses zu wenig Beachtung finden. Die kritischen Bemerkungen sollen und können jedoch nicht den Wert der Arbeit herabmindern. Der Autor weist am Schluß seiner Arbeit selbst darauf hin, daß seine Darstellung keineswegs Anspruch auf Vollständigkeit erhebt. Es ist unmöglich in einer Arbeit all die Probleme auszuschöpfen, die mit der äußerst komplizierten und vielfältigen Widerspruchsproblematik in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik zusammenhängen. Dazu sind weitere umfassende Untersuchungen notwendig.

Es ist das Verdienst des Autors, wertvolle Anregungen für weitere Untersuchungen und eine Grundlage für die Entfaltung des wissenschaftlichen Meinungsstreites gegeben zu haben.

Helmut Kintzel (Berlin)

Werner Schilling: FEUERBACH UND DIE RELIGION. München. Ev. Presseverband f. Bayern. 1957. 188 Seiten.

Unter den Angeboten des westdeutschen Büchermarktes, die eigens dazu bestimmt sind, die effektive Anziehungskraft der marxistischen Weltanschauung im Interesse der ideologischen Legitimation des klerikal-militaristischen Obrigkeitsstaates Bonner Observanz zu paralysieren, finden sich in jüngster Zeit einige Schriften zu speziellen Aspekten der marxistischen Theorie, die sich auffällig von den sattem bekannten, breit angelegten und propagandistisch mit großem Aufwand vertriebenen „Widerlegungen“ des Marxismus-Leninismus abheben. Es sind dies Schriften, die sich in erster Linie an jene intellektuellen Kreise wenden, die auf die grobschlächtige, auf plumpe Massenwirksamkeit bedachte und deklariert antimarxistische Literatur schwerlich hereinkommen. Schriften solchen Genres enthalten die antimarxistische Tendenz nur in sorgfältig dosierter Form und treten vielmehr mit der Prätension biederer Wissenschaftlichkeit und solider Vollständigkeit im Detail auf. W. Schillings Schrift: „Feuerbach und die Religion“ ist ein typisches Produkt solcher Art philosophischer Schriftstellerei, die sich – zudem hier unter der gutmütig erscheinenden pastoralen Besorgtheit um die „Verlorenheit“ des modernen zivilisierten Menschen – gern vor den morschen Karren wirtschaftswunderlicher Ideologie spannen läßt.

Schillings Schrift verdient unsere Aufmerksamkeit des näheren aus zwei Gründen: Sie ist erstens die bisher ausführlichste Stellungnahme eines Theologen zur Religionskritik L. Feuerbachs, jenes bedeutenden Vorläufers unter anderem der marxistischen Religionskritik. Sie ist zweitens – und dies rechtfertigt ihre kritische Beleuchtung erst in vollem Maße – eine besonders raffinierte Variante jener modernen bürgerlichen Philosophiegeschichtsfälschung, die den Marxismus hinterrücks beizukommen glaubt, indem sie ihn des billigen Epigontums an philosophischen Traditionen bezichtigt, über die sie sich wenigstens in der Vergangenheit nicht zu verhalten braucht.

Schillings Schrift über Feuerbachs religionsphilosophische Theorie ist ein Versuch der indirekten Widerlegung der marxistischen Religionskritik, insofern Feuerbachs Theorie für „historisch-materialistisch“ erklärt und eine prinzipielle Differenz zwischen Marx und Feuerbach auch in religionsphilosophischer Hinsicht bestritten wird. Daß es sich dabei keineswegs um eine etwa rein akademische Schulfraße handelt, darüber belehrt uns Schilling selbst, indem er denjenigen, der bereit wäre, seine

Prämissen und Konklusionen anzuerkennen, sogleich einer Lebenshaltung überantwortet, die — um mit Feuerbach zu sprechen — ihn nur dazu angetan sein läßt, „eine Beute, ein Spielball aller jener menschenfeindlichen Mächte zu sein, die sich von jeher, die sich noch heute des Dunkels der Religion zur Unterdrückung des Menschen bedienen“.

Nach Ansicht W. Schillings erlangte die Religionskritik Feuerbachs durch Marx und Engels „geschichtsmächtige Bedeutung...“, indem sie stark die Religionsauffassungen in der sozialistischen Bewegung formte und dadurch Einfluß auf breite Volkskreise gewann. So genieße sie heute vor allem in den sozialistischen Ländern „unverdiente Anerkennung“. Allein: nicht nur die „kommunistische Welt“ wird dieserhalb geschulmeistert. Als besonders gemahnendes Symptom jener Sympathie, deren sich Feuerbach selbst in seiner engeren Heimat heute noch ungerechtfertigterweise erfreue, führt Schilling u. a. die Wiedergutmachung einer faschistischen Untat an, nämlich die Wiedererrichtung des von SA-Horden einst gestürzten Feuerbach-Denkmal auf dem Rechenberg bei Nürnberg (unweit von Feuerbachs Sterbehause), die 1955 — trotz ausdrücklichen Protestes der beiden Kirchen — erfolgte. Schließlich werden selbst zahlreiche Freireligiöse Gemeinden Westdeutschlands und eine ganze Reihe bürgerlicher Religionsphilosophen und -soziologen beschuldigt, der Ausbreitung jener verwerflichen, von Feuerbach ausgehenden Theorien mehr oder minder Vorschub geleistet zu haben, solcher Anschauungen nämlich, die „das eigentümliche Erhabenheitsgefühl und die unerschütterliche Selbstsicherheit des modernen Menschen gegenüber dem Gottesglauben“ repräsentierten (S. 9—17). Alles in allem: Feuerbach erscheint so als der theoretische Vater allen modernen Atheismus und in Sonderheit des marxistischen. Schilling bekennt mit H. Scholz („Religionsphilosophie“, 1922), Feuerbach sei der Religionsphilosoph des Sozialismus (S. 9) und behauptet mit E. Foerster („Die christliche Religion im Urteil ihrer Gegner“, 1916), für Marx, Engels und deren Mitstreiter habe Feuerbachs Religionskritik als die „endgültige Vernichtung der Religion“ gegolten, sei die „inhaltliche Wahrheit der Religion damit abgetan“ gewesen. Marx' nun einfach nicht hinwegzuleugnende kritische Stellungnahme zur Feuerbachschen Philosophie und Religionskritik tut Schilling mit den dürren Worten ab: „Das Verflochtensein in das Miteinander der Gesellschaft gehört zum Wesen des wirklichen Menschen. Dies ist eines der Momente, die gegen Feuerbach geltend zu machen sind, und dies ist bereits von Karl Marx, freilich nicht von religiösen, sondern mehr von sozialökonomisch-sozialwissenschaftlichen Ein-

sichten her, scharfsinnig erkannt worden.“ Dar- aus, daß — im Unterschied zu Feuerbach — für Marx „das religiöse Gemüt' selbst ein gesellschaftliches Produkt ist“ (Marx: Thesen über Feuerbach; 7. These), ergäben sich zwar „bestimmte Folgerungen für seine eigene Anschauung von der Religion“; diese seien aber für den vorliegenden Zusammenhang uninteressant und werden daher vollständig unterschlagen. Denn wenn Marx auch auf ein tieferes Verständnis der Religion hingearbeitet habe, so dürfe man „keineswegs übersehen...“, daß Marx doch Feuerbachianer geblieben“ sei (S. 32). Dem so ins Zentrum der heutigen religionsphilosophischen Auseinandersetzungen geschobenen Feuerbach die Unhaltbarkeit seiner Theorie nachzuweisen und damit der marxistischen Philosophie die von Schilling unterstellte theoretische Grundlage ihres Atheismus zu entziehen, ist das spezifische Anliegen von Schillings Schrift. Es wird sich zeigen, daß der Verfasser im Interesse seiner Schlußfolgerungen die marxistisch-leninistische Kritik an Feuerbach unterschlägt.

Ludwig Feuerbach leistete zur Grundlegung einer wissenschaftlichen Religionskritik zweifellos bedeutsame Vorarbeiten, im wesentlichen in dreierlei Hinsicht:

1. Auf der Grundlage der von ihm wiederentdeckten und in seiner Fassung wesentlicher mechanistischer Schwächen entkleideten materialistischen Naturanschauung entzog er der idealistischen, theologischen Naturanschauung und dem Deismus der Naturforscher entscheidenden theoretischen Boden. Sein materialistisches Weltbild bedurfte keines immateriellen, äußeren und ersten Prinzips, auch keines „ersten Anstoßes“ — jener für Naturwissenschaftler des 18. Jahrhunderts noch charakteristischen theologischen Inkonsistenz. Im Kampf gegen jedwede Anleihe an Idealismus und Theologie in der Naturbetrachtung postulierte Feuerbach das alte Prinzip der Selbstbewegung der Materie in einer Weise, die dem Verständnis der realen Ursache der Bewegung und Entwicklung der materiellen Wirklichkeit vorarbeitete. Feuerbach berief sich nämlich auf eine Reihe von Tatsachen geologischen, chemischen, biologischen und physiologischen Geschehens, wonach ihm reales Sein und seine Veränderung für das Resultat von Kräften galt, die der materiellen Wirklichkeit selbst innewohnen, wie er denn auch der Ansicht war, daß sich „auch das Leben nur im Konflikt unterschiedener, ja entgegengesetzter Stoffe, Kräfte und Wesen“, d. h. widerstrebender materieller Gegebenheiten, selbst erzeuge. Wenn Feuerbach derartige Vorstellungen auch keineswegs annähernd konkret zu exemplifizieren, systematisch-philosophisch näher zu verarbeiten oder gar auf Gesellschaft-

liches zu beziehen vermochte — Marx und Engels haben wiederholt diese Mängel hinsichtlich mancher „entwicklungsfähiger Gedankenkeime“ und „genialer Zusammenfassungen“ Feuerbachs kritisch herausgestellt —, so sind die von Feuerbach hieraus näher entwickelten antitheologischen Konsequenzen von bleibender Bedeutung. Ihnen zufolge forderte Feuerbach von der Naturwissenschaft — der er ein enges Bündnis mit der materialistischen Philosophie als innere Notwendigkeit demonstriert —, allen „abergläubischen Konsequenzen, die die Theologie aus den noch bestehenden Lücken menschlichen Wissens zieht“, zu entsagen. Feuerbach verwarf demgemäß alle idealistische und religiöse Kosmogonie und Kosmologie und betonte z. B.: „Wer für seinen Gott keinen andern Stoff hat, als den ihm die Naturwissenschaft, die Weltweisheit oder überhaupt die natürliche Anschauung liefert, wer ihn also nur mit natürlichen Materialien ausfüllt, unter ihm nichts anderes denkt als die Ursache oder das Prinzip von den Gesetzen der Astronomie, Physik, Geologie, Mineralogie, Physiologie, Zoologie und Anthropologie, der sei auch so ehrlich, sich des Namen Gottes zu enthalten, denn sein Naturprinzip ist immer ein Naturwesen, nicht das, was einen Gott konstituiert.“ (Das Wesen der Religion. 1845). Im „Wesen des Christentums“ (1841) zeigte er, daß der Gottesbegriff des Naturwissenschaftlers, sofern er sich dieses Begriffs bedienen zu müssen glaubt, letztlich doch nichts anderes sei, als „der den Mangel der Theorie ersetzende Begriff“ — nichts als die „Erklärung“ des subjektiv unerklärlich Scheinenden.

Ein wesentliches Moment der Feuerbachschen Religionskritik war somit der Kampf um die Zurückdrängung der Theologie aus der Sphäre der Naturbetrachtung; er zwang sie, wie Marx betonte, zum Rückzug von der Scheinwissenschaft auf den rohen Glauben (Marx/Engels: Die heilige Familie. 1845).

Bezeichnend für Schillings Methode der Auseinandersetzung mit seinem Gegenstand ist, daß er diese Gesichtspunkte der Feuerbachschen Religionskritik überhaupt ignoriert und dreist behauptet, die moderne Naturwissenschaft lasse ein „unüberhörbares Anklopfen... an die Tore der Religion und an die Ohren der Theologen“ erkennen.

Schilling, der die *Revelatio generalis*, die allgemeine Selbstbezeugung Gottes, die die Erkenntnis Gottes in der „Schöpfung“ einschließt, für den Protestantismus retten möchte, versteigt sich dabei sogar zur Beteuerung, die moderne Atomphysik operiere mit Begriffen, die andeutend auf Gott „hinwinkten“ (S. 46–51). Religiöse Äußerungen einiger prominenter bürgerlicher Naturwissenschaftler unserer Tage sind ihm hierzu Beweis genug. Schilling übersieht

geflissentlich, daß gerade Feuerbach derartige Interpretationen, derartiges Vermeinen eines „naturwissenschaftlichen Hinwinkens“ auf Gott und Religion schärfstens als theoretische Inkonzsequenz gebrandmarkt hat.

2. Feuerbach enthüllte wesentliche gnoseologische Wurzeln der Religion. Er faßte sie als Subjektivismus, „Egoismus“, Blindheit, Ignoranz und in den allgemeineren Begriffen des Abhängigkeitsgefühls (und der Gemütsaffektionen), des supranaturalistischen Wunsches und schließlich des illusionistischen Glückseligkeitsstrebens des religiösen Menschen. Diesem Nachweis dienen das „Wesen des Christentums“, das „Wesen der Religion“, die „Vorlesungen über das Wesen der Religion“ (1852) und die „Theogonie“ (1857) — Werke, die durch profunde Materialkenntnis, die seine Kritiker seit jeher in Erstaunen setzte (man vgl. die Urteile z. B. von K. Barth in den „Gesammelten Vorträgen“. II. München 1928, 212 und von G. Nüdling in „L. Feuerbachs Religionsphilosophie“. Paderborn 1936, 144 f.), und durch meisterhafte psychologisch-gnoseologische Analysen bestehen. Feuerbach hat den menschlichen, irdischen Ursprung des Religiösen, Göttlichen „verraten“ (K. Barth) und die aufklärerische These: „Der Mensch schuf Gott nach seinem Bilde“, die bis auf ihn mehr nur bloße blasphemische Antithese zu Gen. 1,27 war, weitreichend ausgeführt. So erklärt Engels: „Er (Feuerbach — W. Sch.) weist nach, daß der christliche Gott nur der phantastische Reflex, das Spiegelbild des Menschen ist.“

3. Feuerbach hat schließlich nicht nur rein gnoseologisch-psychologische Wurzeln des religiösen Phänomens aufgedeckt, sondern auch allgemeinere in der „menschlichen Existenz“ — die sich marxistisch betrachtet des näheren jeweils als konkrete und sozial-historisch determinierte Existenz erweist — gegebene Motivationen zu religiöser Vorstellung, Haltung und Handlung aufgezeigt. So, wenn er u. a. schreibt: „Vom politischen und sozialen Standpunkt aus betrachtet, gründet sich die Religion, gründet sich Gott nur auf die Schlechtigkeit des Menschen oder menschlichen Zustände und Verhältnisse. Weil die Tugend nicht immer belohnt wird und glücklich ist, weil es überhaupt soviel Widerspruch, Übel und Elend im menschlichen Leben gibt, darum muß ein Himmel, darum muß ein Gott sein.“ Und: „Gott ist der Trost der Not, aber auch die Sicherheit des Überflusses, das Almosen der Darbenden, aber auch die Hypothek der Wucherer, der Zufluchtsort der Unrecht Leidenden, aber auch der Ruhesitz der Unrecht Tuenden, mögen sie nun direkt oder indirekt, mit Unrecht oder von Rechts wegen anderen Unrecht tun... Das schlechteste Kompliment, das der Religion gemacht werden kann,

machen ihr daher die Politiker, wenn sie behaupten, daß noch kein Staat ohne Religion bestanden habe und ohne sie bestehen könne; denn in dem bisherigen Staat . . . stützte sich immer nur das Recht auf Unrecht, die Freiheit auf Knechtschaft, der Reichtum auf Elend, die Bildung auf Roheit, die Ehre des Bürgers auf die Infamie des Menschen, der Übermut der Fürsten auf die religiöse Demut der Völker.“ (Ergänzungen und Erläuterungen zum „Wesen der Religion“. 1845.) Allein diese Bemerkungen Feuerbachs — denen sich zahlreiche ähnliche Stellungnahmen anreihen ließen — zeigen anschaulich, daß in seiner Religionstheorie Keime enthalten sind, die auf die historisch-materialistische Religionskritik als einzig legitime und konsequente Fortentwicklung „über Feuerbachs Standpunkt hinaus“ (Engels) hinweisen.

Mit diesen Leistungen war der Übergang zur wissenschaftlichen Religionskritik jedoch noch nicht vollzogen. Wenn Marx auch zunächst unzweifelhaft hierbei von Feuerbach ausging — in den „Deutsch-Französischen Jahrbüchern“ (1844) galt ihm Feuerbachs Religionskritik noch als Exempel radikaler philosophischer Kritik überhaupt —, so gehört doch erst ihm und dem Marxismus die wirkliche Vollendung der Religionskritik und die Einordnung der Feuerbachschen Erkenntnisse in ein geschlossenes System wissenschaftlicher Religionsbetrachtung an. Als revolutionären Denker beschäftigten Marx — im Unterschied zu Feuerbach — von Anfang an vor allem die noch unbeleuchteten, objektiven, primären Gründe und Motive der Religion. In konkreter Analyse des gesellschaftlichen Lebens entdeckte Marx in der sozialen, klassenmäßigen Aufspaltung der Gesellschaft samt deren Folgen für die Mehrheit der Gesellschaft, die sozial unterdrückt, ausgebeutet und in Unwissenheit gehalten, ihres wahren Menschseins beraubt und verlustig ist, die wesentlichen (sozialen) Ursachen der Religion. Daher kennzeichnete Marx bereits 1844 das Wesen, die Ursachen und die Funktion der Religion grundsätzlich schärfer als Feuerbach, wenn er u. a. schrieb: „Dieser Staat, diese Sozietät produzieren die Religion, ein *verkehrtes Weltbewußtsein*.“ Religion ist natürlich auch für Marx „der Seufzer der bedrängten Kreatur“, ihr „*illusorisches Glück*“, „phantastische Verwirklichung des menschlichen Wesens“, aber eben überall da, in jener Gesellschaftssituation, wo der Mensch „keine wahre Wirklichkeit besitzt“. Sie ist darum „Ausdruck . . . wirklichen Elends“. (Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung.) Die Auffassung der erkenntnismäßigen und psychologischen Wurzeln der Religion verbindet den marxistischen Materialismus mit Feuerbachs religionsphilosophischer Leistung, wenngleich ihre marxistische Fassung — infolge

der bewußten Anwendung der materialistischen Dialektik auf den Erkenntnisprozeß selbst — wesentlich weitergehende Aussagen hierzu gestattet. Die Enthüllung der sozialen Wurzeln der Religion und die Orientierung auf ihre Beseitigung trennt den Marxismus von allem bürgerlichen aufklärerischen Humanismus, einschließlich des Feuerbachschen. Die Ausdehnung der materialistischen Prinzipien auf die Untersuchung der historisch-gesellschaftlichen Erscheinung Religion führt insbesondere zu der (auch Feuerbach verschlossen gebliebenen) Erkenntnis, daß die Ursachen der Konservierung und ständigen Reproduktion der Religiosität unter den Bedingungen der kapitalistischen Gesellschaft in erster Linie sozialer Natur sind: „Die soziale Unterdrückung der werktätigen Massen, ihre scheinbare völlige Ohnmacht gegenüber den blind waltenden Kräften des Kapitalismus, der den einfachen arbeitenden Menschen täglich und stündlich tausendmal mehr der entsetzlichsten Leiden und unmenschlichen Qualen bereitet als irgendwelche außergewöhnlichen Ereignisse, wie Kriege, Erdbeben usw. — darin liegt heute die tiefste Wurzel der Religion.“ (Lenin). Hier wird die Differenz zur aufklärerischen Radikalität Feuerbachs, zu seiner abstrakten und kontemplativen Fixierung „existentieller“ Ursachen der Religion ganz offensichtlich. Feuerbach bleibt auf halbem Wege stehen, stößt nicht — als bürgerlichem Denker sind ihm hier klassenmäßige Schranken gesetzt — zu den konkreten sozialen, den wichtigsten transsubjektiven Wurzeln der Religion vor. Setzt deren Erkenntnis doch die Kritik der Klassengesellschaft, speziell der kapitalistischen, voraus: „Keine Aufklärungsschrift wird die Religion aus den Massen austreiben, die, niedergehalten durch die kapitalistische Zwangsarbeit, von den blind waltenden, zerstörenden Kräften des Kapitalismus abhängen, solange diese Massen nicht selbst gelernt haben, vereint, organisiert, planmäßig, bewußt zu kämpfen gegen diese Wurzeln der Religion, gegen die *Herrschaft des Kapitals* in allen ihren Formen.“ (Lenin)

Es liegt also keinerlei sachliche Berechtigung vor, Feuerbachs Religionskonzeption als historisch-materialistisch hinzustellen. Derartige Behauptungen Schillings (s. auch Klappentext des Buches) sind irreführend und bezwecken die Nivellierung des historischen Materialismus von Marx auf das theoretische Niveau der Feuerbachschen Philosophie, die bekanntlich in metaphysischer Einseitigkeit — wie aller vormarxischer Materialismus — die materialistischen Prinzipien der Naturbetrachtung und Erkenntnistheorie in der Gesellschaftsbetrachtung nicht im entferntesten beibehält.

* *

*

Obwohl Schilling auf direkte Auseinandersetzung gerade mit der marxistischen Kritik an Feuerbach verzichtet, nimmt es kaum Wunder, daß er der Darstellung der bürgerlichen und theologischen Kritik an Feuerbach um so breiteren Raum gibt (S. 31–45, 132–39). Ihre Beleuchtung führt Schilling selbst zum Eingeständnis, daß die bisherigen Kritiker aus dem Lager der bürgerlichen Philosophie, Religionswissenschaft und der Theologie beider Konfessionen mit Feuerbach nicht fertig geworden sind: „Im ganzen bleibt die bisherige Auseinandersetzung unbefriedigend.“ (S. 43.) Und: „Es muß festgestellt werden, daß die Theologie . . . die im ‚Wesen des Christentums‘ (1841) am christlichen Glauben geübte Kritik mit samt der ihr zugrunde liegenden allgemeinen Religionsauffassung weiterhin unterschätzt hat und in einer gewissen Sorglosigkeit die Auseinandersetzung als nicht brennend empfand. . . Ein liebevolles Verständnis für die sozialistische Arbeiterbewegung hätte aber die Theologie darauf gestoßen, daß hier in Zirkeln, Sprechabenden und ‚Freireligiösen Gemeinden‘ Feuerbachs Gedankengut im Schwunge ist, dessen Nichtbeachtung sich sehr rächt. . . Und die katholische Theologie hat sich kaum, so weit ich sehe, mit Feuerbach-Kritik beschäftigt.“ (S. 132 ff.) Hingegen habe aber „... der lebendige Glaube . . . ein Interesse an der Begründung seiner Gewißheit gegenüber Angriffen von außen“. (S. 12.) — Sehen wir darum zu, wie nun Schilling seinerseits die eingestandenermaßen bisher wenig erfolgreiche Kritik an Feuerbach von rechts gelingt und insbesondere, was jenes „liebevollte Verständnis für die sozialistische Arbeiterbewegung“ dieser nun tatsächlich anbietet hat!

*
■

Schillings eigene Darstellung und Kritik der Feuerbachschen Religionsphilosophie erfolgt unter nahezu ausschließlicher Heranziehung des „Wesens des Christentums“ und der „Vorlesungen über das Wesen der Religion“. Eine Beschränkung auf diese Quellen bedeutet nun aber von vornherein eine Einengung jener weitgespannten Thematik, die Feuerbach als Religionskritiker tatsächlich bearbeitet hat. (So wäre beispielsweise eine Auseinandersetzung mit Feuerbachs Schrift „Das Wesen des Glaubens im Sinne Luthers“ [1844], die Marx außerordentlich geschätzt hat, zweifellos lohnend gewesen! — Feuerbachs Thesen zum Verhältnis von Religion und Wissenschaft, von Religion und Ethik, seine zahlreichen Äußerungen zur politischen Rolle der Religion finden überhaupt keine Berücksichtigung!)

Schilling widmet sich lediglich der „Illusionsthese“ Feuerbachs, wonach Religion phantasti-

sche Spiegelung des menschlichen Wesens und der den Menschen umgebenden Natur (nach den verschiedensten Aspekten seines Wesens und seiner Tätigkeit) in einer angenommenen Transzendenz, illusionäre Realisierung des menschlichen Wesens und Wählens ist.

Zunächst versucht Schilling diese These vom faktischen Material, auf das sich Feuerbach hierzu berief, in Frage zu stellen. Feuerbach, so behauptet er, leite diese These aus Phänomenen ab, die gegenüber der Religion heterogenen Sphären angehörten: Mythen, Magie, Totemismus, Fetischismus, Animismus, Traumerleben, Ekstase und Vision (vgl. S. 52–63). Das „Religiöse“ sei aber „von Anfang an eine eigenständige Kategorie des Seins wie des Denkens“. (S. 63.) Einerseits muß Schilling nun aber selbst wenigstens die „Tatsache einer Überwucherung der Religion durch die Mythen der theoretisierenden Phantasie“ anerkennen. (S. 56.) Andererseits verfälscht er Feuerbach, wenn er geltend macht, dieser habe unter Magie, Animismus usw. lediglich „Vorstadien“ der Religion verstanden, Erscheinungen nicht- oder vorreligiösen Charakters, Stadien, aus denen sich die Religion schließlich herausentwickelt habe. (S. 62 f.) Eine Untersuchung der Methodologie Feuerbachs, aber allein schon die Beachtung der Architektonik solcher Werke wie der „Vorlesungen über das Wesen der Religion“ oder der „Theogonie“ hätte zu grundsätzlich anderen Resultaten geführt. Für Feuerbach sind nämlich all diese Phänomene wie Animismus, Fetischismus usw. mehr oder weniger, wenn auch im Niveau ihrer jeweiligen Ausprägung verschieden, allen Religionen immanent. Lautete doch Feuerbachs methodologisches Prinzip hier bekanntlich: „Zur Erkenntnis eines Glaubens, überhaupt der Religion, ist es notwendig, selbst die untersten, rohesten Stufen der Religion zu beachten. Man muß die Religion nicht nur in einer aufsteigenden Linie betrachten, sondern in der ganzen Breite ihrer Existenz überschauen. . . Die schrecklichsten ‚Verirrungen‘, die wildesten Ausschweifungen des religiösen Bewußtseins, lassen oft die tiefsten Blicke auch in die Geheimnisse der absoluten (d. h. christlichen — W. Sch.) Religion werfen. Die scheinbar rohesten Vorstellungen sind oft nur die kindlichsten, unschuldigsten, wahrsten Vorstellungen.“ („Das Wesen des Christentums.“) Feuerbach ist keineswegs flacher Evolutionist, wie der Verfasser wahrhaben möchte. Feuerbach konstruiert keine „Vorstadien“ im Sinne Schillings, keine Religionsform als Ursprungsform, aber auch keine Rangordnung solcher Formen im Sinne des notwendigen Hervorgehens der einen aus der andern. Nicht zufällig verwirft Feuerbach darum auch die Hegelsche Unterscheidung zwischen „heidnische“ Religionen, die nur Momente im Begriff der Religion repräsentierten,

und der christlichen Religion als der angeblich absoluten Realisation des Begriffs der Religion überhaupt. Schilling indessen greift zu Konstruktionen, um eine Reihe von Phänomenen, die, wie er selbst zugeben muß, unbestreitbar „dem Verdikt Feuerbachs preisgegeben“ sind (S. 63), vom Wesen der Religion absondern zu können. Inwiefern derartige Elemente (wenn auch in modifizierter Gestalt) — im Gegensatz zu Feuerbachs umfassend belegten Thesen — der christlichen Religion etwa nicht immanent wären, dafür bleibt uns der Verfasser jeden Beweis schuldig!

*
*
*

Von der historisch-quellenmäßigen Kritik der Voraussetzungen der Feuerbachschen Religionsanalyse offenbar selbst wenig befriedigt, wendet sich Schilling der Frage nach dem *objektiven Grunde* der Religion zu (S. 64–113). Schillings Stellungnahme zu dieser Frage enthüllt nun die Hintergründe seines Verzichts auf eine wenigstens andeutende Kennzeichnung der marxistischen Position. Es war eingangs erwähnt, daß Feuerbach keineswegs unterstellt werden kann, den objektiven Grund der Religion aufzuzeigen zu haben. Über gewisse Ansätze einer „existenziellen“ Kritik ist Feuerbach nicht hinausgekommen. Schilling glaubt, Feuerbach endlich fassen zu können: „In der Auseinandersetzung mit Feuerbach ist eine andere Waffe zur Hand zu nehmen, mit der ihm allein beizukommen ist. Hierzu sind folgende Überlegungen geboten. Die realen Gegebenheiten, welche das religiöse Leben affizieren, haben in den meisten Fällen eine Beziehung zur Existenz des religiösen Subjekts. Erst wenn das ‚objektive‘ an dem ‚objektiven Grunde‘ der Religion, den wir meinen, sich dem religiösen Subjekt daran als wirklich ‚objektiv‘ erweist, daß es seine eigene Existenz setzt und bedingt, kann das religiöse Beziehungsverhältnis nicht mehr als ein bloß phantasiebedingtes angesprochen werden. Denn erst dann ruht jenes Beziehungsverhältnis nicht mehr bloß auf emotionaler oder theoretischer Meinung, auf intuitiver Gewißheit oder auf Gefühlsgewißheit, sondern es ist ontologisch fundiert in der Grundverfassung des Daseins, in dem In-der-Welt-sein, und damit erst haftet ihm zweifelsfrei ein ‚objektives‘ Moment an.“ (S. 68.) Zur näheren Verdeutlichung des Gemeinten, besonders seines Begriffs vom „objektiven Grunde“, gibt er folgendes Beispiel: „Die Macht, die über Fruchtbarkeit des Jahres oder Mißwachs entscheidet, ist keine eingebildete Macht, und des Menschen Beziehungsverhältnis zu ihr ist *darum* kein illusionsbedingtes, weil es auf der realen, ‚objektiven‘ Grundlage der Abhängigkeit beruht, so daß es also nicht aus bloßer Subjektivität lebt, sondern

sein objektiver Kern unabweisbar ist. — Hier gibt es für Feuerbach kein Ausweichen mehr.“ (S. 69.) Aus Feuerbachs materialistischer Erkenntnistheorie folgt nun aber keineswegs — was Schilling unterschlägt —, daß Religion etwa platte Illusion sei im Sinne des Fehlens jeder objektiven Entsprechung. Für Feuerbach — und für den Marxismus — ist Religion natürlich auch eine Form der „Erkenntnis“, Widerspiegelung objektiver Sachverhalte, Subjekt-Objekt-Beziehung, aber eben — im Unterschied zum theoretischen, wissenschaftlichen Bewußtsein — eine phantastische, verzerrte, illusionäre. Die Religion hat ihre objektiven Bezugspunkte mit der wissenschaftlichen Erkenntnis gemein, sie „umfaßt alle Gegenstände der Welt; alles, was . . . überhaupt im Wesen und Bewußtsein des Menschen von sich und von der Welt liegt“. Marx bezeichnet die Religion darum auch nicht von ungefähr u. a. als die „allgemeine Theorie dieser Welt, . . . ihre Logik in populärer Form“ (Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung). Für Feuerbach wie für den Marxismus wäre — um Schillings Beispiel zu benutzen — die Tatsache, daß jene „Macht“ der Fruchtbarkeit des Jahres — ein speziellen Naturwissenschaften durchaus zugänglicher Gegenstand —, auch religiös gedeutet wird, nur eine Bestätigung dieser Auffassung. Und gerade das, wodurch sich der Glaube von der Wissenschaft hierbei unterscheidet, bildet nach Feuerbach das Wesen des Glaubens. Die Tatsache, daß und wie sich dabei die religiöse Aussage von der wissenschaftlichen unterscheidet, ist in Feuerbachs Religionskritik das entscheidende psychologisch-erkenntnistheoretische Problem, wie es für den Marxismus zugleich ein soziologisches ist. Wie sollte Feuerbach hier nur ausweichen müssen? Schilling muß selbst zugeben, daß Feuerbachs Religionstheorie immerhin zahlreiche objektive Beziehungspunkte des Religiösen berücksichtigt, so hinsichtlich der in der Natur waltenden „Mächte“, der „Schicksalsmacht“ des Todes, im Wunsch- und Furcht-Motiv. Er wirft Feuerbach aber vor, die Bedeutung dieser objektiven Gegebenheiten subjektivistisch umgekehrt zu haben: „Die richtige Einsicht, daß ‚alle Wesensbestimmungen der Gottheit . . . nur in der Natur wurzeln‘ und in der ‚Macht der Naturerscheinungen‘, erkennt Feuerbach nicht in der Bedeutung für das Wesen der Religion. Denn wurzeln die Wesensbestimmungen der Gottheit in der Natur und ihren Erscheinungen, so wurzeln sie eben nicht im Menschen“ (S. 76). Die subjektiv-religiöse Deutung einer Naturgegebenheit (im Sinne irgendeiner Wesensbestimmung Gottes) identifiziert Schilling aber mit jener objektiven „Macht“ selbst. Schilling glaubt also, das subjektive *Bild* für die *Sache* selbst nehmen zu können! Welch platte erkenntnistheoretische Illusion!

Kommen wir indessen zum Kern der Auseinandersetzung. Der Verfasser wirft die Frage auf: „Gibt es noch andere Momente in der Religion, an denen ein objektiver Grund der Religion erkennbar wird, und zwar solche, die, unbedingt zum Wesen der Religion gehörig, bei Feuerbach überhaupt keine Berücksichtigung finden?“ Er erblickt derartige Momente in den Dimensionen des (gesellschaftlichen) Schicksals und der Geschichte. Er findet nicht genug der Worte um Feuerbachs anthropologischen Materialismus als „Auflösung der Freiheit und Verantwortung in ein mechanistisches Gesamtsystem von Dingen und Vorgängen“ und dessen Geschichtsbild, seinen edlen Humanismus als „seichte Fortschrittsseligkeit“ in abfälliger Weise zu verunglimpfen und zu verfälschen (S. 93 f.). Das überrascht uns keineswegs, da sich Schilling der sachlichen Einwände eines Marx, Engels oder Lenin gegen Feuerbachs idealistische Inkonssequenzen in der Gesellschaftsbetrachtung nicht bedienen möchte. Aber gerade in der Frage nach objektiven Beziehungspunkten des religiösen Bewußtseins unmittelbar im Leben der Gesellschaft und in der sozialen Existenz des Einzelmenschen usw. vollbringt Schilling das Kunststück, den marxistischen Haupteinwand gegen Feuerbachs Religionstheorie — in freilich verschwommener Terminologie — nun als eigenen, originellen Einwand gegen Feuerbach auszuspielen, ihn für seine Zwecke theologisch zu wenden: „In der Begegnung mit den seine Existenz bedingenden Wirklichkeiten des Lebens erhebt sich für den Menschen die Frage nach den anonymen Mächten“ (S. 97). „Da ist die unheimliche Macht des Zufalls, die dem Menschen auf der einen Seite Glück, Erfolg und Freude zu beschern vermag, auf der anderen aber ihn etwa in Form des Unfalls mit Blindheit und anderen Gebrechen schlägt. Da ist Mißgeburt und Unfruchtbarkeit. Da gibt es Krieg. . . Da ist auf der einen Seite Gedeihen und Erfolg, auf der anderen Leid und Not und alle peinigenden Irrationalitäten des Daseins, z. B. Kollision der Pflichten. . .“ (S. 97). Schilling zeichnet dabei ein relativ ungeschminktes Bild von gesellschaftlichen Tatsachen, von der „Verlorenheit“ des modernen Menschen, von menschlicher Situation im modernen Kriege, vom sozialen Elend usw., die er natürlich nicht als typischen Ausdruck des Niedergangs der kapitalistischen Gesellschaft versteht (vgl. S. 150 ff.). Er bemerkt, daß von der Frage nach den hinter solchen Tatsachen stehenden „anonymen“ Mächten, denen der Mensch fragend gegenüberstehe, daß vom „Ergriffenwerden und Gepacktsein von objektiven Mächten“ die Religion ihren Ausgang nimmt. Dies habe Feuerbach verkannt. „Hier

liegt — freilich in letztes Geheimnis gehüllt und einer ‚exakten‘ Wissenschaft wohl überhaupt nicht ganz zugänglich (!) — die Quelle der Religion“ (S. 97, 105). Schilling rückt damit immerhin selbst die von Feuerbach nicht konkret beantwortete Frage in den Mittelpunkt, warum denn der Mensch in die Verfassung gelangt, sich eine religiöse Welt zu erdenken im Interesse seiner sodann folgenden ausführlichen theologischen Bestimmung jenes „letzten Geheimnisses“ — der „Kreatürlichkeit“ und „Gotteskindschaft“ des Menschen usw. — verschweigt er, daß es sich bei den elementarsten dieser „anonymen Mächte“ um längst erkannte Auswirkungen, Folgen und Gesetzmäßigkeiten der auf Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beruhenden Klassengesellschaft handelt, daß im Marxismus aber nicht nur deren Erklärung gegeben, sondern zugleich der reale Ausweg für die Menschheit gewiesen ist. Feuerbachs Stellung zu den objektiven Wurzeln der Religion bleibt abstrakt-allgemein und ungeschichtlich; seine Alternative zur Religion ist utopistisch: Bewußtseinsreform, in deren Gefolge die Beziehungen des Menschen zum Menschen, seine Welt von allein menschenwürdig ausgestaltet würden. Schilling mystifiziert die — in Kritik gerade Feuerbachs — längst erkannten letzten Wurzeln der Religion. Sein anempfohlener Ausweg ist die Flucht in die inwendig gekehrte, resignierende, passive Religiosität, die sich in mystischen Paraphrasen ergeht und als einziges argumentum ad hominem und Kriterium der „vollen Erfahrung“ der Berechtigung seiner Theologie nur den Tod des Individuums anzubieten weiß. — Damit befindet er sich im auffälligen Gegensatz selbst zur großen Schar aufrechter Christen und Theologen, die mithilfe, gesellschaftliche Zustände, „da die Unmenschlichkeit Triumphe feiert“, ein für allemal zu beseitigen und eine friedliche und sozialistische Zukunft der Menschheit zu sichern.

So mündet die kühne Kritik an Feuerbach und immanente Widerlegung der marxistischen Religionskritik schließlich in eine Theologie, die — ganz gemäß der ideologischen Zielsetzung offen antimarxistischer, klerikaler Literatur — die willenlose Unterworfenheit unter die Gegebenheiten der kapitalistischen Gesellschaft propagiert. So weiß Schilling auch zu jenen Zeiten der faschistischen Barbarei, „da die Unmenschlichkeit Triumphe feierte“ nichts anderes zu sagen, als daß „die Erfahrungen der Zeit, in denen wir die Mächte des Bösen in unheimlicher Weise erlebt haben und noch erleben“, uns dem „Realismus der Bibel“ näher brächten (S. 155).

Werner Schuffenhauer

JOHN D. BERNAL

Die Wissenschaft in der Geschichte

Übersetzung aus dem Englischen

Etwa 900 Seiten, gr. 8°, Leinen, etwa DM 30,—

Das vorliegende Werk soll den deutschen Leser mit der hervorragendsten der wissenschaftshistorischen Untersuchungen John D. Bernal bekannt machen. Hier wird nicht lediglich eine Geschichte der Wissenschaft geboten, sondern Bernal versucht, die Entwicklung der Wissenschaft als Teil der Gesamtentwicklung der Gesellschaft darzustellen und die mannigfaltigen Beziehungen und Wechselwirkungen zwischen der Wissenschaft und den übrigen gesellschaftlichen Bereichen aufzudecken. Hauptanliegen seines Buches ist es, die Lehren aus der Vergangenheit für die Zukunft nutzbar zu machen, wobei er zeigt, daß die Wissenschaft in einer Welt des Friedens der Menschheit eine Welt der Fülle bringen kann.

In einer umfangreichen, auf der materialistischen Geschichtsauffassung fußenden Darstellung von den Ursprüngen der Wissenschaft bis zu den wissenschaftlichen Umwälzungen unserer Tage schildert er, wie die Menschheit durch Systematisierung ihrer Erfahrungen zur fortschreitenden Beherrschung der Natur gelangt ist.

Eine Fülle von Fakten und interessanten Beispielen aus allen Zweigen der Wissenschaft, durch zahlreiche Abbildungen und Zeittafeln ergänzt, macht Bernal's Buch zu einer Enzyklopädie der Natur- und Gesellschaftswissenschaften, die nicht nur in die Hand des Wissenschaftlers gehört, sondern Lehrer, Studenten und allen wissenschaftlich interessierten Lesern wertvolles Material für Lehre und Studium bietet.

Bestellungen beim Buchhandel erbeten

VEB DEUTSCHER VERLAG DER WISSENSCHAFTEN · BERLIN W8

R. O. GROPP

Das nationale philosophische Erbe

1960, 140 Seiten, 8°, broschiert, DM 2,80

Der Autor unternimmt es, ein Gesamtbild unseres fortschrittlichen philosophischen Erbes zu entwerfen und zu zeigen, welche praktische Bedeutung der Aneignung dieses Erbes zukommt. Im Gegensatz zu einseitigen Betrachtungsweisen oder Verzerrungen in der Auffassung unserer Philosophiegeschichte will Gropp zeigen, daß die richtigen Schlußfolgerungen aus der Philosophiegeschichte nur dann gezogen werden können, wenn wir uns auf die progressiven materialistischen Ideen orientieren. Die Geschichte der Philosophie, sagt Gropp, ist nicht eine Galerie großer Männer, sondern der Fortschritt des menschlichen Denkens unter den Bedingungen des Klassenkampfes.

Die Darstellung des nationalen philosophischen Erbes verbindet Gropp mit der Auseinandersetzung mit revisionistischen Entstellungen der Geschichte der deutschen Philosophie.

Bestellungen beim Buchhandel erbeten

VEB DEUTSCHER VERLAG DER WISSENSCHAFTEN · BERLIN W 8